

Geschäftsbericht des Regierungsrats 2010

zuhanden des Kantonsrats

18. März 2011



Kanton
Obwalden

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1 Vorwort	3
2 Bericht des Regierungsrats	5
Bericht zur Lage des Kantons sowie über die Umsetzung der Schwerpunktprojekte	9
Vernehmlassungen an den Bund	21
Beschwerdeentscheide des Regierungsrats	25
3 Kantonsrat	27
Kantonsratssitzungen und -geschäfte	29
Bericht über die überwiesenen parlamentarischen Vorstösse und Anmerkungen	31
4 Departementsberichte	
4.1 Staatskanzlei	37
Kanzleistab	42
Kanzleisekretariat	42
Amtsblatt und Passzentrum	43
Rechtsdienst	45
Staatsarchiv	51
Finanzkontrolle	53
4.2 Finanzdepartement	57
Departementssekretariat	64
Personalamt	68
Finanzverwaltung	71
Steuerverwaltung	73
Gesundheitsamt	76
4.3 Sicherheits- und Justizdepartement	81
Departementssekretariat	88
Justizverwaltung	90
Kantonspolizei	96
Kommando	96
Verkehrs- und Sicherheitspolizei	97
Kriminalpolizei	98
Militär und Bevölkerungsschutz	98
Zivilschutz	98
Schadenwehr (Feuerwehr)	98
Sozialamt	100
Strafverfolgung: Verhöramt, Staatsanwaltschaft und Jugendanwaltschaft	107
Verhöramt	107
Staatsanwaltschaft	108
Jugendanwaltschaft	109
4.4 Volkswirtschaftsdepartement	111
Departementssekretariat	117
Volkswirtschaftsamt	119
Amt für Arbeit	124
Amt für Landwirtschaft und Umwelt	131

4.5	Bildungs- und Kulturdepartement	141
	Departementssekretariat	148
	Amt für Volks- und Mittelschulen	152
	Amt für Berufsbildung	155
	Berufs- und Weiterbildungsberatung	158
	Berufs- und Weiterbildungszentrum	159
	Amt für Kultur und Sport	160
4.6	Bau- und Raumentwicklungsdepartement	165
	Departementssekretariat	172
	Hoch- und Tiefbauamt	173
	Amt für Wald- und Landschaft	180
	Amt für Raumentwicklung und Verkehr	189
	Raumplanung	189
	Verkehrsplanung	193
5	Bericht des Regierungsrats zur Staatsrechnung	195
	Bericht des Obergerichts	215
	Genehmigungsantrag an den Kantonsrat	217
	Anhänge zur Staatsrechnung	219

Landammann und Regierungsrat des Kantons Obwalden an den Kantonsrat

„Der Kanton Obwalden steht heute gesund da. Wir besitzen ein solides Eigenkapital. Die Steuerstrategie ist auf Erfolgskurs. Wir können die bevorstehenden Aufgaben ohne Altlasten mit vollem Elan anpacken und sie auch meistern. Wir können sie meistern, wenn wir nicht übermüdet werden. Der Einsatz dafür wird sich für uns lohnen. Wir sind uns aber auch bewusst, dass wir uns auf lange Sicht nicht so hohe Investitionen leisten können, wie sie in den letzten Jahren angefallen sind und auch in den nächsten Jahren noch anstehen.“

Hans Wallimann, Landammann

Frau Präsidentin

Sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte

Der Regierungsrat legt Ihnen den Geschäftsbericht sowie die Staatsrechnung des Jahres 2010 zur Genehmigung vor.

Noch im Vorwort zum letzten Geschäftsbericht musste der Regierungsrat vermerken, dass nach dem im September 2009 erfolgten unerwarteten Rücktritt von Baudirektor und Landammann Hans Matter die im Amt verbleibenden Regierungsmitglieder eine erhebliche Mehrbelastung und -verantwortung zu tragen hatten. Heute gilt es festzuhalten, dass sich mit dem Amtsantritt eines neuen Vorstehers des Bau- und Raumentwicklungsdepartements im Februar 2010 die Belastung wieder ausgeglichener gestaltete und dass sich das Kollegium „Regierungsrat“ nach den Gesamterneuerungswahlen vom März 2010 in neuer Zusammensetzung im Verlauf des Jahres gut eingespielt hat.

In unserem direkt-demokratischen System, für das uns viele Länder bewundern, stellen Wahlen und Abstimmungen immer die Höhepunkte eines politischen Jahres dar. Für die Obwaldner Stimmberechtigten boten sich im Jahr 2010 wiederum mehrere Möglichkeiten, ihre Meinung zu gesamtschweizerischen und kantonalen Themen zu äussern.

Neben mehreren eidgenössischen Abstimmungen, den bereits erwähnten Gesamterneuerungswahlen von Kantons- und Regierungsrat sowie neben der Justizreform, welcher mit grosser Mehrheit zugestimmt wurde, konnten sich die Obwaldner Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im September 2010 erneut zum Hochwasserschutz im Sarneraatal äussern.

Der Regierungsrat hat mit seiner konstruktiven Reaktion auf den Entscheid des Soveräns zugunsten der Volksinitiative für die Planung einer Stollenvariante und gegen die Empfehlung von Kantons- und Regierungsrat für einen Gegenvorschlag gezeigt, dass er den Wählerwillen als höchstes demokratisches Gut betrachtet und so rasch wie möglich die Voraussetzungen schaffen will, dass Obwaldnerinnen und Obwaldner schon bald eine definitive Wahl zwischen zwei planerisch auf gleicher Höhe liegenden Hochwasserschutzprojekten treffen können.

Wie in jedem Jahr gibt der Geschäftsbericht einen vertieften Einblick in die Tätigkeit von Regierungsrat, Kantonsrat und kantonaler Verwaltung im vergangenen Jahr. Ebenso legt der Regierungsrat eine detaillierte Zusammenstellung vor, wie er die von Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte, jeweils im Rahmen des Voranschlags gesprochenen finanziellen Mitteln eingesetzt hat.

Der Regierungsrat beantragt Ihnen, Geschäftsbericht und Staatsrechnung 2010 zu genehmigen.

Sarnen, im März 2011

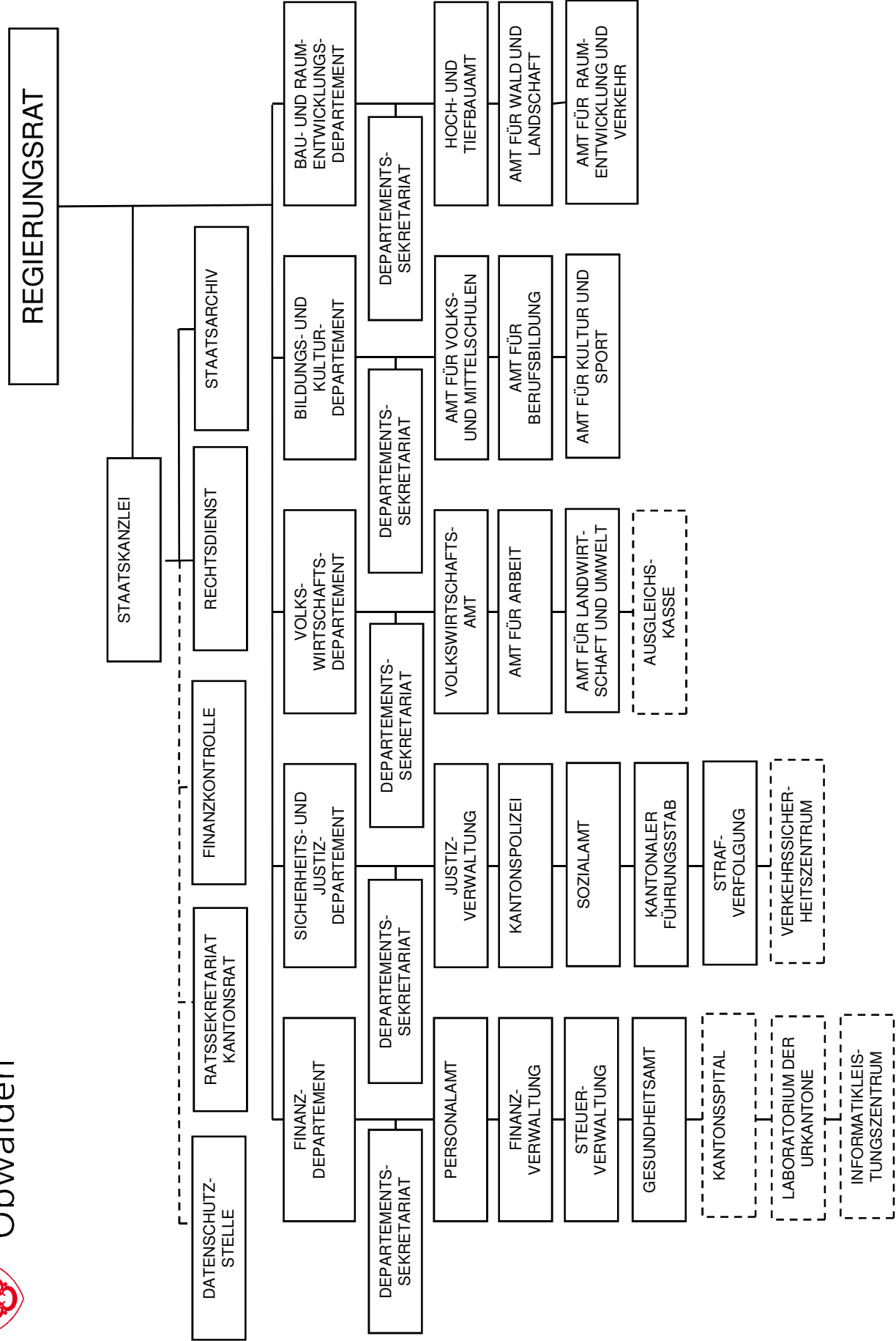
Im Namen des Regierungsrats

Landammann: Hans Wallimann

Landschreiber: Dr. Stefan Hossli

2 Bericht des Regierungsrats 2010 zur Lage des Kantons sowie über die Umsetzung der Schwerpunktprojekte





2.1 Einleitung

KANTON OBWALDEN
WOHN-ATTRAKTIV, WIRTSCHAFTS-DYNAMISCH UND OPTIMAL VERNETZT
IHR PARTNER IN DER ZENTRALSCHWEIZ

Wesentliche Grundlage für den Bericht des Regierungsrats zum Geschäftsjahr 2010 sind die im IAFP 2010 bis 2013 vom Regierungsrat für das Jahr 2010 festgelegten Schwerpunktprojekte (Kapitel 23.1 IAFP). Diese wiederum nehmen Bezug auf die in der Strategieplanung 2012+ aufgestellten strategischen Leitideen und Wirkungsziele zu den einzelnen Politikbereichen sowie auf die prioritären staatlichen Massnahmen (Projekte, Gesetzgebungsvorhaben und Investitionen) gemäss der Amtsdauerplanung 2006 bis 2010 sowie auf die kantonale Richtplanung von 2007. Mit diesen strategischen Vorgaben verfolgt der Regierungsrat weiterhin eine konsequente Positionierung und Zukunftsgestaltung des Kantons, nämlich:

- **Der Kanton Obwalden ist wohn-attraktiv:** Die bereits bestehende hohe Lebensqualität in einem intakten wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Umfeld bildet eine günstige Voraussetzung. Bewohnerinnen und Bewohner sollen sich im Kanton wohl fühlen und in der Gesellschaft integriert sein, unabhängig davon, ob sie ihr wirtschaftliches Einkommen in der weiteren Region bzw. städtischen Agglomeration oder im Kanton selbst erzielen oder den bevorzugten Wohnsitz im Kanton wählen ohne erwerbstätig zu sein. Der ganze Kanton Obwalden entwickelt sich deshalb primär als attraktive Wohnregion mit einem weiteren, verträglichen Bevölkerungswachstum.
- **Der Kanton Obwalden ist wirtschafts-dynamisch:** Die mit Erfolg geführte Politik des lebendigen, offenen Wirtschaftsraumes wird fortgesetzt. Auf der Grundlage der erfolgreich etablierten Unternehmen im Kanton wird besonders die weitere Clusterbildung mit dynamischen, wertschöpfungsintensiven Betrieben gefördert. Die Entwicklungspotenziale innerhalb des Kantons sind naturgemäss unterschiedlich. Da vor allem die Stärken gefördert werden sollen, ergibt sich ein unterschiedliches Entwicklungsbild für die einzelnen Kantonsteile bzw. Gemeinden. Das Potenzial ist so zu nutzen, dass daraus für den Kanton insgesamt der grösste Nutzengewinn entsteht. Als Wohn- und bevorzugte Wirtschaftsregion mit Agglomerationscharakter wird vor allem die Talachse des unteren Sarneraats um das Regionalzentrum Sarnen entwickelt. Dies erlaubt eine stärkere räumliche Konzentration der notwendigen Infrastrukturausstattung. Als Wohn- und bevorzugte naturnahe Erholungsregion werden das obere Sarneraatal und Engelberg bezeichnet. Hier im ausgeprägten ländlichen Raum bilden das lokale Gewerbe, die Landwirtschaft und der Tourismus – mit Engelberg und Melchsee-Frutt als touristischen Schwerpunkten – das wirtschaftliche Rückgrat.
- **Der Kanton Obwalden ist mit der Zentralschweiz und dem Grossraum Zürich optimal vernetzt:** Die Lage des Kantons in der Zentralschweiz verlangt eine optimale Vernetzung mit dem übergeordneten Wirtschaftsraum Zentralschweiz und den Anschluss an den Grossraum Zug – Zürich. Dies gilt im Hinblick auf die Weiterentwicklung des Wohn-, Arbeits- und Erholungsgebietes für alle drei Bereiche. Die Vernetzung wird umfassend verstanden, insbesondere bezüglich Wirtschafts- und Erwerbstätigkeit, Aus- und Weiterbildung, des öffentlichen und privaten Verkehrs, der Kommunikationstechnologie, der zentralörtlichen Dienstleistungen und der Freizeitangebote. Der Kanton pflegt in den staatlichen Handlungsbereichen eine partnerschaftliche, interkantonale Zusammenarbeit.

Der Regierungsrat gibt im Folgenden zunächst eine grundsätzliche Beurteilung über die Lage des Kantons Obwalden ab. Im Sinne eines „Controllings“ auf der Stufe der Staatsleitung gibt er darauf – geordnet nach den Schwerpunktprojekten 2009 (gemäss Kapitel 23.1 IAFP) – eine

Übersicht über die Umsetzung der strategischen Leitideen und Wirkungsziele sowie der übergeordneten Massnahmen.

Weil wie in den Jahren zuvor die meisten aktuellen Werte (IST 2010) zu den Kennzahlen gemäss Kapitel 22.1 IAFP zum Zeitpunkt der Abfassung des Geschäftsberichts noch nicht vorliegen, verzichtet der Regierungsrat auf deren Darstellung. Die Liste der Kennzahlen mit den Werten für 2010 wird dann im IAFP 2012 vorgestellt und bewertet.

Schliesslich sind die in den Departementen umgesetzten Leistungsaufträge und Jahresziele 2010 (gemäss Kapitel 24 und 25 IAFP) in den Berichten ab Kapitel 4 des Geschäftsberichts zu finden.

2.2 Zur Lage des Kantons Obwalden am Ende des Jahres 2010

Im Rahmen der vom Regierungsrat angeordneten Revision der politisch-strategischen Planungs- und Führungsinstrumente wurde im September 2010 die Gelegenheit genutzt, eine kurze Aussprache mit der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission des Kantonsrats (GRPK) zu führen und insbesondere deren Anregungen zum jährlichen Geschäftsbericht des Regierungsrats entgegenzunehmen. Im Rahmen dieser Aussprache wurde der Wunsch geäussert, der Regierungsrat möge im Geschäftsbericht jeweils eine Gesamtbeurteilung der Lage des Kantons am Ende eines Berichtsjahres vornehmen. Diesem Wunsch wird hiermit nachgekommen. Überdies sei aber auf die vom Kantonsrat am 27. Januar 2011 zustimmend zur Kenntnis genommene Amtsdauerplanung des Regierungsrats 2010 bis 2014 vom 5. Januar 2011 hingewiesen, in welcher unter Ziffer 2 „Rahmenbedingungen und Entwicklungstendenzen“ eine detaillierte und aktuelle Lageanalyse für den Kanton vorliegt.

Der Regierungsrat nimmt deshalb im diesjährigen Geschäftsbericht lediglich eine grobe Beurteilung vor, wie sich der Stand Obwalden am Ende des vergangenen Jahres darstellt, welches die politischen Hauptthemen des Berichtsjahres waren und welches die Herausforderungen in diesem und in den folgenden Jahren sein dürften. Die Beurteilung der Lage erfolgt dabei primär mit einem Blick ins „Innere“ des Kantons, aber auch – falls zweckmässig – im Bezug auf das gesamt- und zentralschweizerische Umfeld. Die Lagebeurteilung soll sowohl allgemein als auch bezogen auf einzelne politische Themenbereiche erfolgen.

Allgemein: Der Kanton im Jahr 2010 – Rahmenbedingungen und politisches Klima

Wie für die meisten Staatsgebilde bildete der ungewisse *Ausgang der 2008/2009 ausgebrochenen weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise* auch für den Kanton Obwalden den Rahmen für die politischen Planungen und Tätigkeiten, und er prägte die Erwartungen für das Jahr 2010. Es darf mit Genugtuung festgestellt werden, dass der Kanton Obwalden und seine Bevölkerung die Auswirkungen dieser Krise weniger spürten als dies in anderen Kantonen und Ländern der Fall war. Der Abschluss der Staatsrechnung 2010 ist nur ein Argument für diese Einschätzung. Die von Parlament und Regierung in den letzten Jahren geschaffenen wirtschafts- und finanzpolitischen Voraussetzungen haben dabei sicher einen wesentlichen Beitrag geleistet (z. B. kantonale Unterstützung bei der temporären Einführung von Kurzarbeit). Dass dies allerdings nicht für alle Wirtschaftszweige und Beschäftigten des Kantons gilt und dass es Branchen gibt, die solche Krisen auf Grund der Abhängigkeit vom Ausland länger (Tourismus) oder später (Bau) spüren, ist nicht von der Hand zu weisen.

Für die politische Führung des Kantons bildete das Jahr 2010 wie alle vier Jahre einen „kleinen Neuanfang“, fanden doch am 7. März 2010 *Gesamterneuerungswahlen für den Kantons- und den Regierungsrat* statt, und startete am 1. Juli 2010 eine neue vierjährige Amtsdauer. Der Regierungsrat durfte feststellen, dass sich der Wahlkampf im Vorfeld dieser Wahlen nicht lähmend auf die Entscheidungsfreudigkeit von Legislative und Exekutive auswirkte und dass nach

wie vor eine grundsätzlich konstruktiv-kritische Zusammenarbeit dieser beiden „Gewalten“ das politische Leben im Kanton Obwalden prägt – ein Umstand, der nicht selbstverständlich ist, wenn man den Blick in andere Kantone oder auf Bundesebene richtet. Als Beispiel für das konstruktiv-kritische Verhältnis sei der Bericht der GRPK zur Überprüfung grosser Bauprojekte erwähnt, dem der Regierungsrat und das zur Hauptsache betroffene Departement viele wichtige Hinweise entnehmen konnten.

Mit der Erarbeitung *einer Amtsdauerplanung für die Jahre 2010 bis 2014*, welche noch im Dezember 2010 zuhanden des Kantonsrats verabschiedet werden konnte, legte der Regierungsrat den Grundstein für die politische Arbeit auf kantonaler Ebene. Im Rahmen dieser Erarbeitung zeigte sich auch, dass die im Jahr 2003 festgelegte Langfriststrategie 2012+ an Aktualität und an Zweckmässigkeit für einen kleinen Kanton wie Obwalden mit seinen politischen, wirtschaftlichen, finanziellen, gesellschaftlichen, geographischen und verkehrstechnischen Rahmenbedingungen kaum etwas eingebüsst hat. Der Regierungsrat konnte deshalb mit gutem Gewissen entscheiden, die Planung für die im Jahr 2010 begonnene Amtsdauer auf der gültigen Strategie aufzubauen und genügend Zeit für die Erarbeitung einer Nachfolgestrategie (Langfriststrategie 2022+) einzuräumen.

Betrachtet man das politische Klima im Kanton Obwalden noch etwas weiter, muss vermerkt werden, dass sich mit der Zustimmung des Souveräns zur Volksinitiative für die Planung einer Stollenvariante für den Hochwasserschutz im Sarneraatal und mit der Ablehnung des Gegen-vorschlags der *Trend* im vergangenen Jahr fortsetzte, dass *kantonale Vorlagen*, welche die Unterstützung vom Regierungsrat und einer grossen Mehrheit des Kantonsrats genossen, von den Obwaldner Stimmberechtigten *abgelehnt werden*. Sowohl Regierungsrat als auch Kantonsrat sind künftig gefordert, den von ihnen grossmehrheitlich unterstützten Abstimmungsvorlagen mit klar verständlichen Abstimmungsunterlagen und entsprechendem persönlichen Einsatz im Abstimmungskampf zum Durchbruch zu verhelfen.

Für den Kanton Obwalden als kleiner Kanton ist eine *Zusammenarbeit mit anderen Kantonen der Zentralschweiz* primär aus ökonomischen Gründen nach wie vor sehr wichtig. Sie wird gepflegt und bewährt sich in der Regel, ja sie drängt sich in vielen Fällen sogar auf (z. B. Verwaltungsweiterbildung, Polizeikonkordat Zentralschweiz, Kulturlastenausgleich, Informatikleistungszentrum OW/NW, Verkehrs- und Sicherheitszentrum OW/NW, Labor der Urkantone OW/NW/UR, Datenschutzbeauftragter OW/NW/SZ, Verhörrichter/Staatsanwaltschaft Wirtschaftsdelikte OW/NW). Es wird deshalb auch in Zukunft darum gehen, nach dem Prinzip der „variablen Geometrien“ die Türen offen zu halten und Kooperationen einzugehen, wenn die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen gegeben sind.

Mit dem Austritt des Kantons Luzern aus dem Konkordat der Pädagogischen Hochschule der Zentralschweiz hat die positive Beurteilung der Zusammenarbeit in der Zentralschweiz im Jahr 2010 allerdings einen Dämpfer erlitten. Auch ist die Zusammenarbeit im Rahmen der Fachhochschule Zentralschweiz (FHZ) im vergangenen Jahr etwas ins Stocken geraten. Diese Trends gilt es aus Sicht des Regierungsrats gut im Auge zu behalten.

Was waren nun aus Sicht des Regierungsrats die Schwergewichtsthemen 2010 in einzelnen Politikbereichen, und wo liegen dort die künftigen Herausforderungen?

Staatspolitik und Justiz

Mit der Verabschiedung der *Justizreform* durch den Kantonsrat am 21. Mai 2010 und mit Zustimmung zur notwendig gewordenen Verfassungsänderung durch das Obwaldner Stimmvolk am 26. September 2010 wurde die Anpassung der kantonalen Gesetzgebung und der Behördenorganisation an die neuen Vorgaben der Bundesstufe abgeschlossen. Die neue Schweizerische Zivilprozess- und Strafprozessordnung, mit welcher gesamtschweizerisch einheitliche

Prozessrechte geschaffen wurden, die eine rechtsgleiche Behandlung erlauben, hatte diese Anpassungen notwendig gemacht. Die Kantonsverfassung musste an die neue Behördenorganisation angepasst werden, denn die Schweizerische Strafprozessordnung schreibt allen Kantonen die Einführung eines Staatsanwaltschaftsmodells vor, welches die Vereinigung von Untersuchungs- und Anklagebehörde umfasst. Mit dem Inkrafttreten der Massnahmen am 1. Januar 2011 hat der Kanton nun den gesetzgebenden Teil der Justizreform abgeschlossen. Details müssen nun in der Umsetzungsphase geklärt werden.

Ein besonderer Fokus im Bereich der Justiz richtete sich im Jahr 2010 auf die *Wirtschaftsdelikte*. Der Regierungsrat hat erkannt, dass mit der Attraktivität des Kantons als Wirtschaftsstandort auch das Risiko für Fälle von Wirtschaftskriminalität ansteigen könnte. Um die bereits bestehenden Fälle bewältigen zu können, wurde zusätzlich zu dem bereits vorhandenen, mit den Kantonen Nidwalden und Uri gemeinsamen Verhörerichter ein ausserordentlicher Verhörerichter für Wirtschaftsdelikte bewilligt. Personelle Probleme im Bereich des ordentlichen „Wirtschaftsverhörerichters“ waren dem Vertrauen darauf, dass bestehende und neue Wirtschaftsdelikte sach- und zeitgerecht abgewickelt würden, auch nicht förderlich. Der Regierungsrat geht jedoch davon aus, dass mit einer personellen Neubesetzung und Verstärkung der mit Nidwalden und Uri gemeinsamen (neu) Staatsanwaltschaft für Wirtschaftsdelikte vorhandene und neue Fälle von Wirtschaftskriminalität in zeitlicher und fachlicher Hinsicht zufriedenstellend gelöst werden können.

Finanzpolitik

Das Jahr 2010 darf aus finanzpolitischer Sicht als erfolgreich bezeichnet werden. Der gute *Rechnungsabschluss* zeugt zum einen von einem haushälterischen Umgang mit den vom Parlament mit der Zustimmung zum Voranschlag 2010 gesprochenen finanziellen Mitteln. Zum anderen darf das erfolgreiche Rechnungsergebnis auch als Argument für die Qualität der im Jahr 2006 lancierten Steuerstrategie herbeigezogen werden.

Der Kanton Obwalden hat sich im *Steuerwettbewerb* mit anderen Kantonen wiederum gut geschlagen. Mit den beiden Steuergesetzrevisionen 2011 (im Prinzip Nachvollzug von Bundesvorgaben) und 2012 (zweiter Schritt der *Steuerstrategie*, kommt 2011 vor Kantonsrat und Volk), welche auch sichtbare Steuerentlastungen für Einwohnerinnen und Einwohner mit mittleren und tiefen Einkommen bringen wird, ist die Grundlage vorhanden, damit der Kanton Obwalden für alle Bevölkerungsschichten bezüglich der Steuern weiterhin attraktiv bleibt.

Aus finanzpolitischer Sicht ist als weiterer Höhepunkt des vergangenen Jahres die Verabschiedung des neuen Finanzhaushaltsgesetzes durch den Kantonsrat am 11. März 2010 zu erwähnen. Mit diesem Akt folgte der Kanton einer Empfehlung der kantonalen Finanzdirektoren, die Rechnungslegung unter Kantonen und Gemeinden sowie mit dem neuen Rechnungsmodell des Bundes so gut wie möglich zu harmonisieren. Kantons- und gemeindespezifische Besonderheiten wie Ausgabenbremsen und Abschreibungsvorgaben konnten mehrheitlich vom bisherigen Finanzhaushaltsrecht übernommen werden. Der Regierungsrat nahm dabei zum Anlass, auch die Finanzaufsicht über die Gemeinden sowie den kantonalen Finanzausgleich zu überprüfen, wobei es ihm nicht darum ging, die bisherige hohe Gemeindeautonomie einzuschränken. Der Kanton verfügt somit nach Inkrafttreten auf den 1. Januar 2012 über eine moderne Finanzhaushaltsgesetzgebung.

Aller Erfolgsmeldungen zum Trotz wird der Kanton Obwalden nach Ansicht des Regierungsrats gut daran tun, mit seinen finanziellen Mitteln haushälterisch umzugehen. Auch wenn es als gutes Zeichen für die Wirkung der Steuerstrategie gewertet werden darf, so darf doch nicht ausser Acht gelassen werden, dass der Kanton mit zunehmender *Ressourcenstärke* weniger Gelder aus dem Neuen Finanzausgleich (NFA) erhalten wird. So werden 2011 ca. 7,3 Millionen und 2012 ca. 11 Millionen Franken weniger zu erwarten sein. Die Schwäche des Euro und die

dabei auftretenden Währungsschwankungen haben zudem dafür gesorgt, dass die Schweizerische Nationalbank auch bei einer künftigen Erholung des Euro zuerst ihre Reserven ergänzen wird und deshalb ihre Zahlungen an den Bund und die Kantone ab 2012 in Frage gestellt hat. Der Kanton Obwalden wäre in diesem Fall von Mindereinnahmen von ca. 7 Millionen Franken betroffen. Das im Jahr 2010 initiierte Priorisierungsprogramm darf deshalb nicht als obsolet betrachtet werden, und es steht nach Meinung des Regierungsrats jedem Gemeinwesen gut an, eine Priorisierung der vorgesehenen Ausgaben im Sinne einer Eventualplanung anzudenken (hinterfragen und staffeln der geplanten Ausgaben je nach Entwicklung der Einnahmen).

Die finanzielle Zukunft des Kantons wird jedoch nicht nur von sinkenden Einnahmen aus Finanzausgleich und Nationalbankauszahlungen bestimmt. Es stehen in naher Zukunft auch *Investitionsausgaben* an, um die der Kanton nicht herumkommt (Bettentrakt Kantonsspital, Hochwasserschutzprojekte). Zudem besteht der Trend, dass der Kanton vermehrt Aufgaben von den Gemeinden übernimmt und diese auch zu finanzieren hat.

Die Herausforderungen in finanzieller Hinsicht werden nach Ansicht des Regierungsrats deshalb darin bestehen, möglichst viele Ausgleichszahlungen durch eine erfolgreiche Weiterführung der Steuerstrategie zu kompensieren. Neuzuzüge von Privatpersonen, aber auch die Ansiedelung von neuen Unternehmen sind zu fördern, und die Aufgabe des Kantons ist es, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen bzw. weiter zu entwickeln. Dabei erhofft sich der Regierungsrat nicht nur die Unterstützung seitens des Kantonsrats, sondern auch seitens der Gemeinden. Allerdings beurteilt er die Wortwahl einzelner Gemeindevertreter bei öffentlichen Aussagen im letzten Jahr, welche die scheinbar sinkende Handlungsfähigkeit einzelner Gemeinden zum Thema hatten, als eher kontraproduktiv.

Gesundheitspolitik

Steigende Kosten im Gesundheitswesen prägten die gesundheitspolitischen Diskussionen in der ganzen Schweiz auch im Jahr 2010. Im Kanton Obwalden verliefen die Diskussionen wohl deshalb noch intensiver als in andere Kantone, weil Regierungsrat und Kantonsrat die Stellungnahme zu einer 2009 eingereichten, mittlerweile aber zurückgezogenen Volksinitiative zur *individuellen Prämienverbilligung* (IPV) zu beraten hatten. Die Verfassungskonformität des Volksbegehrens und die Zweckmässigkeit eines Gegenvorschlags waren dabei die bestimmenden Aspekte der Diskussionen. Dem Regierungsrat ist es ein Anliegen, den Sinn aller Betroffenen dafür zu schärfen, dass es nicht darum gehen kann, einfach die im jeweiligen Staatsvoranschlag genehmigten Ausgaben für die IPV auszuschütten, sondern dass jährlich auf Bundesvorgaben angelegte, aber vom Kanton festgelegte Sozialziele zu erreichen sind. Der Regierungsrat erachtet diese Systematik und die Möglichkeit, dass der Kantonsrat in jedem Jahr über die individuelle Prämienverbilligung befinden kann, als ein zweckmässiges Vorgehen.

Als wichtiger Meilenstein für die Zukunft der Gesundheitspolitik im Kanton Obwalden konnte der Regierungsrat im Jahr 2010 über den Wettbewerb für die Gestaltung eines neuen *Bettentrakts für das Kantonsspital* entscheiden. Eine Vorlage für einen Planungskredit konnte noch im letzten Jahr an den Kantonsrat überwiesen werden, und die nächsten Schritte sind eingeleitet, damit das Kantonsspital innert nützlicher Frist über einen modernen Bettentrakt verfügen, sich auch nach Einführung der freien Spitalwahl in unserem Land im Wettbewerb der Spitäler behaupten und eine medizinische Grundversorgung mit zeitgemässer Unterbringung der Patienten anbieten kann. Das Obwaldner Stimmvolk wird das letzte Wort zum Kredit und zur Finanzierung des Bettentrakts haben.

Der Regierungsrat ist im Übrigen nicht um die Zukunft des Kantonsspitals Obwalden besorgt, weil die Kantone Luzern und Nidwalden eine enge Kooperation beschlossen haben (*Projekt LUNIS*). Er schenkt den Zusicherungen des Luzerner Gesundheitsdirektors vollen Glauben,

dass sich an der bereits bestehenden erfolgreichen Zusammenarbeit der Kantonsspitäler Luzern und Obwalden nichts ändern wird.

Als grösste unmittelbare gesundheitspolitische Herausforderung betrachtet der Regierungsrat die *Neuregelung der Pflegefinanzierung* ab dem Jahr 2011. Das Vorjahr war in dieser Hinsicht geprägt durch die von den Gemeinden geäusserten Sorgen um die Finanzierbarkeit dieser Neuregelung. Der Regierungsrat ist bestrebt und auch überzeugt, dass es gelingen wird, unter Einbezug aller beteiligten Partner und unter Leitung des Kantons im Jahr 2011 die Pflegekette systematisch zu analysieren, aus der Analyse die richtigen Schlüsse zu ziehen und die Neuordnung der Pflegefinanzierung zweckmässig zu regeln.

Gesellschafts- und Sozialpolitik

In gesellschafts- und sozialpolitischer Hinsicht sticht im vergangenen Jahr die Schaffung einer *Fachstelle für Gesellschaftsfragen* auf den 1. Januar 2011 hervor, als deren rechtliche Grundlage eine diesbezügliche Verordnung vom Kantonsrat am 11. März 2010 genehmigt wurde. Mit dieser im Sozialamt angegliederten Fachstelle werden Fragen der Familien-, Jugend- und Gesundheitsförderung, Integrationsfragen sowie die Gleichstellung von Mann und Frau behandelt. Der Regierungsrat beurteilt die Schaffung dieser Fachstelle nicht nur als gutes Beispiel, wie Synergien innerhalb der Verwaltung besser genutzt werden können, sondern auch als taugliche Massnahme dafür, dass zukünftige gesellschafts- und sozialpolitische Herausforderungen koordinierter als bisher angegangen, Bevölkerung und Behörden umfassender beraten und Präventionsprojekte gezielter und wirksamer gestaltet werden können.

Mit der zustimmenden Kenntnisnahme des Kantonsrats zu einem Bericht des Regierungsrats zu einem *Jugend-Kulturraum Obwalden* und mit der Genehmigung eines vom Regierungsrat beantragten Kredits von Fr. 350 000.– zur Erstellung eines solchen Raumes hat der Kantonsrat am 3. Dezember 2010 schlussendlich einen ebenfalls wichtigen Meilenstein gesetzt und eine nicht nur finanziell, sondern auch gesellschafts- und sozialpolitisch zweckmässige Investition in die Jugend des Kantons getätigt.

Wichtige Entscheide im gesellschafts- und sozialpolitischen Bereich wurden von Kantonsrat und Regierungsrat im Jahr 2010 auch zu den Leistungsangeboten in den Bereichen Sonderpädagogik und Förderung von Menschen mit einer Behinderung gefällt (Beschluss Kantonsrat am 28. Oktober 2010). Hier ist ab dem Jahr 2011 nicht mehr die Invalidenversicherung (IV) zuständig. Die Zuständigkeit liegt nun im Sicherheits- und Justizdepartement sowie im Bildungs- und Kulturdepartement. Der Regierungsrat vereinbart neu auch mit der Stiftung Rütimattli die jährliche Globalpauschale und bewilligt auch die Investitionen.

Sicherheit

Es ist eine Tatsache, dass wie in anderen Ländern Europas auch in unserem Land nicht mehr das Bild von der „heilen Welt“ gezeichnet werden kann, wie das vor wenigen Jahrzehnten noch der Fall war. Der Kanton Obwalden ist zwar den Entwicklungen im Bereich der Kriminalität in den letzten Jahren nicht derart ausgesetzt, wie dies in Kantonen mit grösseren Städten der Fall sein dürfte. Trotzdem war und ist der Regierungsrat der Meinung, dass der Kanton Obwalden seine Präventions- und Einsatzmittel so zu organisieren hat, dass sie flexibel auf neue Herausforderungen reagieren können.

Unter diesem Aspekt ist unter anderem zu sehen, dass der Regierungsrat *ein neues Polizeigesetz* vorlegte, welchem der Kantonsrat am 11. März 2010 zustimmte. Dieses Polizeigesetz, das sich auch an Polizeigesetzen anderer, von der Grösse her vergleichbarer Kantone orientiert und welches auch gesellschaftliche Entwicklungen zu berücksichtigen hatte, verzichtet unter anderem im Gegensatz zu seinem Vorgänger auf die Festlegung einer Obergrenze für die Grösse

des kantonalen Polizeikorps. Das erlaubt dem Regierungsrat, den Bestand den Herausforderungen entsprechend zu regulieren.

Im Blickwinkel der Möglichkeit flexiblen Handelns auf künftige Herausforderungen ist auch der Beitritt des Kantons Obwalden zum *Konkordat über die Grundlagen der Polizei-Zusammenarbeit in der Zentralschweiz* zu sehen, den der Kantonsrat am 21. Mai 2010 auf Antrag des Regierungsrats genehmigte. Das Jahr 2010 war somit aus Sicht des Regierungsrats für die Sicherheit der Bevölkerung des Kantons Obwalden eine Art „Schlüsseljahr“.

Migration

Wenn es darum geht, mögliche Herausforderungen für den Kanton darzustellen, darf auch das Thema *Migration* nicht unerwähnt bleiben. Ging dieses Thema in den letzten Jahren auf kantonaler Ebene fast vergessen, ist es mit den politischen Entwicklungen in Nordafrika seit Beginn dieses Jahres umso heftiger ans Licht getreten. Es wird für den Kanton Obwalden eine Herausforderung sein, je nach der Anzahl Zuweisungen von Asylsuchenden durch den Bund genügend Plätze zur Verfügung zu stellen.

Wirtschaft und Tourismus

Wie bereits zu Beginn der Lagebeurteilung erwähnt, beeinflusste die Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008/2009 auch die Wirtschaft des Kantons Obwalden. Erfreulicherweise verlief die wirtschaftliche Entwicklung im Kanton im Jahr 2010 besser, als sie erwartet werden durfte. Die meisten Obwaldner Firmen konnten ihre Auftragsbücher besser füllen als angenommen. Mit Entscheiden wie z. B.

- der Zustimmung zu einem Beitrag von Fr. 750 000.– an das Micro Center Central Switzerland (MCCS),
- der Bewilligung einer Neuinvestition des EWO von 31 Millionen Franken für die Erstellung eines Glasfasernetzes am 25. Januar 2010,
- der Genehmigung eines Investitionsbeitrags von ca. 4 Millionen Franken an eine „Park + Ride“-Möglichkeit beim Bahnhof Sarnen am 22. April 2010 oder
- der Genehmigung eines jährlichen Kredits an das Kantonsmarketing von je 300 000 Franken in den Jahren 2011 bis 2015 am 25. Juni 2010

arbeiteten Regierungs- und Kantonsrat auch im Jahr 2010 an einer *weiteren Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Ansiedelung neuer Unternehmungen*. Der Regierungsrat wird auch künftig bestrebt sein, die Rahmenbedingungen zu optimieren.

Es bedurfte auch im Jahr 2010 keiner besonderen Bestätigung, dass der *Tourismus* eine zentrale Rolle bei der wirtschaftlichen Entwicklung des Kantons Obwalden spielt. Es waren auch im vergangenen Jahr nicht nur die in der kantonalen Richtplanung als Tourismuszentren bezeichneten Schwerpunkte Engelberg und Melchsee-Frutt, die sich generell, aber auch mit besonderen jährlichen Anlässen (Weltcup-Skispringen Engelberg, FIS-Europacup-Slalom Melchsee-Frutt) hervortaten. Ereignisse wie die jährliche Einladung „Schweizerin/Schweizer des Jahres“ auf der Älggialp, der von Bundespräsidentin Doris Leuthard im August 2010 organisierte Ausflug der Schweizer Botschafterinnen und Botschafter oder das schon traditionelle Kulturfestival „OBWALD“ im „Gsang“ Giswil gaben dem Kanton beste Gelegenheiten, sich zu präsentieren und Werbung für die „Destination Obwalden“ zu machen.

Der Regierungsrat beobachtet den in den letzten Jahren aufgekommenen Umbruch in der Landschaft der Zentralschweizer Tourismusorganisationen genau. Er hat im letzten August den Beitrag an „Vierwaldstättersee Tourismus (VT)“ deshalb nur noch für 2011 gesprochen, und er befürwortet die Errichtung einer neuen Regionalen Tourismusorganisation für das Sarneraatal und den Kanton Nidwalden (für Engelberg mit Engelberg-Titlis-Tourismus besteht aus Sicht des Regierungsrats kein Handlungsbedarf). Ein Antrag an den Kantonsrat für einen Nachtrag zum Tourismusgesetz ist noch für dieses Jahr vorgesehen.

Bildung, Kultur und Sport

Will der Kanton Obwalden attraktiv für Personen und Unternehmungen sein, braucht er neben anderen Voraussetzungen auch ein gleichermassen attraktives *Bildungsangebot* in einem modernen Bildungsumfeld, in dem sich die zu Bildenden auch wohl fühlen. Zum Umfeld gehört nicht nur eine zweifellos vorhandene kompetente und motivierende Lehrerschaft, sondern z. B. auch eine moderne Infrastruktur. Die infrastrukturellen günstigen Voraussetzungen werden zur Zeit mit dem Um- und Neubau der Kantonsschule Obwalden geschaffen, für welchen der Baubetrieb im Jahr 2010 ganz besonders intensiv war.

Zur Infrastruktur darf im weiteren Sinn auch das Angebot für Aufenthalte zwischen den Schulstunden und für die Verpflegung gezählt werden. Auch in diesem Fall wurden im Jahr 2010 wichtige Weichen gestellt. In einem Nachtrag zum kantonalen Bildungsgesetz – vom Kantonsrat am 28. Oktober 2010 genehmigt – wurde im Grundsatz festgehalten, dass der Kanton eine Kantonsschule mit einer Mensa mit Mittagsverpflegung führt und dass der Regierungsrat die Führung dieser Mensa Dritten übertragen kann. Letzteres hat der Regierungsrat in der Zwischenzeit auch getan.

Die bereits unter „Gesellschafts- und Sozialpolitik“ erwähnten Entscheide zu den Leistungsangeboten in den Bereichen Sonderpädagogik und Förderung von Menschen mit einer Behinderung haben natürlich einen bildungspolitischen Aspekt. Mit dem Nachtrag zum Bildungsgesetz und mit der neuen Verordnung wurden die Umsetzungsarbeiten zur NFA in diesem Bereich abgeschlossen.

Der Regierungsrat erwartet im Bildungsbereich als grössere Herausforderung der nahen Zukunft insbesondere die Bewältigung der eingangs dieser Lagebeurteilung erwähnten Aufkündigung der Mitgliedschaft des Kantons Luzern im Konkordat der pädagogischen Hochschule der Zentralschweiz (PHZ). Hier werden Regierungsrat und Kantonsrat bereits bis Mitte 2011 Entscheide zur Auflösung des Konkordats zu fällen haben. Ebenso erwartet der Regierungsrat Diskussionen zum Konkordat der Fachhochschulen der Zentralschweiz (FHZ), bei dem sich Differenzen zwischen dem Kanton Luzern und den übrigen Kantonen zur Standortabgeltung bereits gezeigt haben.

Einen *kulturpolitisch bedeutsamen Entscheid* fällt der Kantonsrat auf Antrag des Regierungsrats am 29. Oktober 2010, indem er einen Beschluss über einen Rahmenkredit für die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen genehmigte. Es hat sich nach Meinung des Regierungsrats gelohnt, die Absicht für einen solchen Beschluss im Vorfeld der Beratung mit allen im Kantonsrat vertretenen Parteien zu besprechen. Nachdem die Obwaldner Stimmberechtigten am 8. Februar 2009 einen Beitritt zur einer Vereinbarung über die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen abgelehnt hatten, konnte seitens des Kantons ein positives Zeichen an die an der abgelehnten Vereinbarung beteiligten Kantone vermittelt werden.

Im *Sportbereich* schliesslich wurde mit dem vom Regierungsrat am 7. September 2010 verabschiedeten Antrag an den Kantonsrat für ein Sportförderungsgesetz der in den letzten Jahren gestiegenen Bedeutung des Sport in der Gesellschaft Rechnung getragen. Mit der Sportförderung wird schlussendlich auch ein nicht unwichtiger Beitrag an die Volksgesundheit und an die gesellschaftliche Entwicklung des Kantons (Einbindung junger Menschen in Sportvereine) geleistet. Das Sportförderungsgesetz wurde mittlerweile (27. Januar 2011) vom Kantonsrat verabschiedet.

Umwelt und Verkehr

Auch im Jahr 2010 war *bezogen auf die Umwelt* der Hochwasserschutz im Sarneraatal eines der Bevölkerung und Politik am meisten bewegenden Themen im Kanton Obwalden. Mit der Annahme der bereits eingangs dieser Lagebeurteilung erwähnten Annahme der diesbezüglichen Volksinitiative und der Ablehnung des vom Regierungsrat vorgeschlagenen und vom Kantonsrat am 20. Mai 2010 genehmigten Gegenvorschlags sind nun die Vorgaben für das weitere Vorgehen klar: Das Projekt für einen Hochwasserschutz mit einem Hochwasserentlastungsstollen Ost wird soweit vorbereitet und auf die gleiche planerische Ebene wie die Variante „Tieferlegung und Verbreiterung Sarneraa“ gebracht, dass sich nach heutigem Ermessen der Kantonsrat Mitte 2012 für eine Variante entscheiden und anschliessend das Obwaldner Stimmvolk über einen Baukredit abstimmen kann. Dem Kontakt mit den relevanten Bundesstellen kommt bei diesem Thema eine hohe Bedeutung zu, entscheidet sich doch so, in welchem Ausmass der Kanton Investitionen tätigen muss. Der Regierungsrat wird alles daran setzen, dass das Sarneraatal nun so rasch wie möglich ohne weitere zeitliche Verzögerung über einen Hochwasserschutz verfügt wird.

Im Bereich des Verkehrs durfte sich der Kanton 2010 zum einen über die Eröffnung des Tunnels „Zollhaus“ der A8 im September 2010 freuen. Diese Eröffnung des einzigen neuen Abschnitts im schweizerischen Nationalstrassennetz im Jahr 2010 bedeutet einen weiteren Baustein auf einer schnelleren und auch sichereren Strassenverbindung zwischen dem Sarneraatal und dem Brünig. Mit der Umfahrung Lungern (im Bau) und mit der in der Projektierungsphase stehenden Umfahrung Kaiserstuhl werden in den nächsten Jahren weitere Lücken geschlossen werden können. Nicht vergessen werden darf auch, dass 2010 das Bundesamt für Strassen (ASTRA) grünes Licht für die Planung eines A8-Vollanschlusses Alpnach-Süd gegeben hat. Die Entwicklung des Strassenverkehrs schreitet somit nach Meinung des Regierungsrats weiterhin zügig und für den Kanton positiv voran.

Neben dem Individualverkehr konnte der Kanton im Bereich *des öffentlichen Verkehrs* die Einweihung des Tunnels Engelberg für die Zentralbahn im Dezember 2010 feiern. Zeitlich kürzere Zugverbindungen zwischen Luzern und Engelberg machen die Obwaldner Exklave mit all ihren touristischen Angeboten zu einem noch attraktiveren Reiseziel für Besucher aus aller Welt.

Der öffentliche Verkehr kann nicht nur kantonal betrachtet werden. Dies bringt es mit sich, dass auch ausserkantonale Entscheide für unseren Kanton von grosser Wichtigkeit sind. Für eine noch bessere Einbindung in das schweizerische Schienennetz und für eine noch attraktivere Fahrplangestaltung ist der Kanton Obwalden zwingend darauf angewiesen, dass sich die verkehrstechnischen Probleme rund um den „Flaschenhals“ Hergiswil mittelfristig lösen. Der Regierungsrat wird die Entwicklungen eng verfolgen, weil auch der öffentliche Verkehr einen wesentlichen Faktor für die Attraktivität des Standorts Obwalden darstellt.

Energie und Telekommunikation

Energiepolitisch trat im Jahr 2010 wieder die Standortfrage für eine Deponie von schwach- und mittel-radioaktiven Abfällen in den Vordergrund. Der Regierungsrat hat sich im Rahmen der Anhörung zur ersten Etappe des Sachplans geologische Tiefenlager dezidiert gegen den Standort Wellenberg ausgesprochen. Neben einem Ungenügen in geologischen Fragen wiegen nach Meinung des Regierungsrats auch die Argumente schwer, dass mit einem Tiefenlager Wellenberg die Attraktivität der Gemeinde Engelberg rapide sinken und die Entwicklung der Obwaldner Exklave als Tourismusregion massiv behindern könnte. Es wird sich in den nächsten Monaten zeigen, ob mit dem Abschluss der Anhörung der Standort Wellenberg endgültig wegfallen wird.

Im energiepolitischen Bereich ist schliesslich der zustimmende Entscheid des Kantonsrats vom 30. Juni 2010 zum Förderprogramm für Energieeffizienz und erneuerbare Energien und zu einem Bruttokredit von maximal 1,8 Millionen Franken für die Jahre 2011 bis 2014 zu erwähnen. Im Übrigen wird sich der Kantonsrat in diesem Jahr mit einem Nachtrag zum Baugesetz im Energiebereich zu beschäftigen haben.

Das im *Telekommunikationsbereich* herausstechende politische Ereignis des Jahres 2010 – die Zustimmung des Kantonsrats zum Vorhaben des EWO, ein kantonales Glasfasernetz aufzubauen – wurde bereits einmal erwähnt. Es bleibt hier abzuwarten, welche Ergebnisse die Gespräche zwischen anderen Anbietern und dem EWO bringen werden, die notwendig sind, um den Bewohnerinnen und Bewohnern rasch den Anschluss an eine moderne Kommunikationstechnologie zu erschwinglichen Preisen zu ermöglichen.

Zusammenfassung

Im Jahr 2010 wurden aus Sicht des Regierungsrats politisch sehr viele wichtige Weichen gestellt, die alle dazu beitragen, dass die Bevölkerung des Kantons Obwalden in eine positive Zukunft mit einem möglichst alle zufriedenstellenden Wohlstand blicken darf. Kantonsrat und Regierungsrat haben Entscheide gefällt und an Rahmenbedingungen gearbeitet, so dass der Kanton Obwalden weiterhin ein attraktiver Standort sein wird – für jetzige und künftige Einwohnerinnen und Einwohner, aber auch für Arbeitsplätze schaffende Unternehmungen. Getroffene Entscheide in allen oben erwähnten Bereichen tragen zur Attraktivität unseres Kantons bei.

Ein alle Einkommensklassen befriedigendes Steuersystem, ein modernes, die medizinische Grundversorgung sicherndes Kantonsspital, ein attraktives Freizeit- und Kulturangebot für Menschen jeden Alters, Sicherheit vor kriminellen Aktivitäten, eine gute Unterstützung neuer Unternehmen, attraktive Freizeit- und Tourismusangebote, die Möglichkeiten einer Schulbildung in einer modernen Infrastruktur, gute Strassen- und Schienenanschlüsse an die Hauptverkehrsachsen in unserem Land sowie schlussendlich auch ein modernes Telekommunikationsangebot – all diese Faktoren unterstützen die Umsetzung der vom Regierungsrat im Jahr 2003 formulierten Langfriststrategie 2012+ für den Kanton Obwalden und der 2006 lancierten Steuerstrategie.

Der Kanton Obwalden ist auch nach der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 finanziell konsolidiert und gefestigt. Es gilt, diesen Zustand auch in den kommenden Jahren durch die Erschliessung neuer Einnahmen und durch eine konsequente Ausgabenpolitik zu erhalten.

Nach Meinung des Regierungsrats gilt dieser Zustand aber nicht nur aus finanzieller, sondern auch aus politischer Sicht. Der Regierungsrat beurteilt – wenn er einen Blick über die Kantons Grenzen wagt – das Verhältnis von Bürgerinnen und Bürgern zum Staat nach wie vor als gut.

Der Regierungsrat schätzt auch die Beziehung und Zusammenarbeit zwischen Parlament und Regierung als nach wie vor konstruktiv ein, was – wiederum mit Blick über die Kantons Grenzen – nicht als selbstverständlich gelten kann. Legislative und Exekutive müssen wie bisher auch künftig das Wohl des Kantons und seiner Bürgerinnen und Bürger ins Zentrum ihrer Arbeit stellen, und dies fernab von Parteigeplänkel.

Zu diesem guten Verhältnis haben alle Beteiligten auch weiterhin beizutragen, denn die Herausforderungen für einen kleinen Kanton wie unseren Kanton Obwalden werden in der heutigen, sich stetig im Wandel begriffenen Welt nicht kleiner.

2.3 Umsetzung der Schwerpunktprojekte gemäss Kapitel 23.1 IAFP 2010 bis 2013

2.3.1 Ein Programm zur Priorisierung von staatlichen Leistungen und Aufgaben ist erstellt.

Das Priorisierungsprogramm (mit Wirkung auf 1. Januar 2011) ist durch den Kantonsrat genehmigt (2. Hälfte 2010).

Die Eingaben der Departemente sind erfolgt. Auf der Basis dieser Eingaben konnten wesentliche Priorisierungen bereits im Staatsvoranschlag 2011 und in der Planung 2012 berücksichtigt werden. Im Weiteren fiel auch das Jahresergebnis 2010 positiver als erwartet aus. Dieses Ergebnis trägt dazu bei, dass den für die kommenden Jahre zu erwartenden finanziellen Entwicklungen etwas beruhigter entgegengesehen werden kann, als dies noch vor wenigen Monaten der Fall war.

Aus den genannten Gründen unterliegt die Umsetzung des Priorisierungsprogramms auch nicht mehr einer solchen Dringlichkeit, von der bei der Aufnahme der Arbeiten ausgegangen werden musste. Im Sinne einer Eventualplanung, mit der auf kommende Entwicklungen flexibel reagiert werden kann, ist es allerdings weiterhin im Auge zu behalten. Ein entsprechender Bericht wird bis Ende der ersten Hälfte 2011 vorliegen.

2.3.2 Die Langfriststrategie 2022+ des Kantons ist visionär angelegt und die strategischen Leitideen und Wirkungsziele zu den einzelnen Politikbereichen sind als Grundlage der Amtsdauerplanung 2010 bis 2014 in Erarbeitung.

Die Amtsdauerplanung 2010 bis 2014 ist durch den Regierungsrat verabschiedet und vorbereitet zur Beratung im Kantonsrat (für Frühjahr 2011).

Die Amtsdauerplanung 2010 bis 2014 wurde noch einmal auf der Grundlage der Langfriststrategie 2012+ erarbeitet und dem Kantonsrat zugeleitet. Die Langfriststrategie 2022+ soll Mitte der Amtsdauer 2010 bis 2014 in die Wege geleitet werden.

2.3.3 Die Rechtsstaatlichkeit und Rechtspflege sind durch eine effiziente Organisation der Strafverfolgungs- und Gerichtsbehörden gestärkt.

Die gesetzlichen Anpassungen der Strafrechtspflege an die Neuerungen des Bundes sind abgeschlossen.

Die gesetzlichen Anpassungen der Zivilrechtspflege an die Neuerungen des Bundes sind abgeschlossen.

Die Reorganisation der Straf- und Zivilrechtspflegebehörden ist umgesetzt.

Das Justizreformgesetz, welches zur Umsetzung der notwendigen Massnahmen zu erlassen war, wurde am 21. Mai 2010 vom Kantonsrat verabschiedet. Die Stimmberechtigten des Kantons Obwalden nahmen im Rahmen einer Volksabstimmung am 26. September 2010 die notwendig gewordene Verfassungsänderung an und ermöglichten damit die Umsetzung der Justizreform auf den 1. Januar 2011.

2.3.4 Im Kantonsspital Obwalden sind die Erneuerung des Pflegebereichs und die Anpassung des ambulanten Bereichs an künftige Bedürfnisse vorangetrieben.

Das Ergebnis des Wettbewerbs „Erneuerung Bettentrakt“ ist entschieden (Ende 2010), und das weitere Vorgehen durch den Regierungsrat ist festgelegt.

Nach Erstellung des Raumprogramms und der betrieblichen Machbarkeitsstudie wurde ein Wettbewerbsverfahren durchgeführt. Mit Beschluss vom 19. Oktober 2010 (Nr. 163) hat der Regierungsrat vom Wettbewerbsergebnis zustimmend Kenntnis genommen. Der Kantonsrat hat am 3. Dezember 2010 einem Planungskredit von 2,5 Millionen Franken für die Weiterbearbeitung des Siegerprojekts zugestimmt.

2.3.5 Die Massnahmen im Hochwasserschutz werden schrittweise und prioritär nach einem Masterplan zur Erreichung der festgelegten Schutzziele weitergeführt.

Die Langfristmassnahmen der Hochwassersicherheit werden unter Berücksichtigung der vorhandenen Ressourcen gemäss Masterplan projektiert und bis zur Ausführung begleitet.

Im Berichtsjahr sind im Masterplan „Sicherheit vor Naturgefahren“ rund 50 grössere und kleinere Wasserbauprojekte enthalten, welche in Planung oder in Ausführung sind. Viele grosse Wasserbauprojekte stehen kurz vor oder kurz nach der öffentlichen Planaufgabe. Der Kanton begleitet die Projekte in technischer Hinsicht intensiv, stellt die Koordination der verschiedenen Verfahren sicher und führt mit dem Bund die nötigen Verhandlungen. Um die zur Verfügung stehenden Ressourcen optimal einsetzen zu können, werden diese Wasserbauprojekte und die übrigen Schutzbautenprojekte (Sturzgefahren und Lawinengefahren) aufgrund der vorhandenen Risiken und der Wirtschaftlichkeit priorisiert. Einsprachen bzw. langwierige, aufwendige Einigungsverfahren führen zu zeitlichen Verzögerungen.

Auf der Homepage www.hochwasserschutz-ow.ch sind aktuelle Informationen zur Gefahrenprävention und -abwehr in allen Gemeinden aufgeschaltet.

2.3.6 Aufbauend auf den vom Kanton gesetzten Rahmenbedingungen sind umfassende Konzepte für die raumplanerische Umsetzung der Langfriststrategie ausgearbeitet.

Ein Raum- und Wirtschaftsentwicklungskonzept für den ganzen Kanton ist als Rahmen für die Ortsplanungen verabschiedet.

Der kantonale Richtplan ist mittels prioritärer Richtplanprojekte soweit konkretisiert worden, dass nun die erforderliche Koordination mit den Ortsplanungen vorgenommen werden kann.

Inhaltliche und örtliche Entwicklungsschwerpunkte und -richtungen für den Tourismus und die Ansprüche an die Landschaft sind als Grundlage für künftige Entscheide verabschiedet.

Im Rahmen der Tourismusstrategie sind verschiedene Raumtypen definiert worden als Grundlage für die Ausarbeitung spezifischer Entwicklungsstrategien. Im Rahmen des Richtplanprojekts Landschaftsentwicklung sind zudem verschiedene Teilräume bezeichnet worden mit den jeweils relevanten grundsätzlichen Nutzungs- und Schutzansprüchen, die weiter konkretisiert werden müssen.

Das Gesamtverkehrskonzept ist erarbeitet und sorgt dafür, dass zur Erfüllung aller Verkehrsbedürfnisse der zweckmässige Einsatz aller Verkehrsmittel und die erwünschten räumlichen Entwicklungen aufeinander abgestimmt sind.

Das bestehende Verkehrsnetz (motorisierter Individualverkehr, öffentlicher Verkehr, Langsamverkehr) von überörtlicher Bedeutung ist beurteilt und der entsprechende Handlungsbedarf ist ermittelt worden. Noch ausstehend sind die Abstimmung mit den Gemeinden sowie die Beurteilung des Verkehrsnetzes aus der Sicht des Tourismus und der Erholung.

Vernehmlassungen an den Bund

Der Regierungsrat bzw. die Departemente haben zu den nachstehenden Vorlagen des Bundes Stellung genommen:

G-Nr./RRB	Erledigungsdatum	RR/Dep.	Sachgebiet
RRB 340	12.1.2010	RR	Jugendpolitik: Totalrevision des Bundesgesetzes über die Förderung der ausserschulischen Jugendarbeit (Jugendförderungsgesetz [JFG])
OWSTK.342	06.01.2010	VD	Anhörung zur Änderung der Verordnung über die Tierverkehr-Datenbank, der Tierseuchenverordnung, der Verordnung über die Gebühren für den Tierverskehr, der Tierarzneimittelverordnung sowie der Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle
OWSTK.345	07.01.2010	VD	Änderung der Luftreinhalteverordnung – Übernahme der Abgasvorschriften der Europäischen Gemeinschaft für Arbeitsgeräte
RRB 350	19.01.2010	RR	Vernehmlassung zur ordentlichen Revision des Heilmittelgesetzes
OWSTK.406	19.01.2010	FD	Revision der Lebensmittel- und Gebrauchsgegenstandsverordnung und der Verordnung über den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung
RRB 372	26.01.2010	RR	Vernehmlassung zum Gegenvorschlag des Bundesrats zur Volksinitiative „Sicheres Wohnen im Alter“ des Hauseigentümerverbands Schweiz
RRB 395	09.02.2010	RR	Bürgerrecht: Die Schweiz muss ihre Kinder anerkennen; Parlamentarische Initiative (08.432)
RRB 405	23.02.2010	RR	Strafrecht: Änderung des Strafgesetzbuchs und des Militärstrafgesetzes betreffend organisierte Suizidhilfe
RRB 406	23.02.2010	RR	Jugendpolitik: Nationales Kinderschutzprogramm
RRB 407	23.02.2010	RR	Totalrevision des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und Innovation
RRB 426	02.03.2010	RR	Polizei: Bundesgesetz über die polizeilichen Aufgaben des Bundes
RRB 427	02.03.2010	RR	Strafrecht: Vorentwurf zu einem Bundesgesetz über den ausserprozessualen Zeugenschutz
OWSTK.443	15.03.2010	FD	Teilrevision Chemikalienverordnung
RRB 460	16.03.2010	RR	Bürgerrecht: Totalrevision des eidgenössischen Bürgerrechtsgesetzes
RRB 461	16.03.2010	RR	Asylgesetz und Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer: Ersatz von Nichteintretensentscheiden
RRB 462	16.03.2010	RR	Umweltschutz: Genehmigung und Umsetzung der Aarhus-Konvention sowie Änderung des Umweltschutzgesetzes
RRB 473	23.03.2010	RR	Zivilrecht: Vorsorgeausgleich bei Scheidungen
RRB 490	30.03.2010	RR	Strassenverkehr: Abschaffung der Fahrradnummer
RRB 509	12.04.2010	RR	Strafrecht: Bundesgesetz über die Rückerstattung unrechtmässig erworbener Vermögenswerte politisch exponierter Personen (RuVG)

G-Nr./RRB	Erledigungs- datum	RR/ Dep.	Sachgebiet
RRB 529	20.04.2010	RR	Massnahmen zur Verringerung der Mikroverunreinigungen in den Gewässern zum Schutze des Ökosystems und des Trinkwassers. Änderung der Gewässerschutzverordnung
OWSTK.448	29.04.2010	VD	Änderung der Lärmeschutz-Verordnung
OWSTK.469	30.04.2010	VD	Verordnung über den Normalarbeitsvertrag für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Hauswirtschaft
RRB 597	31.05.2010	RR	Bevölkerungsschutz: Teilrevision des Bevölkerungsschutz- und Zivilschutzgesetzes
OWSTK.476	28.05.2010	VD	Stellungnahme zur Teilrevision der Forschungsverordnung
OWSTK.487	07.06.2010	VD	Übereinkommen über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen
RRB 656	22.06.2010	RR	Bundesgesetz über das Messwesen
OWSTK.529	29.06.2010	FD	Vernehmlassung zum Wirksamkeitsbericht NFA / definitive Stellungnahme
RRB 6	06.07.2010	RR	Steuergesetz: Bundesgesetz über die steuerliche Behandlung der Aus- und Weiterbildungskosten
OWSTK.531	03.08.2010	VD	Anpassung von Verordnungen aufgrund der Einführung biometrischer Daten im Ausländerausweis (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes)
OWSTK.584	04.08.2010	VD	Verordnungsänderungen im Zusammenhang mit der Genehmigung und Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EG betreffend die Übernahme der EG-Rückführungsrichtlinie (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) und der Änderung des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer (Automatisierte Grenzkontrolle, Dokumentenberater, Informationssystem MEDIS)
RRB 34	10.08.2010	RR	Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen: Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich 2011
RRB 35	10.08.2010	RR	Totalrevision des Bundesgesetzes betreffend Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs
RRB 57	17.08.2010	RR	Bundesgesetz über den Verkehr mit Tieren und Pflanzen geschützter Arten und zur Revision des Tierseuchen- und Tierschutzgesetzes
OWSTK.536	30.08.2010	VD	Änderung der Verordnung über die Bezeichnung der im Bereich des Umweltschutzes sowie des Natur- und Heimatschutzes beschwerdeberechtigten Organisationen
RRB 75	31.08.2010	RR	Revision des Finanzkontrollgesetzes
RRB 100	07.09.2010	RR	Gewässerschutz: Schutz und Nutzung der Gewässer, Verordnungsänderungen
RRB 123	21.09.2010	RR	Strafrecht: Bericht und Vorentwurf zur Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes zur Umsetzung von Artikel 123b BV über die Unverjährbarkeit sexueller und pornografischer Straftaten an Kindern vor der Pubertät

G-Nr./RRB	Erledigungs- datum	RR/ Dep.	Sachgebiet
OWSTK.592	23.09.2010	BRD	Verordnung über die Kompensation der CO2- Emmissionen von fossil-thermischen Kraftwerken (CO2-Kompensationsverordnung)
OWSTK.609	24.09.2010	SJD	Verordnung über die Anlage beschlagnahmter Vermö- genswerte (Anlageverordnung) und Verordnung über die Anpassung des Verordnungsrechts im Hinblick auf das Inkrafttreten der Strafprozessordnung
OWSTK.611	28.09.2010	VD	Anhörung zur Teilrevision der Verordnung über Glücksspiele und Spielbanken
RRB 139	12.10.2010	RR	Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung: 6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket
OWSTK.585	15.10.2010	BRD	Überarbeitung des Handbuchs NFA im Umweltbereich
RRB 161	19.10.2010	RR	Strafrecht: Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Änderung des Sanktionenrechts)
OWSTK.598	19.10.2010	BRD	Revision der Verordnung über die Infrastruktur der Luftfahrt
OWSTK.449	23.10.2010	BKD	"Validierung von Bildungsleistungen: Leitfaden für die berufliche Grundbildung" und Zusatzdokumente
RRB 171	26.10.2010	RR	Anhörung Kompensation der Aufwendungen für Be- trieb und Unterhalt infolge Anpassung des Bundesbe- schlusses über das Nationalstrassen-netz
RRB 188	02.11.2010	RR	Totalrevision des Alkoholgesetzes: Entwurf eines Spiri- tuosensteuergesetzes und eines Alkoholgesetzes
RRB 202	09.11.2010	RR	Verordnung über die Sicherheitsorgane der Transport- unternehmen im öffentlichen Verkehr
RRB 219	16.11.2010	RR	Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2012 bis 2015 (Kulturbotschaft)
RRB 220	16.11.2010	RR	Anhörung Sachplan geologische Tiefenlager, Etappe 1
RRB 235	23.11.2010	RR	Bundesgesetz über eine Teilrevision des Obligationen- rechts (Verzugszins)
RRB 236	23.11.2010	RR	Umweltschutz: Schaffung rechtlicher Grundlagen für die Einrichtung von Umweltzonen
RRB 246	30.11.2010	RR	Bundesgesetz über die Besteuerung nach dem Auf- wand
RRB 247	30.11.2010	RR	Indirekter Gegenentwurf zu den Volksinitiativen „Eige- ne vier Wände dank Bausparen“ und „Für ein steuer- lich begünstigtes Bausparen zum Erwerb von selbst- genutztem Wohneigentum und zur Finanzierung von baulichen Energiespar- und Umweltschutzmassnah- men (Bauspar-Initiative)“
RRB 248	30.11.2010	RR	Bundesgesetz über die Harmonisierung der Strafra- hen im Strafgesetzbuch, im Militärstrafgesetz und im Nebenstrafrecht
RRB 249	30.11.2010	RR	Raumplanung: Vernehmlassung zum Entwurf der Aus- senlandeverordnung des Bundes

G-Nr./RRB	Erledigungs- datum	RR/ Dep.	Sachgebiet
RRB 269	06.12.2010	RR	Pflegekinder: Verordnung über die ausserfamiliäre Betreuung von Kindern
RRB 287	14.12.2010	RR	Verordnung über obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung
RRB 288	14.12.2010	RR	Parlamentarische Initiative: Flexibilisierung der Waldflächenpolitik

Beschwerdeentscheide des Regierungsrats

Der Regierungsrat hat im Amtsjahr 2009/2010 über folgende Beschwerden entschieden:

	Amtsjahr		
	2004/05	2008/09	2009/10
Niederlassung, Aufenthalt, Ausländerrecht	3	–	–
Bürgerrecht	4	–	–
Volksabstimmungen/Wahlen	1	8	–
Personalrecht	1	–	1
Einwohner- und Bezirksgemeinden	2	1	3
Bürgergemeinden, Korporationen, Teilsamen, Alpgenossenschaften	–	1	3
Vormundschaft	5	3	2
Erbrecht	–	1	1
Sachenrecht, Grundbuch und Schiffsregister	2	1	1
Volksschule	4	1	1
Mittelschule	–	1	–
Denkmalpflege	–	–	1
Feuerwehr	1	–	–
Steuern	–	–	1
Raum-/Ortsplanung	8	4	3
Baupolizei	7	11	14
Wuhrgenossenschaften/Wasserbau	1	2	–
Strassenverkehr	4	1	2
Umweltschutz	3	–	–
Gewässerschutz	–	1	–
Gesundheitswesen/Heilmittel	1	–	–
Sozialhilfe	2	–	1
Bodenrecht	3	1	1
Tourismus	2	–	–
Insgesamt	54	37	35

3 Kantonsrat



Kanton
Obwalden

Kantonsratspräsidium im Amtsjahr 2010/2011:**Paula Halter-Furrer, Giswil****Zusammensetzung in der Amtsdauer 2010 bis 2014 nach Fraktionen**

Christlichdemokratische Volkspartei (CVP)	20 Mitglieder
Schweizerische Volkspartei (SVP)	11 Mitglieder
Freisinnig-Demokratische Partei (FDP)	10 Mitglieder
Christlichsoziale Partei (CSP)	8 Mitglieder
Sozialdemokratische Partei (SP)	6 Mitglieder

„Ich hoffe und erwarte auch, dass wir immer mit Respekt, Toleranz und Weitsicht die Rahmenbedingungen für unser Zusammenleben beraten und festlegen. Unsere Entscheide im Parlament sollen den Menschen in den verschiedenen Familiensituationen, in den verschiedenen Ausbildungen, an ihren Arbeitsplätzen, in Gesundheit, Krankheit und Freizeit gerecht werden. Wir müssen uns auch immer bewusst sein: Wir gehören zusammen. Wir sind aufeinander angewiesen. Unser soziales Netzwerk ist für unsere Gesellschaft, für unsere Wirtschaft, für den Tourismus, für unser Gesundheitswesen, und damit für unseren Wohlstand und auch für den seelischen Zusammenhalt entscheidend, um ein aktuelles Wort zu brauchen. Dadurch dass alle dort, wo sie leben und wirken, ihren Auftrag erfüllen, nehmen sie Verantwortung wahr, Verantwortung für ihre Anvertrauten oder Verantwortung für eine Aufgabe und schliesslich auch Verantwortung für sich selber. Vergessen Sie das nicht. Wir sind so, wie es Saint-Exupéry sagte: „Zeitlebens für das verantwortlich, was wir uns vertraut gemacht haben.“ Das ist höchst politisch. Es geht da um ein Versprechen, um Wahrhaftigkeit, um Einsicht, um Achtung vor den Mitmenschen und der Umwelt.

Wenn wir erreichen, für alle Menschen die bestmöglichen Rahmenbedingungen für ihr Leben zu schaffen, dann haben sie die Chance, ihre Fähigkeiten und ihre Talente optimal für sich, ihre Familien, ihr Arbeitsumfeld oder die Öffentlichkeit einzusetzen.“

Kantonsratspräsidentin Paula Halter-Furrer

Kantonsratssitzungen und -geschäfte

An acht Plenarsitzungen (Vorjahr sieben), wovon zwei an zweitägigen Sitzungen, behandelte der Kantonsrat im Amtsjahr 2009/2010 insgesamt 147 Geschäfte (Vorjahr 150). Der Vergleich zu den Vorjahren sieht folgendermassen aus:

Geschäfte	2004/2005	2008/09	2009/2010
Vereidigungen / Wahlen	16	17	17
Gesetzgebung	30	24	21
Verwaltungsgeschäfte	54	92	95
Parlamentarische Vorstösse	24	17	14
Insgesamt	124	150	147

Zu Beginn des Amtsjahres 2009 / 2010 wurden vier neue Kantonsräte vereidigt. Bei den Gesamterneuerungswahlen im März 2010 haben fünf Kantonsräte auf eine weitere Kandidatur für die Amtsdauer 2010 bis 2014 verzichtet und sechs bisherige Ratsmitglieder wurden nicht wiedergewählt. Somit wird der Kantonsrat im neuen Amtsjahr 2010/2011 20 Prozent neue Mitglieder haben. Im Moment beträgt die durchschnittliche Anzahl Amtsjahre pro Mitglied 4.56 Jahre.

Geschäfte der Ratsleitung

Die Ratsleitung behandelte ihre Geschäfte im Kalenderjahr 2010 an sieben Sitzungen. Zu den ständigen Geschäften gehörte die Festlegung des Sitzungsplans und der Geschäftslisten für die einzelnen Sitzungstage sowie die Wahl der vorberatenden Kommissionen.

Daneben wurden folgende Geschäfte in grundsätzlicher Hinsicht behandelt:

- Die Ratsleitung beschliesst als Weisung, dass Anträge auf Behandlung von Verfassungs- und Gesetzesartikeln für die zweite Lesung spätestens zehn Tage vor der Kantonsratssitzung dem Ratssekretariat schriftlich vorliegen müssen. Die Ergänzung von Artikel 28 der Geschäftsordnung des Kantonsrats (GDB 132.11) wird zum Zeitpunkt der Überarbeitung der Geschäftsordnung formell in die Verordnung eingebaut.
- Die Ratsleitung hat mögliche Beratungs- und Abstimmungsverfahren bei der Erteilung des Kantonsbürgerrechts im Hinblick auf Vereinfachung und Straffung des Prozesses geprüft. Aus rechtlicher Sicht ist es möglich, das Verfahren zu vereinfachen und effizienter zu gestalten. Die Ratsleitung hat den politischen Entscheid gefällt an der individuellen Behandlung jedes einzelnen Gesuches festzuhalten.
- Basierend auf dem neuen Stärkeverhältnis der Fraktionen hat die Ratsleitung den neuen Schlüssel für die Sitzverteilung in den kantonsrätlichen Kommissionen für die Amtsdauer 2010 bis 2014 festgelegt.
- Die Ratsleitung hat beschlossen in einem Zwei-Jahres-Turnus eine Kantonsratssitzung während des Amtsjahres in Engelberg durchzuführen. Im Amtsjahr 2011/2012 wird die Sitzung vom 3. November 2011 im Kursaal in Engelberg stattfinden.

Empfänge und Anlässe

Am Mittwoch 11. März 2010 empfing die Ratsleitung das Kantonsratsbüro des Kantons Zugs. Die Besucher erhielten einen unmittelbaren Eindruck einer Kantonsratssitzung und besuchten das Staatsarchiv im Hexenturm und die Firma Gasser AG in Lungern.

Der traditionelle jährliche Anlass der Kantonsbehörde fand am Samstag 24. April 2010 statt und führte die Teilnehmenden nach Alpnach.

Die Kantonsratspräsidentin nahm an der Jahrestagung der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen (SGP) vom 10./11. September 2010 in Aarau teil. Hauptthema der diesjährigen Veranstaltung war: „Metropolitanregion – eine neue parlamentarische Herausforderung“.

Der Kanton Obwalden wurde am Parlamentstreffen in Luzern vom 19. November 2010 von der Kantonsratspräsidentin und dem Vizepräsidenten vertreten.

Bericht über die überwiesenen parlamentarischen Vorstösse und Anmerkungen

Nach Art. 57 Abs. 3 und 4 des Kantonsratsgesetzes (KRG; GDB 132.1) erstattet der Regierungsrat im Geschäftsbericht über den Stand der Bearbeitung parlamentarischer Vorstösse oder allenfalls unmittelbar über die Erledigung von Postulaten Bericht. Eine Kommission oder der Regierungsrat kann die Abschreibung beantragen wenn:

- a. der Vorstoss erfüllt ist oder nicht aufrechterhalten werden soll;
- b. die Urheberin oder der Urheber aus dem Rat ausgeschieden ist und der Vorstoss nicht durch ein anderes Ratsmitglied aufrechterhalten wird.

Übersicht parlamentarische Vorstösse

Amtsjaar	2004/2005		2008/2009		2009/2010	
	Neu eingereicht	Hängig Ende 2005	Neu eingereicht	hängig Ende 2009	Neu eingereicht	hängig Ende 2010
Motionen	5	2	7	3	6	5*
Postulate	8	9	1	8	-	4*
Interpellationen	6	-	8	-	5	-
Anfragen	5	-	4	1	4	-
Insgesamt	24	11	20	12	15	9

Im Amtsjahr 2009/2010 wurde eine Motion dringlich eingereicht, wobei der Kantonsrat die dringliche Behandlung abgelehnt hat. Von den im Amtsjahr 2009/2010 eingereichten sechs Motionen wurden vom Kantonsrat vier angenommen und zwei abgelehnt.

Hängige Motionen (*inkl. neueingereichte Motionen im 2. Halbjahr 2010)

Stand der angenommenen, Ende 2010 noch hängigen Motionen:

- *Motion zur Ausarbeitung einer Variante Stollen Ost im Hochwasserschutzprojekt Sarneraatal (52.09.05) von Kantonsrat Jürg Berlinger, Sarnen, und Mitunterzeichnenden*

Am 26. September 2010 stimmte das Volk der Ausarbeitung der Bergvariante Stollen Ost mit anschliessendem Variantenvergleich mit der Variante Sarneraa tiefergelegt und verbreitert auf Stufe Bauprojekt zu. Seit Ende Oktober 2010 sind die Planungsarbeiten der Variante „Sarneraa mit Hochwasserentlastungstollen Ost“ im Gang. Der Variantenentscheid durch den Kantonsrat ist auf Ende August 2012 veranschlagt. Damit werden der Volksentscheid und die Motion von Jürg Berlinger umgesetzt. Letztere ist somit **abzuschreiben**.

- *Motion betreffend befristete Sondersteuer für Infrastrukturanlagen der Gemeinden (52.09.07) von Kantonsrat Max Rötheli, Sarnen, und Mitunterzeichnenden*

Die Forderungen werden im Rahmen der vorgesehenen Steuergesetzrevision 2011 geprüft.

- *Motion betreffend Entschädigung der nebenamtlichen Richter und Richterinnen für das Aktenstudium (52.10.03)* von Kantonsrätin Heidi Wernli Gasser, Sarnen, und Mitunterzeichnenden (von Kantonsrätin Ruth Koch übernommen)

Das Geschäft ist in Bearbeitung und wird voraussichtlich im Herbst 2011 dem Kantonsrat vorgelegt.

- *Motion betreffend Vereinheitlichung der Baubegriffe und Messweisen (52.10.04)* von Kantonsrat Klaus Wallimann, Alpnach, und Mitunterzeichnenden

Die Thematik wird in die nächste Teilrevision des Baugesetzes, welche für 2013/2014 vorgesehen ist, integriert.

- *Motion betreffend Reduzierung der Kapitalsteuer bei gemischten Holding- und Domizilgesellschaften (52.10.05)* von Kantonsrätin Lucia Omlin, Sachseln, und Mitunterzeichnenden

Der Regierungsrat wird die Aufhebung von Art. 32 der Vollziehungsverordnung zum Steuergesetz (GDB 641.4) im Sinne einer ausgearbeiteten Vorlage dem Kantonsrat zur Beratung und Abstimmung unterbreiten.

Hängige Postulate (*inkl. neueingereichte Postulate im 2. Halbjahr 2010)

Stand der angenommenen, Ende 2010 noch hängigen Postulate:

- *Postulat zur Einführung eines Amtsenthebungsverfahrens von Regierungsmitgliedern (52.01.02)* von Kantonsrat Franz Enderli, Kerns, und Mitunterzeichnenden

Der Postulatsauftrag – ursprünglich als Motion eingereicht – wird im Rahmen einer künftigen Verfassungsrevision bzw. Änderung des Behördengesetzes/Personalrechts oder der Abstimmungsgesetzgebung bearbeitet.

- *Postulat betreffend Liquidationsgewinnsteuern (52.02.01)* von Kantonsrat Paul Vogler, Sachseln, und Mitunterzeichnenden

Im Rahmen der Teilrevision des Steuergesetzes (GDB 641.4) per 1. Januar 2011 wurde die entsprechende Anpassung im kantonalen Recht vorgenommen. Das Postulat kann abgeschrieben werden.

- *Postulat betreffend Aufhebung der Altersgrenze für die Entrichtung von Stipendien (52.08.03)* von Kantonsrat Josef Hainbucher, Engelberg, und Mitunterzeichnenden

Der Regierungsrat wird das Anliegen im Rahmen der laufenden Revision der Stipendiengesetzgebung prüfen.

- *Postulat betreffend freiwilliger Beitrag des Kantons Obwaldens an ausserkantonale Kultureinrichtungen (52.09.03)* von Kantonsrat Peter Seiler, Sarnen, und Mitunterzeichnenden im Namen der SVP-Fraktion

Der Kantonsrat hat den Rahmenkredit über den Kulturlastenausgleich am 29. Oktober 2010 genehmigt. Das Postulat ist demzufolge **abzuschreiben**.

- *Postulat betreffend Umsetzung des Abbau- und Deponiekonzeptes (53.09.01)* von Kantonsrat Walter Hug, Alpnach, und Mitunterzeichnenden

Die Überprüfung des Abbau- und Deponiekonzeptes ist im Gang. Eine Beantwortung wird per Mitte 2011 in Aussicht gestellt.

- *Postulat betreffend Aktivierung offener Jugendarbeit Obwalden (52.09.02)* von den Kantonsräten Urs Kuchler, Sarnen, Max Rötheli, Sarnen, Walter Wyrsh, Alpnach, Lukas Küng, Alpnach, und Mitunterzeichnenden

Der Regierungsrat unterbreitete dem Kantonsrat am 2. Dezember 2010 den Bericht zu einem Jugend-Kulturraum Obwalden sowie einen Beitrag an die Erstellungs-Kosten. Mit dem Bericht wird das Postulat erfüllt und kann somit abgeschrieben werden.

- *Postulat betreffend Überprüfung der Aufgabenverteilung (52.10.06)* von Kantonsrat Walter Wyrsh, Alpnach

Der Regierungsrat hat die Bildung einer Arbeitsgruppe in Auftrag gegeben. Diese wird die Versorgungskette im Kanton Obwalden und deren Finanzierung im Laufe 2011 überprüfen.

Behandlung der parlamentarischen Anmerkungen

Nach Art. 62 Abs. 3 des Kantonsratsgesetzes (GDB 132.1) informiert die zuständige Behörde in der Regel im nächsten Geschäftsbericht über die Behandlung der erheblich erklärten parlamentarischen Anmerkungen. Zu folgenden Berichten des Regierungsrats wurden im Amtsjahr 2008/2009, 2009/2010 sowie in der zweiten Jahreshälfte 2010 parlamentarische Anmerkungen vorgebracht und behandelt, deren Bearbeitung noch offen ist:

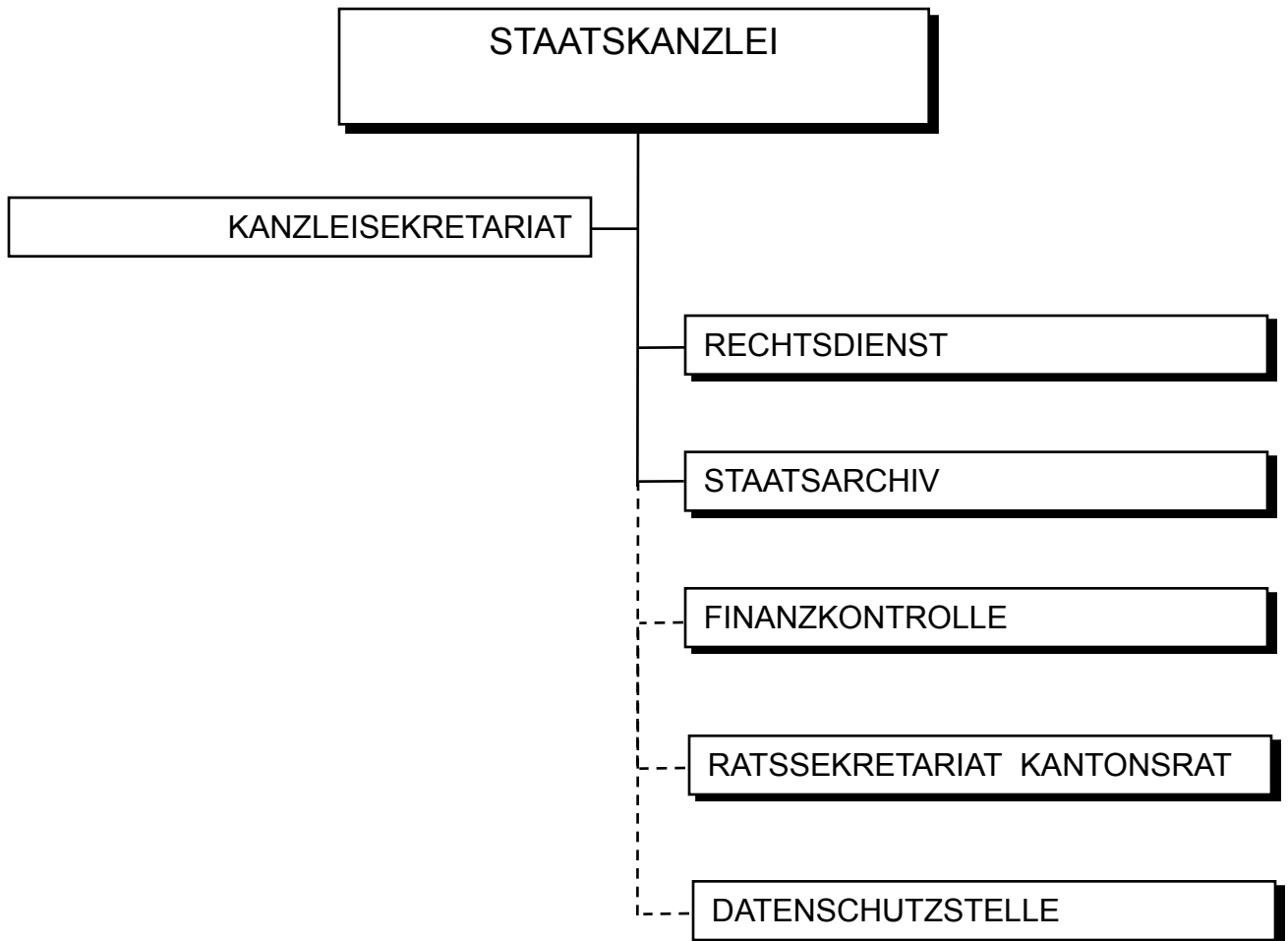
Kantonsrats-sitzung vom	Bericht	parlamentarische Anmerkung	Behandlung
04.Dez 2008	IAFP 2009 – 2012 und Staatsvoranschlag 2009	Zu Ziffer 24.6 Wichtige departementale Jahresziele: Ergänzung: Das Energiegesetz wird bereinigt, das Energiegesetz vorbereitet. Das Energiegesetz soll auf den 1. Januar 2010 in Kraft treten.	Die gesetzlichen Ergänzungen in der kantonalen Gesetzgebung müssen auf das Energiekonzept 2009, von dem der Kantonsrat am 30.04.09 zustimmend Kenntnis genommen hat (mit Anmerkungen) und auf die Bundesgesetzgebung abgestimmt werden. Die Bearbeitung der gesetzlichen Ergänzungen ist auf 2010/11 vorgesehen.
05.Dez 2008	Bericht über finanzielle Massnahmen in der Familienpolitik	Zu Kap.6 Die Berichterstattung zu den Auswirkungen in der Familienpolitik ist innert nützlicher Frist (Turnus von 5 Jahren) zu wiederholen unter Berücksichtigung der Evaluation Familienleitbild sowie in Abstimmung mit den anderen Wirkungsberichterstattungen, insbesondere in den Bereichen familienergänzende Kinderbetreuung, Individuelle Prämienerbilligung und Steuern.	Die Berichterstattung ist auf 2013 vorgemerkt.
		Zu Kap. 6.1 In der nächsten Revision des kantonalen Steuergesetzes sind eingehend familienpolitische Massnahmen zu prüfen, insbesondere die Erhöhung des Kinderabzugs sowie die Steuerbefreiung des Existenzminimums.	Die Umsetzung des Anmerkungsinhalts ist mit der Teilrevision des Steuergesetzes vorgesehen, welche am 1. Januar 2012 in Kraft treten soll.

Kantonsrats-sitzung vom	Bericht	parlamentarische Anmerkung	Behandlung
02.Dez. 2010	Bericht zu einem Jugend-Kulturraum	IV Ziff. 6, Kosten: Der Satz, wonach der durch den Beizen-/Barbetrieb erwirtschaftete Nettogewinn zu 50 Prozent an den Verein und zu 50 Prozent an den Veranstalter geht, ist zu streichen. Die Regelung bleibt dem Verein überlassen.	Die Regelung ist wie gewünscht dem Verein überlassen.
		VII Ziff. 1, anfallende Kosten: Die Grundreinigung zweimal pro Jahr ist zu streichen. Die Jugendlichen haben selbst für die Reinigung zu sorgen	Die Grundreinigung ist wie gewünscht von den Jugendlichen zu besorgen.

4.1 Staatskanzlei



Kanton
Obwalden



Die Staatskanzlei umfasst

	Vollzeitstellen Ende	
	2009	2010
Kanzleistab	3.2	3.15
Kanzleisekretariat	4.5	4.7
Rechtsdienst	2.6	2.6
Staatsarchiv	2.5	2.5
Finanzkontrolle	2.5	2.5
Ratssekretariat Kantonsrat	0.8*	1.05*
Insgesamt	16.1	16.5

* Ratssekretariat Kantonsrat umfasst Ratssekretärin (80 %-Pensum) sowie Protokollführerin Kantonsrat (25 %-Pensum).

Zielerreichung Staatskanzlei 2010

	Jahresziele 2010 (gemäss IAFP 2010)	Stand der Erfüllung
13	Die Amtsdauerplanung 2010 bis 2013 ist auf der Grundlage der verlängerten Langfriststrategie 2012+ vorbereitet und vom Regierungsrat verabschiedet (Beratung durch Kantonsrat im Frühjahr 2011).	Die unter Federführung des Volkswirtschaftsdepartements erarbeitete Amtsdauerplanung konnte vom Regierungsrat zeitgerecht verabschiedet und dem Kantonsrat zur Beratung im Januar 2011 überwiesen werden.
13	Das Optimierungspotenzial der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) wird genutzt, um die kantonalen Dienstleistungen transparent, effizient, kostengünstig und in einwandfreier Qualität zu erbringen Die Planung der schrittweisen Einführung von „Records Management“ ist in Zusammenarbeit mit einer verwaltungsinternen Arbeitsgruppe ausgearbeitet. Der kantonale Webaufttritt ist im Bereich der Dienstleistungen für Unternehmen, Privatpersonen und andere Verwaltungen im Rahmen der E-Government-Strategie und Standard des Bundes weiter ausgebaut.	Nach der Übernahme der Federführung des Projekts vom Finanzdepartement aus Ressourcen-gründen Mitte 2010 konnten Grundlagen konsolidiert werden, so dass sie noch vor Ende 2010 vom Regierungsrat verabschiedet werden konnten (Grobplanung, Weisungen und organisatorische Richtlinien für die Aktenführung) [siehe dazu auch Departementsziele Finanzdepartement]. Es bedarf einer laufenden Prüfung und allfälligen Aktualisierung der Angebote. Die Abhängigkeit von den Entwicklungen, welche koordiniert im Rahmen des E-Government-Ausbaus des Bundes laufen sollen, ist nach wie vor gross. E-Voting für Auslandschweizerinnen und –schweizer wäre mit einer „Gast“-Lösung (z. Bsp. beim Kanton Genf) technisch möglich. Es muss aber aus finanziellen Gründen ein Fragezeichen hinter den Bedarf im Kanton Obwalden gesetzt werden.

	Jahresziele 2010 (gemäss IAFP 2010)	Stand der Erfüllung
13	Die Verwaltung wird wirkungsorientiert und kundenfreundlich geführt. Das Geschäftsverwaltungssystem CMI-Konsul ist in der ganzen Verwaltung als fester Bestandteil des „Records Management“ verankert. Die Ausstellung biometrischer Ausweise (Pässe und Reisedokumente für ausländische Personen) ist gemäss den Vorgaben des Bundes ab 1. März 2010 sichergestellt.	CMI-Konsul wird bei rund 45 Amtsstellen eingesetzt und hat sich insbesondere bei der Verwaltung von Kantons- und Regierungsratsgeschäften bewährt. Inwieweit es jedoch fester Bestandteil des „Records Management“ sein wird, lässt sich zur Zeit noch nicht sagen. Siehe 142 Kanzleisekretariat für Kantonsrat und Regierungsrat, Abteilungsprojekt Nr.1
	Weiteres Jahresziel 2010 Staatskanzlei	
	Der Fortgang des Bundesprojekts für die Strukturierung schweizerischer Erlasse (Schema CHLexML) und verwandter Projekte (LexFind, Institut für Föderalismus) wird laufend beobachtet; eine Standortbestimmung aufgrund eigener Erfahrungen ist vorgenommen; zur Umsetzung und Weiterführung der kantonalen Gesetzesdatenbank liegt ein Konzept vor.	Siehe 16 Rechtsdienst, Amtsprojekt Nr. 4

14 Staatskanzlei

Die Staatskanzlei wirkt als Stabsstelle des Regierungsrats und Kantonsrats, insbesondere bei der Gesamtplanung und Verwaltungskoordination. Sie erbringt Dienstleistungen bei der Information der Öffentlichkeit, als Kanzleisekretariat von Regierungsrat und Kantonsrat, bei der allgemeinen Verwaltungsauskunft und Dokumentation, bei offiziellen Anlässen sowie im Weibel- und Kurierdienst. Sie gibt das Amtsblatt heraus, stellt Beglaubigungen aus und ist kantonale Ausweisstelle für Pässe und Identitätskarten.

140 Kanzleistab (Landschreiber, Informationsbeauftragter, Landweibel)

Zielerreichung Kanzleistab

	Wichtige Projekte 2010	Stand der Erfüllung
	Überprüfung des Optimierungsbedarfs bei Führungsinstrumenten des Regierungsrats (in formeller Hinsicht)	Amtsplanung, IAFP und Geschäftsbericht wurden besonders analysiert. Anpassungen wurden bereits bei der neuen Amtsplanung und beim IAFP 2011 vorgenommen, die Revision der Geschäftsberichtstruktur wird erst umgesetzt sein, wenn der Geschäftsbericht (2012) auf einem neu strukturierten IAFP (2011) aufbaut.
	Erarbeitung einer Kurzfassung des Informations- und Kommunikationskonzepts für Regierungsrat und Verwaltung	Eine solche bedienerfreundliche Fassung mit Links zu Detailinformationen ist im Intranet-Auftritt des Kantons aufgeschaltet.
	Die grösseren Anlässe des Regierungsrats sind als Beitrag zum „Kantonsmarketing“ gut vorbereitet.	Im Jahr 2010 stand der traditionelle Besuch des Regierungsrats des Kantons Nidwalden an (alle zwei Jahre). Dieser war wiederum bestens vorbereitet.

142 Kanzleisekretariat für Kantonsrat und Regierungsrat

Zielerreichung

Abteilungsprojekte 2010	Stand der Erfüllung
Die Einführung biometrischer Ausweise (Pässe und Reisedokumente für ausländische Personen) ist nach den Vorgaben des Bundes ab 1. März 2010 sichergestellt.	Die Einführung wurde vom Bund in Abstimmung auf die Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes auf den 1. März 2010 vorgesehen. Die rechtlichen Voraussetzungen wurden in der kantonalen Einwohnerregisterverordnung geschaffen. Die Einführung der biometrischen Ausweise im Kanton Obwalden erfolgte reibungslos.
Das Amtsblatt wird gemäss Regierungsentscheid in Eigenregie kosten- und ertragsoptimiert weitergeführt.	Ab der Rechnung 2010 werden die Konten 1422 Amtsblatt und 1423 Passzentrum separat geführt. Beim Amtsblatt ist ein weiterer Rückgang beim Inseratenvolumen zu verzeichnen. Die beglaubigte Auflage beträgt 7'390 Expl., Basis 2009/2010. Bei den biometrischen Ausweisen war eine grosse Nachfrage zu bewältigen.

Abteilungsprojekte 2010	Stand der Erfüllung
Das Kanzleisekretariat erbringt Dienstleistungen für das Regierungsrats- und Kantonsratssekretariat als Sekretariatspool.	Der Einsatz als Sekretariatspool bewährt sich; die Dienstleistungen können gut koordiniert werden.

Sekretariat Kantonsrat

Die Staatskanzlei unterstützte die Vorbereitung und Durchführung von acht (Vorjahr sieben) Plenarsitzungen im Amtsjahr 2009/2010, an welchen 147 (Vorjahr 150) Geschäfte behandelt worden sind und betreute die Geschäfte der Ratsleitung (siehe Kapitel 3 Kantonsrat).

Die Protokollverarbeitung zeigt folgendes Bild:

Kantonsratsprotokoll	2004/2005	2008/2009	2009/2010
Seitenzahl	383	309	275

Das genehmigte Kantonsratsprotokoll und die Beratungsgrundlagen sind im Internet einsehbar (www.ow.ch > Kantonsratssitzungen).

Sekretariat Regierungsrat

Der Regierungsrat behandelte 2009/2010 an 42 (42) Sitzungen 685 Geschäfte, davon unter anderen 18 (Vorjahr 19) Vernehmlassungen zur Bundesgesetzgebung, 28 (31) allgemeinverbindliche Regierungsratsbeschlüsse beziehungsweise Ausführungsbestimmungen, 3 (7) Abschlüsse beziehungsweise Änderungen von interkantonalen Vereinbarungen, 29 (14) Wahl- und Anstellungsgeschäfte und 35 (37) Beschwerdeentscheide.

Die Protokollverarbeitung zeigt folgendes Bild:

Regierungsratsprotokoll	2004/2005	2008/2009	2009/2010
Anzahl Geschäftsnummern	683	626	685
Seitenzahl gesamthaft	2006	1909	2056

1422 Amtsblatt und Passzentrum

1422 Amtsblatt

Vielfältige Inseratenträger umwerben den Inseratenmarkt im Kanton, während der Kanton ordnungspolitisch nicht frei auf dem Markt auftreten kann, sondern in erster Linie einen amtlichen Publikationsauftrag zu erfüllen hat. Das private Inseratenvolumen im Amtsblatt ging im Berichtsjahr nochmals zurück.

Die Statistik des Amtsblatts zeigt folgendes Bild:

Jahr	Beglaubigte Auflage	Amtlicher Teil	Private	Anzeigen	davon Publicitas
	Exemplare	Seitenzahl	Seitenzahl	Inseratenzahl	Inseratenzahl
2005	8453	1608	1313	3573	905
2009	7758	2283	607	1483	539
2010	7390	2462	428	1029	375

1423 Passzentrum

Die Statistik weist folgende Ausweisbezüge aus :

Jahr	Pass 2003 maschinenlesbar	Pass 2006/2010 biometrische Da- ten	Identitätskarten 2003
2005	3224	–	4030
2009	871	243	2815
2010	185	2612	3323

Die gesamtschweizerische Einführung der biometrischen Reiseausweise wurde vom Bund auf den 1. März 2010 festgelegt. Die biometrischen Merkmale werden in international genormter Form auf einem kontaktlosen Chip im Ausweis gespeichert. Dadurch erhält der Ausweis ein zusätzliches Sicherheitsmerkmal und eine elektronische Verifikation der Identität wird möglich.

Der Bund beabsichtigte weiter, 2010 neue Ausländerausweise mit biometrischen Daten für Drittstaatenangehörige einzuführen. Die Erfassung der biometrischen Daten für diese neuen Ausländerausweise erfolgt im Kanton durch das gleiche Erfassungssystem wie für die Schweizer Ausweise.

16 Rechtsdienst

Der Rechtsdienst berät den Regierungsrat und den Kantonsrat in Rechtsfragen, erarbeitet und überprüft Erlassentwürfe, unterstützt die Beschwerdeinstruktion und vertritt den Kanton in Rechtsstreitigkeiten. Er ist zuständig für die kantonalen Wahlen und Abstimmungen sowie für die Herausgabe der Gesetzessammlung und Führung der Gesetzesdatenbank.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2010	Stand der Erfüllung
	Die Anpassung der kantonalen Veterinär- und Lebensmittelgesetzgebung an das Bundesrecht bzw. das erneuerte Konkordat der Urkantone ist wirksam unterstützt. Die Gesamterneuerungswahlen 2010 von Regierungsrat und Kantonsrat sind zeitgerecht vorbereitet und durchgeführt. Der verwaltungsrechtliche Grundkurs 2010 garantiert/fördert die Qualität der Verwaltungsarbeit Der Fortgang des Bundesprojekts für die Strukturierung schweizerischer Erlasse (Schema CHLexML) und verwandter Projekte (LexFind, Institut für Föderalismus) wird laufend beobachtet; eine Standortbestimmung aufgrund eigener Erfahrungen ist vorgenommen; zur Umsetzung und Weiterführung der kantonalen Gesetzesdatenbank liegt ein Konzept vor. Die erstmalige Durchführung des E-Voting für Auslandschweizer/-innen als Beherbergungslösung mit dem Kanton Genf ist – vorbehaltlich der politischen Zustimmung – geprüft/vorbereitet.	Das Projekt wurde umgesetzt. Der Kantonsrat beschloss am 2. Dezember 2010 ein Veterinärsgesetz sowie eine Vollziehungsverordnung zum Lebensmittelgesetz. Die Gesamterneuerungswahlen von Regierungsrat und Kantonsrat sowie eine eidgenössische Volksabstimmung mit 3 Vorlagen wurden am 7. März 2010 ohne nennenswerte Probleme abgewickelt. 29 Personen nahmen am verwaltungsrechtlichen Grundkurs vom 17. und 18. Juni 2010 teil. Der vom Rechtsdienst zusammen mit dem Institut für Rechtswissenschaft und Rechtspraxis der Universität St. Gallen organisierte Kurs fand wiederum ein gutes Echo. Die Beschaffung eines Erlassverwaltungsprogramms wurde geprüft und vorbereitet, aus Kostengründen aber um ein Jahr zurückgestellt. An der seit 2000 betriebenen Gesetzesdatenbank wurden einzelne Vereinfachungen und Anpassungen vorgenommen. Die bereits 2009 erstellte Machbarkeitsstudie ergab, dass E-Voting für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer grundsätzlich realisiert werden könnte. Angesichts der geringen Anzahl Betroffener sowie der hohen Kosten wurde das Projekt in den Kanton Obwalden und Nidwalden sistiert. Am 28. November 2010 fand die Wahl des neu geschaffenen Kantonsgerichtspräsidiums III statt; das Präsidium wurde in stiller Wahl besetzt.

	Amtsprojekte 2010	Stand der Erfüllung
	Weitere wesentliche Aussagen zum Gesamterfolg	Am 26. September 2010 wurde erstmals über ein kantonales Volksbegehren und einen Gegenvorschlag abgestimmt. Solche Volksbegehren mit Gegenvorschlag sind erheblich komplizierter auszuzählen als einfache Abstimmungsvorlagen. Der Regierungsrat legte im Kreisschreiben vom 6. Juli 2010 – analog zum Bund – verschiedene Sondermassnahmen fest. Diese haben sich bewährt. Die Gemeindeabstimmungsbüros konnten die Abstimmungsergebnisse korrekt und sehr speditiv ermitteln.

Rechtsberatung

In der Berichtsperiode fielen 203 (2009: 165) Geschäfte an, die sich auf folgende Bereiche verteilen:

	2005	2009	2010
Rechtsmittelentscheide, Vernehmlassungen, Genehmigung kommunaler Erlasse	62	29	49
Erlasse, Vereinbarungen	28	30	49
Mitwirkung bei Kantonsratsgeschäften	2	8	13
Allgemeine Rechtsberatung	58	98	91
Prozesse	0	0	1
<i>Insgesamt</i>	<i>150</i>	<i>165</i>	<i>203</i>

Wahlen und Abstimmungen

Gesamterneuerungswahl des Regierungsrats

An der zum zweiten Mal an der Urne durchgeführten Gesamterneuerungswahl des Regierungsrats vom 7. März 2010 (2006 fand eine stille Wahl statt) betrug die Wahlbeteiligung 54,95 Prozent. Es wurden folgende Ergebnisse erzielt:

Gemeinde	Stimmberechtigte	Eingelangte Wahlzettel	In Betracht fallende Wahlzettel	GASSER Pfulg Es-ther, 1968, Lungern, FDP, bisher	FEDERER Paul, 1950, Sarnen, FDP, bisher	ENDERLI Franz, 1954, Kerns, CSP, bisher	BLEIKER Niklaus, 1953, Alpnach, CVP, bisher	WALLIMANN Hans, 1953, Giswil, CVP, bisher	ODERMATT Martin, 1959, Engelberg, SVP, neu
Sarnen	7059	4012	3922	2547	2646	2815	2612	2951	1954
Kerns	3959	2106	2072	1383	1198	1675	1463	1554	1206
Sachseln	3223	1733	1705	1263	1137	1299	1174	1333	822
Alpnach	3733	1964	1919	1354	1276	1354	1470	1513	957
Giswil	2529	1310	1279	882	769	898	873	1023	654

Gemeinde	Stimmberechtigte	Eingelangte Wahlzettel	In Betracht fallende Wahlzettel	GASSER Pflug Esther, 1968, Lungern, FDP, bisher	FEDERER Paul, 1950, Sarnen, FDP, bisher	ENDERLI Franz, 1954, Kerns, CSP, bisher	BLEIKER Niklaus, 1953, Alpnach, CVP, bisher	WALLIMANN Hans, 1953, Giswil, CVP, bisher	ODERMATT Martin, 1959, Engelberg, SVP, neu
Lungern	1455	964	944	825	536	623	592	693	396
Engelberg	2446	1320	1287	835	730	613	810	893	870
Total	24404	13409	13128	9089	8292	9277	8994	9960	6859
Gewählt				Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein

Gesamterneuerungswahl des Kantonsrats

Bei der Gesamterneuerungswahl des Kantonsrats vom 7. März 2010 betrug die Wahlbeteiligung 52,09 Prozent (Vorperiode 2006: 41.54 Prozent). Der Frauenteil beträgt 18 Mitglieder oder 32,73 Prozent (Vorperiode 15 oder 27,2 Prozent). Über die Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Altersgruppen gibt die nachfolgende Aufstellung Auskunft:

Alter	Jahrgang	1) Männer			2) Frauen			1) und 2) insgesamt		
		Stimmeberechtigte	Stimmende	%	Stimmeberechtigte	Stimmende	%	Stimmeberechtigte	Stimmende	%
18 - 24	1986 - 92	1'354	548	40.44	1'307	515	39.38	2'661	1'062	39.92
25 - 29	1981 - 85	892	323	36.26	921	325	35.31	1'813	649	35.78
30 - 39	1971 - 80	1'843	762	41.32	1'761	764	43.40	3'604	1'526	42.34
40 - 49	1961 - 70	2'476	1'286	51.95	2'443	1'255	51.39	4'919	2'542	51.67
50 - 59	1951 - 60	2'185	1'329	60.83	2'083	1'228	58.95	4'268	2'557	59.92
60 - 69	1941 - 50	1'740	1'205	69.27	1'671	1'070	64.06	3'411	2'276	66.72
70 und ältere	1940 und älter	1'597	1'024	64.12	2'127	1'078	50.67	3'724	2'102	56.44
Insgesamt		12'087	6'477	53.59	12'313	6'236	50.64	24'400	12'713	52.10

In der Amtsdauer 2010 bis 2014 setzt sich der Kantonsrat nach Fraktionen neu wie folgt zusammen:

Fraktionen	Mitglieder	Veränderung gegenüber 2006
Christlichdemokratische Volkspartei (CVP)	20	– 3
Freisinnig-Demokratische Partei (FDP)	10	–

Fraktionen	Mitglieder	Veränderung gegenüber 2006
Christlichsoziale Partei (CSP)	8	– 2
Sozialdemokratische Partei (SP)	6	–
Schweizerische Volkspartei (SVP)	11	+ 5
Insgesamt	55	

Die technische Abwicklung der Gesamterneuerungswahl in Zusammenarbeit mit den Gemeinden verlief wiederum reibungslos.

Das eingesetzte elektronische Wahlsystem der SESAM AG hat sich auch nach 2002 und 2006 bewährt und massgebend dazu beigetragen, dass die Gesamterneuerungswahl des Kantonsrats speditiv bewältigt werden konnte. Um 13.00 Uhr lag das Ergebnis der Gemeinde Giswil vor. Es folgten Lungern um 13.22 Uhr, Kerns 13.54 Uhr, Sachseln 14.19 Uhr, Engelberg 15.16 Uhr, Sarnen 15.46 Uhr und Alpnach 15.49 Uhr. Das Ergebnis der drei eidgenössischen Vorlagen konnte der Bundeskanzlei um 14.27 Uhr übermittelt werden. Das Ergebnis der Gesamterneuerungswahl des Regierungsrats lag um 15.44 Uhr vor.

Das Ergebnis der Gesamterneuerungswahl des Kantonsrats wurde auf vergleichbarer Grundlage mit den Vorperioden statistisch ausgewertet. Das auch im Internet zugänglich Zahlenmaterial (www.ow.ch > *Abstimmungen und Wahlen* (7. März 2010) erlaubt den politischen Parteien und interessierten Wählerinnen und Wählern weitere Aufschlüsse über das Wahlverhalten.

Abstimmungen

Im Berichtsjahr sind folgende Urnenabstimmungen mit den nachstehenden Ergebnissen durchgeführt worden:

Eidgenössische Volksabstimmungen		JA	NEIN	Stimm- teiligung in %
07.03.10	Bundesbeschluss vom 25. September 2009 zu einem Verfassungsartikel über die Forschung am Menschen	9 192	3 932	56.53
07.03.10	Volksinitiative vom 26. Juli 2007 „Gegen Tierquälerei und für einen besseren Rechtsschutz der Tiere (Tierschutzanwalt-Initiative)“	2 213	11 418	56.51
07.03.10	Änderung vom 19. Dezember 2008 des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) (Mindestumwandlungssatz)	4 261	9 000	56.33
26.09.10	Änderung vom 19. März 2010 des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzschiädigung (Arbeitslosenversicherungs-gesetz, AVIG)	5 949	2 663	35.72

Eidgenössische Volksabstimmungen		JA	NEIN	Stimme- teiligung in %
28.11.10	Volksinitiative „Für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative)“ vom 15. Februar 2008	8 541	5 620	58.50
	Gegenentwurf: Bundesbeschluss vom 10. Juni 2010 über die Aus- und Wegweisung krimineller Ausländerinnen und Ausländer im Rahmen der Bundesverfassung	5 989	7 906	58.50
	Stichfrage: Werden beide Vorlagen angenommen, welche Vorlage soll dann in Kraft treten?	7 834	5 847	58.50
28.11.10	Volksinitiative vom 6. Mai 2008 „Für faire Steuern. Stopp dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb (Steuergerechtigkeits-Initiative)“	2 908	11 050	57.92
Kantonale Volksabstimmungen		JA	NEIN	Stimme- teiligung in %
26.09.10	Nachtrag zur Kantonsverfassung (Justizreform) vom 21. Mai 2010	7 020	1 086	35.35
26.09.10	Volksbegehren (Initiative) für die Planung der Stollenvariante für den Hochwasserschutz Sarneraatal	5 259	3 142	36.69
	Kantonsratsbeschluss zum Projekt Hochwassersicherheit Sarneraatal vom 20. Mai 2010 (Gegenvorschlag zum Volksbegehren „Stollenvariante“)	3 726	4 418	36.69
	Stichfrage: Werden beide Vorlagen angenommen, welche Vorlage soll dann in Kraft treten?	4 896	3 412	36.69

Initiativen und Referenden

In der Berichtsperiode wurden weder Initiativbegehren noch Referendumsbegehren eingereicht.

Der Kantonsrat erklärte am 28. Oktober 2010 das am 10. November 2009 eingereichte Volksbegehren zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Krankenversicherungsgesetz im Sinne des Berichts des Regierungsrats als verfassungsmässig.

Dagegen reichten vier Personen am 29. November 2010 beim Bundesgericht Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten ein und verlangten die Feststellung, dass das Volksbegehren uneingeschränkt gültig sei. Der Regierungsrat erstatte am 15. Dezember 2010 seine Stellungnahme zum gleichzeitig gestellten Gesuch um vorsorgliche Massnahmen und am 7. Januar 2011 seine Vernehmlassung mit dem Antrag auf Abweisung soweit auf die Beschwerde überhaupt eingetreten wird.

Elektronischer Rechtsverkehr

Aufgrund der ab 1. Januar 2011 gültigen neuen Zivilprozessordnung sowie der neuen Strafprozessordnung müssen die Zivil- und Strafgerichte den elektronischen Rechtsverkehr ermöglichen, ebenso das Betreibungs- und Konkursamt. In Bezug auf das Verwaltungs- und Verwaltungsbeschwerdeverfahren bestehen keine bundesrechtlichen Verpflichtungen. Angesichts der insgesamt noch geringen Nachfrage und in Absprache mit dem Obergericht wurde die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs im Bereich des Verwaltungsverfahrens vorläufig sistiert, es sollen die diesbezüglichen Erfahrungen der Gerichte abgewartet werden. Gemäss dem Reglement des Obergerichts über den elektronischen Rechtsverkehr vom 22. Dezember 2010 ist der elektronische Rechtsverkehr ab 1. Januar 2011 vor folgenden Behörden möglich: Obergericht, Verwaltungsgericht, Kantonsgericht, Schlichtungsbehörde, Staatsanwaltschaft, Betreibungsamt und Konkursamt.

Gesetzesdatenbank

Die elektronische Gesetzesdatenbank (GDB) enthält alle in Kraft stehenden kantonalen Erlasse und Vereinbarungen gemäss den Vorschriften des Publikationsgesetzes. Sie wird nach Möglichkeit tagesaktuell nachgeführt. Im Jahr 2010 ergaben sich folgende Änderungen:

	2005	2009	2010
Aufnahme neuer Erlasse	38	18	51
Änderungen geltender Erlasse	70	34	106
Entfernung aufgehobener Erlasse	18	11	46

Sämtliche aktuellen Erlasse stehen unter www.ow.ch > Gesetzessammlung zum Einsehen und Herunterladen zur Verfügung oder sind bei der Staatskanzlei als Sonderdrucke erhältlich.

Beglaubigungen

Für die dem sogenannten Haager Übereinkommen vom 5. Oktober 1961 beigetretenen Staaten gelten vereinfachte Vorschriften für Beglaubigungen von Urkunden im internationalen Verkehr. Es genügt eine „Apostille“, worin die Staatskanzlei die Zuständigkeit der Urkundsperson bestätigt. Die übrigen amtlichen Beglaubigungen erfolgen gestützt auf das kantonale Beurkundungsgesetz. Die Zahl der Apostillen zeigt, in wie vielen Fällen Urkunden für den privaten oder geschäftlichen Gebrauch in Apostillen-Ländern beglaubigt worden sind.

Bei der Staatskanzlei wurde folgende Anzahl Schriftstücke beglaubigt beziehungsweise mit einer anerkannten Apostille versehen:

	2005	2009	2010
Beglaubigungen (Unterschriften, Kopien usw.)	43	55	62
Apostillen	147	337	418
Insgesamt	190	392	480

17 Staatsarchiv

Das Staatsarchiv übernimmt, sichert, erschliesst und vermittelt das konventionelle und elektronisch erstellte archivische Kulturgut des Kantons. Im Rahmen des Öffentlichkeitsprinzips und der Archivverordnung sind die Bestände den Behörden, der Verwaltung, der Forschung und einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich. In Führungen und Ausstellungen macht das Staatsarchiv seine Bestände einem breiten Publikum bekannt.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2010	Stand der Erfüllung
	Die Planung der schrittweisen Einführung von records management ist in Zusammenarbeit mit einer verwaltungsinternen Projektgruppe (mit FD und ILZ) ausgearbeitet.	Die Projektgruppe erstellte Grundlagenpapiere zur Grobplanung records management, zu Weisungen über die Aktenführung und zu organisatorischen Richtlinien für die Aktenführung. Der Regierungsrat hat die Papiere in erster Lesung verabschiedet.
	Der Einsatz des neu anzuschaffenden Moduls scopeQuery für online-Zugriff der Öffentlichkeit auf die Archivdatenbank ist vorbereitet.	Im Hinblick auf die online-Schaltung der Archivdatenbank wurde deren Tektonik (deren Aufbau) vereinfacht und übersichtlich gestaltet.
	Die Digitalisierung der registerlosen Regierungsratsprotokolle 1928-1968 ist vorbereitet.	Die Digitalisierung der Regierungsratsprotokolle 1928-1982 (!) ist abgeschlossen.
	Zur Sicherung des Endarchivs im Turm und im Verwaltungsgebäude liegt in Zusammenarbeit mit dem BKD ein Evakuationsplan für den Katastrophenfall vor.	Als Grundlage eines prioritär abgestuften Evakuationsplanes wurde vorerst eine repräsentative Beständeanalyse durchgeführt.

Bestandsbildung: Erschliessung vorbereiten

Das Staatsarchiv hat im Berichtsjahr 18 Neuzugänge übernommen und grob geordnet (u.a. Mühle Alpnach, Handschriften Kantonsbibliothek, Medienmitteilungen Staatskanzlei, Restaurierungsberichte Staatsarchiv, Gleichstellung von Frau und Mann in Obwalden und Nidwalden, Grundbuch und Vermessung, Pläne, Wohnbau AG, Giswil, Tonaufnahmen Wiese, Sarnen, Verband Obwaldner Krankenkassen, Verband Sektionschefs Obwalden, Asylsuchende, Oberrichter Josef von Flüe). Die Übernahme besonders umfangreicher Neuzugänge, z. B. 1200 (!) Pläne Grundbuch und Vermessung, Handschriftenbestand der Kantonsbibliothek, liess die Platzreserve im Magazin des Staatsarchivs empfindlich schwinden.

Erschliessung: Zusammenhänge ermöglichen

20 Zugänge wurden erschlossen und magaziniert. Sie betreffen u.a. die Themen: Erdbeben 1964, Kanalisation Sarnen und Alpnach, Bau 1918-1932, Passkontrolle 1977 (ca.)-1986 (ca.), Touristik AG, Giswil, Landschreiber, Protokolle und Reden 1975-2009, CSP Obwalden, Bruderschaft der Amtsleute, Fotografien von Flüeli, Mühle Alpnach, Melchior Paul von Deschwanden.

Nachbearbeitung: Zugang verbessern

43 Zugänge wurden nachbearbeitet, nämlich zu den Themen Umwelt und Energie, Natur- und Heimatschutz, Öffentlicher Verkehr, Volksschule, Schulgesundheitsdienst, Skilehrer und Bergführer, Motorfahrzeugkontrolle, Raumplanung, Hauswirtschaft, Gewerbebewilligungen, Lotterie, Regierungsprogramme 1994-1998, Melioration und Alpwirtschaft, Übungsfirma Westfal, Stipen-

dien, Kantonsspital, Arbeitslosenkasse, Umweltberatung, Möbelfabrik Gebrüder Läubli. Die Nachbearbeitung ist hiermit abgeschlossen.

Archivstrukturen: Orientierung schaffen

Im Hinblick auf die Online-Schaltung der Archivdatenbank wurde deren Tektonik (deren Aufbau) vereinfacht und übersichtlich gestaltet. Die grundlegende Verbesserung der Archivstrukturen umfasst folgende Arbeiten: In die Aktenabteilung A (14.- 18. Jhd.) wurden die ursprünglichen, detaillierten Verzeichnisdaten von Landschreiber und Staatsarchivar Anton von Ah aus den 20er Jahren importiert und die entsprechenden Archivschachteln nach diesem System einheitlich beschriftet; alle Deposita aus dem Turm wurden am Archivstandort Verwaltungsgebäude konzentriert und konsequent signiert; in einer neuen Abteilung F wurden Behördenprotokolle und deren Vorakten untergebracht; festgelegt wurde, welche Verwaltungsebenen der Abteilung E Provenienzen bilden können und welche Informationen auf der Stufe Provenienz erhoben werden; alle Abteilungen wurden mit einem Buchstaben versehen, so dass die Tektonik übersichtlich aufgebaut ist.

Mikroverfilmung und Digitalisierung: Bestandssicherung und Benutzungskomfort

Die 2009 verfilmten und digitalisierten Kantonsratsprotokolle wurden überarbeitet, d.h. die PDF-Dateien wurden mit Lesezeichen versehen; die ungenügende Texterkennung (OCR) musste mit den Möglichkeiten des Staatsarchivs wiederholt werden. Die Regierungratsprotokolle bis 1968 enthalten bis auf wenige Ausnahmen im 19. Jahrhundert und zu Beginn des 20. Jahrhunderts keine Register. Recherchieren ist also nur mit unverhältnismässig grossem Aufwand möglich (pro Band 1000 Seiten durchsuchen). In den 90er Jahren wurden rückwirkend Register für die Regierungratsprotokolle ab 1968 erstellt. Mit der Digitalisierung und Texterkennung (OCR) eröffnen sich neue Recherchemöglichkeiten. Das Staatsarchiv strebte deshalb an, die Regierungratsprotokolle, soweit sie maschinengeschrieben sind (ab 1928), zu digitalisieren. Da die Digitalisierung ab Original sehr aufwändig und teuer gewesen wäre, wurde sie ab Mikrofilm gemacht. Das Resultat der Texterkennung wird dadurch zwar etwas schlechter, aber die Digitalisierung bleibt in jedem Fall nur ein Hilfsmittel. Auch bei einer Digitalisierung ab Original (zumal bei teilweise schlechter Qualität der Vorlage) können keine absolut zuverlässigen Resultate erwartet werden. Im Berichtsjahr konnten dank einem günstigen Angebot mehr Mikrofilme digitalisiert werden als geplant, nämlich insgesamt 63 Mikrofilme mit ca. 57'000 Seiten. Im Staatsarchiv mussten die Digitalisate nachbearbeitet werden. Die Mikrofilme sind bandübergreifend; die PDF-Dateien sollen aber wieder je einem Band entsprechen.

18 Finanzkontrolle

Die Finanzkontrolle prüft als fachlich selbstständige und unabhängige Instanz den staatlichen Finanzhaushalt nach den Vorgaben des Finanzhaushaltsrechts. Sie unterstützt den Kantonsrat bei seiner Oberaufsicht über die Verwaltung und die Gerichtsverwaltung sowie den Regierungsrat bei der Dienstaufsicht über die Verwaltung. Sie führt das Sekretariat der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2010	Stand der Erfüllung
	Die neuen Vorgaben in der Gemeindefinanzaufsicht gemäss neuem Finanzhaushaltsgesetz sind vorbereitet. Die Qualitätssicherung ist in Zusammenarbeit mit den kleinen Zentralschweizer Finanzkontrollen weiter verbessert.	Zur Koordination der verschiedenen Bereiche wurde eine Arbeitsgruppe durch das Finanzdepartement eingesetzt. Im Jahr 2010 wurden die betroffenen Bereiche erhoben sowie ein erster Entwurf des Kontenplans für die Einwohnergemeinden erarbeitet. Weiter hat sich die Arbeitsgruppe mit den Themen Interne Verrechnungen, Controlling, Internes Kontrollsystem und dem Anpassungsbedarf der Gemeindereglemente befasst. Die Grundlagen für die gegenseitigen Reviews sind in den Vorjahren erarbeitet worden. Bei der Beratung des weiteren Vorgehens wurde festgestellt, dass es vor Durchführung der gegenseitigen Reviews sinnvoll ist, ein Organisationshandbuch zu erstellen. Die Finanzkontrolle Obwalden hat in Zusammenarbeit mit der Finanzkontrolle Uri einen Entwurf erarbeitet.

Neues Finanzhaushaltsgesetz ab 1. Januar 2012: Umsetzung HRM2 bei den Gemeinden

Für die Umsetzung des neuen Finanzhaushaltsgesetzes mit HRM2 bei den Gemeinden wurde zur Koordination der verschiedenen Bereiche durch das Finanzdepartement eine Arbeitsgruppe mit den Finanzverwaltern der Einwohnergemeinden, der kantonalen Finanzverwaltung und der Finanzkontrolle eingesetzt. Im Jahr 2010 wurden die betroffenen Bereiche erhoben. Zudem hat die Arbeitsgruppe einen ersten Entwurf des Kontenplans für die Einwohnergemeinden erarbeitet. Weiter befasste sie sich mit den Themen Interne Verrechnungen, Controlling, Internes Kontrollsystem und dem Anpassungsbedarf der Gemeindereglemente.

Qualitätssicherung der Finanzkontrolle in Zusammenarbeit mit den kleinen Zentralschweizer Finanzkontrollen

Das neue Revisionsaufsichtsgesetz stellt neben Anforderungen an die Unabhängigkeit auch Anforderungen an die Qualitätssicherung. Deshalb wurde unter den kleineren Finanzkontrollen der Zentralschweiz die Zusammenarbeit gesucht (Finanzkontrollen der Kantone Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden und Zug). In den Vorjahren wurden die Grundlagen für gegenseitige Reviews erarbeitet. Bei der Beratung des weiteren Vorgehens wurde festgestellt, dass es vor Durchführung von gegenseitigen Reviews sinnvoll ist, ein Organisationshandbuch zu erstellen. In Zusammenarbeit mit der Finanzkontrolle Uri hat die Finanzkontrolle Obwalden einen Entwurf erarbeitet. Gemäss der Eidgenössischen Revisionsaufsichtsbehörde haben sich Revisionsunternehmen bis zum 31. August 2013 einem System der regelmässigen Beurteilung ihrer Prüftätigkeit durch gleichrangige Berufsleute anzuschliessen.

Prüfung der Staatsrechnung

Nach Artikel 52 der Finanzhaushaltsverordnung hat die Finanzkontrolle in den Monaten März und April 2010 die Staatsrechnung 2009 geprüft. Die Buchführung und die Jahresrechnungen entsprechen gemäss ihrer Beurteilung den Vorschriften der Finanzhaushaltsverordnung.

Prüfungen bei Amtsstellen und Prüfungen von Bauabrechnungen

Bei den Prüfungen bei Amtsstellen und den Prüfungen von Bauabrechnungen wurden keine Differenzen festgestellt, welche besondere Massnahmen erforderten. Empfehlungen wurden durch die Finanzkontrolle vornehmlich im organisatorischen Bereich abgegeben. Zu den durchgeführten Revisionen liegen erläuternde Berichte und Aktennotizen vor.

Prüfung bei Organisationen und Unternehmungen

Die Revisionen der selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten InformatikLeistungszentrum Obwalden und Nidwalden sowie Verkehrssicherheitszentrum Obwalden und Nidwalden wurden gemeinsam mit der Finanzkontrolle Nidwalden durchgeführt. Die Revision des Laboratoriums der Urkantone erfolgte gemeinsam mit den Finanzkontrollen Nidwalden und Uri.

Zusätzlich hat die Finanzkontrolle folgende Jahresrechnungen geprüft: Regionalentwicklungsverband Sarneraatal, Verein für die Koordination von Informatikaufgaben der Strassenverkehrsämter (KISTRA), Arbeitsstiftung Obwalden, Verein OBWALD Volkskulturfest, Verein Zämä Zmittag und Stiftung BiNetON.

Aufsicht über Bau, Unterhalt und Betrieb der Nationalstrassen

Im Vergleich zum Vorjahr haben die im Rahmen der Aufsicht über den Bau der Nationalstrassen geleisteten Stunden um 130 auf 323 Stunden abgenommen (2009: Projektprüfung bei der Umfahrung Lungern). Dabei prüfte die Finanzkontrolle schwergewichtig die Zahlungsanweisungen mit den dazugehörigen Rechnungen mitschreitend. Die Jahresabrechnung der Personal- und Verwaltungskosten für den Ausbau, die Netzfertigstellung und den betrieblichen Unterhalt wurde erstellt. Weiter wurde die Follow-Up-Revision der Prüfung der Personal- und Verwaltungskostenabrechnung, die durch das Finanzinspektorat des Bundesamts für Strassen durchgeführt wurde, vorgenommen.

Sekretariat Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK)

Die Finanzkontrolle ist für die Führung des Sekretariats mit Protokollführung zuständig und nimmt an den Sitzungen beratend teil. Sie betreute im Jahr 2010 zwölf Plenarsitzungen der GRPK. Im Berichtsjahr wurde in Zusammenarbeit mit der BDO AG, Luzern die Überprüfung des Projektmanagements Grossbauprojekte durchgeführt.

Aufsicht über die Gemeindefinanzen

Einheitliche Rechnungsführung

Die Finanzkontrolle überwacht gemäss Finanzausgleichsverordnung die einheitliche Rechnungsführung der Obwaldner Einwohnergemeinden. Dabei wurde die Einhaltung der mit Beschluss vom Regierungsrat für verbindlich erklärten Artikel der Finanzhausreglemente der Gemeinden überprüft. Die Finanzkontrolle hat keine grundlegenden Abweichungen festgestellt.

Finanzlage der Obwaldner Gemeinden Ende 2009

Wie im Vorjahr sind es im Jahr 2009 nur vier Gemeinden, welche einen Ertragsüberschuss (zwischen 0.02 und 2.31 Millionen Franken) ausweisen. Drei Gemeinden schlossen die Laufende Rechnung mit einem Aufwandüberschuss ab (zwischen 0.87 und 1.57 Millionen Franken).

Per Ende 2009 weist eine Einwohnergemeinde einen Bilanzfehlbetrag aus (Vorjahr: keine Gemeinde mit Bilanzfehlbetrag). Gesamthaft weisen die Gemeinden per 31. Dezember 2009 ein Eigenkapital von 32.2 Millionen Franken (Vorjahr: 31.7 Millionen Franken) aus. Die durch-

schnittliche Nettoverschuldung pro Kopf stieg im Vergleich zum Vorjahr um Fr. 258 auf Fr. 2'875.

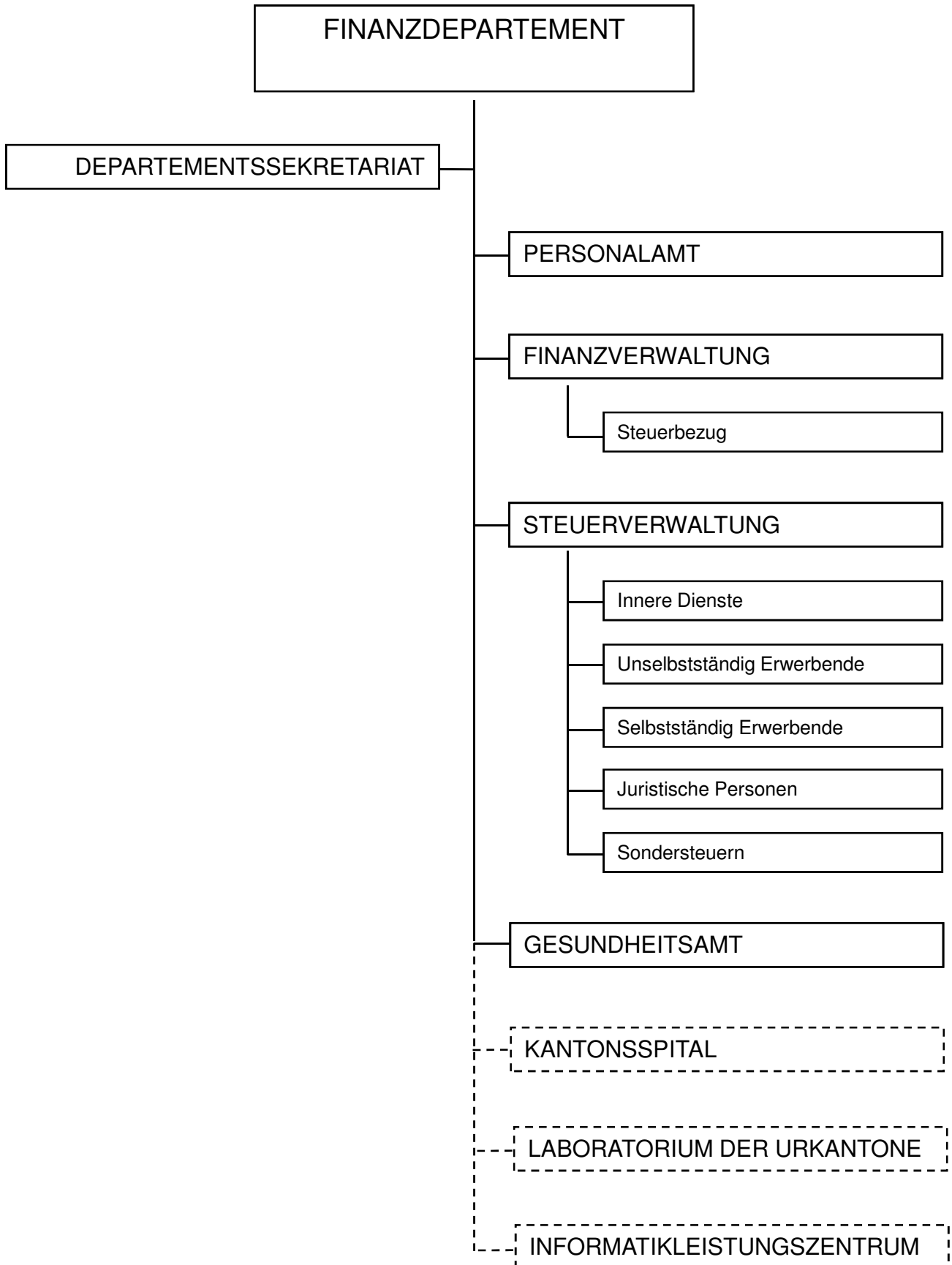
Als Ergebnis der Finanzanalyse wurde festgestellt, dass sich die Finanzlage der Obwaldner Gemeinden leicht verbessert hat. Im Vergleich zum Vorjahr, in dem nur drei Gemeinden eine gute Finanzierung ausgewiesen haben, sind es Ende 2009 vier Gemeinden, welche die Werte einer guten Finanzlage erreichen. Unter Berücksichtigung der gesamten Finanzsituation der einzelnen Gemeinden waren keine Massnahmen zu ergreifen. Die Entwicklung kann sich aber aufgrund der anstehenden Investitionen (z. B. Wasserbau) und infolge weiterer möglicher Mehrbelastungen (z. B. im Gesundheits- und Sozialbereich) wieder ändern.

Die Finanzstatistik der Einwohnergemeinden des Kantons Obwalden wurde wie in den Vorjahren veröffentlicht.

4.2 Finanzdepartement



Kanton
Obwalden



Das Finanzdepartement (FD) umfasst

	Vollzeitstellen Ende	
	2009	2010
Departementssekretariat	1.9	2.0
Personalamt	2.1	2.1
Finanzverwaltung	9.5	8.3
Kantonale Steuerverwaltung (inkl. Hauswartung 1.25)	37.1	37.6
Gesundheitsamt	5.4	4.9
Insgesamt	55.9	54.9

Die umgesetzten Departementsziele im Überblick (Controlling)

	Jahresziele 2010	Stand der Erfüllung
5.4	Die kantonale Gesetzgebung im Gesundheitsbereich und in der Gesundheitsförderung ist den Entwicklungen auf Bundesstufe angepasst.	
	Das kantonale Gesundheitsrecht (insb. Gesundheitsgesetz) ist gemäss veränderten Vorgaben des Bundes (KVG-Änderungen) angepasst.	Die neue Pflegefinanzierung tritt per 1. Januar 2011 in Kraft. Im Herbst 2009 wurde eine Projektgruppe (Kanton/ Gemeinde/ Institutionen) gebildet, die sich mit der kantonalen Umsetzung auseinandersetzt. Änderungen im Gesundheitsgesetz sind zum heutigen Zeitpunkt nicht notwendig.
13	Das politisch-administrative System; Kantonsrat –Regierungsrat - Verwaltung wird als Ganzes laufend erneuert und aufeinander abgestimmt	
	Das Projekt „Records Management“ ist gemäss vorgegebenen Zielen fortgeschritten (insb. Schaffung von Verfahrensvorgaben, summarische Ist-Aufnahme erstellen und organisatorische Strukturen vorbereiten).	Aufgrund der starken Belastung des Finanzdepartements durch die Stellvertretungsübernahme des Bau- und Raumentwicklungsdepartements und der Beendigung des Arbeitsverhältnisses des Departementssekretärs verzögerte sich das Projekt. Der Regierungsrat bestimmte die Projektorganisation neu und übertrug die Federführung der Staatskanzlei. Es liegen Weisungen über die Aktenführung, organisatorischen Richtlinien sowie ein Vorgehensplan vor.

	Jahresziele 2010	Stand der Erfüllung
17	Der Kanton Obwalden führt eine nachhaltige Finanzpolitik	
	Die Revision der kantonalen Finanzhaushaltsgesetzgebung ist abgeschlossen: - Der Kanton hat zusammen mit den Gemeinden ein neues Finanzhaushaltsgesetz. - Die Gemeindefinanzaufsicht ist neu geordnet.	Der Kantonsrat hat das neue Finanzhaushaltsgesetz am 11. März 2010 verabschiedet. Es tritt auf den 1. Januar 2012 in Kraft. Die Gemeindefinanzaufsicht ist Teil des neuen Finanzhaushaltsgesetzes.
	Ein Programm zur Priorisierung von staatlichen Leistungen und Aufgaben (Priorisierungsprogramm) ist mit Wirkung auf 1. Januar 2011 vom Kantonsrat genehmigt.	Im Rahmen des Priorisierungsprogramms konnten verschiedenen Priorisierungsmassnahmen bereits im Voranschlag 2011 und auch für die Planung 2012 berücksichtigt werden.

Umgesetzte Gesetzgebungsvorhaben

Gesetzgebungsprogramm 2010	Stand der Erfüllung
Die Teilrevision Steuergesetz (Nachvollzug StHG und allfällige strategierelevante Anpassungen) per 1. Januar 2011 ist vollzogen.	Der Kantonsrat hat der Teilrevision des Steuergesetzes 2011 am 28. Oktober 2010 (2. Lesung) zugestimmt. Es tritt per 1. Januar 2011 in Kraft.
Nachtrag zur Verordnung über die Beurkundungs- und Schätzungssgebühren (in Verbindung mit dem VD)	Die Federführung ging an das Volkswirtschaftsdepartement über.
Ein kantonales Finanzhaushaltsgesetz für Kanton und Gemeinden kann im Kantonsrat beraten und auf 2012 in Kraft gesetzt werden.	Kantonsratsbeschluss vom 11. März 2010. Das Gesetz tritt auf 1. Januar 2012 in Kraft.
Revision der Veterinärsgesetzgebung, Revision der Tierseuchengesetzgebung (Tierseuchenkasse) und Vollziehungsverordnung zum eidg. Lebensmittelgesetz (Reorganisation der Lebensmittelinspektion).	Der Kantonsrat genehmigte das Veterinärsgesetz sowie die Vollziehungsverordnung zum Lebensmittelgesetz am 2. Dezember 2010.
Nachtrag zum Gesundheitsgesetz (Nachtrag von KVG-Änderungen)	Zur Umsetzung der Pflegefinanzierung braucht es gemäss Beurteilung der kantonalen Arbeitsgruppe keine Anpassung im Gesundheitsgesetz.

Departementsaussagen zu Querschnittfragen

Informatikleistungszentrum Obwalden und Nidwalden: neues Betriebssystem für das Rechnungswesen

Im Jahr 2001 wurde die EDV-Fachlösung GeSoft der Firma Ruf Informatik AG, Schlieren, für die Bereiche Rechnungswesen in den kantonalen Verwaltungen sowie den Gemeinden von Obwalden und Nidwalden eingeführt.

Aufgrund von betrieblichen Engpässen und Wartungsproblemen beim Hersteller entschlossen sich die kantonalen Verwaltungen sowie die Gemeinden von Obwalden und Nidwalden im Herbst 2008 zu einer Neuevaluation der Fachgebiete Rechnungswesen und Einwohnerkontrolle. Daran beteiligten sich zusätzlich 190 Gemeinden sowie die kantonale Verwaltung Appenzell Ausserrhoden.

Aufgrund einer GATT/WTO-Ausschreibung fiel nach einer Evaluation im Juni 2010 die Wahl auf das Produkt newssystem® public der Firma Information Technology & Trust AG, Rotkreuz. Die Betriebskosten des neuen Systems betragen für die Gemeinden von Obwalden und den Kanton gemäss Submissionsergebnis Fr. 327 990.– und liegen knapp Fr. 40 000.– unter den vergleichbaren Kosten der heutigen Software Gesoft. Der Kanton übernimmt 50 Prozent der anfallenden Kosten. Die Gemeinden teilen sich die Kosten nach Einwohner. Durch diesen Kostenteiler subventioniert der Kanton die Gemeinden mit knapp Fr. 40 000.– jährlich.

Strategie-Entwicklung: Initiierung eines Programms zur Priorisierung von staatlichen Aufgaben und Leistungen (Priorisierungsprogramm)

Die finanzielle Ausgangslage ist nicht nur durch eine flachere Konjunktur gekennzeichnet, sondern auch durch stark sinkende Erträge aus dem Finanzausgleich des Bundes (Ressourcenausgleich) als Folge der gestiegenen Finanzkraft des Kantons. Zusätzlich wird die Ausgabenseite durch unumgängliche Mehrbelastungen in verschiedenen Aufgabenbereichen stark in Anspruch genommen und verlangt deshalb eine nachhaltige Entlastung des Staatshaushalts. Für die kommenden Jahre besteht ein hoher Investitionsbedarf bei der öffentlichen Infrastruktur (Kantonsschule, Kantonsspital) und in Projekten, die den Schutz vor Naturgefahren (v.a. Hochwasserschutz Sarneraatal) sicherstellen.

Die Erarbeitung des Priorisierungsprogramms erfolgte in zwei Phasen:

- a) Die bereits auf den Voranschlag 2011 wirksamen Entlastungen wurden im finanziellen Umfang durch den Regierungsrat als Vorgaben an die Departemente und Ämter abgegeben. Die Umsetzung durch die Departemente erfolgte autonom („bottom-up“).
- b) Die ab dem Jahre 2012 wirksamen Entlastungen werden von der Projektgruppe erarbeitet und durch den Regierungsrat verabschiedet, wobei das massgebliche Priorisierungsprogramm „top-down“ umgesetzt werden soll.

Teil a) konnte im Verlauf des Jahres 2010 erfolgreich umgesetzt werden, der Voranschlag 2011 entsprach dank den vorgegebenen Einsparungen den Anforderungen der Ausgabenbremse. In der Phase b) wurden alle Bereiche staatlicher Leistungen und Aufgaben gemäss Regierungsratsbeschluss überprüft. Die Vorgaben wurden dabei aber nicht linear pro Departement, sondern differenziert nach den Auswirkungen der Aufgaben auf die Strategieumsetzung und möglichem Entlastungspotenzial für den kantonalen Finanzhaushalt gestaltet. Die Eingaben der Departemente sind erfolgt. Auf der Basis dieser Eingaben konnten wesentliche Priorisierungen bereits im Budget 2011 und in der Planung 2012 berücksichtigt werden. Zusätzlich zu den Priorisierungen fiel das Jahresergebnis 2010 positiv aus und hat dadurch die angespannte finanzielle Lage des Kantons momentan etwas entschärft. Aus diesen beiden Gründen unterliegt das Priorisierungsprogramm nicht mehr dieser terminlichen Dringlichkeit wie noch Mitte 2010. Der Bericht zum Priorisierungsprogramm wird bis im April 2011 vorliegen.

Elektrizitätswerk Obwalden: Erlass von Ausführungsbestimmungen

Gemäss Art. 10 des Gesetzes über das Elektrizitätswerk Obwalden (EWO-G; GDB 663.1) regelt der Regierungsrat:

- die Modalitäten über die Aufsicht des Elektrizitätswerks Obwalden (EWO),
- die Wahl und Abberufung des Verwaltungsrats und
- die Einzelheiten der Verzinsung des Dotationskapitals.

Das Finanzdepartement hat im letzten Jahr einen Entwurf der Ausführungsbestimmungen vorbereitet und dem Verwaltungsrat des EWO zur Vernehmlassung zugestellt. Im Anschluss an die Vernehmlassung erliess der Regierungsrat die Ausführungsbestimmungen und setzte sie auf den 1. Januar 2011 in Kraft.

Interkantonale Zusammenarbeit – Fachdirektorenkonferenzen

Der Finanzdirektor ist seit Dezember 2007 Präsident der Zentralschweizer Finanzdirektorenkonferenz (ZFDK). Er wird dabei unterstützt durch den Sekretär der Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK) und dem Departementssekretariat. Im Wesentlichen geht es um Fragen rund um die regionale und nationale Finanz- und Steuerpolitik, aber auch um allgemeine Verwaltungsthemen.

Ein Schwerpunkt im 2010 bildete die Aufgabenüberprüfung und das Konsolidierungsprogramm 2011 – 2013, das am 14. April 2010 in Vernehmlassung ging und am 1. September 2010 vom Bundesrat verabschiedet wurde. Weiter befasste sich die Konferenz aktiv mit steuerpolitischen Themen. So setzte sie sich für die Ablehnung der Steuerinitiative ein und sprach sich für flächendeckende restriktivere Massnahmen in der Besteuerung nach Aufwand aus.

Institutionelle Zusammenarbeit mit Gemeinden

Die Einwohnergemeinden werden während des Geschäftsjahres regelmässig zu Sitzungen mit informellem Charakter eingeladen. So werden zwei Mal pro Jahr die kommunalen Finanzchefs begrüsst. Der Schwerpunkt liegt bei der ersten Zusammenkunft bei der Budgetierung und bei der zweiten Sitzung bei der Auswertung der Gemeindefinanzen.

Interimistische Leitung des Bau- und Raumentwicklungsdepartements

Mit dem Rücktritt von Baudirektor Hans Matter auf Ende September 2009 kam die Regelung der direkten Stellvertretung zum Zuge: Der Finanzdirektor übernahm ab 1. Oktober 2009 bis Ende Januar 2010 ad interim die Leitung des BRD zusammen mit dem Volkswirtschaftsdirektor.

20 Departementssekretariat

Das Departementssekretariat unterstützt den Departementvorsteher bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departements, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrats, des Kantonsrats und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departements, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung (Controlling). Der Departementssekretär ist auch verantwortlich für das Projekt Neue Verwaltungsführung Obwalden (NOW). Das Departementssekretariat ist im Weiteren verantwortlich für den Sachbereich Lotterie.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2010	Stand der Erfüllung
	Der Wirkungsbericht zur Steuerstrategie zuhanden des Kantonsrates und der Gemeinden ist in einer Kurzversion erstellt.	Der Kantonsrat nahm am 20. Mai 2010 vom Wirkungsbericht zu den steuerlichen Massnahmen, zum Kantonsmarketing und zur Raumentwicklung (kantonale Steuerstrategie) zustimmend Kenntnis.
	Bericht und Antrag betreffend Volksinitiative für „Faire Krankenkassenverbilligung“ ist an den Kantonsrat verabschiedet; eine Volksabstimmung hat stattgefunden.	Der Regierungsrat hat den Bericht zur Volksinitiative am 29. Juni 2010 zuhanden des Kantonsrates verabschiedet. Der Kantonsrat behandelte die Vorlage in erster Lesung am 28. Oktober 2010.

Wirkungsbericht zu den steuerlichen Massnahmen, zum Kantonsmarketing und zur Raumentwicklung (kantonale Steuerstrategie)

Die kantonale Steuerstrategie zeigt gemäss den finanziellen und volkswirtschaftlichen Kennzahlen nach wie vor eine positive Wirkung. Diese Erkenntnis, die bereits in den vorangegangenen Wirkungsberichterstattungen gemacht werden konnte, kann mit dem diesjährigen Wirkungsbericht bestätigt werden. Der Kanton Obwalden legte bei der Ressourcenstärke (NFA) stark zu. Bei den volkswirtschaftlichen Kennzahlen zeigen das Bevölkerungswachstum, die Entwicklung der Arbeitsplätze und die Eintragungen ins Handelsregister eine überproportionale Entwicklung auf.

Auch bei der Entwicklung der Steuererträge sind ebenfalls positive Zeichen auszumachen. Was die Einkommensstruktur im Kanton Obwalden betrifft, ist eine Tendenz weg von den unteren Einkommen hin zu den mittleren und höheren auszumachen. Das bringt mehr Finanzkraft und erhöht den finanziellen Handlungsspielraum mittel- bis langfristig. Ausdruck dieser sanften Umbildung der Einkommensstruktur sind auch die guten Zahlen bei der direkten Bundessteuer, wo seit der Lancierung der Steuerstrategie eine aufsteigende Entwicklung auszumachen ist. Jedoch besteht auch Handlungsbedarf:

- Bei den natürlichen Personen besteht trotz den starken Entlastungsmassnahmen seit 2005 bei den unteren und mittleren Einkommen eine unbefriedigende Situation. Nach wie vor ist der Kanton Obwalden steuerlich nicht konkurrenzfähig. Deshalb soll der seit dem Start der Steuerstrategie erwähnte zweite Schritt ausgelöst werden. Dabei stehen Entlastungsmassnahmen im Bereich der mittleren und unteren Einkommen sowie für Familien im Vordergrund. Diese sollen im Rahmen einer Steuergesetzesrevision umgehend angegangen werden.

- Auch bei der Gewinnsteuer besteht Handlungsbedarf, falls das steuerliche Alleinstellungsmerkmal nicht verloren gehen soll.

Beschwerdestatistik – Beschwerdeentscheide des Regierungsrates

Bei den Beschwerdefällen handelt es sich grossmehrheitlich um Geschäfte im Zusammenhang mit Bauvorhaben ausserhalb der Bauzone. Das Finanzdepartement leitet das Verfahren als Stellvertretendes Bau- und Raumentwicklungsdepartement und bereitet die Beschwerdeentscheide mit der Unterstützung durch den kantonalen Rechtsdienst zuhanden des Regierungsrats vor. Der Regierungsrat entscheidet in der Folge über die Beschwerdeanliegen. Es kann festgestellt werden, dass bis auf einzelne Ausnahmen die Beschwerdeanliegen nicht durchdringen, was für die Arbeit der Verwaltung spricht. Ebenfalls bleibt festzuhalten, dass einige der Beschwerden auf einvernehmliche Art gelöst werden können, sodass die Beschwerdeinstanz Regierungsrat nicht zum Zuge kommen muss.

Anzahl Beschwerden	2009	2010
Übertrag vom Vorjahr	8	9
Neueingänge	9	14

Erledigt durch Entscheid des Regierungsrates

– gutgeheissen	1	0
– teilweise gutgeheissen	0	0
– abgewiesen	3	5
– nicht eingetreten	0	0

Erledigt ohne Entscheid des Regierungsrates

(Abschreibungsbeschluss des Departements)

Vergleich, Rückzug u. dgl.	4	3
Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr	9	15

Das Departementssekretariat als Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum

Das Departementssekretariat befasste sich 2010 mit folgenden Schwerpunktthemen:

- Wirkungsbericht zu den steuerlichen Massnahmen, zum Kantonsmarketing und zur Raumentwicklung (kantonale Steuerstrategie);
- Die Initiative für „Faire Krankenkassenprämienverbilligungen“;
- Steuergesetzesrevision per 2011/2012;
- Die interimistische Führung des BRD anfangs Jahr;
- Personeller Wechsel des Departementssekretärs Mitte des Jahres.

Swisslos-Fonds 2010: Vergaben und Bewilligungen

Im Jahr 2010 sprach das Finanzdepartement aus dem kantonalen Swisslos-Fonds für humanitäre Zwecke in erster Linie Gelder an das Schweizerische Rote Kreuz für die Erdbebenopfer in Haiti. Grössere Zuwendungen an gemeinnützige Projekte in der Region gingen an das Naturmuseum Luzern (Projekt Digitalisierung Herbarium Hans Wallimann, zweite Tranche) sowie das Projekt Via Storia (Buchprojekt, Kulturwege der Schweiz).

Zuhanden der Swisslos, Basel, ist jährlich ausführlich über die Projekte, die durch den Kanton Obwalden mit Swisslos-Geldern unterstützt wurden, Auskunft zu geben. Diese werden in der Folge auf der Homepage von Swisslos Interkantonale Landeslotterie¹ publiziert und somit für alle Interessierten einsehbar gemacht. Überdies gilt es, Rechenschaft gegenüber dem

¹ Siehe: www.swisslos.ch/swisslos/de/lottoportal/ueber_swisslos/guter_zweck

Bundesamt für Justiz im Bereich Vergabe und Bewilligung von Lotterien abzulegen. Dieses veröffentlicht ebenfalls jährlich per Juli die Lotteriestatistik² für das betreffende Jahr.

Im 2010 sind im Weiteren Los-Kontingente in der Höhe von Fr. 23 500.– vergeben worden. Mit diesen Kontingentsanteilen werden auf dem jeweiligen Kantonsgebiet Loslotterien durchgeführt. 2010 wurde die Trennung von Bewilligungs-, Entscheid- und Aufsichtskompetenz im Lotteriebereich vorgenommen (RRB 294 vom 14. Dezember 2010). Ab 1. Januar 2011 liegen die Bewilligungs- und Entscheidungskompetenzen beim Volkswirtschaftsdepartement. Beim Finanzdepartement verbleiben die Fonds-Bewirtschaftung, das Controlling, die Rechenschaftsablage und die Berichterstattung.

Stellungnahmen zu Vernehmlassungen auf eidgenössischer Ebene (Bund/Parlament)

Das Finanzdepartement befasst sich in seinen Bereichen mit eidgenössischen Vernehmlassungen und Stellungnahmen. So konnten auf Bundesebene im Jahr 2010 folgende Vernehmlassungen von höherer politischer Relevanz zuhanden des Regierungsrats eingereicht werden:

- Bundesgesetz über die steuerliche Behandlung der Aus- und Weiterbildungskosten. Stellungnahme an das Eidgenössische Finanzdepartement.
- Bundesgesetz über die Besteuerung nach dem Aufwand. Stellungnahme an das Eidgenössische Finanzdepartement.
- Vernehmlassung zur ordentlichen Revision des Heilmittelgesetzes. Stellungnahme an das Bundesamt für Gesundheit.
- Umsetzung von Bundesrecht durch die Kantone. Stellungnahme zu den Umfrageergebnissen an die Konferenz der Kantonsregierungen (KDK)
- Vernehmlassung zum Gegenvorschlag des Bundesrats zur Volksinitiative „Sicheres Wohnen im Alter“ des Hauseigentümerverbands Schweiz. Stellungnahme an das Eidgenössische Finanzdepartement.

Neben den Antworten, die durch den Regierungsrat direkt erfolgen, ist es dem Departement vorbehalten, die Stellungnahme direkt an die betreffende Bundesstelle weiterzuleiten. Dabei handelt es sich in der Regel um Vorlagen mit minderer politischer Relevanz und um so genannt technische Geschäfte. So beantwortete das Finanzdepartement im 2010 folgende Vernehmlassungen:

- Entwürfe zur Teilrevision der Verordnung vom 27. Juni 1995 über die Krankenversicherung und der Verordnung vom 12. April 1995 über den Risikoausgleich in der Krankenversicherung. Stellungnahme an das Bundesamt für Gesundheit
- Revision der Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung und der Verordnung über den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung. Stellungnahme an das Bundesamt für Gesundheit.
- Wirksamkeitsbericht des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen 2008–2011. Stellungnahme an Eidgenössisches Finanzdepartement.
- Verordnung für den Vollzug der Amtshilfe nach Doppelbesteuerungsabkommen. Stellungnahme an das Eidgenössische Finanzdepartement.
- Parlamentarische Initiative WAK-SR (10.459) Indirekter Gegenentwurf zu den Volksinitiativen «Eigene vier Wände dank Bausparen» und «Für ein steuerlich begünstigtes Bausparen zum Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum und zur Finanzierung von baulichen Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen (Bauspar-Initiative) »; Stellungnahme die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerates.

² Siehe: <http://www.bj.admin.ch/content/dam/data/gesellschaft/lotterie/statistik2009.pdf>

Stellungnahmen zu Vernehmlassungen auf kantonaler Ebene

- Elektrizitätswerk Obwalden (EWO): Erlass von Ausführungsbestimmungen.
- Totalrevision der Verordnung über die Entsorgung von tierischen Nebenprodukten.
Änderung der Tierseuchenverordnung.
- Personalversicherungskasse Obwalden: Revision des Reglements.
- Revision Krankenversicherungsgesetz: Umsetzung neue Pflegefinanzierung auf kantonaler Ebene.
- Anhörung Milchprüfungsverordnung und Änderung der Verordnung des EVD über die Hygiene bei der Milchproduktion;

22 Personalamt

Das Personalamt ist allgemeine Stabsstelle für Personal- und Organisationsfragen. Es erarbeitet zuhanden des Regierungsrats und der Departemente fachliche Entscheidungsgrundlagen in Personal- und allgemeinen Organisationsfragen. Dazu gehören die Personalpolitik und in deren Umsetzung insbesondere Dienstleistungen in der Personalrekrutierung, Anstellung, Förderung und Betreuung. Im Weiteren pflegt das Personalamt sämtliche rechtlichen und fachlichen Grundlagen für die Personalführung (Funktionsbewertung, Lohnsystem, Personaladministration und -controlling) und sorgt für deren Umsetzung.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2010	Stand der Erfüllung
	Die gesetzlichen Grundlagen (Ausführungsbestimmungen [AB] über die Stellenbewertung und Entlohnung) zur Personalpolitik sind zuhanden des Regierungsrates angepasst.	Der Regierungsrat verabschiedete die AB über die Stellenbewertung und Entlohnung mit Beschluss am 21. September 2010 (Nr. 116).
	Die Personalinformation auf dem Extranet ist entsprechend dem ausgearbeiteten Konzept realisiert.	Im Extranet konnten die verschiedenen Gruppen gebildet und wichtige Informationen dazu für die berechtigten Benutzer aufgeschaltet werden. Der Erneuerungsprozess der verschiedenen Informationen wird 2011 weiter aktualisiert.
	Das Staatspersonal profitiert vom neuen Halbtax-Abo-Angebot im Sinne der Förderung des öffentlichen Verkehrs.	Rund 300 Personen nutzten das Angebot, womit der Kanton 2010 das Angebot mit rund 60 000 Franken unterstützte. Da es sich um das Einführungsjahr handelt, wird für die nächsten Jahre mit einem Nachfragerückgang gerechnet.
	Die Leistungserfassung ist in Teilbereichen der Verwaltung eingeführt.	Die Leistungserfassung befindet sich in einer schrittweisen Einführung. In gewissen Bereichen ist sie bereits umgesetzt, in anderen befindet sie sich in Planung.

Konstante Nutzung der gewählten Arbeitszeitmodelle

Die per 1. Januar 2009 neu eingeführten Arbeitszeitmodelle (Bandbreitenmodell mit 12 Varianten und Jahresarbeitszeit) haben sich bewährt. Das einmal gewählte Arbeitszeitmodell wird nach wie vor von den meisten Mitarbeitenden beibehalten. Zusätzliche Ferien durch Lohnverzicht werden in wenigen Fällen genutzt.

Nach ersten Versuchen mit der Personaleinsatzplanung und Arbeitszeiterfassung mit APG hat das Sicherheits- und Justizdepartement entschieden, ein neues Einsatzleitsystem, wie es bereits mehrere Zentralschweizer Kantone benutzen, zu beschaffen. Dieses befindet sich zurzeit in der Planungsphase. Die Arbeitszeiterfassung bei der Polizei über APG wird dadurch erst mit der Einführung des neuen Einsatzleitsystems realisiert.

Justizreform und Fachstelle für Gesellschaftsfragen

Die Justizreform trat am 1. Januar 2011 in Kraft. Im Zuge der Reform wurde ein drittes Kantonsgerichtspräsidium geschaffen, die Staatsanwaltschaft neu organisiert und die Schlichtungsbehörde neu definiert. Im Sozialamt wurde die Fachstelle für Gesellschaftsfragen durch Zusammenführung der Präventions- (aus dem Gesundheitsamt) und der Beratungsstellen neu geschaffen. Diese beiden Bereiche erforderten bei der Bildung der Stellen

spezifische Aufmerksamkeit und Unterstützung durch das Personalamt im Rahmen der Organisation und Personalbeschaffung.

Bearbeitungsprozesse

Das Personalamt hat im Jahr 2010 verschiedene Prozesse in der Personaladministration überarbeitet (Arbeitszeugnisse, Abacus, Zeiterfassung) und in Abhängigkeit von neuen Programmanpassungen detailliert festgeschrieben.

Personalinformation

Verschiedene Inhalte der geplanten Personalinformation konnten im Extranet mit den gewünschten Rubriken aufgeschaltet werden. Die Bildung von Gruppierungen sowie die Aufmachungen der Inhalte sind jedoch nur begrenzt möglich, weshalb die gewünschte Benutzerfreundlichkeit nicht erzielt werden konnte. Trotzdem baut das Personalamt die Informationen so weit wie nützlich weiter aus.

Lehrbetrieb kantonale Verwaltung OW – Erfolgreiche Lehrabschlussprüfungen 2010

Insgesamt beschäftigt die kantonale Verwaltung im Jahr 2010/11 18 Lernende in den Bereichen Kaufmann/Kauffrau (B/E), Betriebsunterhalt und Küchenangestellte EBA sowie eine Person in einem Praktikum. In einem Fall musste das Lehrverhältnis aufgrund ungenügender schulischer und betrieblicher Leistungen aufgelöst werden. Drei kaufmännisch Lernende und zwei Lernende Betriebsunterhalt nahmen an den Abschlussprüfungen im Juni 2010 teil. Alle konnten ihre Ausbildung mit dem Diplom erfolgreich abschliessen.

Statistische Angaben

Der Personalbestand für das Jahr 2010 ist in der folgenden Tabelle erfasst:

	Anzahl Mitarbeitende	
	2009	2010
Der Personalbestand ohne Lernende/Praktikanten	487	474
Umgerechnet in Vollzeitstellen (inkl. Gerichtspersonal und Lehrpersonen an der KSO und am BWZ)	373	368

Der Personalbestand nahm gegenüber 2009 ab. Dieser Rückgang ist einerseits auf den Übertritt von sechs Mitarbeitenden des Strasseninspektorats in die neue Organisation „zentras“ (Gebietseinheit Nationalstrassenunterhalt des Bundes in Emmenbrücke) per 1. Januar 2010 und andererseits auf etwas weniger Stellen an der Kantonsschule bzw. Erhöhung von Pensen einzelner Lehrpersonen zurückzuführen.

Die Ein- und Austritte im Jahr 2010 zeigen sich wie folgt:

	Anzahl Mitarbeitende	
	2009	2010
Austritte	49	48
Eintritte	48	40

Im Jahr 2010 musste sich die kantonale Verwaltung von zwei langjährigen Mitarbeitenden verabschieden, die durch einen Unfall bzw. Krankheit aus dem Leben schieden.

Im Weiteren verzeichnete die kantonale Verwaltung Austritte in Folge befristete Anstellungen (11), Kündigungen durch Mitarbeitende (20), Kündigung durch den Arbeitgeber (2), Austritt infolge Mutterschaft (1) sowie Pensionierungen (11). Eine Stelle wurde infolge der Justizreform aufgehoben.

Im Jahr 2010 wurden insgesamt 1187 Bewerbungen bearbeitet; 164 mehr als im Vorjahr. Damit gingen mehr Bewerbungen auf ähnlich viele offene Stellen wie 2009 ein.

Die Fluktuationsrate betrug im Jahr 2010 9,12 Prozent. Sie ist damit gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen.

24 Finanzverwaltung

Die Finanzverwaltung erarbeitet den Finanzplan und den Voranschlag, führt die Staatsrechnung sowie die Tresorerie (mit Verbuchung und Verteilung der Abschreibungen). Sie besorgt die Finanz- und Lohnbuchhaltung und organisiert den Zahlungsverkehr. Ihr obliegt die Verwaltung des Finanzvermögens, der Spezialfinanzierungen (mit Vereinnahmung und Zuweisung der gebundenen Abgaben) und der Fonds. Ihr unterstellt sind der Steuerbezug (mit Budgetierung der Steuererträge), die Material- sowie die Telefonzentrale. Sie führt zudem die Sonderrechnungen für die Tierseuchenkasse, sowie die Rechnungen der Investitionskredite und Betriebshilfe in der Landwirtschaft und die Investitionskredite in der Forstwirtschaft. Ebenfalls unter der Finanzverwaltung werden die Kantonsanteile an Abgaben und Erträgen des Bundes (u.a. Ressourcenausgleich/Verrechnungssteuer), des innerkantonalen Finanzausgleichs sowie allgemeine Kosten der Verwaltung budgetiert und verbucht.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2010	Stand der Erfüllung
	Gemeinsame Ablösung der Buchhaltungssoftware G-Soft von Kanton OW/NW und Gemeinden im Verbund mit anderen Gemeinden unter der Federführung des ILZ ist vollzogen.	Aufgrund der GATT/WTO-Ausschreibung erhielt das Produkt newssystem® public den Zuschlag.

Ausbau/Sanierung Mehrfachturnhalle bzw. Regionale Sportanlage:

Benutzungsvereinbarung mit der Gemeinde Sarnen

Nachdem der Kantonsrat 2009 den Landerwerb Rüti-Seefeld in Sarnen vom Benediktiner-Kollegium Sarnen beschlossen hatte, konnte 2010 mit der Gemeinde Sarnen die Nutzungsvereinbarung für den Anteil der regionalen Sportanlage bzw. der Mehrfachturnhalle vertraglich vereinbart und das gegenseitige Mitbenutzungsrecht im Grundbuch eingetragen werden. Der Vertrag regelt unter anderem die Beiträge der Gemeinde Sarnen an die Sanierung der Dreifachhalle und der neuen Sporthalle sowie den Beitrag des Kantons an die regionale Sportanlage der Gemeinde Sarnen. Ebenfalls festgehalten ist das gegenseitige Nutzungsrecht an den Sportanlagen.

Die Gesamtkosten für den Ausbau/Sanierung der Mehrfachturnhalle bzw. Regionale Sportanlage belaufen sich gemäss Kostenvoranschlag auf 40,8 Mio. Franken. Der Beitrag der Gemeinde Sarnen beläuft sich dabei auf 3,385 Mio. Franken.

Der Kantonsbeitrag an die regionale Sportanlage wird aus dem kantonalen Swisslosfonds finanziert und beträgt 1,5 Mio. Franken.

Innerkantonaler Finanzausgleich

Der innerkantonale Finanzausgleich besteht aus dem Ressourcenausgleich und dem Lastenausgleich Schule. 2010 leistete der Kanton Ressourcenausgleich in der Höhe von 5.4 Prozent des Nettosteuerertrages 2009, was 3 342 200 Franken ergab. Sarnen, Sachseln und Engelberg erhielten aufgrund ihrer Steuerkraft keine Beiträge aus dem Ressourcenausgleich. Aufgrund der hohen Steuerkraft zahlte nur die Gemeinde Engelberg einen Beitrag von 0.45 Mio. Franken in den kantonalen Finanzausgleich. Insgesamt ergab sich somit ein Ressourcenausgleich von Fr. 3 792 272.45, welcher an die beitragsberechtigten Gemeinden Kerns, Alpnach, Giswil und Lungern ausgeschüttet wurde.

Die finanzschwachen Gemeinden können die vom Regierungsrat angestrebte Mindestausstattung von 85 Prozent des Mittels nicht nur einhalten, sondern übertreffen diese deutlich. Der Kanton richtete Jahr 2010 einen Lastenausgleich von 1.5 Mio. Franken aus. Vom Lastenausgleich profitieren die Gemeinden Kerns (0.45 Mio.), Sachseln (0.13 Mio.), Alpnach (0.2 Mio.), Giswil (0.3 Mio.) und Lungern (0.42 Mio.). Mit diesen Beiträgen sollen die unterschiedlichen Belastungen der Gemeinden bei den Volksschulen ausgeglichen werden.

Auszahlungen Finanzausgleich 2010:

	Lastenausgleich 2010/2011	Ressourcen- ausgleich 2010	Total ordent- licher Finanz- ausgleich	pro Einw.
	in Fr.	in Fr.	in Fr.	in Fr.
Einwohnergemeinde Kerns	452 180.00	1 533 986.90	1 986 166.90	356.33
Einwohnergemeinde Sachseln	125 868.00		125 868.00	26.35
Einwohnergemeinde Alpnach	198 783.00	139 575.65	338 358.65	61.85
Einwohnergemeinde Giswil	299 043.00	1 606 138.60	1 905 181.60	542.17
Einwohnergemeinde Lungern	<u>424 126.00</u>	<u>512 571.35</u>	<u>936 697.35</u>	452.29
Insgesamt	<u>1 500 000.00</u>	<u>3 792 272.45</u>	<u>5 292 272.45</u>	

Um die Investitionen in die Steuerstrategie abzufedern, werden den Gemeinden 2010 insgesamt 4.1 Mio. Franken ausbezahlt.

Auszahlungen Steuerstrategieausgleich 2010

	Steuerstrategieausgleich 2010
	in Fr.
Einwohnergemeinde Sarnen	956 366.–
Einwohnergemeinde Kerns	423 276.–
Einwohnergemeinde Sachseln	469 142.–
Einwohnergemeinde Alpnach	486 506.–
Einwohnergemeinde Giswil	464 939.–
Einwohnergemeinde Lungern	420 419.–
Einwohnergemeinde Engelberg	465 803.–
Katholische Kirchgemeinden	384 471.–
Evangelisch-reformierte Kirchgemeinde	<u>29 078.–</u>
Insgesamt	<u>4 100 000.–</u>

26 Steuerverwaltung

Die Steuerverwaltung ist für die Umsetzung des Steuergesetzes verantwortlich und beschafft einen wesentlichen Teil der Einnahmen des Kantons. Sie veranlagt die Einkommens- und Vermögenssteuern von Unselbstständigerwerbenden, sekundär Steuerpflichtigen, Selbstständigerwerbenden und Landwirten, die Gewinn- und Kapitalsteuern bei den juristischen Personen sowie die Erbschafts-, Schenkungs- und Quellensteuern und die Grundstückgewinn- und Handänderungssteuern. Ferner veranlagt die Steuerverwaltung die direkte Bundessteuer. Weiter kontrolliert die Steuerverwaltung die Verrechnungssteuer-Anträge und fordert die notwendigen Rückerstattungsbeträge bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung ein. Auch die Prämienverbilligung in der Krankenversicherung und das Güterschätzungswesen sind organisatorisch bei der Steuerverwaltung angegliedert. Daneben fallen interkantonale Aufgaben wie Meldewesen, Repartitionswesen, usw. bei der Steuerverwaltung an.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2010	Stand der Erfüllung
	Umsetzung der kantonalen Steuerstrategie: Der Wirkungsbericht (Kurzversion) für das Steuerjahr 2010 ist erstellt.	Im Mai 2010 nahm der Kantonsrat den Wirkungsbericht zu den steuerlichen Massnahmen, zum Kantonsmarketing und zur Raumentwicklung (kantonale Steuerstrategie) zustimmend zur Kenntnis.
	Der Beschluss über die Festlegung des Prozentsatzes zur Berechnung des Selbstbehaltes bei der individuellen Prämienverbilligung in der Krankenversicherung für 2010 ist an den Kantonsrat verabschiedet,	Mit Bericht über den Anspruch auf individuelle Prämienverbilligung in der Krankenversicherung legte der Kantonsrat im März 2010 den Prozentsatz zur Berechnung des Selbstbehaltes bei der Individuellen Prämienverbilligung für das Jahr 2010 fest.
	Die Steuersoftware NEST ist auf neue technische Basis migriert.	Dieses Projekt wird 2012 abgeschlossen. Das Projekt ist sowohl Zeit als auch kostenmässig im Fahrplan.
	Die Revision der Verordnung über die Beurkundungs-, Grundbuch und Schätzungsgebühren ist vollzogen.	Die Federführung liegt neu beim Volkswirtschaftsdepartement.

Elektronische Steuererklärung

Die Steuererklärung 2009 konnte erstmals mit der Dr. Tax Steuer CD online abgegeben werden. Auch Belege können neu direkt bei den betreffenden Ziffern angefügt werden. Die entsprechenden Dateien werden mit einer Freigabequittung an die Steuerverwaltung Obwalden übermittelt und können dann in der Veranlagungssoftware NEST direkt weiterverarbeitet werden. Die mittels eFiling eingereichten Dossiers werden in ein elektronisches Archiv gespeichert.

Veranlagungsstand

Per 31. Dezember 2010 bestanden folgende pendente Veranlagungen:

a) Natürliche Personen:

Steuerperiode	2007	2008	2009
Unselbstständig-, Selbstständig- Erwerbende, Sekundärsteuerpflichtige, Landwirte	89	470	8'413
Erledigung in Prozent des Totalbestandes	99.63 %	98.09 %	66.10 %

Viele der offenen Veranlagungen der Steuerjahre 2007 bis 2009 beziehen sich auf ausserkantonale (sekundäre) Steuerpflichtige, bei denen die Steuerauscheidung des Wohnsitzkantons abgewartet werden muss. Nach Eingang der Steuerauscheidung des Wohnsitzkantons werden auch diese Veranlagungen erledigt.

b) Juristische Personen:

Steuerperiode	2007	2008	2009
Aktiengesellschaften, GmbHs, Vereine, Genossenschaften, Stiftungen	92	410	2'029
Erledigung in Prozent des Totalbestandes	96.55 %	86.40 %	40.62 %

Gegenüber den Vorjahren konnte effektiv mehr definitive Veranlagungen vorgenommen werden. Die prozentuale Abnahme ist auf eine zahlenmässige Zunahme der Fälle zurück zu führen.

Pendente Einsprachen

Per 31. Dezember 2010 waren insgesamt 29 Einsprachen (beinhaltet alle Steuerarten) pendent.

Prämienverbilligung

Für das Jahr 2010 wurden insgesamt Fr. 17 673 676.– Prämienverbilligung an 7 011 Anträge ausbezahlt. Budgetiert waren Fr. 17'700'000.–.

Grundstückschätzungen

Im Berichtsjahr 2010 wurden insgesamt 1'297 Steuerschätzungen vorgenommen. Davon entfielen 121 auf landwirtschaftliche und 523 auf nichtlandwirtschaftliche Grundstücke sowie 653 auf Stockwerk- und Miteigentumsanteile.

Für landwirtschaftliche Grundstücke wurden 71 Grundpfandschätzungen (Schätzungswert BGBB) mit einem Gesamtbetrag von rund 18.3 Mio. Franken erstellt.

Durch Drittaufträge wurden insgesamt 114 Verkehrswertschätzungen mit einem Schätzungswert von rund 44.6 Mio. Franken ausgeführt. Davon entfielen 31 auf landwirtschaftliche und 83 auf nichtlandwirtschaftliche Grundstücke.

Perimeter

Für die Wuhrgenossenschaften „Lai Lungern“ und „Vereinigte Dorfbäche Lungern“ wurden insgesamt 26 Nachschätzungen berechnet.

Die Grundstückschätzung wurde im Berichtsjahr vermehrt von öffentlich rechtlichen Körperschaften mit der Erarbeitung von Perimetern beauftragt.

Liegenschaftssteuer/Wasserbau

Für die Einwohnergemeinden Engelberg und Giswil stellte man wiederum die Grundlagendaten für die Rechnungsstellungen der Liegenschaftssteuer zur Verfügung.

28 Gesundheitsamt

Das Gesundheitsamt sorgt für eine ausreichende und koordinierte medizinische Versorgung der Bevölkerung. Es vollzieht die aufgrund der Krankenversicherungsgesetzgebung den Kantonen übertragenen Aufgaben, erteilt Bewilligungen für Berufe der Gesundheitspflege sowie therapeutische Einrichtungen und koordiniert die Betagtenbetreuung und die Spitexdienste. Es sorgt für die Gesundheitserziehung und Gesundheitsförderung der Bevölkerung und stellt die Koordination mit dem Laboratorium der Urkantone sicher, welches insbesondere die Vollzugsaufgaben in den Bereichen Lebensmittelgesetzgebung, Veterinärwesen, Giftgesetzgebung, Stoffverordnung sowie Gewässer- und Umweltanalytik erfüllt.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2010	Stand der Erfüllung
	Das kantonale Gesundheitsrecht (insb. Gesundheitsgesetz) ist gemäss veränderten Vorgaben des Bundes (KVG-Änderungen) angepasst: Neuordnung Pflegefinanzierung.	Eine Projektgruppe aus Kanton/ Gemeinde/ Institutionen kam zum Schluss, dass bei der kantonalen Umsetzung der neuen Pflegefinanzierung kein Handlungsbedarf für gesetzliche Anpassungen besteht.
	Die Integration der Gesundheitsförderung und Prävention in die neue Fachstelle für Gesellschaftsfragen ist vollzogen.	Die von Obwalden und Nidwalden bisher gemeinsam geführte Fachstelle für Gesundheitsförderung und Prävention wurde auf den 31. Dezember 2010 aufgelöst. Die Gesundheitsförderung und Prävention werden von der Fachstelle für Gesellschaftsfragen, zusammen mit weiteren Bereichen wie Integration, Familienförderung, Gleichstellung und Jugendförderung, weitergeführt.
	Die Revision der kantonalen Tierseuchen- und Lebensmittelgesetzgebung ist abgeschlossen.	Am 2. Dezember 2010 genehmigte der Kantonsrat das Veterinärgesetz und die Vollziehungsverordnung zum Lebensmittelgesetz. Die Tierseuchenkasse wurde aufgehoben und in die Staatskasse überführt.

Neues Veterinärgesetz

Am 2. Dezember 2010 genehmigte der Kantonsrat das Veterinärgesetz und die Vollziehungsverordnung zum Lebensmittelgesetz. Das neue Gesetz löst das Einführungsgesetz zum Tierseuchengesetz von 1999 ab und tritt am 1. Januar 2011 in Kraft.

Insbesondere Änderungen im Bundesrecht, die Neuregelung der Zuständigkeit im Vollzug der Tierseuchen- und Tierschutzgesetzgebung zwischen dem Kanton und dem Veterinäramt der Urkantone, Brunnen, sowie die Neuregelung der Finanzierung der Tierseuchenbekämpfung machten eine Überarbeitung der Gesetzgebung notwendig. Gleichzeitig wurde aber auch die Gesetzgebung mit jener der übrigen Konkordatskantone des Veterinäramts der Urkantone harmonisiert. Dies ermöglicht einen effizienteren und kostengünstigeren Vollzug durch das Veterinäramt der Urkantone.

Kantonale Umsetzung der neuen Pflegefinanzierung

Die Auswirkungen durch die Neuordnung der Pflegefinanzierung und die dadurch notwendigen organisatorischen Massnahmen für den Kanton und Gemeinden wurde durch die Arbeitsgruppe „Neuordnung Pflegefinanzierung“, bestehend aus Vertretungen des Kantons, der Gemeinden

und den Leistungserbringern, ermittelt. Dabei stellte sich heraus, dass die bundesrechtlichen Neuerungen ohne eine kantonale Gesetzesanpassung vollzogen werden können. Da die Finanzkompetenz bei den Gemeinden liegt, haben diese direkt mit den Leistungserbringern die Tarife 2011 verhandelt und die notwendigen Reglemente erarbeitet. Mit Beschluss vom 8. Juni 2010 (Beschluss Nr. 616) hat der Regierungsrat Kenntnis von der geplanten Umsetzung der neuen Pflegefinanzierung.

Am 25. Juni 2010 haben Kantonsrat Walter Wyrsh und Mitunterzeichnende eine Motion eingereicht, mit der Forderung, die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden insbesondere im Gesundheits- und Sozialbereich zu überprüfen und allfällige Massnahmen zur Neuordnung einzuleiten.

Am 23. November 2010 beauftragte der Regierungsrat das Finanzdepartement mit der Analyse der Versorgungskette im Pflegebereich. In der Folge nahm das Finanzdepartement die Bildung einer Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Regierungsrat Hans Wallimann an die Hand. Ergebnisse sind für das Jahr 2011 zu erwarten.

2806 Schulgesundheitsdienst

Die verschiedenen Einlösequoten der Gutscheine sind im vergangenen Schuljahr gesunken. Bei den schulärztlichen Eintrittsuntersuchungen wurden 71 Prozent der Gutscheine eingelöst, gegenüber dem Vorjahr mit 74 Prozent. Bei den schulzahnärztlichen Untersuchungen ist der Unterschied noch grösser, wurden doch nur 72 Prozent eingelöst (Vorjahr 77%). Einzig die Gutscheine für ein individuelles Gesundheitsberatungsgespräch im neunten Schuljahr, wurden vermehrt genutzt mit 11,9 Prozent (Vorjahr 8%).

Die Auswertungen der Gesundheitsstatistiken zeigen keine signifikanten Auffälligkeiten. Der Schulgesundheitsdienst ist interessiert, dass die erhobenen Daten analysiert und auch mit Zahlen aus anderen Kantonen bzw. national verglichen werden können. Dies bedeutet eine Vernetzung mit den Schulärztlichen Diensten bzw. Schulgesundheitsdiensten anderer Kantone. Die Detailauswertungen sowie der Jahresbericht des Schulgesundheitsdienstes sind unter www.ow.ch publiziert.

2810 Fachstelle für Gesundheitsförderung und Prävention Obwalden/Nidwalden

Das Jahr war geprägt von der Umstrukturierung der gemeinsamen Fachstelle der Kantone Obwalden und Nidwalden in je eine eigene Fachstelle Gesellschaftsfragen und dem Aufbau sowie der Vernetzung der verschiedenen Fachbereiche wie Integration, Familienfrage, Jugendförderung, Gleichstellung, Gesundheitsförderung und Prävention.

Alkoholpolitik und Jugendschutz

Das Projekt „Nidwaldner Gemeinden und Engelberg für eine lokale Alkoholpolitik“ wurde evaluiert und die Verankerung mittels Einberufung einer Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung eines kantonalen Alkoholaktionsprogramms angegangen. Alkoholtestkäufe wurden durchgeführt. Im Kanton Obwalden verkauften 5 von 12 getesteten Betrieben illegal Alkohol. Auch in diesem Jahr führte die Fachstelle Schulungen zur Umsetzung von Jugendschutzmassnahmen in der Gastronomie und im Detailhandel durch. Freizeitorganisationen wurden in ihren Konzepten zur Alkoholprävention und zum Jugendschutz beraten.

Fachstelle für Gesundheitsförderung und Prävention OW/NW

generation@, ein Projekt zur Prävention von Internetsucht und Medienpädagogik wurde entwickelt und die Schulen bei dessen Umsetzung begleitet. Im Vordergrund steht die Frage: „Wie können wir Kinder und Jugendliche auf dem Weg zu einer verantwortungsvollen und

gesunden Nutzung neuer Medien unterstützen?“ Schlagworte, die uns in diesem Zusammenhang täglich begegnen, sind Gewalt, Cyber Mobbing, Sucht, Pornografie, Pädokriminalität, Gesetzesbrüche, Überflutung mit Informationen und Bildern, unvorteilhafte Selbstpräsentation, Realitätsverlust, fehlender Jugendschutz usw.

Die Projektziele lauten wie folgt:

- Kinder und Jugendliche werden seitens der Schule und des Elternhauses unterstützt, einen verantwortungsvollen Umgang mit Neuen Medien zu finden.
- Eltern, Lehrpersonen, Schule, Schüler und Schülerinnen sind auf Gefahren sensibilisiert.
- Eltern, Lehrpersonen und Schule sind so weit weitergebildet, dass sie pädagogische Medienkompetenz vorleben und vermitteln können.

Im Berichtsjahr wurden diverse Elternabende an Schulen zum Thema Internetsucht durchgeführt.

Weiter wurden Schulen in Gesundheitsförderungs-, Präventions-, Früherkennungs- und Frühinterventionskonzepten beraten und begleitet.

FitNOW, die Umsetzung des Aktionsprogramms gesundes Körpergewicht

Das Aktionsprogramm „gesundes Körpergewicht“ wurde in verschiedenen Teilprojekten umgesetzt. Schwerpunkt waren das Angebot „klemon“ - Mütterberaterinnen begleiten Eltern von Kleinkindern mit Risiko für Übergewicht oder Essstörungen und „underwäx in Stans“ - ein Verhältnisprojekt zur Förderung der Bewegung von Schulkindern. Eine Zwischenevaluation der Aktionsprogramme wurde von „Interface“ und dem „Winterthurer Institut für Gesundheitsökonomie“ erstellt (www.gesundheitsfoerderung.ch).

2820 Kantonsspital Obwalden: Betrieb und Resultat

Das Kantonsspital Obwalden behandelte im Jahr 2010 gemäss den budgetierten Kennzahlen 3 100 Patientinnen und Patienten (2009: 3 070 Patienten). Die Patientenzahlen im Kantonsspital Obwalden haben im Jahr 2008 erstmals die Grenze von 3 000 stationären Patienten überschritten. Es wird eine weiter anhaltende Verlagerung zu ambulanten Behandlungen festgestellt, so dass die stationären Fallzahlen tendenziell eher abnehmen werden. Für das Jahr 2009 wurden für medizinisch zwingende ausserkantonale Behandlungen rund 8.7 Mio. Franken ausgewiesen (Vorjahr 8.0 Mio. Franken). Der Mehraufwand für ausserkantonale Behandlungen lässt sich auf Tarifierhöhungen bei den Vertragsspitalern und auf teure Einzelfälle zurückführen.

Aus Sicht der öffentlichen Hand ist der kantonale Beitrag für die gesamte spitalmässige Versorgung der Bevölkerung von Interesse. Deshalb werden die finanziellen Leistungen an das Kantonsspital Obwalden sowie an das Kantonsspital Nidwalden (Grundversorgung der Engelberger Wohnbevölkerung) und die Zahlungen für ausserkantonale Hospitalisationen als Ganzes betrachtet.

Gesamtkosten Spitalversorgung Obwalden

	Defizitbeiträge/ Globalkredite an das KSOW in Franken	Zahlungen für ausserkanto- nale Hospitalisationen in Franken	Zahlungen für Spitalaufenthalte in Stans in Franken	Defizitbeiträge an die Akutabteilung Erlenhaus Engelberg in Franken	Insgesamt in Franken
2004	14 130 324.–	7 106 325.–	127 709.–	176 961.–	21 541 319.–
2005	14 480 805.–	² 6 035 019.–	117 862.–	¹ 0.–	20 633 686.–
2006	14 596 283.–	6 628 572.–	35 404.–	¹ 0.–	21 260 259.–
2007	15 376 807.–	7 549 235.–	64 015.–	¹ 0.–	22 990 057.–
2008	15 697 321.–	7 948 939.–	68 701.–	¹ 0.–	23 714 961.–
2009	17 664 383.–	8 628 924.–	58 540.–	¹ 0.–	26 351 847.–

¹ Schliessung der Akutabteilung Erlenhaus Engelberg auf den 31. Dezember 2004.

² Auflösung von Rückstellungen von rund 1,1 Mio. Franken für ausstehende Rechnungen aus dem Vorjahr. Die Erfahrungswerte haben gezeigt, dass die Spitäler schneller fakturieren und dass dadurch weniger Rückstellungen für noch ausstehende Rechnungen gebildet werden müssen.

Notfallpraxis am Kantonsspital

Seit 31. Oktober 2009 betreibt das Kantonsspital Obwalden zusammen mit den Hausärzten im Kanton gemeinsam eine Notfallpraxis am Kantonsspital in Sarnen. Der Dienst zusammen mit den Hausärzten erfolgt an den Wochenenden und an Feiertagen. Das soll zu kürzeren Wartezeiten auf der eigentlichen Notfallstation, zu effizienterer Diagnosestellung und kostengünstigerer Behandlung führen. Bei Bedarf kann die Überweisung direkt ins Spital oder an die Fachärzte im Spital erfolgen.

Mit der Notfallpraxis reagieren die Hausärzte und das Kantonsspital auch darauf, dass immer mehr Patienten notfallmässig direkt das Spital statt den Hausarzt aufsuchen. Damit lassen sich Doppelspurigkeiten vermeiden, wovon Spital, Hausärzte und Patienten gleichermassen profitieren. Dies ist ganz im Sinne des Kantonsspitals, das eine starke Hausarztmedizin unterstützt und fördert, um sich auf seinen Leistungsauftrag konzentrieren zu können. Dieses zukunftssträchtige Modell hat sich bewährt.

Qualitätsstrategie und -ziele

Das Kantonsspital Obwalden (KSOW) steht für eine qualitativ hochstehende medizinische Grundversorgung vor Ort, geprägt von menschlicher Nähe. Das Spital wird unternehmerisch und in enger Zusammenarbeit mit Zuweisern, Pflegeinstitutionen, Partnerspitälern und der Öffentlichkeit geführt. Die Qualitätsziele sind:

- hohe medizinische und pflegerische Qualität
- hohe Patientenzufriedenheit
- attraktiver Arbeitgeber und Ausbilder
- effiziente und kostengünstige Prozesse und Dienstleistungen
- enge Vernetzung in der Versorgungskette

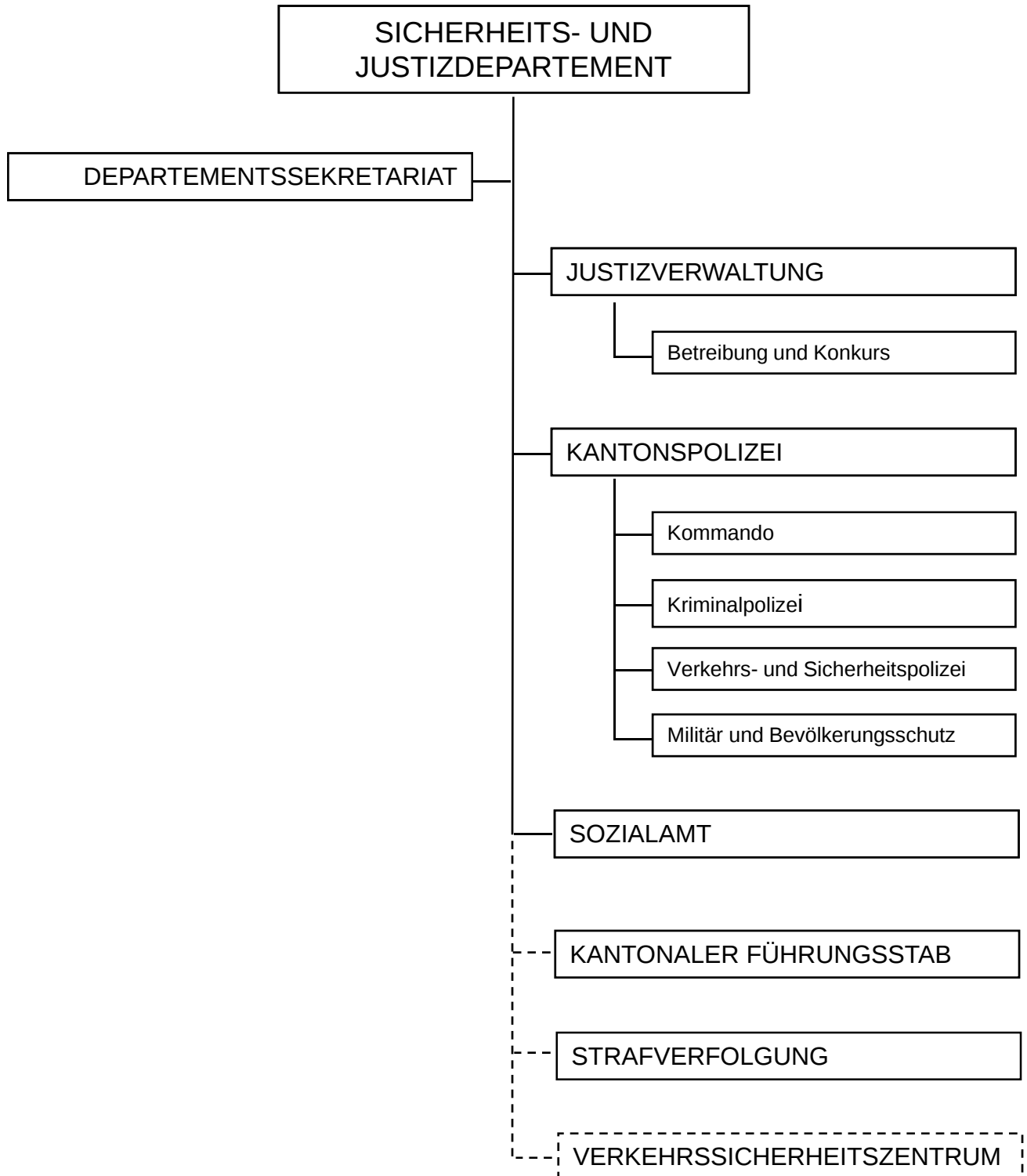
Um diese Ziele zu erreichen und sich kontinuierlich zu verbessern, orientiert sich das KSOW seit 2002 am EFQM-Modell (European Foundation for Quality Management). Das Modell ermöglicht, ein Unternehmen ganzheitlich zu beurteilen und die Qualität seiner Prozesse und Dienstleistungen in Richtung „Excellence“ zu entwickeln.

Ein wichtiges Qualitätsziel ist das Halten der hohen Patientenzufriedenheit. Bei der letzten Messung im Jahr 2009 lagen die Werte für die Akutsomatik bei 87.5 Punkten, auf einer Skala von **0** (= minimale Zufriedenheit) **bis 100** (= maximale Zufriedenheit). Das KSOW erhebt die Patientenzufriedenheit permanent bei allen ausgetretenen Patienten. Mit der gemessenen Patientenzufriedenheit liegt das KSOW bei den besten 25 Prozent der Vergleichsspitäler. Bei diesen Befragungen zeigt sich zunehmend die Unzufriedenheit der Patienten mit der baulichen Infrastruktur. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantonsspitals versuchen diesen Wettbewerbsnachteil durch eine sehr persönlich gestaltete Pflege sowie intensive und individuelle ärztliche Betreuung zu kompensieren.

4.3 Sicherheits- und Justizdepartement



Kanton
Obwalden



Das Sicherheits- und Justizdepartement (SJD) umfasst

	Vollzeitstellen Ende	
	2009	2010
Departementssekretariat	2.00	2.00
Justizverwaltung	11.85	11.8
Kantonspolizei	63.50	64.50
Sozialamt	4.25	4.95
Verhöramt/Staatsanwaltschaft/Jugendanwaltschaft	6.55	6.55
Insgesamt	88.15	89.50

Die umgesetzten Departementsziele im Überblick (Controlling)

	Jahresziele 2010	Stand der Erfüllung
6	Die Revision des Vormundschaftsrechts ist im Kanton umgesetzt. - Ein Konzept zur Revision liegt vor, die künftige Organisationsform ist entschieden.	Erfüllt. Es wurde ein Konzept erarbeitet, das der Regierungsrat im Februar 2011 beraten hat. Die Organisationsform ist entschieden. Das SJD ist beauftragt, die gesetzgeberischen Entwurfsarbeiten an die Hand zu nehmen. Die Inkraftsetzung ist auf den 1. Januar 2013 geplant.
6	Es sind die Aufgaben in der Jugendarbeit geklärt und die Gesetzgebung ist angepasst. - Die Revision der Gesetzgebung ist in Erarbeitung. - Über den Kantonsbeitrag an das Projekt „Aufbau eines neuen Jugendkulturraums für ältere Jugendliche und junge Erwachsene“ ist entschieden. - Eine Fachstelle für Gesellschaftsfragen ist in Vorbereitung.	Erfüllt. Der Entwurf eines Konzepts liegt vor. Erfüllt. Der Kantonsrat hiess den Kreditantrag für die Realisierung eines Jugend-Kulturraums Obwalden am 2. Dezember 2010 gut. Erfüllt. Die Fachstelle nahm ihren Betrieb auf den 1. Januar 2011 auf.
6.2	Die NFA ist im Bereich des Heim- und Betreuungswesens in der Zentralschweiz vollzogen. - Die Gesetzgebung, die Bedarfsplanung und das Behindertengesetz zur Umsetzung sind erarbeitet.	Erfüllt. Die Bedarfsplanung wurde am 29. Juni 2010 vom Regierungsrat und die Gesetzgebung am 28./29. Oktober 2010 vom Kantonsrat verabschiedet.
7.1	Die polizeiliche Leistungskapazität im Kanton wird angepasst und die Zusammenarbeit in der Zentralschweiz verstärkt. Das neue kantonale Polizeigesetz ist auf Anfang 2011 in Kraft gesetzt.	In Umsetzung. Der bewilligte Staatsvoranschlag 2011 enthält zwei neue Stellen. In der IAFP sind vier weitere für die Folgejahre vorgesehen. Dem neuen Polizeikonkordat der Zentralschweiz sind alle Kantone beigetreten. Erfüllt. Das neue Polizeigesetz sowie die Ausführungsbestimmungen sind seit dem 1. Januar 2011 in Kraft.

	Jahresziele 2010	Stand der Erfüllung
7.4	Die Verwaltungs-, Zivil- und Strafrechtspflege sind den Neuerungen des Bundes (Rechtsweggarantie, Bundesgerichtsgesetz, eidgenössische Strafprozess- und Zivilprozessordnung) angepasst. - Die Gesetzgebung tritt auf den 1. Januar 2011 in Kraft. - Die Vorbereitungen zur Umsetzung der Justizreform (Polizei, Personelles, Infrastruktur) sind getroffen.	Erfüllt. Das Justizreformgesetz wurde am 21. Mai 2010 vom Kantonsrat verabschiedet. Die Verfassungsänderung wurde an der Volksabstimmung vom 26. September 2010 angenommen. Die Vollzugsgesetzgebung wurde am 6. Dezember 2010 vom Regierungsrat erlassen. Erfüllt. Die Umsetzungsarbeiten (Personalentscheide, Ausbildung Polizei) sind ausgeführt und die Aufstockung des Polizeigebäudes ist bewilligt.

Umgesetzte Gesetzgebungsvorhaben

Gesetzgebungsprogramm 2010	Stand der Erfüllung
Anpassung der Verwaltungs-, Zivil- und Strafprozesspflege an die Neuerungen des Bundes (Rechtsweggarantie, Bundesrechtspflegerevision, eidg. StPO und ZPO).	Am 20./21. Mai 2010 vom Kantonsrat verabschiedet. Am 26. September 2010 vom Volk gutgeheissen.
Neues Gesetz über die Kantonspolizei.	Am 11. März 2010 vom Kantonsrat verabschiedet.
Gesetzgebung zur Umsetzung der NFA im Heim- und Betreuungswesen (Nachtrag zur Verordnung über die Beiträge an Kinder- und Jugendheime sowie an Behinderteneinrichtungen).	Am 28./29. Oktober 2010 vom Kantonsrat verabschiedet.
Verordnung über eine Fachstelle für Gesellschaftsfragen.	Am 11. März 2010 vom Kantonsrat verabschiedet.

Departementsaussagen zu Querschnittfragen

Interkantonale Zusammenarbeit

Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)

Für die Umsetzung der NFA im Heim- und Betreuungswesen arbeiten die Zentralschweizer Kantone insbesondere im Bereich der Bedarfsanalyse und Bedarfsplanung zusammen. Aufgrund der hohen Nutzungsverflechtung ist es sinnvoll, die Analyse und Planung über die ganze Zentralschweiz zu erstellen und unter den Kantonen abzustimmen (Durchlässigkeit der Angebote über die Kantonsgrenze hinaus). Dabei gilt gemäss Zentralschweizer Rahmenkonzept der Grundsatz, dass die Leistungen für Menschen mit Behinderung (IVSE-Bereich B) möglichst wohnortsnah angeboten werden sollen.

Die Zentralschweizer Kantone führten drei Erhebungen der bestehenden Angebote durch. Parallel dazu wurden die gesellschaftlichen Trends in der Behindertenpolitik im Allgemeinen und in der Zentralschweiz im Besonderen in Erfahrung gebracht und Daten eruiert, die als Prognose-Indikatoren für eine längerfristige Planung des Bedarfs verwendet werden können, um wichtige Entwicklungen abzuschätzen. Es wird geprüft, ob eine gemeinsame Datenbank-Lösung aller sechs Kantone sinnvoll ist. In einzelnen Kantonen besteht ein Bedarf an Wohnplätzen. Die An-

gebotsplanung wird im Frühling 2011 anlässlich der Zentralschweizer Sozialdirektorenkonferenz besprochen.

Neu arbeiten die Zentralschweizer Kantone auch im IVSE-Bereich A (Kinder und Jugendliche) zusammen. Ziel der Zusammenarbeit ist die gemeinsame Koordination der Angebotsanalyse und die bedarfsgerechte Angebotsplanung in der Zentralschweiz analog dem IVSE-Bereich B (Behinderte Personen).

Polizei

Im Rahmen des Projekts Polizei XXI nahmen die Kantone der Zentralschweiz ein Pilotprojekt in Angriff, um die Zusammenarbeit der Polizei zu verstärken. Im Jahr 2006 war ein erster Entwurf zu einem Konkordat auf dem Tisch, welches die Grundsätze und Formen der Polizei-Zusammenarbeit in einem rechtsetzenden Konkordat generell-abstrakt regelte. Gegen diesen Entwurf wurden verschiedene Einwände vorgebracht, worauf nach einem längeren Findungsprozess ein zweiter Entwurf eines Konkordats über die Grundlagen der Polizei-Zusammenarbeit in der Zentralschweiz (Polizeikonkordat Zentralschweiz) erarbeitet wurde. Dieser wurde im Berichtsjahr von allen sechs zentralschweizer Kantonen genehmigt.

Das Polizeikonkordat Zentralschweiz ist direkt anwendbar für Unterstützungseinsätze. Ansonsten schafft es die Grundlage, nach denen sich eine allfällige Zusammenarbeit in einem bestimmten Bereich richtet. Ob, in welchem Bereich und in welcher Form zusammengearbeitet wird, wird in separaten Vereinbarungen beschlossen. Eine solche separate Vereinbarung ist die Interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit der kantonalen Polizeikorps im Bereich der Logistik. Gegenstand der Vereinbarung ist die gemeinsame Beschaffung von bestimmten Uniform- und Ausrüstungsgegenständen der Polizeikorps sowie die gemeinsame Nutzung von Logistikdienstleistungen einer externen Firma. Ziel ist die Senkung der Kosten im Bereich Logistik sowie ein vereinheitlichtes Auftreten der Polizeikorps der Zentralschweiz. Die Vereinbarung wurde im Berichtsjahr von allen zentralschweizer Regierungen gut geheissen.

Zusammenarbeit mit den Gemeinden

Plenarveranstaltung im Einbürgerungsrecht

Im Herbst 2010 fand wiederum eine Plenarveranstaltung im Einbürgerungsrecht statt. Die Justizverwaltung organisiert diese Veranstaltung periodisch, um eine Plattform für den Erfahrungsaustausch anzubieten. Sie richtet sich vor allem an die zuständigen Einbürgerungsbehörden, aber auch an die am Verfahren beteiligten Behörden, wie die Kantonspolizei. Die Veranstaltung dient auch der Koordination des Verfahrens. So werden Neuerungen, Ideen und Standards besprochen. An der Veranstaltung vom Herbst 2010 wurde einerseits über den aktuellen Stand der Gesetzgebung (Totalrevision eidgenössischen Bürgerrechtsgesetz, Ausführungsbestimmungen zum kantonalen Bürgerrechtsgesetz) und andererseits über die Erfahrungen bei der Durchführung der ersten kantonalen Informationsveranstaltung für einbürgerungswillige Personen informiert. Ausserdem wurden Informationen zum Thema Führungsbericht der Kantonspolizei sowie Wohnsitzverlegung während dem Einbürgerungsverfahren weitergegeben.

Erfahrungsaustausch mit kommunalen Sozialdiensten

Wie jedes Jahr fand im Frühjahr sowie im Herbst ein Erfahrungsaustausch des kantonalen Sozialamts mit den kommunalen Sozialdiensten statt. Es wurde insbesondere die Zusammenarbeit im Asyl- und Flüchtlingsbereich, die Koordination der Budgetberatung ab 2010 durch die Caritas Schweiz, Luzern sowie die Eingliederung von Sozialhilfeempfängerinnen/ Sozialhilfeempfänger besprochen.

Beschwerdestatistik**Beschwerdeentscheide des Regierungsrats**

(Vorbereitung und Antragstellung durch das Sicherheits- und Justizdepartement)

	2009	2010
Anzahl Beschwerden	40	26

(einschliesslich der Fälle als stellvertretendes Departement)

Übertrag vom Vorjahr	15	16
Neueingänge Geschäftsjahr	25	10

Erledigt durch Entscheid des Regierungsrats

– gutgeheissen	2	2
– teilweise gutgeheissen	1	1
– abgewiesen	14	7
– nicht eingetreten	2	4

ohne Entscheid des Regierungsrats

(Abschreibungsbeschluss des Departements)

Vergleich, Rückzug u. dgl.	5	2
Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr	16	10

Beschwerdeentscheide des Sicherheits- und Justizdepartements

Anzahl Beschwerden	0	0
---------------------------	----------	----------

30 Departementssekretariat

Das Departementssekretariat unterstützt den Departementsvorsteher oder die Departementsvorsteherin nach deren besonderen Anordnung insbesondere bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departements, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrats, des Kantonsrats und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departements, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und der Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2010	Stand der Erfüllung
	Die Vorbereitungen zur Umsetzung der Justizreform (Infrastruktur, Personal) sind getroffen.	Erfüllt. Die neuen Stellen sind besetzt und der zusätzliche Raumbedarf wird dank der Genehmigung zur Aufstockung des Polizeigebäudes erfüllt werden können.
	Das Projekt Jugend-Kulturraum ist optimal begleitet.	Erfüllt. Der Kantonsrat hiess den Kreditantrag für die Realisierung eines Jugend-Kulturraums Obwalden am 2. Dezember 2010 gut.
	Die Revision der Gesetzgebung zur Jugendhilfe ist in Zusammenarbeit mit dem Sozialamt in Erarbeitung.	Erfüllt. Ein Konzeptentwurf ist erarbeitet, er wurde dem Regierungsrat im Februar 2011 unterbreitet.
	Das Sozialamt ist bei der Evaluation der Finanzierung der ausserfamiliären Kinderbetreuung optimal unterstützt.	Erfüllt. Der Kantonsrat stimmte dem Evaluationsbericht am 28./29. Oktober 2010 zu.
	Die Gesetzgebung für eine Fachstelle für Gesellschaftsfragen ist erarbeitet.	Erfüllt. Die Verordnung über eine Fachstelle für Gesellschaft wurde vom Kantonsrat am 11. März 2010 verabschiedet.
	Der Zusammenarbeitsvertrag im Bereich der Wirtschaftskriminalität ist überprüft und soweit notwendig angepasst.	Erfüllt. Der revidierte Zusammenarbeitsvertrag wurde vom Regierungsrat am 12. Oktober 2010 verabschiedet.

3000 Departementssekretariat

Das Polizeigebäude wird erweitert

Der Raumbedarf des Sicherheits- und Justizdepartements vergrösserte sich wegen notwendiger Massnahmen aus der Justizreform sowie der in die Wege geleiteten personellen Verstärkung des Polizeikorps. Dies verschärfte die bereits angespannte Raumsituation. Ebenso benötigte das Bau- und Raumentwicklungsdepartement infolge Personalaufstockungen zusätzliche Büroräume. Es wurden verschiedene Varianten zur Lösung des Problems geprüft. Ziel war es, beiden Departementen den notwendigen Raumbedarf zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig das Sicherheits- und Justizdepartement räumlich wieder zusammen zu führen (d.h. Rückführung der Abteilung Betreuung und Konkurs zum Amt für Justiz) resp. das Bau- und Raumentwicklungsdepartement räumlich nicht auseinander zu reissen. In einem gemeinsamen Projekt erfolgte die Planung für eine Aufstockung des Mitteltrakts des Polizeigebäudes, die vom Kantonsrat am 28./29. Oktober 2010 gutgeheissen wurde. Das Bau- und Raumentwicklungsdepartement bezieht damit die bisher von der Abteilung Betreuung und Konkurs besetzten Räume im Swisscomgebäude, das gleich neben dem Haus des Waldes steht, während die Abteilung Betreuung und Konkurs nach Fertigstellung des neuen Mitteltraktes in das Polizeigebäude, wo es bereits früher war, zurückkehren wird. Gleichzeitig erhält die Staatsanwaltschaft die notwendigen Einvernahme- und Akteneinsichtsräume und die Kantonspolizei die notwendigen zusätzlichen Büroräume.

Der Jugend-Kulturraum Obwalden wird Realität

Mit einem Jugend-Kulturraum soll jungen Obwaldnerinnen und Obwaldnern im Alter zwischen 16 und 25 Jahren ein Ort zur Verfügung stehen, wo sie ihre Freizeit sinnvoll verbringen können. Nachdem das Vorhaben während Jahren nicht vom Fleck kam, konnten im Berichtsjahr schnell und pragmatisch Lösungen gefunden werden. Gemeinsam mit Jugendlichen wurde ein Betriebskonzept verfasst und es wurden Räumlichkeiten sowie ein Standort gefunden. Es soll ein Doppelpavillon, der während der Sanierung der Kantonsschule als provisorisches Schulzimmer genutzt wurde, umgebaut und auf dem Parkplatz beim Kreisel Sarnen Süd aufgebaut werden. Der notwendige Kredit für die Umbau- und Aufbauarbeiten von Fr. 350 000.– wurde vom Kantonsrat am 2./3. Dezember 2010 gutgeheissen. Ebenso übernimmt der Kanton bis auf Weiteres die jährlich anfallenden betrieblichen Infrastrukturkosten. Der definitive Entscheid, ob die jährlich anfallenden Kosten zu Lasten des Kantons oder der Gemeinden gehen, soll im Rahmen der Revision der Gesetzgebung zur Jugendhilfe fallen.

Bereich der Wirtschaftskriminalität wird personell verstärkt

In der Strafverfolgung der Wirtschaftskriminalität arbeitet der Kanton Obwalden mit den Kantonen Nidwalden und Uri zusammen. Die Fälle der Wirtschaftskriminalität werden von einem gemeinsamen Verhörerichter bearbeitet, der organisatorisch dem Verhöramt Nidwalden angeschlossen ist. Nachdem sich Anzeichen einer Überlastung beim Verhörerichter für Wirtschaftskriminalität ergaben, wurde eine interkantonale Reformkommission eingesetzt, welche eine Analyse der Situation vorzunehmen hatte. Gestützt auf die Ergebnisse dieser Analyse beschlossen die Regierungen Obwalden, Nidwalden und Uri, das Verhöramt Wirtschaftsdelikte personell zu verstärken. Gleichzeitig wurde die Vereinbarung über die Zusammenarbeit bei der Verfolgung von Wirtschaftsdelikten angepasst.

3010 Kantonaler Führungsstab

Einsätze

Der Kantonale Führungsstab (KFS) hatte im Berichtsjahr keine Ernstfalleinsätze zu verzeichnen. Es mussten aber noch Pendenzen aus dem Einsatz zur pandemischen Grippe H1N1 („Schweinegrippe“; 2009) aufgearbeitet werden. Insbesondere konnten die begonnen Detailplanungen für die Durchführung von Masseneimpfungen und die vorsorgliche Einrichtung einer kantonalen Telefon-Hotline abgeschlossen werden.

Ausbildung

In der Ausbildung des KFS wurden 2010 drei Schwerpunkte gesetzt: An einem Ausbildungsnachmittag stand die Vertiefung der Kenntnisse in der Stabsarbeitstechnik im Zentrum und dabei insbesondere die Bereiche Sofortmassnahmen und Konzeptentwicklung. Zum zweiten ging es darum, durch die Teilnahme an der grossangelegten Einsatzübung „Melchtal“, das Verständnis für die Arbeitsweise und das Zusammenwirken der Fronteinsatzkräfte (Feuerwehr, Polizei, Sanität, alpine Rettung, etc.) zu fördern. Drittens konnten an einem Workshop zusammen mit den Gemeindeführungsorganen (GFO) die Grundlagen für die gemeinsamen Kommunikationsbedürfnisse und –schnittstellen erarbeitet werden.

31 Justizverwaltung

Die Justizverwaltung ist für folgende Aufgabenbereiche zuständig: Gleichstellung von Frau und Mann, Datenschutz (Gesetzgebung), Enteignungsrecht, Beurkundungsrecht und Anwaltsrecht, Straf- und Massnahmenvollzug, Bewährungshilfe, Gefängnis und Begnadigungen, Einbürgerungen, Namensänderungen, Zivilstandswesen, Miete und Pacht, Schuldbetreibungs- und Konkurswesen, öffentliche Versteigerungen, Sekretariat der Steuerrekurskommission sowie Aufsicht über die Gemeinden und andere öffentlich-rechtlichen Körperschaften wie Korporationen und Teilsamen.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2010	Stand der Erfüllung
6	Die Gesetzgebung für das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (in Zusammenarbeit mit dem Sozialamt) ist in Erarbeitung.	Erfüllt. Es wurde ein Konzept erarbeitet, das der Regierungsrat im Februar 2011 beraten hat. Die Organisationsform entschieden. Das SJD ist beauftragt, die gesetzgeberischen Entwurfsarbeiten an die Hand zu nehmen. Die Inkraftsetzung ist auf den 1. Januar 2013 geplant.
7.4	Justizreform I - III: Verwaltungsrechtspflege (Rechtsweggarantie, BGG), Zivilrechtspflege (eidg. ZPO) und Strafrechtspflege (eidg. StPO) kann auf den 1. Januar 2011 in Kraft gesetzt werden.	Erfüllt. Das Justizreformgesetz wurde am 21. Mai 2010 vom Kantonsrat verabschiedet. Die Verfassungsänderung wurde an der Volksabstimmung vom 26. September 2010 angenommen. Die Vollzugsgesetzgebung wurde am 6. Dezember 2010 vom Regierungsrat erlassen.
7	Die Ausführungsbestimmungen über die Aufenthalts- und Verpflegungskosten der Gefängnisinsassen sind an die Kostenentwicklung im Gefängniswesen angepasst.	Erfüllt. Die Ausführungsbestimmungen über die Aufenthalts- und Verpflegungskosten der Gefängnisinsassen wurden aufgehoben und es wurden am 6. Dezember 2010 vom Regierungsrat eine neue Ausführungsbestimmungen zur Gefängnisordnung erlassen und auf den 1. Januar 2011 in Kraft gesetzt.
7	Allgemein-verbindliches Reglement über die Gefängnisorganisation, die Einweisungs- und Entlassungsmodalitäten, die Betreuungsmodalitäten, die Informationsrechte und -pflichten und die Hausordnung im Gefängnis ist erstellt.	Erfüllt. Am 6. Dezember 2010 wurden vom Regierungsrat Ausführungsbestimmungen zur Gefängnisordnung erlassen und auf den 1. Januar 2011 in Kraft gesetzt.

3100 Amtsleitung

Einbürgerungen

Die Justizverwaltung ist im Bürgerrechtswesen Drehscheibe, aber auch kantonale Koordinationsstelle, namentlich in Bezug auf die Tätigkeiten der Gemeinden und des Bundesamtes für Migration. Zudem ist sie vorbereitende Instanz für die Erteilung des Kantonsbürgerrechts durch den Kantonsrat. In Zusammenarbeit mit dem BWZ Obwalden wurde die Verwendung von Sprachprüfungen behandelt und in einer Gemeinde ein Workshop zum Thema Einbürgerung durchgeführt.

Im September 2010 wurde erstmalig eine kantonale Informationsveranstaltung für einbürgerungswillige Personen organisiert. Diese Massnahme verspricht zum einen die verbesserte

Mitwirkung der einbürgerungswilligen Personen im Verfahren, zum anderen eine bewusstere Vorbereitung auf die Einbürgerung. Die Veranstaltung ist auf reges Interesse gestossen – rund 100 Ausländer und Ausländerinnen haben daran teilgenommen.

Auf dem Weg der ordentlichen Einbürgerung wurde im Berichtsjahr 133 ausländischen Personen das Schweizer Bürgerrecht erteilt (Vorjahr 94). Zwei Gesuche wurden abgelehnt; ein Gesuch wurde wegen fehlendem Wohnsitz in Obwalden abgeschrieben. Zwei Gesuche wurden zwecks weiterer Abklärungen zurückgestellt.

Über die erleichterte Einbürgerung von ausländischen Personen entscheidet abschliessend der Bund. Hier steht die Einbürgerung des ausländischen Ehepartners einer Schweizerin oder eines Schweizers im Vordergrund. Die Justizverwaltung hat an 55 Gesuchen um erleichterte Einbürgerung mitgewirkt (Vorjahr 86); eine erleichterte Einbürgerung wurde mit Zustimmung des Kantons für nichtig erklärt.

Aufsicht über die Gemeinden

Im Rahmen der Aufsicht des Regierungsrates über die Gemeinden gingen folgende Beschwerdefälle ein:

	2009	2010
Übertrag vom Vorjahr	21	14
Eingänge	15	5
Erledigungen	22	12
Übertrag auf das folgende Jahr	14	7

Des Weiteren wurden 37 Gesuche um Vorprüfung (Vorjahr 22), eine Vorprüfung zur Gründung einer Kanalisationsgenossenschaft und 22 Gesuche um Erlassgenehmigung (Vorjahr 25) behandelt. Ausserdem wurde in sämtlichen Gemeinden ein einheitliches Reglement über die Beteiligung an den Pflegekosten erarbeitet und erlassen. Auch wurden zwei Steigerungsbewilligungen vorbereitet (Vorjahr 3).

Daneben wurden zahlreiche Auskünfte und Beratungen getätigt; die Beratung der Gemeinden und der anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften ist eine für die Rechtssicherheit wichtige Teilaufgabe der Gemeindeaufsicht. Sie fördert konkret die Rechtssicherheit und den Rechtsfrieden im kommunalen Bereich.

Namensänderungen

Mit dem Erlass der neuen Ausführungsbestimmungen zum Personen- und Ehegesetz vom 6. Dezember 2010 (GDB 211.311; Inkraftsetzung 1. Januar 2011) wurde eine breitere gesetzliche Grundlage für die Behandlung von Gesuchen um Namensänderung geschaffen.

Im Berichtsjahr wurden 19 Gesuche um Namensänderung bearbeitet (Vorjahr 16); bei 13 Gesuchen konnte für insgesamt 16 Personen eine Vor- oder Familiennamensänderung bewilligt werden.

Kindes- und Erwachsenenschutz

Das Bundesparlament beschloss am 19. Dezember 2008 die Revision des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Erwachsenenschutz, Personenrecht und Kindesrecht), welche auf den 1. Januar 2013 in Kraft treten wird. Nachdem der Regierungsrat den Auftrag zur Umsetzung des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts erteilt und Projektorganisation gutgeheissen hatte, wurde im Berichtsjahr gemeinsam mit Vertretungen der Gemeinden, die in der Projektaufsicht sowie in der Arbeitsgruppe vertreten sind, mit der Projektarbeit begonnen. In der ersten Phase erarbeitet die Arbeitsgruppe einen Entwurf zu einem Konzeptbericht, der am 19. Mai

2010 von der Projektaufsicht beraten und verabschiedet wurde. Gleichzeitig wurde entschieden, bei den Einwohnergemeinden eine Anhörung durchzuführen. Die Anhörungsfrist wurde auf Gesuch der Gemeinden hin verlängert, weshalb es zu einer Projektverzögerung kam. Die Stellungnahmen der Gemeinden wurden vom Departement im Konzept berücksichtigt. Das Konzept zur Umsetzung des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts wurde vom Regierungsrat am 1. Februar 2011 verabschiedet.

312 Abteilung Betreuung und Konkurs

Konkursamt

Im Berichtsjahr wurden 44 neue Konkursverfahren eröffnet (Vorjahr 28); darunter 6 Firmenaufösungen gemäss Art. 731b OR. 31 Verfahren konnten 2010 abgeschlossen werden (Vorjahr 13). Der wirtschaftliche Gesamtverlust aus diesen Verfahren beläuft sich auf 4 901 267.48 Franken (Vorjahr 1 066 449 Franken).

Neben den Konkursverfahren des Kantons Obwalden hat das Konkursamt 3 öffentliche Inventare, 1 amtliche Liquidation und 5 Rechtshilfeverfahren für andere Ämter durchgeführt.

Betreibungsamt

Im Jahre 2010 stellte das Betreibungsamt Obwalden (inkl. Zweigstelle Engelberg) insgesamt 6 119 Zahlungsbefehle (Vorjahr 5 188) und 216 Konkursandrohungen aus (Vorjahr 213) und führte 3 118 Pfändungsvollzüge durch (Vorjahr 2 977). Im Berichtsjahr mussten 4 Grundstücke betreibungsrechtlich verwertet werden.

Neben den Betreibungsverfahren wurden 5 Arrest- und 3 Retentionsverfahren durchgeführt. Im Eigentumsvorbehaltsregister mussten 28 Eintragungen vorgenommen werden.

3140 Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug

Vollzugsstatistik

Im Berichtsjahr war die Abteilung mit dem Vollzug von insgesamt 159 Fällen (Vorjahr 220 Fälle) betraut. Im Verlaufe des Jahres konnten davon 61 Vollzugsangelegenheiten erledigt werden, so dass deren 98 ins Jahr 2011 übertragen werden mussten. Davon sind 33 Personen zur Verhaftung ausgeschrieben, bei vier Personen bleibt der Strafvollzug zu Gunsten einer ambulanten oder stationären Massnahme aufgeschoben, drei Personen verbleiben weiterhin unter Bewährungshilfe.

Die folgende Übersicht zeigt auf, in welche Strafarten und Massnahmen sich die im Jahr 2010 erledigten Vollzugsangelegenheiten (auf Personen bezogen) aufgliedern. Erfasst sind jedoch nur diejenigen Personen, in denen eine Strafe oder Massnahme vollständig durch die Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug vollzogen werden konnte:

Strafe / Massnahme	Personen / Dauer	
	2010	2009
Gemeinnützige Arbeit	7 / 707 h	12 / 578 h
Freiheitsstrafe/Halbgefängenschaft	1 / 9 t	3 / 172 t
Freiheitsstrafe/Normalvollzug	8 / 699 t	12 / 856 t
Ersatzfreiheitsstrafe/Busse oder Geldstrafe nachträglich bezahlt	56	75

Gefängnisbelegung Sarnen	Personen		Tage	
	2010	2009	2010	2009
U-Haft; kantonale Einweisung	22	24	588	355
U-Haft; ausserkantonale Einweisung	12	10	520	869
Strafvollzug	4	3	41	13
Polizeiliche Arrestation in Rechtshilfe	1	3	3	6
Polizeilicher Gewahrsam	7	12	9	13
Ausländerrechtliche Haft	24	18	148	72
Total	70	70	1309	1328

Inkassostelle in Strafsachen

Die kantonale Inkassostelle in Strafsachen, welche das Inkasso des Verhöramts, der Jugendanwaltschaft, des Jugendgerichts sowie des Kantons- und Obergerichts in Strafsachen besorgt, stellte 57 (Vorjahr 171) Begehren zum Vollzug einer Ersatzfreiheitsstrafe sowie 178 Betreibungs- und 137 Fortsetzungsbegehren (Vorjahr 161 Betreibungs- und 136 Fortsetzungsbegehren). Zudem mussten den Schuldner 604 erste und 358 zweite Mahnungen zugestellt werden (Vorjahr 730 erste und 464 zweite Mahnungen).

Gefängnis

Auf Ende Jahr hin konnte das Gefängnis Sarnen mit seinen sieben Zellen renoviert werden. Mit der Renovation wurden die notwendigsten Mängel behoben, um das Gefängnis betriebsfähig zu halten. Die Gesamtprojektleitung lag bei der Abteilung Hochbau. Die Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug brachte die Sichtweise der Nutzer ins Projekt ein.

3112 Zivilstandsdienst

Das zentrale Zivilstandsamt in Sarnen ist eine bewährte Institution. Neben der Erbringung von verschiedenen Dienstleistungen gegenüber den Gemeinden, findet eine enge Zusammenarbeit mit kantonalen Stellen (z.B. bei Namensänderungen, Einbürgerungen, Adoptionen oder bei der Vernetzung mit andern Registern) statt. Im Berichtsjahr konnte wiederum festgestellt werden, dass die zusätzlich zur Registerführung überbundenen Aufgaben, insbesondere Abklärungen in Bezug auf Scheinehen, Zwangsehen und den rechtmässigen Aufenthalt, einen nicht unerheblichen Mehraufwand darstellen.

Vom Zivilstandsinspektorat waren wiederum rund 150 ausländische Urkunden über Obwaldner Bürger zu bearbeiten, was dem Mittel der früheren Jahre entspricht. Kantonale Kreisschreiben, Verwaltungsentscheide oder Verwaltungsverfügungen sowie Gerichtsentscheide gelangten (?) zum Zivilstandsdienst keine.

3104 Schlichtungsbehörde für Miet- und Pachtverhältnisse

Die Schlichtungsbehörde war im Berichtsjahr letztmals so tätig, wie sie im Januar 1990 zu wirken begonnen hatte. Auch in diesem Jahr wurde eine hohe Zahl einvernehmlicher Lösungen erzielt (67 von insgesamt 86 erledigten Fällen).

Nach 21 Jahren bricht mit der zentralen kantonalen Schlichtungsbehörde – welche ihre Aufgaben gemäss neuer eidgenössischer Zivilprozessordnung erfüllt – eine andere Periode an. Das Verfahren wird näher bei einem formellen gerichtlichen Verfahren liegen als bisher, doch wird auch in Zukunft schlichtend und mediativ dahin gewirkt, dass Mieter und Vermieter mit verschiedenen Ansichten zu einer gemeinsamen Lösung finden. Die bis heute noch recht formfreie Vorgehensart wird sich mit den neuen prozessualen Bestimmungen des Bundes ändern. Dafür stehen der Schlichtungsbehörde nun andere Mittel zur Verfügung. Entscheide über geringe

Forderungen und der Urteilsvorschlag ermöglichen, Fälle zu erledigen, die nicht vor Gericht getragen werden sollen, obgleich sich eine Partei nicht einsichtig zeigt.

3102 Kommission und Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann Obwalden/Nidwalden

Schwerpunkte der Gleichstellungsarbeit 2010 in Obwalden und Nidwalden

Die Kommission und die Fachstelle waren neben der Teilnahme an mehreren Veranstaltungen wieder in verschiedenen Projekten und Veranstaltungen aktiv. Das Bulletin LEA&LEO erschien zweimal. Die Fachstelle bearbeitete Anfragen aus der Bevölkerung, führte die Dokumentation weiter und nahm gemeinsam mit der Kommission zu verschiedenen Vernehmlassungen Stellung.

Auflösung der Kommission und der Fachstelle für Gleichstellung auf Ende 2010

Auf Ende 2010 wurde die Gleichstellungsarbeit in die neue Fachstelle für Gesellschaftsfragen überführt, so dass das Abschliessen von Arbeiten sowie die Vorbereitung für die Übergabe der weitergehenden Projekte einen grossen Teil der Arbeit ausmachten. Daneben galt es, die älteren Dokumente für das Archiv bereit zu stellen.

3106 Steuerrekurskommission

Im Jahr 2010 übernahm die Steuerrekurskommission sechs (Vorjahr sieben) hängige Verfahren aus der Vorperiode. Wie im Vorjahr gingen 14 neue Fälle ein. .

Die Steuerrekurskommission erledigte an drei Sitzungen 17 Verfahren (Vorjahr 15). Drei Verfahren werden auf das nächste Jahr übertragen.

3110 Notariatskommission

Für das Jahr 2010 haben sich bei der Notariatskommission keine Kandidaten zur Eignungsprüfung zum Erwerb der Beurkundungsbefugnis angemeldet. Folglich hat keine Prüfungssession stattgefunden.

Als Aufsichtsbehörde wegen Pflichtverletzungen oder Ordnungswidrigkeiten von Urkundspersonen hat die Notariatskommission im Jahr 2010 ein Verfahren eröffnet. Zudem hat die Notariatskommission im Jahr 2010 auf entsprechende Gesuche hin insgesamt drei Feststellungsentseide getroffen; zwei Entscheide betreffend Erlöschen der Beurkundungsbefugnis (je einmal als Gemeindenor und als Notar) sowie einen Entscheid betreffend Befreiung von der Ablieferungspflicht.

3108 Anwaltskommission

Im Berichtsjahr fällte die Anwaltskommission einen Entscheid über eine Entbindung vom Berufsgeheimnis und je einen Entscheid über eine Eröffnung sowie eine Nichteröffnung eines Disziplinarverfahrens; weiter stellte die Anwaltskommission drei Disziplinarverfahren ein.

Im Sommer 2010 führte die Anwaltskommission drei Anwaltsprüfungen durch und verlieh allen drei erfolgreichen Kandidaten das Anwaltspatent. Schliesslich verfügte die Anwaltskommission eine Eintragungen ins Anwaltsregister des Kantons Obwalden sowie eine Löschung.

Im Übrigen wurde das Reglement betreffend die Anwaltsprüfung und das Rechtspraktikum (GDB 134.411) am 23. Dezember 2010 abgeändert und dabei geregelt, dass ab 1. Januar 2011

die drei schriftlichen Anwaltsprüfungen nicht mehr je 10 Stunden, sondern nur noch je 6 Stunden dauern sollen (Art. 6 Abs. 2).

Das Anwaltsregister ist im Internet publiziert und wird dort immer auf dem neuesten Stand gehalten.

32 Kantonspolizei

Die Kantonspolizei ist für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zuständig. Das Polizeikorps übt die gerichtliche Polizei aus, ist durch Aufklärung und Präsenz präventiv tätig, leistet Hilfe an die Bevölkerung und ist ständig erreichbar. Es sorgt für den Schutz von Personen, Sachen und Umwelt, bekämpft alle Formen der Kriminalität aktiv und vorbeugend, verbessert die Sicherheit auf den Strassen und ist auf die Bewältigung von ausserordentlichen Lagen vorbereitet. Die als Abteilung in die Kantonspolizei integrierten Bereiche Militär und Bevölkerungsschutz umfassen die Dienststellen Militär, Zivilschutz und Feuerwehr. Ihnen obliegt der Schutz der Bevölkerung und ihrer Lebensgrundlage bei Katastrophen und in Notlagen sowie im Falle eines bewaffneten Konflikts. Sie tragen dazu bei, Schäden zu begrenzen und zu bewältigen.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2010	Stand der Erfüllung
	Sicherheitsfunknetz Obwalden: Beschaffung Polycom	Erfüllt. Die Umsetzung verläuft im vorgesehenen Zeitrahmen. Bezüglich Kosten ist der Projektstand deutlich unter dem vorgesehenen Aufwand. Seit dem 26. Juli 2010 erfolgt der Funkbetrieb der Kantonspolizei auf POLYCOM.
	Vorbereitungen zur Umsetzung der Justizreform sind getroffen	Erfüllt. Alle Korpsangehörigen sind ausgebildet, die wesentlichen Anpassungen bei Prozessen und Formularen sind erfolgt.
	Projekte Polizei XXI: Umsetzung erste Projekte	Teilweise erfüllt. Die gemeinsame Uniformbeschaffung steht planmässig vor der Umsetzung. Die Ausbildungs- und Einsatzunterstützung im Ordnungsdienst ist entscheidungsreif. Bei den Teilprojekten zur gegenseitigen Unterstützung der Einsatzzentralen hat Obwalden entschieden, noch nicht aktiv mitzumachen.
	Verbesserung der Nachtabdeckung (VSP)	Teilweise erfüllt. Eine erste Bestandesanpassung wurde vom Kantonsrat im Rahmen des Budgets 2011 bewilligt. Die Personalgewinnung und Ausbildung dauert aber länger.

3200 Kommando

Die Polizei funkt seit Juli 2010 auf POLYCOM

Nachdem der Kantonsrat 2008 dem Projektkredit von Fr. 6.26 Mio (Anteil Obwalden, ganzes Projekt ca. Fr. 12.44 Mio) zur Anschaffung des Funksystems POLYCOM zustimmte, konnte die Umsetzung unter der Leitung der Kommandoabteilung zeigerecht angegangen werden.

Anfang 2010 wurde die Geräte- und Zubehörbestellung ausgelöst und die Ausbildung im Zivilschutzzentrum Schwarzenburg absolviert. Die Sprachaufzeichnung musste dem System POLYCOM angepasst werden. Die im Jahre 2009 begonnenen Bauten und Einrichtungen konnten im Berichtsjahr fertiggestellt werden. Der Zusammenschluss der Teilnetze OW und NW war erfolgreich. Am 26. Juli 2010 konnte der POLYCOM Funkbetrieb für die Polizei definitiv in Obwalden aufgenommen werden. Seither läuft das Funknetz stabil und stösst auf hohe Akzeptanz. Die übrigen Partner folgen je nach Ausbildungs- und Ausrüstungsstand schrittweise nach. Letzte Anpassungen sind notwendig und werden noch vor Abnahme des Systems im Detail geprüft und vorgenommen. Die Fertigstellung erfolgt im Jahr 2011. Für den Betrieb wird eine Betriebskommission der beiden Kantone Nid- und Obwalden eingesetzt.

3201 Verkehrs- und Sicherheitspolizei

Geschwindigkeitskontrollen zeigen rückläufige Übertretungsquoten

Geschwindigkeitskontrollen im Strassenverkehr sind ein wichtiger Bestandteil der Unfallprävention. Sie erfolgen mit stationären und mobilen Geräten. Seit der Einführung von mehreren fest installierten Geschwindigkeitsmessanlagen im Jahr 2006 sank die Übertretungsquote an diesen Standorten von 0.77 auf 0.37 Prozent. Im Berichtsjahr wurde wie jedes Jahr während ca. 7'500 Stunden gemessen. Mit den mobilen Geräten wurden an verschiedenen, immer wieder wechselnden Standorten im Kanton während gesamthaft 600 Messstunden rund 200 Kontrollen durchgeführt. Es wurde eine Übertretungsquote von 5.9 Prozent festgestellt werden, was gegenüber dem Vorjahr eine Abnahme von 1.6 Prozent darstellt.

Rückgang ist auch bei den Verkehrsunfällen feststellbar

Die Unfallstatistik 2010 zeigt, dass im Berichtsjahr 204 Verkehrsunfälle aufgenommen wurden, während es im Vorjahr 238 Unfälle waren. Dies entspricht einer Abnahme von 34 Unfällen oder 14.3 Prozent.

Verkehrsunfälle in den Gemeinden

	2009	2010
Sarnen	68	56
Lungern	30	40
Alpnach	33	29
Engelberg	34	27
Kerns	25	23
Giswil	27	15
Sachsln	21	14
Total	238	204

Die Fahrzeugfrequenz hingegen nahm von 2006 bis 2010 während einer Kontrollstunde um rund 20 Prozent zu. Die hohe Fahrzeugdichte trägt neben verschiedenen Präventionsmassnahmen zur ruhigeren und sichereren Fahrweise bei.

Schülerinnen und Schülern werden Gefahren im Strassenverkehr aufgezeigt

Der Verkehrsunterricht hat zum Ziel, die heranwachsenden Kinder und Jugendlichen auf die Gefahren im Strassenverkehr aufmerksam zu machen und aufzuzeigen, wie Gefahrensituationen zu meiden oder zu bewältigen sind. Dies geschieht primär durch stufengerechten, praktischen und theoretischen Verkehrsunterricht. Dabei wird das Zusammenwirken von Mensch, Fahrzeug, Strasse, Recht und Umwelt mit einbezogen. Die Schülerinnen und Schüler werden vom Kindergarten bis zur 7. Klasse begleitet. Jede der über 200 Klassen im Kanton ist einmal im Jahr von besonders ausgebildeten Polizistinnen und Polizisten besucht worden. Regelmässig wird ebenfalls bei der Stiftung Rütimattli, Sachsln, Verkehrsunterricht erteilt. Der jährliche Zeitaufwand für die Verkehrsinstruktion liegt bei ca. 1'300 Arbeitsstunden.

Die jährliche Kantonale Veloprüfung der Fünftklässler bildet sicher einen Höhepunkt im Verkehrsunterricht. Nach einer theoretischen Prüfung folgt an zwei Tagen der praktische Teil in Sarnen. Im Berichtsjahr fand die 26. Auflage der Prüfung statt. 410 Kinder nahmen daran teil. 56 Schülerinnen und Schüler schlossen fehlerfrei ab, das ist ein überdurchschnittlich gutes Resultat.

3202 Kriminalpolizei

Ein Fall, der für Schlagzeilen und volle Ordner sorgt

Der sogenannte Titlis-Fall hat regional und sogar national für sehr grosse Schlagzeilen gesorgt. In diesem aufwändigen Strafverfahren wird wegen Veruntreuung, ungetreuer Geschäftsbesorgung, Betrug und Urkundenfälschung ermittelt. Die Deliktsumme beläuft sich auf über 10 Millionen Franken. Neben zahlreichen Befragungen mussten vorerst über hundert Ordner mit Buchhaltungsunterlagen sichergestellt und gesichtet werden. Nicht nur der Umfang dieses Strafverfahrens sondern auch die Nachverfolgung des verschwundenen Geldes, welche sich in den asiatischen Raum erstreckt, stellt eine grosse Herausforderung für alle involvierten Stellen dar.

Ermittlungen in Betrugsdelikten werden immer anspruchsvoller und aufwändiger

Zusätzlich beschäftigte sich die Kriminalpolizei mit vielen weiteren und zum Teil sehr komplexen Strafverfahren. Insbesondere im Bereich der Betrugsdelikte (Internetbetrug, Sozialhilfebetrug, Enkeltrickbetrüge, etc.) werden die Ermittlungen in den gemeldeten und angezeigten Fällen immer anspruchsvoller und aufwändiger. Diese und auch andere Ermittlungsverfahren dauern oftmals mehrere Monate oder gar Jahre.

Neue Strafprozessordnung und neues Polizeigesetz wurden geschult

Die Ausarbeitung des neuen Polizeigesetzes beschäftigte die Kantonspolizei Obwalden intensiv, ebenso die Einführung der neuen Strafprozessordnung. Einerseits mussten alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit den neuen Gesetzesgrundlagen inklusive Ausführungsbestimmungen und neuen Dienstanweisungen vertraut gemacht werden. Andererseits war die Anpassung oder Neuerstellung aller Formulare und Vorlagen zeitaufwändig. Zudem mussten auch eingespielte und bislang gut funktionierende Abläufe überdacht und geändert werden.

325 Militär und Bevölkerungsschutz

3250 Zivilschutz

Einsätze zugunsten der Gemeinschaft werden gut geprüft

Das internationale Skispringen in Engelberg und der FIS Nachtslalom in der Stöckalp wurden auch dieses Jahr mit Angehörigen des Zivilschutzes unterstützt. Hingegen konnte ein Walking-Anlass nicht mehr unterstützt werden, weil die Voraussetzungen nicht mehr erfüllt waren.

Sirenenalarm auf Elektronik umgestellt

Zwecks Optimierung der Alarmierung der Obwaldner Bevölkerung wurden alle alten mechanischen Sirenen zu Lasten des Bundes durch neue elektronische ersetzt.

Teilsanierung Zivilschutzanlage Engelberg ist abgeschlossen

Mit Unterstützung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und der Gemeinde Engelberg konnte die altersbedingte Teilsanierung der Zivilschutzanlage Engelberg abgeschlossen werden.

3251 Schadenwehr (Feuerwehr)

Finanzielle Unterstützung aus der Feuerwehrrkasse

Auch im Berichtsjahr konnten namhafte Subventionsbeiträge für Neuanschaffungen für Rettungsgerätschaften und Einsatzfahrzeuge geleistet werden. Ebenfalls wurden Projekte für Löschwasserversorgungen gemäss Feuerwehrgesetzgebung mitfinanziert.

Die Ausbildungskosten für kantonale Spezialisten- und Kaderkurse zu Lasten der Feuerwehrgasse haben mehr als Fr. 250 000.-- betragen.

Neues Reglement der Feuerwehrkoordination Schweiz dient als Ausbildungsgrundlage

Die 20 schweizerisch ausgebildeten kantonalen Feuerwehrinstruktoren wurden in der angepassten Einsatzführung mit dem neuen Reglement der Feuerwehrkoordination Schweiz ausgebildet und stehen den Obwaldner Feuerwehrkadern für die Weiterausbildung zur Verfügung.

Bootsbrand in Alpnach forderte ein Todesopfer

Die Feuerwehren mussten nur bei wenig grösseren Brand- und keinen Naturereignissen intervenieren. Bei einem Bootsbrand im Dezember in Alpnach ist leider eine Person ums Leben gekommen.

3255 Kreiskommando

Erwerb der persönlichen Waffe nach Entlassung aus der Wehrpflicht ist rückläufig

Mit der Verschärfung der Waffengesetzgebung und den erhöhten Anforderungen zum Erwerb der persönlichen Dienstwaffe bei der Entlassung aus der Wehrpflicht, hat sich der Waffenerwerb um über 30 Prozent verringert. Neu haben weniger als 10 Prozent von den 153 aus der Armee Entlassenen ihre Waffe behalten.

Einnahmen aus der Wehrpflichtersatzabgabe haben sich erhöht

Im Berichtsjahr war eine markante Erhöhung von Wehrpflichtersatzabgaben von 500 000 Franken auf neu 611 500 Franken wegen Dienstversäumnissen oder Dienstverschiebungen feststellbar.

35 Sozialamt

Das Sozialamt fördert und koordiniert die private und öffentliche Sozialhilfe. Es führt eigene Beratungsstellen in den Bereichen Jugend, Familie, Opferhilfe, Sucht und ist zuständig für das Heimwesen sowie die Flüchtlings- und Asylkoordination. Die im Sozialamt integrierte Fachstelle für Gesellschaftsfragen ist zuständig für Prävention, Gesundheits-, Jugend- und Familienförderung, Integration sowie die Gleichstellung von Mann und Frau. Das Sozialamt hat für die Behinderten- und Betagtenberatung sowie für die Betreuung der Asylsuchenden und Flüchtlinge Leistungsvereinbarungen mit spezialisierten Institutionen abgeschlossen. Das Sozialamt ist Aufsichts- und Beschwerdeinstanz in den Bereichen Sozialhilfe und Vormundschaftswesen.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2010	Stand der Erfüllung
	Die Mitarbeit im Projekt der Zentralschweiz zur Umsetzung NFA im Heimbereich ist weiterhin sichergestellt.	Erfüllt. Am 29. März 2010 nahm die Zentralschweizer Gesundheits- und Sozialdirektorenkonferenz (ZGSDK) die Bedarfsplanung während der Übergangszeit NFA 2008-2010 zur Kenntnis. Für die Zentralschweiz war kein Handlungsbedarf ersichtlich. Eine weitere Bedarfsanalyse erfolgte mit Stichtag 1. September 2010. Die Ergebnisse liegen im Frühjahr 2011 vor.
	Die Gesetzgebung, die Bedarfsplanung und das Behindertenkonzept zur Umsetzung der NFA im Heim- und Betreuungswesen sind erarbeitet.	Erfüllt. Das Behindertenkonzept wurde am 29. Juni 2010 vom Regierungsrat verabschiedet und am 20. Dezember 2010 vom Bundesrat genehmigt. Die Gesetzgebung wurde am 28./29. Oktober 2010 vom Kantonsrat verabschiedet.
	Die Gesetzgebung für das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (in Zusammenarbeit mit der Justizverwaltung) ist in Erarbeitung. Das Konzept liegt vor und die künftige Organisation der Behörde ist entschieden.	Erfüllt. Es wurde ein Konzept erarbeitet, das der Regierungsrat im Februar 2011 beraten hat. Die Organisationsform ist entschieden. Das SJD ist beauftragt, die gesetzgeberischen Entwurfsarbeiten an die Hand zu nehmen. Die Inkraftsetzung ist auf den 1. Januar 2013 geplant.
	Die Evaluation betreffend Finanzierung der ausserfamiliären Kinderbetreuung ist gemäss Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung umgesetzt.	Erfüllt. Der Kantonsrat stimmte dem Evaluationsbericht am 28./29. Oktober 2010 zu. Der Regierungsrat stimmte einer Anpassung der Finanzierung zu und hiess die Revision der Ausführungsbestimmungen gut.
	Das Gesetz und die Verordnung über die Jugendhilfe sind in Erarbeitung.	Erfüllt. Es wurde ein Konzeptentwurf erarbeitet, der dem Regierungsrat im Februar 2011 unterbreitet wird.
	Das Projekt „Fachstelle für Gesellschaftsfragen“ kann auf 1. Januar 2011 umgesetzt werden.	Erfüllt. Die Verordnung über eine Fachstelle für Gesellschaftsfragen wurde am 11. März 2010 vom Kantonsrat verabschiedet. Die Wahl der neuen Mitarbeitenden ist erfolgt. Die Arbeit konnte am 1. Januar 2011 aufgenommen werden.

	Amtsprojekte 2010	Stand der Erfüllung
	Über den Kantonsbeitrag an das Projekt „Aufbau eines neuen Jugendkulturraums für ältere Jugendliche und junge Erwachsene“ ist entschieden.	Erfüllt. Der Kantonsrat hiess das Projekt am 2. Dezember 2010 gut.

3500 Amtsleitung

Mit dem Angebot der Kinderbetreuung können Beruf und Familie vereinbart werden

In einem Bericht wurden die Massnahmen für die familienergänzende Kinderbetreuung erstellt und am 12. Oktober 2010 vom Regierungsrat verabschiedet. Die Analyse ergab, dass das Angebot in den Jahren 2006 bis 2010 bei den Kindertagesstätten um 120 Prozent und bei den Tagesfamilien um 5 Prozent ausgebaut wurde. Weiter konnte festgestellt werden, dass dank dem eingeführten Sozialtarif eine gute soziale Durchmischung in den Kindertagesstätten besteht. Bei der Nutzung der Betreuungsangebote steht die Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Vordergrund. In wenigen Fällen wird es zur allgemeinen Entlastung oder Weiterbildung genutzt. Dank des Betreuungsangebots konnten Sozialhilfeempfänger in den letzten Jahren vermehrt eine Erwerbstätigkeit aufnehmen.

Normkosten und Tarife in der ausserfamiliären Kinderbetreuung wurden angepasst

Der Aufwand, der den Kindertagesstätten und Tagesfamilien zu entschädigen ist, wird in Normkosten festgelegt. Es zeigte sich, dass diese bei grossen Institutionen zur Kostendeckung nicht mehr ausreichen. Die Gründe liegen zum einen im organisatorischen Aufwand, der aufgrund der erhöhten Nachfrage nach Kinderbetreuungsplätzen gestiegen ist, zum anderen gab es eine Unterdeckung bei den Aufwendungen für Kleinkinder bis 18 Monaten, welche eine Betreuung im Umfang von 1.5 Plätzen beanspruchen. Die Normkosten wurden daher überprüft und auf den 1. Januar 2011 angepasst. Ebenso wurden die Tarife zur Berechnung des Kostenanteils, der von den Eltern zu übernehmen ist, angepasst.

Beratung und Prävention werden gestärkt

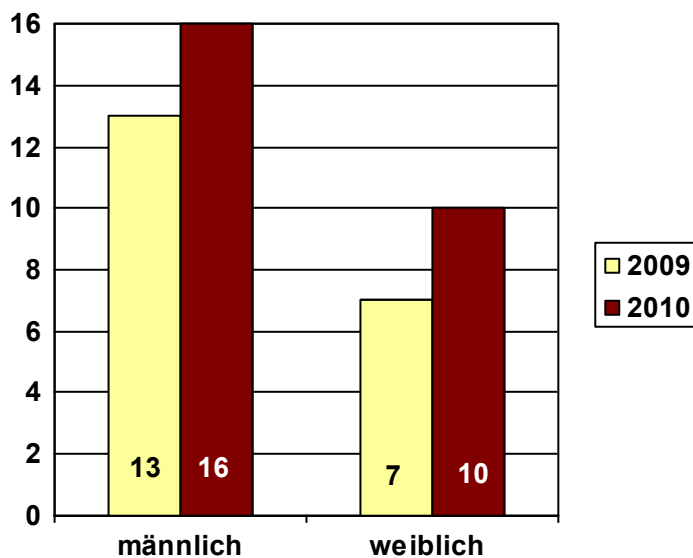
Nachdem der Kanton Nidwalden die Zusammenarbeit in den Bereichen Gesundheitsförderung und Gleichstellung für Frau und Mann per Ende 2010 auflöste, hiess der Kantonsrat die Schaffung einer Fachstelle Gesellschaftsfragen gut, die ihre Arbeit am 1. Januar 2011 aufnahm. Mit der neuen Fachstelle werden die Familien-, Jugend- und Gesundheitsförderung, die Integration, Gleichstellung für Frau und Mann und die Beratungsstellen der Jugend- und Familienberatung sowie der Suchtberatung unter einem Dach zusammengefasst. Ziel ist es, die Beratung und Präventionsarbeit im Kanton zu stärken. Soziale Probleme sollen frühzeitiger erkannt und effizient gelöst werden.

Alternative Platzierungsmöglichkeiten für Jugendliche werden geprüft

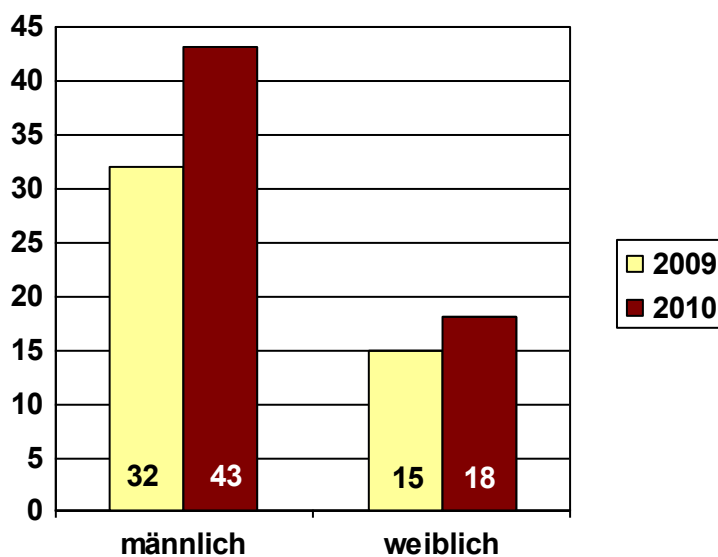
Jährlich werden rund 4 - 5 Kinder und Jugendliche aus dem Kanton Obwalden im Rahmen der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) in Institutionen und Pflegefamilien platziert, weitere 5 Kinder und Jugendliche in Familienpflegeplätzen, welche nicht IVSE anerkannt sind. In den meisten Fällen erfolgt die Platzierung ausserkantonale - auch dann, wenn ein Aufenthalt in der lokalen Volksschule weiterhin möglich wäre. Im Verlauf des Jahres 2010 wurden verschiedene Alternativen zur ausserkantonalen Platzierung geprüft, insbesondere die Schaffung einer professionellen sozialpädagogischen Pflegefamilie im Kanton, wie sie von den Gemeindesozialdiensten und den kantonalen Beratungsstellen gewünscht wird. Im Verlauf des Jahres 2011 wird abgeklärt werden, unter welchen Bedingungen eine solche Pflegefamilie eingerichtet werden kann.

3502 Beratungen

Alkoholberatung Total Fälle 2009/2010



Beratung illegaler Drogen Total Fälle 2009/2010



Suchtberatung

Beratung im illegalen Suchtbereich hat zugenommen

Beratungen im Bereich illegaler Suchtmittel haben prozentual merklich zugenommen, obwohl es prozentual mehr alkoholranke Menschen gibt. Suchtkranke Menschen im Bereich illegaler Suchtmittel (im Jahr 2010: 61 Personen) sind im Gegensatz zu Alkoholabhängigen (im Jahr 2010: 26) früher auf die ärztliche Betreuung angewiesen (z.B. Methadonabgabe). Viele alkoholabhängige Menschen beanspruchen die Beratung erst in einem späten Stadium ihrer Suchtkra-

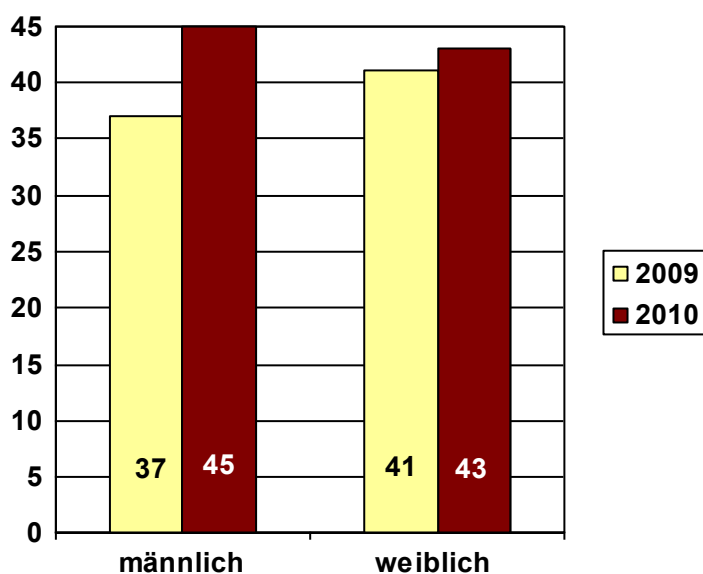
riere (z.B. schwere gesundheitliche Schwierigkeiten, Partnerschaftsprobleme, Fahren in ange-trunkenem Zustand usw).

Jugend und Familienberatung

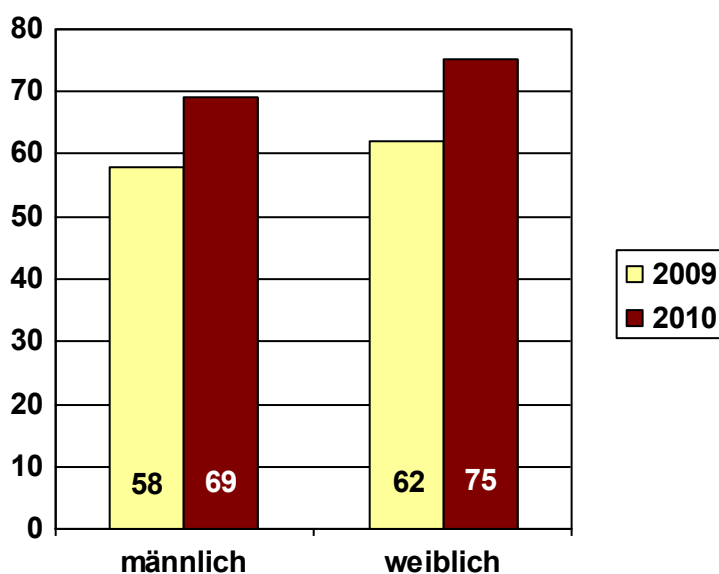
Fallzahlen der Jugendberatung sind wiederum gestiegen

Jugendliche und/oder Eltern, welche zumindest zeitweise eine schwierige Beziehung zueinan-der haben, melden sich häufig auf der Jugend- und Familienberatung. Im 2010 kam es wieder-um zu einer deutlichen Fallzunahme von insgesamt 21%. Im Gegensatz zum letzten Jahr mel-deten sich ungefähr gleich viele männliche (45), wie weibliche (43) Jugendliche neu für eine Beratung an.

Neuaufnahmen 2009/2010



Total Fälle 2009/2010



Trotz der Fallzunahme im Beratungsbereich hat die neueste Shell-Jugendstudie vom 14. September 2010 ergeben, dass mehr als drei Viertel der Jugendlichen für sich feststellen, dass sie für ein wirklich glückliches Leben eine Familie brauchen. In Zeiten, da die Anforderungen in Schule, Ausbildung und der ersten Berufsjahren wachsen, findet der Grossteil der Jugendlichen bei den Eltern Rückhalt und emotionale Unterstützung. Es zeigt sich auch, dass mehr als 90 Prozent von ihnen ein gutes Verhältnis zu den Eltern haben. Auch mit deren Erziehungsmethoden sind die meisten einverstanden. Die befragten Jugendlichen würden ihre eigenen Kinder so erziehen, wie sie selber erzogen worden sind.

Neues Beratungsangebot für Familien mit jüngeren Kindern ist aufgebaut

Ein neues Beratungsangebot, das im Berichtsjahr neu eingerichtet wurde, richtet sich primär an Eltern, die in Erziehungsfragen Rat suchen. Die Beratung erfolgt auf freiwilliger Basis. Um das Angebot bekannt zu machen und eine optimale Zusammenarbeit zu erreichen, fanden mit verschiedenen Partnerorganisationen, wie Schulpsychologischer Dienst, Schulsozialarbeit, Mütter- und Väterberatung, Verein Kinderbetreuung Obwalden, Heilpädagogische Früherziehung Informationsgespräche statt.

Kantonale Jugendhilfekommission hat ihre Aufgaben übergeben

Das Jahr 2010 stand ganz im Zeichen von Abschluss und Übergang. Die kantonale Jugendhilfekommission wurde per Ende 2010 aufgelöst. Ihre Aufgaben werden ab 2011 neu von der Fachstelle für Gesellschaftsfragen wahrgenommen.

Projekt des kantonalen Jugendbeauftragten wurde erfolgreich abgeschlossen

Das Projekt des kantonalen Jugendbeauftragten wurde nach vier Jahren per Ende Juni 2010 erfolgreich abgeschlossen. Das Ziel, den Aufbau der Jugendarbeit in Zusammenarbeit mit den Gemeinden umzusetzen, konnte erreicht werden. So entstanden in verschiedenen Gemeinden Jugendkonzepte und Jugendbüros. Zudem wurden Jugendarbeitende eingestellt und Jugendhilfekommissionen einberufen sowie gemeinsame Projekte wie z.B. ein Fotowettbewerb für Jugendliche umgesetzt. Die Aufgaben des Jugendbeauftragten sind ab 2011 der Fachstelle Gesellschaftsfragen angegliedert, die ein Kompetenzzentrum für verschiedene gesellschaftliche Fragen ist.

3504 Asylsuchende, Flüchtlinge

Die Zahl der eingereichten Asylgesuche ist weiterhin stabil

In der Schweiz haben im Berichtsjahr 15 567 Personen ein Asylgesuch gestellt. Dies sind 438 weniger als im Vorjahr. Die Caritas Asyl- und Flüchtlingsstelle Obwalden verzeichnet per 31. Dezember 2010 weniger Asylsuchende als im Vorjahr, da die Zahl der Einreisen gesunken und die Zahl der Ausreisen gestiegen ist (2009: 53 Ausreisen oder neuer Status, 2010: 68 Ausreisen oder neuer Status).

	2009	2010
Asyl Suchende		
Total betreute Personen	157	139
Davon im laufenden Jahr neu eingereist	72	51
Wohnhaft in Caritas Unterkünften	110	99
Arbeitstätige Personen	28	29
Ohne Arbeitsrecht (z.B. Kinder, Arbeitsverbot Bund)	50	54

Flüchtlinge		
Total betreute Personen	42	44
Arbeitstätige Personen	10	6
Ohne Arbeitsrecht (Kinder)	16	9

Bezahlbarer Wohnraum bleibt weiterhin Mangelware

Die Unterbringungssituation im Asyl- und im Flüchtlingsbereich hat sich leider auch in diesem Jahr nicht entspannt. Die Miete von Unterbringungsobjekten im Tiefpreissegment, sei es auch nur als Zwischennutzung z.B. von Abbruchobjekten, ist kaum mehr möglich. Dieser Zustand wird sich auch mittelfristig kaum ändern. Der Kanton prüft daher, ob die Unterbringung durch Erstellen von Wohncontainern oder dem Kauf einer Liegenschaft entschärft werden kann. Überschüssige Mittel des Bundes im Asylbereich werden zweckgebunden für die Wohnraumbeschaffung zurückgestellt.

Integration ist ein zunehmend wichtiger Bereich

Integrationsförderung erfolgt in erster Linie vor Ort in den bestehenden integrationsrelevanten Strukturen wie Schule, Berufsbildung und Gesundheitswesen. Spezifische Integrationsförderung wirkt komplementär zu den Massnahmen in den Regelstrukturen. Die Caritas Asyl- und Flüchtlingsstelle Obwalden bietet ein breites Spektrum an spezifischen Massnahmen im sprachlichen, beruflichen und sozialen Bereich an. Die Angebote stehen allen interessierten Ausländern offen.

3506 Heime

NFA-Übergangsfrist ist abgelaufen

Die Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) im Bereich der Behindertenförderung und Sonderschulung wurde nach einer Übergangszeit von drei Jahren (2008 – 2010) in Zusammenarbeit mit dem Bildungs- und Kulturdepartement abgeschlossen. Der Bund hat sich aus den Bereichen der Behindertenförderung und Sonderschulung zurückgezogen. Die Kantone tragen neu die Verantwortung für die Planung, Steuerung und Finanzierung der entsprechenden Angebote. Damit der Kanton seine Aufgaben erfolgreich wahrnehmen kann, brauchte es auf den 1. Januar 2011 neue rechtliche Grundlagen. Der Nachtrag zum Bildungsgesetz sowie die neue Verordnung über Leistungen in den Bereichen Sozialpädagogik, Sonderschulung und Förderung von Menschen mit einer Behinderung tritt auf den 1. Januar 2011 in Kraft. Die bewährten Strukturen und Angebote im Kanton werden nicht in Frage gestellt und es findet kein Leistungsabbau zu Lasten behinderter Menschen statt. Die bisher vom Bund geleisteten Beiträge im Umfang von rund 8 Millionen Franken werden vom Kanton vollumfänglich übernommen. Die gute und bewährte Zusammenarbeit mit der Stiftung Rütimattli wird weitergeführt. Die Finanzierung der Leistungen erfolgt neu nicht mehr durch Übernahme von Restdefiziten sondern auf Grund vereinbarter Leistungspauschalen.

Behinderte können sich neu an die kantonale Schlichtungsstelle wenden

Dem Schutz von Menschen mit Behinderungen wird insgesamt grössere Beachtung geschenkt. Für die Klärung von Differenzen zwischen Leistungserbringer und Leistungsbezüger wird die neue kantonale Schlichtungsstelle zuständig sein. Sie vermittelt bei Streitigkeiten aus einem Betreuungsverhältnis, z.B. bei Problemen betreffend Unterkunft oder Verpflegung.

Der Kanton verfügt über ein genehmigtes Behindertenkonzept

Für die Bereiche Wohnen, Arbeiten und Beschäftigung hat der Bund Rahmenbedingungen festgelegt, die mit einem kantonalen Behindertenkonzept umgesetzt werden. Im Konzept, das der

Bundesrat am 20. Dezember 2010 genehmigte, wird aufgezeigt, wie die kantonale Bedarfsplanung und Bedarfsanalyse erstellt wird und wie die Anerkennung, Bewilligung und Aufsicht von Betrieben erfolgt. Weiter äussert sich das Behindertenkonzept zu den Grundsätzen der Finanzierung, zur Kostenübernahme für ausserkantonale Platzierungen und zur neuen Schlichtungsstelle. Die Konkretisierung und Umsetzung des Behindertenkonzepts erfolgt direkt durch Bestimmungen in der neuen Verordnung.

36 Strafverfolgung: Verhöramt, Staatsanwaltschaft und Jugendanwaltschaft

360 Verhöramt

Das Verhöramt führt die Strafuntersuchungen gegen Erwachsene durch. Soweit es für den Untersuchungszweck notwendig ist, kann es beim Polizeikommando Polizeiorgane zur Mitwirkung auffordern. Das Verhöramt stellt Strafbefehle aus (Freiheitsstrafen [unbedingt] von weniger als sechs Monaten, Geldstrafen von nicht mehr als 180 Tagessätzen [bedingt, teilbedingt, unbedingt] sowie Bussen [unbedingt]) und es kann (mit Zustimmung des Angeschuldigten) gemeinnützige Arbeit bis 720 Std. (bedingt, teilbedingt, unbedingt) anordnen. Weiter verfügt es die Einstellung des Verfahrens oder beantragt der Staatsanwaltschaft die Überweisung an das Gericht. Das Verhöramt ist ausserdem zuständig für die Verfügung der Administrativmassnahmen gemäss Strassenverkehrsgesetz (Verwarnungen und Führerausweisentzüge). Im Weiteren obliegt ihm die Erledigung der Rechtshilfebegehren auswärtiger Strafbehörden, die Aufsicht über die Haftlokalitäten, die Behandlung der Untersuchungsgefangenen sowie die Festsetzung der Höhe der Entschädigung und Genugtuung gemäss Opferhilfegesetz.

Eingänge und Erledigungen

Im Jahr 2010 gingen beim Verhöramt 2267 neue Fälle ein (2009: 2495). Zusammen mit den pendenten Fällen der Vorjahre ergab dies eine Geschäftslast von 2487 Fällen (2009: 2664). Von diesen konnten 2307 erledigt werden (2009: 2444). Per Ende 2010 waren somit insgesamt 180 unerledigte Fälle zu verzeichnen (2009: 220), wovon 159 aus dem Jahre 2010 stammen (2009: 204).

	2009	2010
Übertrag Vorjahr	169	220
Eingang	2 495	2 267
Erledigt	2 444	2 307
Übertrag auf Folgejahr	220	180

Von den 180 per 31. Dezember 2010 pendenten Fällen waren, waren es 21 überjährige Fälle, wobei 16 aus dem Jahr 2009, 4 aus dem Jahr 2008 sowie 1 aus dem Jahr 2007 stammten.

Strafuntersuchungen

Die Mehrheit der im Berichtsjahr eingegangen 2 267 Straffälle betrafen wiederum das Strassenverkehrsgesetz. Bei den übrigen Strafuntersuchungen handelte es sich grösstenteils um Vermögensdelikte sowie Delikte gegen Leib und Leben (Körperverletzungen und Tötlichkeiten), sowie zu einem kleineren Teil strafbare Handlungen gegen die öffentliche Gewalt und Widerhandlungen gegen die Nebenstrafgesetzgebung (Betäubungsmittelgesetz, Baugesetz, Bundesgesetz über den Aufenthalt und die Niederlassung der Ausländer, Umweltschutzgesetz, Gewässerschutzgesetz sowie das Gesetz über das kantonale Strafrecht). Gegenüber dem Vorjahr war eine deutliche Zunahme der Anzeigen betreffend Widerhandlung gegen die Baugesetzgebung zu verzeichnen.

Administrativmassnahmeverfahren

Das Verhöramt verfügte im Administrativmassnahmeverfahren nach Strassenverkehrsgesetz 299 Warnungsentzüge (2009: 277) und 24 Sicherungsentzüge (2009: 16) sowie – gleich wie im Vorjahr – 11 Aberkennungen wegen Verkehrsregelverletzungen. Wegen Fahrens in angetrunkenem Zustand wurden 88 Führerausweisentzüge und 20 Verwarnungen verfügt. 39 mal musste der Führerausweis wegen nicht gegebener Fahreignung auf unbestimmte Zeit entzogen werden (2009: 51). Insgesamt wurden 299 Verwarnungen ausgesprochen (2009: 292) und 21

Sperrfristen (2009: 18) verfügt. Im Jahr 2010 wurden in Anwendung von Art. 15a Abs. 4 SVG 11 Führerausweise auf Probe annulliert (2009: 3).

Im Rahmen der Justizreform wurde entschieden, die Administrativmassnahmeverfahren per 1. Januar 2011 dem Verkehrssicherheitszentrum OW/NW zur Erledigung zu übertragen.

361 Staatsanwaltschaft

Die Staatsanwaltschaft überwacht die Untersuchungshandlungen des Verhöramts und der Jugendanwaltschaft. Sie ist zuständig für die Erhebung von Einsprachen gegen Strafbefehle von Verhöramt und Jugendanwaltschaft, die Genehmigung von Verfahrenseinstellungen von Verhöramt und Jugendanwaltschaft sowie die Anklageerhebung und Einstellung in den vom Verhöramt an die Staatsanwaltschaft überwiesenen Fällen. Zudem können nicht vollständig untersuchte Fälle an das Verhöramt zurückgewiesen werden. Im gerichtlichen Verfahren vertritt sie die Anklage gegen Erwachsene vor Gericht und entscheidet für den Staat über die Ergreifung von Rechtsmitteln gegen Strafurteile des Kantons- und Obergerichts. Im Bereich der Administrativmassnahmen vertritt die Staatsanwaltschaft das Verhöramt vor Gericht. Zudem ist die Staatsanwaltschaft auch für die Beaufsichtigung des a.o. Verhorrichters für Wirtschaftsdelikte gemäss Vereinbarung vom 21.08.1995 über die Zusammenarbeit der Kantone Obwalden, Nidwalden und Uri bei der Verfolgung von Wirtschaftsdelikten zuständig.

Fallbezogene Tätigkeit

Aufgrund der vielen Gerichtsverhandlungen, an denen die Staatsanwaltschaft auch im Jahr 2010 teilnahm, lag der Schwerpunkt des Arbeitspensums erneut bei den von der Staatsanwaltschaft im Jahr 2009 und früher zur Anklage erhobenen Fällen.

Nebenher konnten allerdings alle vom Verhöramt bis am 31. Dezember 2010 an die Staatsanwaltschaft überwiesenen Fälle erledigt werden. Dabei erhob die Staatsanwaltschaft im Berichtsjahr gegen 30 Personen Anklage, stellte 1 Strafverfahren ganz und 4 teilweise ein und sistierte 2 Verfahren. Derzeit sind keine neuen Fälle pendent, sodass die Staatsanwaltschaft ohne Altlasten in die neue Organisation starten kann.

Von der Staatsanwaltschaft wurden im letzten Jahr 961 Strafbefehle oder Einstellungsverfügungen des Verhöramtes und der Jugendanwaltschaft genehmigt.

Im Bereich der Administrativmassnahmeverfahren war eine erhebliche Fallzunahme zu verzeichnen. Im Jahr 2010 war die Staatsanwaltschaft in 12 Verfahren involviert.

Projektbezogene Tätigkeit

Im konzeptionellen Bereich lag das Hauptaugenmerk der Staatsanwaltschaft wiederum bei den Vorbereitungen für die eidgenössische Strafprozessordnung; insbesondere die Polizeischulungen sowie die Erarbeitung der Dokumentenvorlagen für die EDV-Systeme Tribuna- und AFIS.

Aufsicht über Verhorrichter für Wirtschaftsdelikte

Fallzahlen:

	2009	2010
Übertrag vom Vorjahr	4	7
Eingänge	3	2
Erledigt	0	2
Übertrag auf das Folgejahr	7	7

Nachdem eine Überlastung des Verhörrichters für Wirtschaftsdelikte festgestellt wurde, hiess der Regierungsrat mit Beschluss vom 18. Mai 2010 einen Kredit für die Einsetzung eines ausserordentlichen Verhörrichters für Wirtschaftsdelikte gut. Diesem wurden bis Ende 2010 insgesamt vier Fälle zur Bearbeitung überwiesen, wobei er drei Fälle vom Verhörer Wirtschaftsdelikte übernahm.

362 Jugendanwaltschaft

Die Jugendanwaltschaft ist zuständig für die Strafverfolgung sowie den Straf- und Massnahmenvollzug bei Jugendlichen im Alter 10 bis 18 Jahren mit Wohnsitz im Kanton Obwalden. Die Jugendanwaltschaft führt die Strafuntersuchung, erlässt in den meisten Fällen einen Strafbefehl oder vertritt die Anklagen vor dem Jugendgericht.

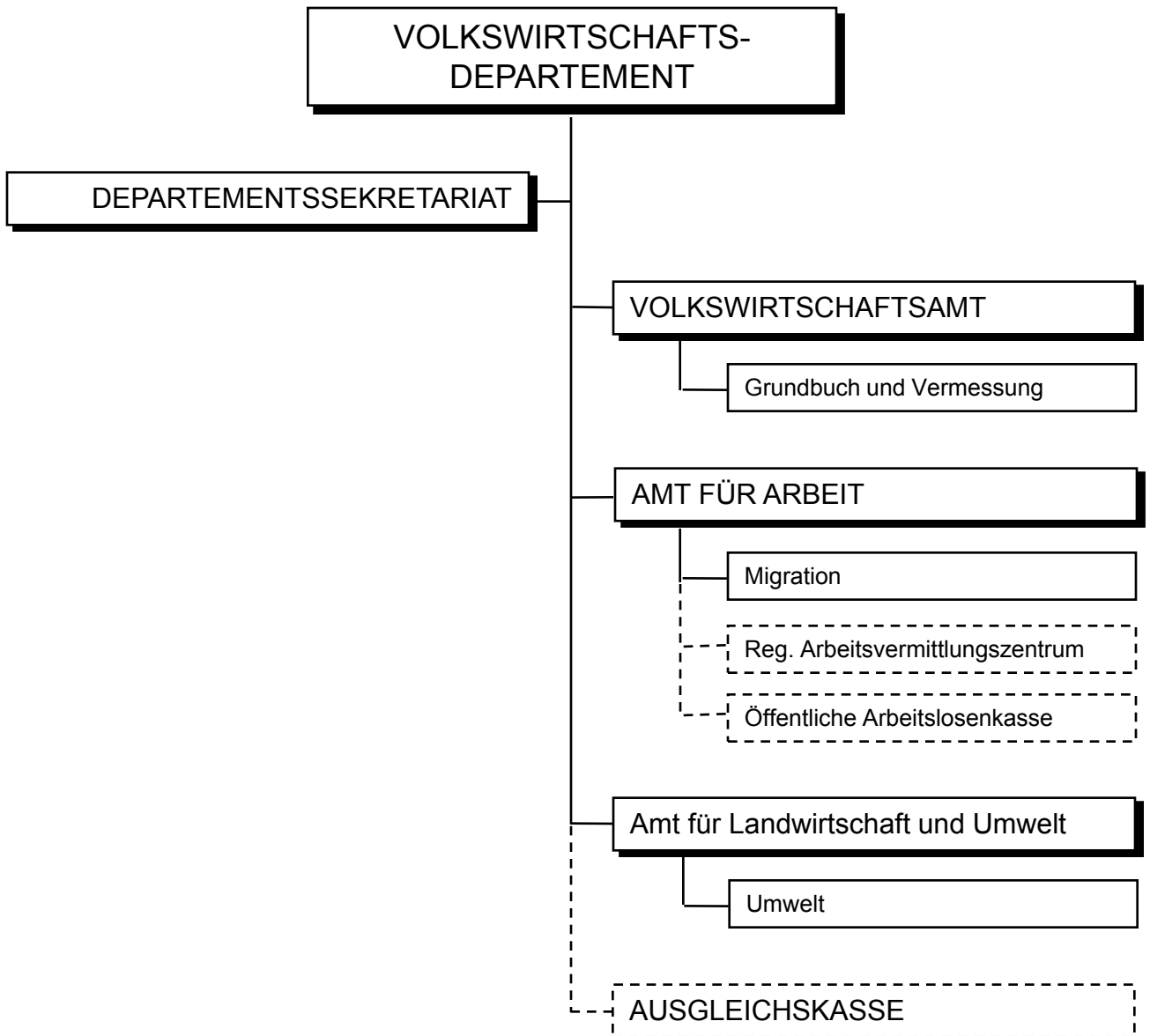
	2009	2010
Übertrag vom Vorjahr	15	17
Eingänge	155	119
Erledigt	153	128
Übertrag auf das Folgejahr	17	9

Im Vergleich zum Vorjahr gingen deutlich weniger neue Straffälle ein. Dafür gestaltete sich der Straf- und Massnahmenvollzug als sehr aufwändig. Vor allem der Vollzug von (vorsorglichen) Schutzmassnahmen verursachte im Jahr 2010 einen erheblichen Zeitaufwand (enge Zusammenarbeit mit Eltern, Behörden und Jugendheimen; Standortgespräche in Heimen; aufwändige und schwierige Suche nach freien Heimplätzen, bei meist langen Wartefristen). Grösseren Aufwand verursachten auch die Vorbereitungen im Zusammenhang mit der Einführung der neuen Jugendstrafprozessordnung, die auf den 01. Januar 2011 in Kraft trat.

4.4 Volkswirtschaftsdepartement



Kanton
Obwalden



Das Volkswirtschaftsdepartement (VD) umfasst

	Vollzeitstellen Ende 2009	2010
Departementssekretariat	1.60	2.10
Volkswirtschaftsamt	16.60	16.90
Amt für Arbeit	6.10	6.10
Amt für Landwirtschaft und Umwelt	13.60	13.60
Insgesamt	37.90	38.70

	Jahresziele 2010	Stand der Erfüllung
1.1	Die Weiterführung der Standort Promotion in Obwalden nach 2010 ist sichergestellt.	Erfüllt, KRB vom 25. Juni 2010
2.1	Die langfristige Sicherstellung der Finanzierung des Micro Center Central-Switzerland ist in die Wege geleitet.	Finanzierung 2010 sowie 2011 durch KRB vom 28. Januar 2010 gesichert. Die Abstützung im Fachhochschulkonkordat ist weiterhin offen.
2.5	Für das Arbeitsgebiet von kantonalem Interesse besteht ein Masterplan.	Aufgrund der Annahme des Referendums gegen die Baugesetzänderung zur Schaffung kantonaler Zonen und der Vorbehalte der Mehrheit der Gemeinden in der darauffolgenden Vernehmlassung wird auf das Projekt verzichtet.
3.1	Die bestehenden Destinationen werden fortentwickelt und die Zusammenarbeit mit den umliegenden koordiniert.	Die Verhandlungen für den Aufbau einer regionalen Tourismusorganisation zusammen mit dem Kanton Nidwalden sind fortgeführt. Eine regionale Tourismusorganisation soll auf 1. Januar 2012 ihre Arbeit aufnehmen.
3.2	Das Tourismusgesetz ist revidiert.	Die Tourismusgesetzrevision hängt vom Aufbau einer regionalen Tourismusorganisation ab.
	Die Eigenbewirtschaftung des Lungenersees ist mit der Gemeinde Lungern geregelt.	Erfüllt, der Lungenersee wird ab 01. Januar 2011 von der Gemeinde bewirtschaftet.
4.4	Die Vollzugsstrukturen der Arbeitslosenversicherung sind der wirtschaftlichen Entwicklung angepasst.	Das Regionale Arbeitsvermittlungszentrum OW/NW wurde entsprechend der steigenden Zahl arbeitsloser Personen ausgebaut. In der Zwischenzeit musste bereits wieder auf die gute wirtschaftliche Entwicklung reagiert und Pensen abgebaut werden.
8.1	Das Vorgehen für Zonen für gehobenes Bauen ist festgelegt.	Aufgrund der Annahme des Referendums gegen die Baugesetzänderung wird auf das Projekt verzichtet.
9	Der Bericht zur Sanierung der Restwassermenge im Engelbergertal ist abgeschlossen.	Aufgrund von nicht beeinflussbaren Verzögerungen durch einen Kraftwerksbetreiber noch nicht erfolgt.
9	Die Abfallplanung Obwalden liegt zur Verabschiedung durch den Regierungsrat vor.	Ein Entwurf liegt vor und wird anfangs 2011 dem Regierungsrat unterbreitet.

Umgesetzte Gesetzgebungsvorhaben

Gesetzgebungsprogramm 2010	Stand der Erfüllung
Nachtrag zur Verordnung über die Beurkundungs-, Grundbuch- und Schätzungsgebühren (Anpassung Gebührenansätze)	Ein Entwurf ist in Erarbeitung und soll 2011 dem Kantonsrat unterbreitet werden.
Nachtrag zur Verordnung über die Bereinigung der dinglichen Rechte und die Einführung des Eidgenössischen Grundbuchs (Bereinigungsverordnung: Anpassung Gebühren, Beschwerdeverfahren)	Ein Entwurf ist in Erarbeitung und soll 2011 dem Kantonsrat unterbreitet werden.
Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts	Das verwaltungsinterne Vernehmlassungsverfahren ist abgeschlossen.
Nachtrag zum Tourismusgesetz	Vergleiche Bemerkung zum Jahresziel 3.2.
Umsetzung GeoInformationsgesetz des Bundes mit Anpassung der Vollziehungsverordnung über die amtliche Vermessung	Die Vorlage befindet sich in der Vernehmlassung und soll 2011 dem Kantonsrat unterbreitet werden.

Departementsaussagen zu Querschnittfragen**Steuerstrategie, Kantonsmarketing, Richtplan**

Im Wirkungsbericht zu den steuerlichen Massnahmen, zum Kantonsmarketing und zur Raumentwicklung wurde dargelegt, dass die Standort Promotion in Obwalden, der das Kantonsmarketing übertragen ist, die Erfolgsindikatoren weiterhin gut erreicht bzw. übertrifft. Mit den Kantonsratsbeschlüssen über den Beitrag an das Micro Center Central-Switzerland sowie über die Erhöhung der Beiträge an das Kantonsmarketing (vgl. Aussagen unter 4002 Wirtschaftsförderung) wurden wesentliche Entscheide zugunsten eines verstärkten Kantonsmarketings im Zusammenhang mit der Steuerstrategie und der Richtplanung getroffen.

Interkantonale Zusammenarbeit

Wichtige Stellungnahmen gegenüber dem Bund mit Auswirkungen auf die Kantone werden zunehmend durch die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) wahrgenommen. Damit können zwar weniger kantonsspezifische Anliegen eingebracht werden, die Stellungnahmen erhalten aber ein höheres Gewicht. Als Themen standen insbesondere an: Europapolitische Geschäfte und Mitwirkung der Kantone an der Aussenpolitik, Neuordnung der Pflegefinanzierung, Konsolidierungsprogramm des Bundes, Abstimmung der Agglomerationspolitik mit der Politik des ländlichen Raums.

Beschwerdestatistik**Beschwerdeentscheide des Regierungsrats**

(Vorbereitung und Antragstellung durch das Volkswirtschaftsdepartement)

	2009	2010
Anzahl Beschwerden:	8	7
Übertrag vom Vorjahr	2	3
Neueingänge	6	4

	2009	2010
Erledigt		
durch Entscheid des Regierungsrats:		
– gutgeheissen	0	1
– teilweise gutgeheissen	0	0
– abgewiesen	3	1
– nicht eingetreten	1	0
Ohne Entscheid des Regierungsrats:		
(Abschreibungsbeschluss des Departements)		
Vergleich, Rückzug und dgl.	1	1
Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr	3	4
Beschwerde- und Einspracheentscheide des Volkswirtschaftsdepartements		
Anzahl Beschwerden / Einsprachen	9	12
Übertrag vom Vorjahr	2	6
Neueingänge	7	6
Erledigt		
durch Entscheid des Departements:		
– gutgeheissen	0	1
– teilweise gutgeheissen	0	0
– abgewiesen	1	5
– nicht eingetreten	0	1
Ohne materiellen Entscheid des Departements:		
(Abschreibungsbeschluss des Departements)		
Vergleich, Rückzug und dgl.	2	0
Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr:	6	5

40 Departementssekretariat

Das Departementssekretariat unterstützt den Departementsvorsteher bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departements, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrats, des Kantonsrats und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departements, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung (Controlling). Es nimmt die Aufgaben der öffentlichen Wirtschaftsförderung als Koordinationsstelle für Wirtschaftsfragen innerhalb der Verwaltung wahr und ist Bindeglied für die interkantonale Zusammenarbeit sowie Europafragen. Es setzt die Massnahmen der wirtschaftlichen Landesversorgung um.

Zielerreichung

APL	Amtsprojekte 2010	Stand der Erfüllung
1.1	Der Kantonsratsantrag für die Weiterführung der Finanzierung der Standort Promotion liegt vor.	Erfüllt, KRB vom 25. Juni 2010.
2.1	Die längerfristige Finanzierung der MCCS AG ist geregelt.	Die Finanzierung 2010 und 2011 ist mit KRB vom 28. Januar 2010 gesichert. Eine dauerhafte Abstützung im Fachhochschulkonkordat steht noch aus.
2.5	Entsprechend dem Abstimmungsausgang ist die kantonale Arbeitsplatzzone bestimmt und die Entwicklung in die Wege geleitet.	Aufgrund des erfolgreichen Referendums und der anschliessenden Vernehmlassung wird das Projekt nicht weiterverfolgt.
8.1	Das Vorgehen für Zonen für gehobenes Wohnen ist festgelegt.	Aufgrund des erfolgreichen Referendums gegen die Änderung des Baugesetzes wird das Projekt nicht weiterverfolgt.
	Der Flugplatz Kägiswil steht entsprechend den Projektzielen zur Verfügung.	Die Verhandlungen mit dem Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport stehen vor dem Abschluss.
8.3	Die Liste der zur Verfügung stehenden Objekte des militärischen Dispositionsbestands ist laufend aktualisiert.	Die Objekte sind bezogen auf die Einsatzmöglichkeiten für den Markt bezeichnet. Die Liste wird laufend nachgeführt.
	Die Ziele der wirtschaftlichen Landesversorgung sind erreicht.	Das Bundesamt bescheinigt das Erreichen der Ziele.
	Der Kontakt mit den führenden Unternehmen im Kanton findet regelmässig statt.	Es fanden verschiedene Gespräche mit den Unternehmen zur Lage der Wirtschaft statt.

4000 Departementsdienste

Unter der Federführung des Volkswirtschaftsdepartements wurde die Amtsdauerplanung 2010 bis 2014 vorbereitet und einem breiten internen Mitberichtsverfahren unterstellt. Dabei wurden die wesentlichen Elemente der Rahmenbedingungen und Entwicklungstendenzen, der Stärken und Schwächen sowie Chancen und Risiken wie auch des Handlungsbedarfs des Kantons durch das Volkswirtschaftsdepartement erarbeitet.

Die „Kommission finanzielle Hilfen Hochwasser 2005“ hat mit dem Schlussbericht ihre Arbeit abgeschlossen. Insgesamt richtete die Kommission an 184 Gesuche von Privatpersonen mit einer anerkannten Schadensumme von 9.5 Millionen Franken und ungedeckten Restkosten von 3.5 Millionen Franken Beträge von Fr. 1 598 000.– aus. An die ungedeckten Restkosten der Gemeinden von über 20 Millionen Franken sowie der öffentlich-rechtlichen Körperschaften konnte die Kommission dank der grosszügigen Hilfe der Glückskette 11.3 Millionen Franken

zusichern. Insgesamt wurden zusammen mit den Beiträgen aus dem kantonalen Spendenkonto 14.6 Millionen Franken an die Geschädigten zugeleitet.

Mit dem Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport wurden die Verhandlungen für die Übernahme von Liegenschaften aus dem militärischen Dispositionsbestand vertieft. Es zeichnet sich ab, dass in Giswil eine Gesamtlösung für die verschiedenen Objekte gefunden werden kann. Ebenso sind die Verhandlungen zum Erwerb eines Teils des Nach- und Rückschublagers in Kägiswil für die Bedürfnisse des Zivilschutzes und jene zum Erwerb des Flugplatzes Kägiswil weit fortgeschritten.

4002 Wirtschaftsförderung

Die Standort Promotion in Obwalden gestärkt

Mit Beschluss vom 25. Juni 2010 erhöhte der Kantonsrat den Beitrag an die Standort Promotion in Obwalden von bisher Fr. 250 000.– auf Fr. 300 000.–. Damit kann diese ihren Auftrag im umkämpften Markt weiterhin und verstärkt wahrnehmen. Der Wirkungsbericht zu den steuerlichen Massnahmen zum Kantonsmarketing und zur Raumentwicklung vom 23. März 2010 zeigt auf, dass die hochgesteckten Ziele erreicht werden konnten. Neu werden als Kriterien zur Beurteilung der Standort Promotion neben den durch ihre Tätigkeit bewirkten zusätzlichen Steuererträge die Entwicklung der direkten Bundessteuern im Verhältnis zur Schweiz und zu den Nachbarkantonen beigezogen.

Zu den Wirtschaftsförderungsmassnahmen zählt auch der Beitrag an das Micro Center Central-Switzerland. Das Ziel, dessen Finanzierung dauerhaft in der Fachhochschulvereinbarung lösen zu können, ist noch nicht erreicht. Ob damit eine dauerhafte Lösung gefunden werden kann, ist fraglich. Mit dem Kantonsratsbeschluss vom 28. Januar 2010 musste deshalb eine Übergangsfinanzierung für die Jahre 2010 und 2011 gefunden werden.

Zur Attraktivitätssteigerung des Zentrums Sarnen und zur Stärkung des öffentlichen Verkehrs hat der Kantonsrat am 22. April 2010 einen Beitrag an das unterirdische Parkhaus der Obwaldner Kantonalbank für Park+Ride zugesichert. Offene technische Fragen verhindern zurzeit die Umsetzung.

Zum zweiten Mal hat die Zentralschweizerische Handelskammer die maxon motor ag in Sachseln mit dem Innovationspreis der Zentralschweiz ausgezeichnet. Dieser Preis wurde ihr verliehen für die Entwicklung eines Motors, der bei arktischen wie extrem heissen Bedingungen zuverlässig funktioniert.

41 Volkswirtschaftsamt

Das Volkswirtschaftsamt führt das Handelsregister und die Stiftungsaufsicht mit Ausnahme der BVG-Vorsorgeeinrichtungen. Es ist die statistische Anlaufstelle und Bewilligungsbehörde für den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland. Die Abteilung Grundbuch und Vermessung führt im Sarneraatal das Grundbuch und ist für die Grundbuchbereinigung besorgt. In Engelberg besteht eine eigene Dienststelle. Die Abteilung ist darüber hinaus mit Aufgaben in der amtlichen Vermessung und dem amtlichen Teil von GIS Obwalden betraut. Das Volkswirtschaftsamt setzt die Neue Regionalpolitik des Bundes um, unterstützt überkantonale Träger des Tourismus und ist Koordinationsstelle für Fragen der Welthandelsabkommen (GATT/GATS/TRIPS). Es ist Anlaufstelle für die Submission und den Binnenmarkt und richtet Beiträge für die Wohnbau- und Eigentumsförderung aus.

Zielerreichung

APL	Amtsprojekte 2010	Stand der Erfüllung
1.2	Die Neue Regionalpolitik (NRP) wird termingerecht umgesetzt. Die Mittel der NRP werden für Projekte gemäss Umsetzungsprogramm 2008–2011 sowie Strategie- und Amtsdauerplanung des Regierungsrates eingesetzt.	Die Neue Regionalpolitik ist auf Kurs eingeschlossen die Mittelverwendung.
1.2	Für Start-ups und Jungunternehmen steht ein Businesscenter mit Laborräumen zur Verfügung. Das Mentoring Programm ist aufgebaut.	Das Unternehmerzentrum microPark Pilatus ist in Betrieb und wurde bereits ausgebaut. Im Kanton sind zurzeit zwei Mentoren im Einsatz.
1.2	Für die Optimierung der Regionalpolitik ist die Zusammenarbeit mit dem REV Sarneraatal geklärt.	Seit Mitte Jahr besteht eine neue Vereinbarung zwischen dem Kanton und dem REV Sarneraatal.
13	Das Handelsregister ist so organisiert, dass die Geschäfte termingerecht erledigt werden können.	Trotz weiterhin hoher Geschäftszahl werden die Geschäfte mit gleichem Personalbestand termingerecht erledigt.
13	Das neue HRnet ist eingeführt.	HRnet wurde im Herbst 2010 zusammen mit Nidwalden und Luzern eingeführt.
3.1	Das Tourismuskonzept liegt vor; die Neuorganisation ist bestimmt.	Das Tourismuskonzept des Instituts für Tourismuswirtschaft schlägt eine neue, gemeinsame Tourismusorganisation für das Sarneraatal und Nidwalden vor. Das eingesetzte Tourismusforum mit Mitgliedern aus Obwalden und Nidwalden hat den Auftrag, die Machbarkeit einer neuen regionalen Tourismusorganisation abzuklären und umzusetzen.
3.4	Die raumplanerischen Massnahmen zur Entwicklung der touristischen Schwerpunktgebiete Engelberg und Melchsee-Frutt und zur Entwicklung der übrigen Tourismusgebiete im Kanton liegen vor.	Die raumplanerischen Massnahmen sind in den kantonalen Richtplan eingeflossen.
3.4	Für die touristischen Schwerpunktgebiete und die ergänzenden Tourismusgebiete stehen die Entwicklungsvorstellungen fest.	Die Entwicklungsvorstellungen für die touristischen Schwerpunktgebiete und die ergänzenden Tourismusgebiete sind in der Richtplanung eingeflossen.
	Die organisatorischen Vorbereitungen für die Volkszählung 2010 sind getroffen.	Die Vorbereitungen konnten in allen Gemeinden rechtzeitig abgeschlossen werden.

APL	Amtsprojekte 2010	Stand der Erfüllung
14	Bei neuen statistischen Anforderungen wird die Zusammenarbeit mit anderen Kantonen geprüft.	Damit auch in Zukunft die notwendigen statistischer Angaben zur Verfügung stehen, ist ein NRP-Projekt mit den Kantonen Luzern, Uri, Schwyz und Nidwalden eingeleitet.
13	Die Arbeitsabläufe beim Grundbuch Sarneraatal sind optimiert und dokumentiert.	Die Abläufe sind dokumentiert und soweit möglich optimiert.
13	Beim Grundbuch Engelberg sind die künftigen Strukturen festgelegt. Die Berichtigungsarbeiten sind fortgesetzt.	Die Sanierungsarbeiten sollen Ende 2011 abgeschlossen werden.
	Die Verordnung über Gebühren des Grundbuchs und der Beurkundung ist umgesetzt.	Wegen einer ausstehenden Stellungnahme muss die Verordnung auf 2011 verschoben werden.
7.5	Die Bereinigung in den Gemeinden Sarnen und Kerns ist fortgesetzt.	Die Bereinigungsarbeiten sind auf Kurs.
7.5	Bei der Grundbuchbereinigung ist die Bereinigungsverordnung angepasst.	Die Entwürfe liegen vor. Die Anpassung erfolgt 2011 zusammen mit dem Einführungsgesetz zum ZGB und der Grundbuchverordnung.
	Der Datentransfer AV93 ist abgeschlossen.	Aufgrund der noch offenen Nomenklatur konnten erst die Gemeinden Sachseln und Kerns ins Grundbuch übertragen werden.
	Die Erarbeitung kantonale Geoinformationsgesetzgebung ist abgeschlossen.	Der Gesetzesentwurf befindet sich in der Vernehmlassung.
	Der Entscheid über Weiterführung der Leistungsvereinbarung oder über die Beteiligung an der LIS Nidwalden AG ist getroffen.	Die Regierungen beider Kantone haben sich im Grundsatz für eine Beteiligung von Obwalden an der LIS Nidwalden AG ausgesprochen.

4100 Amtsleitung

Registerbasierte Volkszählung erfolgreich durchgeführt

Die Gemeinden konnten zusammen mit dem Informatik-Leistungszentrum (ILZ) die Vorbereitungen für die Volkszählung 2010 soweit abschliessen, dass die Datenqualität den Bedürfnissen der Statistik genügte. Die Bestandeslieferung erfolgte auf den Stichtag 31. Dezember 2010. Erfolgreich verlief auch die Erhebung der Personen in Kollektivhaushalten. Die bisherige Bevölkerungsstatistik des Bundes wird durch eine Registererhebung der Volkszählung 2010 abgelöst.

Das Bundesamt für Statistik wird in Zukunft nicht mehr alle bisherigen Statistiken erheben. Insbesondere werden manche kantonale Daten fehlen. In Zusammenarbeit mit den umliegenden Kantonen wird nach Lösungen gesucht.

Tourismus soll neu ausgerichtet werden

Das Institut für Tourismuswirtschaft Luzern legte am 10. März 2010 seinen Bericht zur zukünftigen Tourismusstrategie des Kantons Obwalden vor. Es empfiehlt eine neue Tourismusorganisation für das Sarneraatal, wenn möglich zusammen mit dem Kanton Nidwalden. In Engelberg bestehe kein Handlungsbedarf.

Eine Arbeitsgruppe Tourismus erarbeitet seit Sommer 2010 Grundlagen für den Aufbau dieser neuen regionalen Tourismusorganisation und den Entwurf für die notwendigen Gesetzesanpassungen, abgestimmt unter den beiden Kantonen. Der Arbeitsgruppe gehören neben den Volkswirtschaftsdepartementen von Obwalden und Nidwalden Vertreter der Gemeinden und der Tourismusorganisationen an. Die neue regionale Tourismusorganisation soll ihre Tätigkeit am 1. Januar 2012 aufnehmen.

4101 Regionalpolitik

Abschluss des ersten Umsetzungsprogramms der Neuen Regionalpolitik (NRP)

Im Rahmen des kantonalen Umsetzungsprogramms 2008-2011 werden 24 Projekte gefördert. 18 Projekte werden als kantonale NRP-Projekte und sechs als interkantonale Projekte durchgeführt. Die NRP-Darlehen des Bundes und des Kantons für die Umsetzungsperiode 2008-2011 von 4.8 Millionen Franken sind weitgehend ausgeschöpft. Von den rund Fr. 700 000.– A-fonds perdu-Bundes- und Kantonsbeiträgen wurde bis Ende Jahr rund die Hälfte ausbezahlt. Es gab Verzögerungen bei der Einreichung von Auszahlungsgesuchen sowie Verlängerungen bei der Projektumsetzung. Drei Projekte wurden nicht umgesetzt. Zur Optimierung der Regionalentwicklung wurde die Vereinbarung mit dem REV (Regionalentwicklungsverband) Sarneraatal Mitte Jahr neu gestaltet.

Seit dem Sommer wird das zweite kantonale Umsetzungsprogramm NRP 2012-15 in Abstimmung mit dem REV Sarneraatal und dem REV Nidwalden & Engelberg, aber auch mit den Kantonen Luzern, Uri, Schwyz und Nidwalden erarbeitet. Der REV Sarneraatal führte dazu einen Workshop durch.

4110 Handelsregister und Stiftungsaufsicht

Handelsregister

Die Zahl der Neueinträge, Mutationen, Löschungen im Handelsregister ist weiterhin hoch. Das Total ist zwar von 2 121 auf 1 981 zurückgegangen, das Gesamttotal der eingetragenen Firmen ist jedoch um weitere 224 Firmen (Vorjahr 349) gestiegen. Obwohl sich das Wachstum verlangsamt hat, ist die Zunahme von 6.4 Prozent wiederum die höchste in der Schweiz (der nächstfolgende Kanton verzeichnete ein Wachstum von 4.7 Prozent). Ende 2010 waren insgesamt 3 726 Firmen im Obwaldner Handelsregister eingetragen. Der Anteil der Sitzverlegungen aus anderen Kantonen nach Obwalden ist auf 108 (Vorjahr 171) zurückgegangen.

Die vermehrte Einforderung von Vorauszahlungen, insbesondere bei Sitzverlegungen aus anderen Kantonen, führte dazu, dass die sehr aufwendige Bearbeitung von Mahnungen und Betreibungen vermindert werden konnte. Dadurch konnten die nicht einbringbaren Beträge nahezu auf die Hälfte reduziert werden.

Öffentliches Beschaffungswesen

Verschiedene Anfragen zu Submissionen betrafen die Unterstellung unter das Submissionsrecht, den Instanzenweg für Beschwerden oder spezielle Rechtsfragen, deren Beantwortung nicht unmittelbar aus den Erlassen möglich ist. Die Abklärungen waren zum Teil aufwendig, weil das Rechtsgebiet komplex ist und die Anfragen nicht immer eindeutig zu beantworten sind.

Auf der schweizerischen Website des öffentlichen Beschaffungswesens, www.simap.ch, wurden aus Obwalden 34 (2009: 23, 2008: 6) Ausschreibungen publiziert, im Wesentlichen aus dem Hoch- und Tiefbau.

Grundstückserwerb durch Personen im Ausland

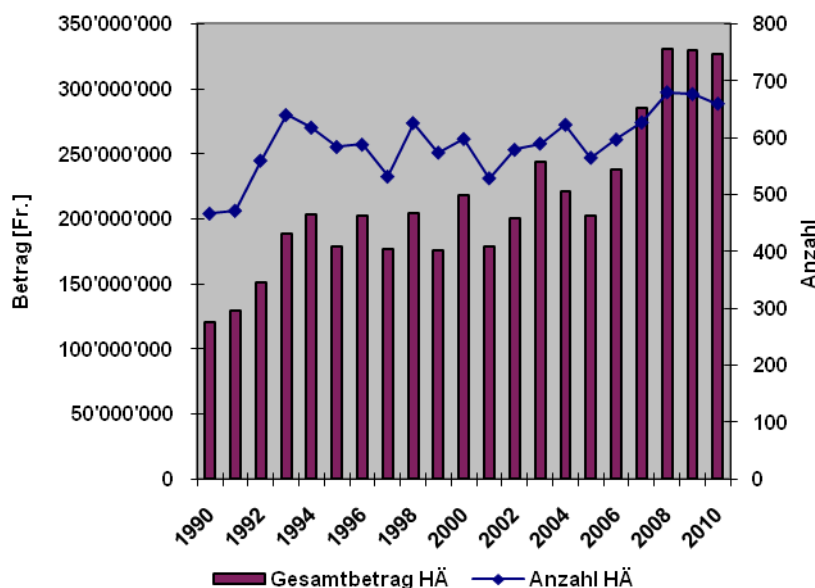
Im Vergleich zu den Jahren 2005 bis 2008 ist die Geschäftszahl stark zurückgegangen. Es wurden noch 17 neue Gesuche eingereicht. Davon betrafen 13 den Erwerb von Ferienwohnungen und Ferienhäuser, acht in Engelberg, drei in Sarnen, je eines in Kerns und Lungern. Zwei Gesuche wurden mit einem Feststellungsentscheid abgeschlossen.

412 Grundbuch / Vermessung / GIS Obwalden

Grundbuch Sarneraatal

Die Zahl der Grundbuchgeschäfte ging auf 2 191 (um 261 Geschäfte oder 11,2 Prozent) zurück, auch die Summe der Handänderungen hat mit 326.8 Millionen Franken (- 3.1 Millionen Franken) gegenüber dem Vorjahr leicht abgenommen. Die Summe der errichteten Grundpfandrechte ist um 57.8 Millionen auf 249.4 Millionen Franken zurückgegangen. Der Betrag der gelöschten Pfandrechte ist mit 119.8 Millionen Franken ungefähr gleich geblieben wie im Vorjahr. Auch die Anzahl der Gläubigerwechsel ist mit 654 fast gleich hoch wie im letzten Jahr.

Entwicklung Handänderungen ab 1990



Durch die Grundbuchbereinigung wurden 161 Geschäfte (Vorjahr 382 Geschäfte) zur Eintragung und Überführung ins Eidgenössische Grundbuch angemeldet. Stark zugenommen hat die Ausfertigung von Grundbuchauszügen, da bei allen Baueingaben von den zuständigen Behörden ein aktueller Grundbuchauszug verlangt wird.

Grundbuchbereinigung Sarnen und Kerns

Die Grundbuchbereinigung in Sarnen im Baugebiet Rüti, Seefeld ist abgeschlossen. Das Teilgebiet in Kägiswil; östlich der Brünigstrasse, ist ebenfalls vollständig bereinigt und beim Grundbuch angemeldet. Die elektronische Ersterfassung in der Gemeinde Sarnen wurde beschleunigt. Dadurch werden die bisherigen Grundbücher auf Papier abgeschlossen (Erfassung Wilen).

Die Grundbuchbereinigung in Kerns für die Teilgebiete Schneggenhubel, Foribach sowie Burgflue, Obermattli wurde aufgrund der grossen Anzahl von Grundstücken in zwei Teilbereiche aufgeteilt.

Das sehr zeitaufwendige ausserordentliche Ersitzungsverfahren nach Art. 662 ZGB konnte für die Gemeinden Sarnen und Kerns bis auf zwei Grundstücke vollständig abgeschlossen und beim Grundbuch angemeldet werden.

Grundbuch Engelberg

Die Zahl der Grundbuchgeschäfte betrug 1 992, die Summe der Handänderungen hat mit 124.3 Millionen Franken (- 5.4 Millionen Franken) gegenüber dem Vorjahr etwas abgenommen. Die

Summe der errichteten Grundpfandrechte ist um 57.8 Millionen auf 249.4 Millionen Franken zurückgegangen. Nur leicht gesunken ist auch die Summe der errichteten Grundpfandrechte auf 81.7 Millionen Franken (- 3.5 Millionen Franken). Heute ist der Inhaberschuldbrief das bevorzugte Sicherungsmittel. Er hat die bisherige Grundpfandverschreibung verdrängt.

Sämtliche Miteigentumsanteile sind inzwischen im EDV-Grundbuch erfasst. Abgesehen von fünf Ausnahmen konnten auch alle Stockwerkeinheiten ins elektronische Grundbuch überführt werden. Neben diesen Arbeiten wurden 3 415 Berichtigungen erledigt. Seit dem Frühjahr werden die Alprechte der vier Alpgenossenschaften Gerschni, Obhag, Stoffelberg und Wand im EDV-Grundbuch geführt.

Amtliche Vermessung

Nachdem 2009 die Amtliche Vermessung, AV93, abgeschlossen wurde, muss sie nun aufgrund der sich stetig verändernden Bedürfnisse und der Entwicklung in der Informationstechnologie laufend nachgeführt werden. Zusätzlich wurde die periodische Nachführung der Lagefixpunkte gestartet.

Noch immer gibt es bei der Erneuerung der Informationsebene Nomenklatur zeitliche Verzögerungen. Nach den Daten der Gemeinde Sachseln konnten nun auch die Daten der Gemeinde Kerns in das Grundbuch übertragen werden. Die Daten der Gemeinde Sarnen liegen vor, deren Anerkennung steht jedoch noch aus.

Geoinformation

Das Bundesgesetz über Geoinformation (GeolG) strebt eine breite Nutzung Geodaten in der erforderlichen Qualität und zu angemessenen Kosten an. Die Kantone müssen mit ihrer Gesetzgebung die Umsetzung sicherstellen. Darin ist auch ein Geobasisdatenkatalog für den Kanton und die Gemeinden zu bestimmen. Der Entwurf eines kantonalen Geoinformationsgesetzes ist in Vernehmlassung.

Die Zusammenarbeit von GIS Obwalden mit dem LIS Nidwalden hat sich weiterhin bewährt. Die Bedürfnisse und Projekte sind weitgehend identisch, so dass beide Kantone aus der Zusammenarbeit profitieren. Die bestehende Leistungsvereinbarung soll deswegen durch eine Beteiligung von Obwalden an der der LIS Nidwalden AG ersetzt werden. Die Regierungsräte beider Kantone haben sich im Grundsatz dafür ausgesprochen.

Die Anzahl der Datenabgaben durch GIS Obwalden hat im Vergleich zum 2009 von 625 auf 605 leicht abgenommen. Das Bearbeitungstempo konnte verbessert und Stillstandzeiten vermieden werden.

42 Amt für Arbeit

Das Amt für Arbeit ist die kantonale Stelle für Fragen und Belange des Arbeitsmarkts und des Arbeitsrechts. Zusammen mit dem Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum OW/NW und der Arbeitslosenkasse OW/NW in Hergiswil vollzieht es das Arbeitslosenversicherungsgesetz und fällt die Vorentscheide für Kurzarbeit und Schlechtwetter. Es ist Anlaufstelle für Personen ausländischer Nationalität im Zusammenhang mit ihren Bewilligungen für den Aufenthalt und die Erwerbstätigkeit. Es vollzieht die Ausländer- und Asylgesetzgebung und ist Koordinationsstelle bei Fragen der Integration von ausländischen Personen, der Rassismusbekämpfung und zu den Fahrenden. Die dem Arbeitsgesetz unterstellten Betriebe werden hinsichtlich der Vorsorge gegen Betriebsunfälle und Berufskrankheiten, dem Gesundheitsschutz, der Arbeitshygiene und dem Umgebungsschutz beraten und überwacht. Um- und Neubauten werden in feuerpolizeilicher Hinsicht beurteilt. Die Einhaltung der Vorschriften bezüglich des Messwesens und der Preisbekanntgabe, des Entsendegesetzes und des Bundesgesetzes gegen die Schwarzarbeit wird überwacht. Für das Markt-, Reisenden- und Unterhaltungsgewerbe, die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih, das Konsumkreditwesen und das Campieren werden die erforderlichen Bewilligungen erteilt. Zusätzlich ist es verwaltungsinterne Ansprechstelle für die Kantonale Ausgleichskasse und die IV-Stelle.

Zielerreichung

APL	Amtsprojekte 2010	Stand der Erfüllung
7	Die Verordnung über das Campieren ist überarbeitet.	Die Vorlage liegt in einem ersten Entwurf vor.
	Das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts ist verabschiedet.	Die verwaltungsinterne Vernehmlassung ist abgeschlossen.
	Die Verordnung zum Arbeitsgesetz ist angepasst.	Die Vorlage ist vom Kantonsrat erlassen worden.
7.3	Mit Unterstützung des Sicherheitsinstituts ist die Kontrolle und Umsetzung von Brandschutzmassnahmen in Beherbergungsbetrieben und Gebäuden mit grosser Personenbelegung sichergestellt.	Aufgrund des Leistungsauftrags sind zusammen mit dem Sicherheitsinstitut Zürich die ersten fünfzehn Objekte mit erhöhtem Brandrisiko und grosser Personengefährdung kontrolliert worden.
	Die Gesetzgebung zum Schutz vor Passivrauchen ist – was die baulichen Massnahmen betrifft – vollzogen.	Der Regierungsrat hat die Ausführungsbestimmungen erlassen. Zusammen mit den Einwohnergemeinden ist der Schutz vor dem Passivrauchen eingeführt.
13.4	Das elektronische Bürosystem ist eingeführt. Alle Mitarbeitenden sind in der Lage, Papierdossier korrekt einzuscannen und das System zu bedienen.	Das Datenmanagement-System ist eingeführt. Die elektronischen Dossierführung und –archivierung ist eingeleitet.
11.1	Das zwischen Bund und Kanton mit einem Leistungsvertrag vereinbarte Programmkonzept Integration 2009 – 2011 ist entsprechend der Ziele 2010 weitergeführt.	Das Konzept – insbesondere die Kurse für den Erwerb der deutschen Sprache – ist in den Gemeinden umgesetzt.
13.4	Die Einführung des biometrischen Ausländerausweises für Drittstaatenangehörige ist in Zusammenarbeit mit dem Passbüro sichergestellt.	Die biometrischen Ausländerausweise werden an neueinreisende Drittstaatenangehörige und im Verlängerungsverfahren abgegeben.

APL	Amtsprojekte 2010	Stand der Erfüllung
	Im Zusammenhang mit den Gemeinden ist ein Standort für einen Durchgangsplatz für Fahrende überprüft.	Die Einwohnergemeinden sind bei der Anfrage zu einem Standort für einen Durchgangsplatz für Fahrende noch nicht zu einem Ergebnis gelangt.
	<i>Weiteres Projekt ausserhalb der Amtsdauerplanung</i>	Die Ausführungsbestimmungen über die Höhe der Verwaltungskostenbeiträge bei der AHV sind vom Regierungsrat überarbeitet worden. Die verursachergerechte Anpassung hat zu einer Senkung der Verwaltungskostenbeiträge geführt.
	<i>Weiteres Projekt ausserhalb der Amtsdauerplanung</i>	Der Regierungsrat hat den Beitragssatz der Familienzulagen von 1.8 Prozent der AHV-bestimmenden Lohnsumme auf 1.5 Prozent gesenkt.
	<i>Weiteres Projekt ausserhalb der Amtsdauerplanung</i>	Die Ausführungsbestimmungen über die Vergütung von Krankheits- und Behinderungskosten bei den Ergänzungsleistungen werden auf den 1. Januar 2011 in Kraft gesetzt.

4200 Amtsleitung

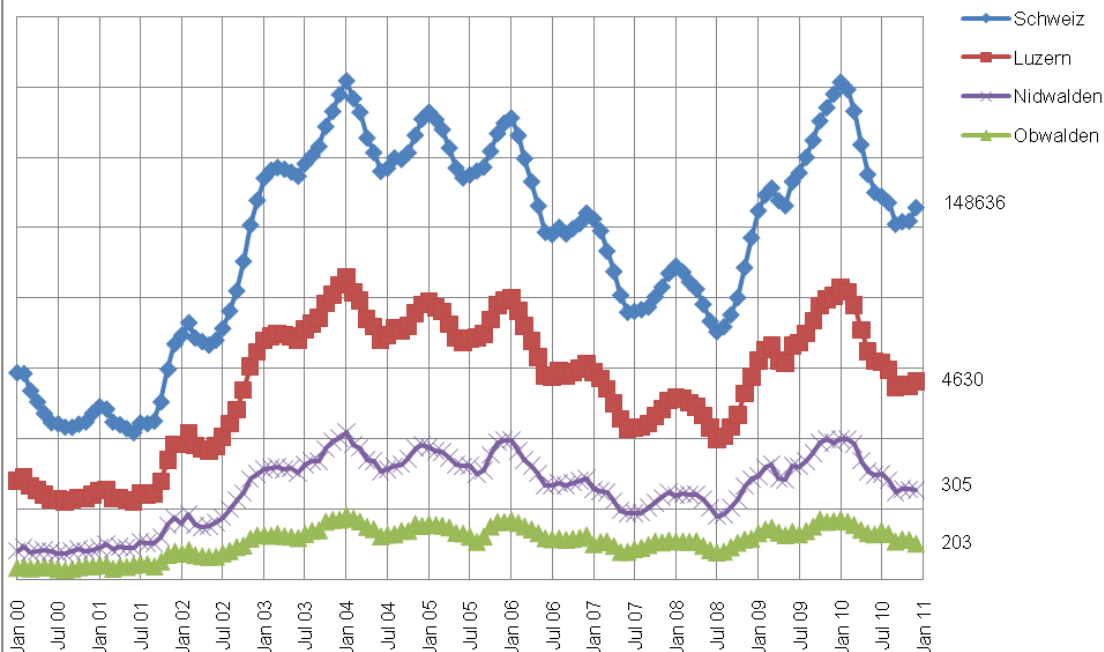
Die Arbeitslosigkeit sinkt

Der durch die Immobilien- und Finanzkrise verursachte abrupte Wirtschaftseinbruch ab Herbst 2008 ist vorbei. So rasch wie die Krise kam, so unerwartet begann bereits 2009 eine erstaunliche wirtschaftliche Erholung. In Obwalden trugen insbesondere die vorteilhafte Produktespezialisierung der Exportwirtschaft und die stabile schweizerische Binnennachfrage dazu bei, dass der tiefe Einschnitt im Konjunkturverlauf schon wieder ausgeglichen werden konnte. Seit Anfang Jahr sanken die Arbeitslosenzahlen rasant. Waren im Januar noch 339 Personen aus Obwalden beim Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum Ob- und Nidwalden als arbeitslos gemeldet, so waren es Ende 2010 noch 203 Personen. Die Arbeitslosenquote sank von 1.9 Prozent Ende 2009 auf 1.2 Prozent am Schluss des Jahres 2010 – also ein Rückgang von mehr als einem Drittel. Bemerkenswert ist, dass auch die Kurzarbeit wieder auf das Niveau vor der Krise gesunken ist.

Entwicklung der Arbeitslosigkeit von Januar 2000 bis Dezember 2010

Quelle: eigene Darstellung, Zahlen SECO

Sarnen, 25. Januar 2011

**Die Arbeitslosenversicherung wirkt richtig**

Die Instrumente der Arbeitslosenversicherung haben sich als selbsttätige, gefestigte Stabilisatoren bewährt. Der flexible und speditive Einsatz der Kurzarbeitsentschädigung hat den betroffenen Unternehmen geholfen, Schwankungen der Auftragseingänge auszugleichen und gleichzeitig die Liquidität zu sichern. Die Anzahl Ausfallstunden wegen Kurzarbeit haben sich um einen Faktor zehn verkleinert. Sie sind von 259 000 Stunden im Jahr 2009 auf 26 000 Ausfallstunden im Jahr 2010 gesunken. Die ausbezahlte Summe ist von rund 5.7 Millionen Franken auf 714 000 Franken zurückgegangen. Aus neun Betrieben haben 44 Personen Entschädigungen bezogen, weil deren Firma Insolvenz anmelden musste. 2009 waren es 36 Personen aus vier insolventen Betrieben.

Die stabile Wirtschaftserholung dürfte in vielen Branchen auch 2011 anhalten. Unsicherheiten bestehen weiterhin in Bezug auf die internationalen Finanzmarktprobleme. Der starke Schweizer Franken wird für die wechselkurssensitiven Branchen, wie den Tourismus und die Exportindustrie, weiterhin eine grosse Herausforderung bilden.

Schutz vor Passivrauchen

Da die Einwohnergemeinden schon für die Baubewilligungen und die Gastgewerbebewilligungen zuständig sind, wurde ihnen auch die Kompetenz für den Vollzug des Schutzes vor Passivrauchen und Erteilung von Bewilligungen für Raucherlokale erteilt. Durch die eingehende Information der Hotel- und Gastgewerbeverbände ist die Einführung des Schutzes vor Passivrauchen kaum auf Schwierigkeiten gestossen. Die Technischen Inspektorate haben zudem an Veranstaltungen und direkten Beratungen vor Ort orientiert.

4210 Abteilung Migration

Elektronische Dossierverwaltung eingeführt

In Zusammenarbeit mit dem Migrationsamt des Kantons Luzern wurde die elektronische Dossierverwaltung der ausländischen Personen installiert. Mit angeschlossen ist auch der Kanton Uri. Es folgt noch der Kanton Nidwalden.

Auch in Obwalden nimmt die Zuwanderung aus den EU/EFTA-Staaten zu

Die ständige ausländische Wohnbevölkerung hat im Jahr 2010 um 162 Personen zugenommen. Insgesamt lebten Ende 2010 4 656 ausländische Personen in Obwalden. Die Zuwanderung aus den EU/EFTA-Staaten steigt (+ 231), während die Zahl der Personen aus den Drittstaaten weiter abnimmt (- 69 Personen).

Dem Zuwachs um 715 Personen stehen 553 Abgänge gegenüber.

Herkunftsland	Bestand 31.12.2010	Veränderung zum Vorjahr
Deutschland	1 293	+ 111
Portugal	812	+ 60
Italien	349	+ 3
Österreich	124	+ 11
Niederlande	99	+ 8
Weitere aus EU/EFTA-Ländern		+ 39

Personen aus Deutschland werden in unterschiedlichen Branchen angestellt, während Arbeitskräfte aus Portugal mehrheitlich im Bau- sowie im Gastgewerbe tätig sind.

Zunahme im Bestand „Neue Asylgewährungen“

Nach wie vor werden 0.5 Prozent der neu eingereisten Asylsuchenden dem Kanton Obwalden zugewiesen. 2010 waren dies 64 Personen aus insgesamt zwölf Ländern. Am meisten Personen kamen aus:

Sri Lanka	13
Eritrea	13
Nigeria	5
Irak	4

2010 wurden 26 Asylsuchende (Vorjahr 10) als Flüchtlinge anerkannt. Sie stammen hauptsächlich aus Eritrea, Sri Lanka und dem Irak. Elf Personen erhielten vom Bund im Rahmen der Härtefallregelung eine kantonale Aufenthaltsbewilligung.

Mehr Ausschaffungshaftfälle und weniger Hafttage

2010 wurden 26 Personen zur Wegweisung in Ausschaffungshaft genommen. Davon konnten 19 Personen ausgeschafft werden. Vier Personen sind immer noch in Haft und drei Personen mussten wegen fehlender Vollzugsperspektive wieder entlassen werden. Insgesamt wurden 495 Hafttage benötigt (2009: 770). Davon konnten 148 Tagen im Gefängnis Sarnen vollzogen werden.

15 Personen konnten gestützt auf das Dublin-Abkommen in einen EU-Staat ausgeschafft werden. Die übrigen vier Personen wurden in das Herkunftsland zurückgeführt. Die Dublin-Fälle haben dazu geführt, dass weniger Hafttage benötigt wurden. Im Berichtsjahr kamen vier von den 15 ausgeschafften Personen in die Schweiz zurück und sind wieder im Wegweisungsverfahren.

Im Jahr 2010 haben 76 Asylsuchende den Asylprozess wie folgt beendet:

Grund	2005	2009	2010
Aufenthaltsregelung als Flüchtling	19	10	26
Aufenthaltsregelung als Härtefall	12	12	11
Aufenthaltsregelung durch Heirat	1	2	1
Kantonswechsel (durch Heirat)	0	0	0
Kontrolliert ausgereist	16	10	8
Ausgeschafft	7	14	19
Als verschwunden abgemeldet	29	24	8
Andere Gründe	3	1	3
Total	87	73	76

Integration durch Sensibilisierung

Mit dem „Frauenzmorgä“ gelang es nochmals, wie 2004, viele Einheimische und Fremdsprachige zu einem interessanten Podium einzuladen. Es entstanden gute Verbindungen und Netzwerke, die für eine erfolgreiche Integration wichtig sind. Gleichzeitig bestand die Gelegenheit, die Schlüsselpersonen der Gemeinden vorzustellen. Das sind Ansprechpersonen, die für die Integration zuständig sind. Fremdsprachige finden immer mehr den Weg zur Ansprechperson in der Gemeinde und lassen sich dort für den Besuch eines Sprachkurses beraten. Neben der Forderung an die Zugewanderten ist die Bereitschaft der Aufnahmegesellschaft ein wesentlicher Bestandteil, damit Integration gelingen kann.

Programmkonzept

Für die Umsetzung der Integration von Ausländerinnen und Ausländer war auch 2010 das im Jahre 2008 mit dem Bund vereinbarte Programmkonzept massgebend: Frühzeitiges Erkennen von Sprachdefiziten; Motivierung der Fremdsprachigen zum Sprachkursbesuch und Bereitstellen eines ausreichenden Deutschkursesangebots.

Deutsch-Unterricht während 4 584 Lektionen erteilt

35 fremdsprachige Personen haben im Jahr 2010 insgesamt 73 Sprachkurse besucht. Im Weiteren wurden folgende Projekte durchgeführt:

Projekt	Trägerschaft / Einzugsgebiet	Ziel
Muki-Deutsch	Gemeinde Sachseln Sarneraatal	Fremdsprachige Mütter lernen mit ihren Kindern Deutsch.
Offene Tür	Privat Sarneraatal	Einheimische und zugewanderte Frauen unterstützen sich in Alltagsthemen und der Integration.
Frau-Ki	Privat Sarneraatal	Fremdsprachige Mütter lernen zusammen mit ihren Kindern Deutsch. Sie können sich im Alltag verständigen und lernen sich im öffentlichen Bereich orientieren (Schule, Arzt, Behörden).
Kindergarten-Vorbereitungskurs	Schule Sarnen	Fremdsprachige Kinder und Eltern sind auf den Kindergarten Eintritt vorbereitet.
Vierplusvier	Gemeinde Sarnen	Neuzuziehende fremdsprachige Schülerinnen und Schüler haben Grundkenntnisse in der deutschen Sprache und sind in die schweizerische Kultur eingeführt.

4220 Technische Inspektorate

Arbeits- und Ruhezeit

Gesamthaft wurden 20 Sonntags- und Nachtarbeitsgesuche gestellt. Davon konnten alle ein dringendes Bedürfnis nachweisen und bewilligt werden. Gegenüber 2009 fielen weniger Feiertage auf einen Werktag.

Arbeitszeitbewilligungen	2005	2009	2010
Sonntagsarbeit	20	17	12
Nachtarbeit	6	10	8
2-Schicht	2	0	0
3-Schicht	2	1	8
Total Arbeitszeitbewilligungen	30	28	28

Planbegutachtung

Für gewerbliche Neubauten und Renovationen wurden 33 Planbegutachten erstellt. Mit diesen Beurteilungen konnte bereits in der Planungsphase die Bauherrschaft oder die Architekten auf die gesetzlichen Grundlagen der Arbeitssicherheit aufmerksam gemacht werden.

Art der Arbeit	2005	2009	2010
Planbeurteilung gewerbliche Betriebe ArG	40	15	33
Plangenehmigung industrielle Betriebe	4	4	7

Brandschutzkontrollen bei Beherbergungsbetrieben und Betrieben mit grosser Personenbelegung

Die meisten der 123 eingereichten Baugesuche betrafen grössere Wohn- oder Gewerbebauten. Speziell zu erwähnen sind die komplexen und grossen Bauobjekte wie der Umbau der Hotels und Restaurants auf dem Pilatus und der Neubau/Umbau der Kantonsschule Sarnen.

Brandschutz	2005	2009	2010
Baugesuche Bauplänen	41	115	123
Planbesprechungen	41	33	87
Feuerschau	6	56	70
Kontrolle Sprinkleranlagen	1	3	13
Kontrolle Brandmeldeanlagen	1	3	12

Das Sicherheitsinstitut Zürich unterstützte die Technischen Inspektorate im Rahmen der Leistungsvereinbarung bei den periodischen Brandschutzkontrollen von Beherbergungsbetrieben und Betriebe mit grosser Personenbelegung. Insgesamt wurden fünfzehn Hotels und Schulhäuser überprüft. Mehrheitlich gab es Beanstandungen bei Flucht- und Rettungswegen. Die Betriebe haben nun die Auflagen der Sicherheitsvorschriften umzusetzen.

Messwesen

Der Vollzug des Messwesens konnte im Kanton Obwalden ohne grössere Probleme durchgeführt werden. Wie in den Vorjahren konnten wir auf die gute Zusammenarbeit mit dem Eichamt Luzern zählen.

4221 Gewerbebewilligungen

Reisendenkarten

Im Kanton gibt es zwei Firmen, die vom Amt für Arbeit berechtigt wurden, die Ausweiskarten für ihre Reisenden auszustellen. Seit Mai 2008 ist es möglich, ablaufende Reisendenkarten zu verlängern.

	2005	2009	2010
Reisendenkarten neu	48	80	95
Reisendenkarten Verlängerungen	0	6	4
Total	48	86	99

Preisbekanntgabe

Der Vollzug der Verordnung des Bundes über die Preisbekanntgabe wurde mit einigen Stichproben vor Ort sowie durch Prüfen von Inseraten umgesetzt.

43 Amt für Landwirtschaft und Umwelt

Das Amt für Landwirtschaft und Umwelt ist Anlaufstelle für die Bereiche Landwirtschaft, Umweltschutz und Gewässerschutz sowie Fischerei. Es berät und unterstützt Bäuerinnen und Landwirte bei Fragen der Betriebswirtschaft, der Alpwirtschaft, der Tierhaltung, der Milchwirtschaft, des Marketings, des Pflanzenbaus, der Ökologie, des Tier- und Gewässerschutzes sowie der Strukturverbesserungen. Es ist zuständig für das Boden- und Pachtrecht, die Ausrichtung der Investitionshilfen (Beiträge und Investitionskredite), der Betriebshilfedarlehen, der Umschulungsbeihilfen sowie der Beiträge zur Verbesserung der Wohnverhältnisse im Berggebiet (WS Beiträge). Es wirkt mit bei der Beurteilung der Gesuche bei nicht versicherbaren Elementarschäden auf land- und alpwirtschaftlichen Nutzflächen. Im Weiteren werden die Agrardatenerhebung als Grundlage für die Auszahlung der Direktzahlungen und Stellungnahmen zu Baugesuchen ausserhalb der Bauzonen und zur Zonenplanung erarbeitet.

Die Abteilung Umwelt koordiniert die kantonalen Umweltschutzaufgaben. Diese umfassen im Umweltschutz die Fachgebiete Umweltverträglichkeit, Luftreinhaltung, Lärmschutz, Störfallvorsorge, Nichtionisierende Strahlung, Abfallbewirtschaftung, Bodenschutz sowie die umweltgefährdenden Stoffe. Im Gewässerschutz sind es die Fachbereiche Abwassersammlung und -reinigung, Grund- und Trinkwasserschutz sowie Tankanlagen. Im Weiteren ist sie für die Fischerei zuständig und stellt Fischerpatente aus.

Zielerreichung

APL	Amtsprojekte 2010	Stand der Erfüllung
2.3	Das interkantonale Projekt zur Reduktion der Ammoniak- und Geruchsemissionen aus der Landwirtschaft (Ressourcenprogramm) wird nach den Vorgaben des Bundes und des Kantons umgesetzt.	Das Projekt wurde gemeinsam mit den Kantonen Uri, Schwyz, Nidwalden und Zug am 1. Januar 2010 gestartet.
2.3	Die landwirtschaftlichen Sonderzonen sind für die raumplanerische Festlegung bestimmt. (Übertrag 2009)	Der Regierungsrat hat den Bericht mit den ausgeschiedenen Zonen verabschiedet.
2.3	Die Milchproduzenten sind über das nationale Projekt „Kostenoptimierung in der Milchproduktion“ orientiert und zur Teilnahme motiviert.	Bei verschiedenen Informationsveranstaltungen wurden die Milchproduzenten orientiert.
13.4	Die digitale Erfassung der Strukturdaten der Landwirte über das Internet ist überprüft. Eine Machbarkeitsabklärung und Kostenschätzung liegt vor.	Die digitale Erfassung ist möglich. 2010 machten bereits 26 Landwirte davon Gebrauch.
2.3	Der mittelfristige Bedarf an Finanzhilfen der öffentlich-rechtlichen Körperschaften im Tiefbau und bei Alpverbesserungen wird mittels Umfrage abgeschätzt.	Die Umfrage wurde durchgeführt und wird zurzeit ausgewertet.
2.3	Die Wirksamkeit und Notwendigkeit der Strukturverbesserungsbeiträge für Ökonomiegebäude werden überprüft	Die Ergebnisse dienen als Grundlage für die Weiterentwicklung der zukünftigen Strukturverbesserungsmassnahmen.
9	Die Abfallplanung des Kantons Obwalden in Zusammenarbeit mit Nidwalden liegt zur Verabschiedung durch den Regierungsrat vor.	Ein Entwurf liegt vor und wird anfangs Jahr 2011 dem Regierungsrat unterbreitet.
9	Die Verfügungen zur Sanierung der Wasserentnahmen im Engelbergertal sind erlassen.	Aufgrund von nicht beeinflussbaren Verzögerungen durch einen Kraftwerkbetreiber noch nicht erfolgt.

APL	Amtsprojekte 2010	Stand der Erfüllung
9	Die Sanierung der Wasserentnahme in den Melchtälern in Zusammenhang mit der Aufhebung des EWO-Werkes Kaiserstuhl ist geregelt.	Der Entwurf des Sanierungsberichts und die Stellungnahme des BAFU dazu liegen vor. Die Sanierungsverfügungen werden 2011 erlassen.
9	Der Massnahmenplan Luftreinhaltung II ist umgesetzt.	Der Massnahmenplan ist – soweit vom Kanton beeinflussbar – umgesetzt.
	Die Eigenbewirtschaftung des Lungernersees ist mit der Gemeinde Lungern geregelt.	Die Eigenbewirtschaftung ist durch den Erlass von Ausführungsbestimmungen und Abschluss einer Vereinbarung geregelt.
7.2	Das Schadensregister ABC ist mit dem kantonalen Führungsstab erarbeitet.	Die Erarbeitung mit dem kantonalen Führungsstab ist noch nicht erfolgt. Das Risikoportfolio liegt vor.
9	Die belasteten Standorte, deren Schadstoffe negative Auswirkungen auf die Umwelt haben, sind bekannt.	Der Kataster der belasteten Standorte liegt vor.

4300 Amtsleitung

Ammoniakprojekt ist gestartet

Das interkantonale Projekt zur Reduktion der Ammoniak- und Geruchsemissionen aus der Landwirtschaft (Ressourcenprogramm) wurde erfolgreich gestartet. Daran beteiligt sind die Kantone Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden und Zug. Das Projekt wurde unter der Leitung des Kantons Obwalden gemeinsam mit den Umweltschutzämtern und den landwirtschaftlichen Berufsverbänden der beteiligten Kantone erarbeitet. An verschiedenen Beratungsveranstaltungen wurde den Landwirten das Projekt mit den Massnahmen zur Zielerreichung vorgestellt. Als wirksamste Massnahme gilt dabei der Einsatz eines Schleppschlauchverteilers beim Ausbringen der Gülle.

93 Betriebe (15 Prozent) haben sich 2010 am Ammoniakprojekt im Kanton Obwalden beteiligt und auf 2 290 ha Landwirtschaftlicher Nutzfläche die Gülle mit dem Schleppschlauchverteiler ausgebracht. Das zu 80 Prozent vom Bund unterstützte Projekt läuft bis 2015 und hat zum Ziel, dass rund 60 Prozent, d.h. rund 400 Betriebe in Obwalden am Projekt mitmachen.

Massnahmen zur Luftreinhaltung wurden umgesetzt

Von dem vom Regierungsrat 2008 beschlossenen Massnahmenplan zur Luftreinhaltung ist neben

- dem Rabattsystem in den kantonalen Motorfahrzeugsteuern,
- der Partikelfilterpflicht für Fahrzeuge und Maschinen im ortsfesten Einsatz,
- dem kantonalen Verbot für die Verbrennung von Wald-, Feld- und Gartenabfällen im Freien,

nun die

- Reduktion Ammoniakverluste in der Landwirtschaft
- in der Umsetzung.

Die Massnahmen „Saubere Fahrzeugflotten in den kantonalen Verwaltungen und von beauftragten Dritten“ und „Erhöhung der Energieeffizienz in kantonalen Liegenschaften“ werden von interkantonalen Arbeitsgruppen der Luftreinhalte- bzw. Energiefachstellen zur Umsetzung vorbereitet. Die Massnahme, welche vorsieht, Schiffe der Berufsschifffahrt mit Partikelfiltersystemen nachzurüsten, wurde sistiert, weil dazu der Bund eine eigene Weisung erarbeitet hat.

Abfallplanung 2010-2020

Gemäss Bundesgesetz über den Umweltschutz und der Technischen Verordnung über Abfälle erstellen die Kantone eine Abfallplanung und führen diese periodisch nach. Die letzte Abfallplanung stammt aus dem Jahr 1997. Ende 2009 gaben die zuständigen Departemente der Kantone Obwalden und Nidwalden gemeinsam eine neue Abfallplanung 2010-2020 in Auftrag. Der bereinigte Bericht liegt vor.

4311 Beratung

Weiterbildungsveranstaltungen sind gefragt

Die Weiterbildungs- und Beratungsveranstaltungen werden zusammen mit den bauerlichen Organisationen und den landwirtschaftlichen Beratungsdiensten der Kantone Uri, Obwalden und Nidwalden geplant und zu einem Weiterbildungsprogramm zusammengeführt. Im Rahmen dieses überkantonalen Angebots wurden 95 Veranstaltungen durchgeführt. Insgesamt haben 2 774 Personen, davon 1 204 bzw. 43 Prozent aus Obwalden, teilgenommen. Durchschnittlich waren 30 Personen anwesend.

Nebst den Informationen über die Direktzahlungen haben vor allem Vorträge über Tierschutz, Tierseuchenbekämpfung sowie Tierzucht interessiert. Mit dem wirtschaftlichen Druck und der Regulungsdichte in der Landwirtschaft bekunden die Betroffenen zunehmend Mühe, was vermehrt zu einzelbetrieblichen Beratungen führt. Dabei geht es um Fragen im Zusammenhang mit dem Gesetzesvollzug (z.B. Tierschutz), der Pacht, dem Bodenrecht sowie familiären Problemen.

UNO-Jahr der Biodiversität - Vielfalt aus Obwaldner Bauernhand

Aufgrund des UNO-Jahres der Biodiversität 2010 wurden zusammen mit dem Amt für Wald und Landschaft sowie dem Obwaldner Bauernverband die vielfältigen ökologischen Leistungen der Land- und Alpwirtschaft dargestellt. Durch Informationstafeln an viel begangenen Orten in den Gemeinden, durch Flyer, mit einer Ausstellung verschiedener Rinderrassen an der Kantonalen Viehschau in Sarnen sowie durch die Medienpräsenz und einen gemeinsamen Auftritt der organisierenden Institutionen am Sarner Wochenmarkt konnten die ökologischen Leistungen der Obwaldner Land- und Alpwirtschaft dargelegt und das Gespräch zwischen Landwirtschaft und Konsumenten gefördert werden.

Obwalden als Testregion des Nationalen Forschungsprojekts AlpFUTUR

Mit diesem Verbundprojekt werden die Auswirkungen der Nutzung der Sömmerungsweiden in der Schweiz aufgrund des Klimawandels und der Veränderung der Agrarstrukturen erforscht. Das Projekt wird von den landwirtschaftlichen Forschungsanstalten ausgeführt. Neben Mesocco, Visp, Scuol wurde auch das obere Sarneraatal als Region für die Fallstudie gewählt. Es galt die fachlichen Grundlagen für diese Arbeit bereitzustellen und das Projekt zu begleiten.

Innovative Landwirtschaft: Vom Wein bis zur Schokolade

Mit Beiträgen werden besonders innovative Projekte in der Landwirtschaft unterstützt. Diese müssen den Absatz der eigenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse beleben und zu einer Verbesserung der Wertschöpfung für die Landwirtschaft führen. Im Berichtsjahr konnten die Projekte „Rebberg Landenberg und Erstellung einer Weinkelterei“, Sarnen, sowie „Miggis Schoggi-Gädäli“, Kerns, ausgezeichnet werden. Letzteres beinhaltet die Herstellung verschiedener Konfiseriewaren durch eine Bauernfamilie, wobei möglichst Zutaten aus dem eigenen Betrieb und aus der Region verwendet werden.

Bautätigkeit in der Landwirtschaftszone nimmt zu

202 Bauvorhaben ausserhalb der Bauzone wurden aus landwirtschaftlicher Sicht zu Handen des Bau- und Raumentwicklungsdepartements beurteilt. In den letzten fünf Jahren waren es

durchschnittlich 143 Baugesuche. Die Zunahme ergab sich vor allem bei Stallgebäuden, die aufgrund der Änderung der Tierschutzbestimmungen und der Betriebsstrukturen sowie der Optimierung der Arbeitsabläufe angepasst werden mussten. Geprüft werden insbesondere die Zonenkonformität und die landwirtschaftlichen Notwendigkeit.

4312 Strukturverbesserungen

Zinslose Darlehen gefragter denn je

Der Landwirtschaft stehen öffentliche Finanzhilfen in Form von zinslosen Darlehen (Investitionskredite) sowie Beiträgen à fonds perdu für Strukturverbesserungsmassnahmen zur Verfügung.

Trotz der günstigen Bedingungen für die Aufnahme von Krediten auf dem Geldmarkt ist die Nachfrage an zinslosen Investitionskrediten gross: 2010 wurde an 31 Projekte Investitionskredite in der Höhe von total Fr. 5 781 600.– zugesichert (2009: 24 Projekte mit total Fr. 3 137 000.–). Gestützt auf einen Kantonsratsbeschluss wurde unter anderem die Sanierung der Wasserversorgung Flüeli-Ranft unterstützt, da diese mehrheitlich der Landwirtschaft dient.

Verfügte Finanzhilfen und Investitionsvolumen 2010

Kategorien	Finanzhilfen ¹⁾ Fr.		Investitionsvolumen ²⁾ Fr.
	Investitionskredite ³⁾	Beiträge ⁴⁾	
11 Heimställe (davon 6 für Verkehrsmilch)	1 200 600.–	1 059 584.–	5 569 774.–
3 Wohnhäuser	560 000.–	300 000.– ⁵⁾	2 778 428.–
10 Starthilfen für Betriebsübernahmen	1 360 000.–	0	
Diversifizierungen	1 557 000.–	150 000.– ⁵⁾	3 603 477.–
2 Alpgebäude	159 000.–	102 400.–	766 800.–
Erschliessungen, Wasser- und Stromversorgungen	945 000.– (inkl. Baukredite)	834 606.–	2 766 128.–
Projekte regionaler Entwicklung (Vorabklärungen)	0	20 000.–	
Total	5 781 600.–	2 466 590.–	15 484 607.–

¹⁾ durch Bund und Kanton verfügte Finanzhilfen

²⁾ Investitionsvolumen der mit Finanzhilfen unterstützten Objekte gemäss Angaben der Bauherrschaft

³⁾ Bundesmittel ohne Beteiligung des Kantons

⁴⁾ Bundes- und Kantonsbeitrag

⁵⁾ Kantonale Beiträge

Das Investitionsvolumen für das Baugewerbe der unterstützten Projekte beträgt knapp 15.5 Millionen Franken. Der Finanzbedarf überschreitet die jährlich von Bund und Kanton zur Verfügung stehenden Beiträge. Dadurch ist in den nächsten Jahren bei den Beiträgen, mit Ausnahme der kantonalen Beiträge für Wohnhäuser, mit einer Wartezeit von drei bis vier Jahren zu rechnen.

Michwirtschaftsbetriebe werden flächenmässig grösser

Aufgrund der starken Veränderungen auf dem Milchmarkt mit sinkenden Milchpreisen hat die landwirtschaftliche Beratung in Zusammenarbeit mit den andern Zentralschweizer Kantonen über das nationale Projekt „Kostenoptimierung in der Milchproduktion – Mit Milch Geld verdienen“ orientiert. Rund 40 Landwirte liessen darauf die Milchproduktionskosten berechnen und haben für ihre Betriebe produktionskostensenkende Massnahmen ableiten und umsetzen können.

Die Betriebsstruktur der unterstützten Stallbauten für die Verkehrsmilchproduktion mit durchschnittlich 18.8 ha Landwirtschaftliche Nutzfläche und einem Viehbestand von 36 Grossvieheinheiten (GVE) hat sich gegenüber 2009 weiter erhöht. (2009: 17.6 ha, 31 GVE). Hingegen ist das durchschnittliche Milchlieferrrecht mit 106 217 kg tiefer als im Jahr davor (2009: 130 490 kg).

Strukturen der mit Investitionshilfen unterstützten Betriebe, 2010

Kategorien	Fälle	Alter Betriebsleiter Jahre	LN ¹⁾ (ha)	RGVE ²⁾	SAK ³⁾	Milchlieferrrecht kg	Art der Unterstützung
Stallbauten (Neu- und Umbauten) für die Verkehrsmilchproduktion	6	43	18.8	36	2.14	106 217	IK ⁴⁾ und Beiträge
Hofübernahme durch Junglandwirte (Starthilfe)	10	29	15.7	25.3	2.01	86 825	IK
Mittelwert aller unterstützten Betriebe		36	16.5	28.0	1.96	99 268	IK und Beiträge

¹⁾ Landwirtschaftliche Nutzfläche in ha

²⁾ raufutterverzehrende Grossvieheinheiten

³⁾ SAK = Standard-Arbeitskräfte

⁴⁾ Investitionskredit

Unterstützung der Biogas- und Kompostierungsanlage Kägiswil

Die Biogas- und Kompostierungsanlage Kägiswil der Naturaenergie AG wurde mit einem kantonalen Strukturverbesserungsbeitrag sowie einem Investitionskredit des Bundes unterstützt. Die Aktien der Naturaenergie AG sind im Besitze von sieben Tierhaltern in unmittelbarer Nähe der Anlage. Die Anlage mit den Gesamtkosten von knapp Fr. 3 400 000.– wird aus der Vergärung von Hofdüngern der umliegenden Betriebe, Grüngut aus den Gemeinden und Co-Substrat in Zukunft über eine Million kWh Ökostrom pro Jahr produzieren.

Bodenrecht

2010 wurden 119 Bodenrechtsentscheide (Vorjahr 105) gefällt. 23 Wohnhäuser, die für die landwirtschaftliche Nutzung des Grundstücks nicht mehr benötigt werden, wurden vom landwirtschaftlichen Grundstück abparzelliert und aus dem Geltungsbereich des Bundesgesetzes über das Bodenrecht (BGBB) entlassen.

Der durchschnittlich bezahlte Preis für Landwirtschaftsland (ohne Gebäude) der letzten fünf Jahren über alle Gemeinden und Zonen des Kantons betrug knapp Fr. 3.– pro m².

4321 Direktzahlungen

Direktzahlungen erstmals über 30 Millionen Franken

Die Direktzahlungen an die Landwirtschaft nach der Direktzahlungsverordnung, Öko-Qualitätsverordnung und Sömmerungsbeitragsverordnung überschritten 30 Millionen Franken. Die Hauptgründe waren insbesondere die Erhöhung der Beiträge für Hanglagen sowie die Erhöhung der Beitragsansätze Sömmerung.

Direktzahlungen in Franken für die Obwaldner Landwirtschaft

Direktzahlungen	2005	2009	2010
Direktzahlungsverordnung (DZV)	23 953 909	25 523 410	26 203 714
Öko-Qualitätsverordnung (ÖQV) ¹⁾	303 457	855 160	897 885
Sömmerungsbeitragsverordnung (SöBV)	2 746 508	2 926 870	3 017 841
TOTAL	27 003 874	29 305 440	30 119 440
Vergleich zu 2005	100%	109%	112%

¹⁾ inklusive Kantonsanteil von 10% (2005) bzw. 20% (2010)

Die Anzahl der berechtigten Betriebe für Beiträge nach der Direktzahlungsverordnung ist von 733 Betrieben im Jahre 2000 auf 635 Betriebe im Jahre 2010 zurückgegangen. Obwohl die Direktzahlungen in den letzten zehn Jahren merklich gestiegen sind, sank das landwirtschaftliche Einkommen. Die Erhöhung der Direktzahlungen konnte die sinkenden Produzentenpreise nicht ausgleichen. Durch die Öffnung der Agrarmärkte und den Abbau der Marktstützung sanken diese stark.

Kontrolle der Sömmerungsbetriebe für gut befunden

Das Bundesamt für Landwirtschaft hat im Rahmen seiner Aufsichtspflicht im Kanton Obwalden eine Oberkontrolle über die Beitragsberechtigung der Sömmerungsbeiträge 2010 und die Durchführung der vorgegebenen Kontrolltätigkeit vorgenommen. Auf drei Alpen im grossen Melchtal wurde die Kontrolle vor Ort direkt durchgeführt. Der Vertreter des Bundesamts bestätigten dem Kanton Obwalden sowohl einen korrekten Vollzug der Sömmerungsbeiträge wie auch eine fachlich und methodisch kompetente Kontrolle.

Arbeitsteilige Jungviehaufzucht ist ausbaufähig

Milchviehbetriebe, welche die Jungviehaufzucht auf einen Partnerbetrieb im Kanton Obwalden auslagern, erhalten seit 2008 einen Beitrag von Fr. 300.– je Aufzuchtrind. Diese kantonale Massnahme soll die überbetriebliche Zusammenarbeit fördern, einen Anreiz für die Spezialisierung und Professionalisierung schaffen sowie einen Beitrag zur Kostensenkung leisten. Mit weiteren Beratungsanstrengungen soll die Beteiligung an diesem Programm gefördert werden. 2010 erfüllten 91 Tiere von 23 Gesuchstellern die Bedingungen und erhielten die entsprechende finanzielle Unterstützung.

433 Umwelt**4331 Gewässer und Umweltschutz****ARA Sarneraatal wird ausgebaut**

Die Abwasserreinigungsanlage Sarneraatal ist an ihre Kapazitätsgrenze gestossen und erfüllt die Anforderungen der Gewässerschutzgesetzgebung nur noch teilweise. Die Projektierungsarbeiten für den bevorstehenden Ausbau werden durch die Abteilung Umwelt begleitet. 2010 wurden die Ausbauziele festgelegt und verschiedene Systeme miteinander verglichen. Gleichzeitig wird für die angeschlossenen Gemeinden ein neuer Kostenverteiler ermittelt. Um dem Verursacherprinzip besser gerecht zu werden, berücksichtigt der Kostenverteiler neu die Menge und den Verschmutzungsgrad des Abwassers.

Kleinkläranlagen funktionieren gut

Im Berichtsjahr 2010 wurden vier Kleinkläranlagen neu bewilligt. Damit sind in Obwalden 97 Kleinkläranlagen in Betrieb. Seit 2006 wird für diese Anlagen ein Servicevertrag verlangt, welcher auch eine Untersuchung des gereinigten Abwassers umfasst. Die Resultate zeigen, dass rund 80 Prozent der Anlagen sehr gut funktionierten und alle Anforderungen erfüllten. Bei

17 Prozent entsprachen eine Messgrösse, bei drei Prozent mehrere Messgrössen nicht den Anforderungen der Gewässerschutzgesetzgebung. Entsprechende Massnahmen wurden eingeleitet.

Untersuchungen im Grundwasser von Engelberg und Sarnen

Seit November 2010 sind in Engelberg drei permanente Grundwassermessstellen in Betrieb. Die installierten Datenlogger zeichnen stündlich den Grundwasserspiegel auf und liefern damit über längere Zeit wichtige Informationen über die Grundwasserverhältnisse in Engelberg. Zusammen mit der 2009 erstellten Grundwasserkarte bilden sie Entscheidungsgrundlagen für die Beurteilung von Bauten im Grundwasser.

Im Grundwasserschutzareal Hasli in Sarnen wurde Ende 2010 eine provisorische Schutzzonenausscheidung in Auftrag gegeben. Dies war notwendig, weil die Lage der bestehenden Grundwasserfassung Spitalgarten nicht mehr dem geltenden Gewässerschutzrecht entspricht. Zudem bestehen auch im Schutzareal Hasli bereits einige Nutzungskonflikte. Das Ergebnis der provisorischen Schutzzonenausscheidung wird im Frühjahr 2011 vorliegen und eine genauere Festlegung der vorgeschriebenen Nutzungsbeschränkungen erlauben.

Restwasser in Fliessgewässern ist zwingend

Das Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer schreibt bei Wasserentnahmen aus Fliessgewässern vor, dass eine Mindestrestwassermenge im Gewässer belassen werden muss. Wasserentnahmen, welche vor Inkrafttreten dieser Bestimmung bewilligt wurden, sind so weit zu sanieren, dass dies ohne entschädigungsbegründende Eingriffe in bestehende Wassernutzungsrechte möglich ist.

Der zusammen mit dem Kanton Nidwalden in Auftrag gegebene Bericht, über Sanierungsvarianten für Wasserentnahmen im Engelbergertal wurde mit den Kraftwerkbetreibern besprochen. Die Sanierung muss spätestens Ende 2012 umgesetzt sein.

Im Zusammenhang mit dem Ersatz des Kraftwerks Kaiserstuhl des EWO müssen auch die Wasserentnahmen an der Grossen und Kleinen Melchaa saniert werden. Der Sanierungsbericht liegt im Entwurf vor, sodass 2011 die Restwassermenge festgelegt werden kann.

Ökologische Bewertung des Seeufers des Vierwaldstättersees ist gut

Im Auftrag der regierungsrätlichen Aufsichtskommission Vierwaldstättersee wurde eine Seeuferbewertung des Vierwaldstättersees durchgeführt. Der Bericht zeigt auf, dass grosse Teile der neun Kilometer langen Uferstrecke auf Obwaldner Gebiet mit Flachwasserzonen ausgestattet sind und sich in einem natürlichen bzw. naturnahen Zustand befinden (z.B. Städerried). Er dient als Grundlage für den Schutz der bestehenden natürlichen Gebiete und die Aufwertung der beeinträchtigten Uferstrecken.

Wald-, Feld- und Gartenabfällen dürfen nicht im Freien verbrannt werden

Die Luftreinhalte-Verordnung des Bundes und der Massnahmenplan Luftreinhaltung verbietet das Verbrennen von Wald-, Feld- und Gartenabfällen. Bewilligungspflichtige Ausnahmen sind phytosanitarische Massnahmen, die Verhinderung von Verklausungen in Fliessgewässern in unzugänglichen Gebieten und Ausnahmesituationen, die im Einzelfall beurteilt werden. 2010 wurden 27 Gesuche um Ausnahmebewilligung beurteilt, 17 Gesuche weniger als im Vorjahr. Drei Gesuche wurden nicht bewilligt, weil sie die Bewilligungskriterien nicht erfüllten.

Erstmals Emissionskontrolle von grossen Holzfeuerungen

Für die Heizperiode 2009/2010 wurde erstmals für messpflichtige Holzfeuerungen eine Emissionskontrolle veranlasst. Bei allen Holzfeuerungen ab einer Feuerungswärmeleistung von 70 kW und sämtliche Restholzfeuerungen ab 40 kW. werden der Ausstoss an Kohlenmonoxid und

Staub gemessen. Von den 55 Holzfeuerungen hielten 12 Anlagen die Grenzwerte nicht ein. Diese Holzfeuerungen mussten neu reguliert werden und haben danach die Vorgaben erfüllt.

Tankanlagen werden laufend ausser Betrieb genommen

Der Bau neuer Heizöltankanlagen hat in den letzten Jahren deutlich abgenommen. 2010 wurden wiederum viele Heizöltankanlagen ausser Betrieb gesetzt. Ein Grund dafür ist, dass manche Tankeigentümer ein anderes Heizsystem einbauen liessen oder ihre Liegenschaften an bestehende und neue Wärmeverbünde angeschlossen haben. Dementsprechend sinkt der Kontrollaufwand.

Deponienotstand behoben

Im Oktober 2010 wurde die Betriebsbewilligung für die Inertstoffdeponie für unverschmutzten Aushub Unterhus in Kerns erteilt. Mit einem Volumen von 126 000 m³ handelt es sich um eine eher kleine Deponie. Trotzdem kann damit der Deponiebedarf für unverschmutzten Aushub vorübergehend abgedeckt werden. Im Raum Engelberg steht für die Ablagerung von unverschmutztem Aushub nach wie vor die Inertstoffdeponie Rapperschwändi zwischen Grafenort und Engelberg zur Verfügung.

Im Dezember 2010 setzte der Regierungsrat die Deponiezone Stuechferich in Kraft. Sie weist ein Volumen von 550 000 m³ für unverschmutzten Aushub und 94 000 m³ für Inertstoffe (Bauabfälle) auf und wird voraussichtlich Mitte 2011 die Betriebsbewilligung erhalten. Damit wird der in den vergangenen Jahren vorhandene Engpass für die Deponierung von unverschmutztem Aushub endgültig behoben. Durch Überprüfen der Eingangskontrollen sowie Kontrollen vor Ort sorgt die Abteilung Umwelt dafür, dass die Deponien korrekt betrieben werden und nur bewilligtes Material abgelagert wird.

Kataster der belasteten Standorte liegt vor

Ende 2010 waren 159 Standorte im Kataster der belasteten Standorte (KbS) eingetragen. Diese unterteilen sich in 52 Ablagerungsstandorte und 107 Betriebsstandorte. 67 Standorte stellen keine Gefährdung der Umwelt dar. Für diese Standorte besteht deshalb kein Handlungsbedarf. Ein Grossteil der restlichen Standorte muss hinsichtlich Überwachungs- oder Sanierungsbedarf noch untersucht werden.

Gemeinsame Bodenüberwachung in der Zentralschweiz

Um Synergien zu nutzen und das Fachwissen optimal einzusetzen, haben die Bodenschutzfachstellen der Zentralschweizer Kantone eine gemeinsame Bodenüberwachung eingerichtet. Die erste Untersuchungsrunde startete 2010 mit drei Projekten. Neben einer Auswertung der aktuell vorhandenen Bodenanalysedaten wurden die Bodenverdichtung durch die Landwirtschaft sowie die Versauerung von Waldböden untersucht. Der Bericht mit einer Zusammenfassung der Resultate wird im Frühjahr 2011 vorliegen.

Überwachung und Bekämpfung von gebietsfremden Pflanzen

Seit dem 1. Oktober 2008 verpflichtet die revidierte Verordnung über den Umgang mit Organismen in der Umwelt (Freisetzungsverordnung) die Kantone, die Sorgfaltspflicht beim Umgang mit gebietsfremden invasiven Organismen zu überwachen und schädigende Organismen zu bekämpfen bzw. am Ausbreiten zu hindern. Als invasiv wird eine Pflanzen- oder Tierart bezeichnet, wenn sie sich rasch ausbreitet und dabei andere Arten verdrängt.

Zur koordinierten Überwachung und Bekämpfung der invasiven gebietsfremden Pflanzen (Neophyten) wurde im August 2010 eine Arbeitsgruppe mit Vertretungen der betroffenen kantonalen Fachstellen gebildet. Zur einfacheren Erfassung der Neophytenstandorte und als Grundlage für deren Bekämpfung wurde im webbasierten Geografischen Informationssystem (GIS) eine Übersichtskarte erstellt.

Erdwärme anstelle von Öl- und Elektroheizungen

Der Trend zur Nutzung der Erdwärme war 2010 leicht rückläufig. Es wurden 49 neue Erdsondenanlagen und vier neue Grundwasserwärmepumpen bewilligt. Ende 2010 waren im Kanton Obwalden somit 576 Anlagen mit Wärmequelle Boden und 55 Anlagen mit Wärmequelle Grundwasser in Betrieb oder in Planung. Damit werden rund 4 535 000 m³ Grundwasser für Wärmeezwecke genutzt. Die Länge der Erdsonden beträgt total 135 850 m.

Sachplan geologische Tiefenlager

Die Suche nach Standorten für geologische Tiefenlager für radioaktive Abfälle in der Schweiz wird nach dem Sachplanverfahren durchgeführt. Die erste Etappe startete im Herbst 2008 und umfasste eine sicherheitstechnische Prüfung der von der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) vorgeschlagenen Standortgebiete. Unter den sechs Standortgebieten befindet sich auch der Wellenberg im Kanton Nidwalden. Als angrenzender Kanton wurde auch Obwalden zum Ergebnis der ersten Etappe angehört. Die Abteilung Umwelt hat Einsitz in den Arbeitsgruppen "Fachkoordination der Standortkantone" und "Sicherheit der Kantone" und lieferte die fachliche Grundlage für die Stellungnahme des Regierungsrats.

4332 Fischerei

Fischereiliche Nutzung des Lungenersees durch die Gemeinde

Die zur Übertragung der fischereilichen Nutzung des Lungenersees auf die Einwohnergemeinde Lungern notwendig gewordenen Anpassungen der Fischereigesetzgebung wurden im Herbst 2010 vom Bund genehmigt und treten am 1. Januar 2011 in Kraft. Das Fischen im Lungenersee erfordert nun ein besonderes Patent der neu gegründeten Lungenersee AG. Auch die Freiangelfischerei ist nicht mehr möglich.

Die fischereiliche Nutzung des Lungenersees durch die Gemeinde wurde durch eine Vereinbarung zwischen Regierungsrat und Einwohnergemeinderat Lungern geregelt. Die Oberaufsicht über die Fischerei im Lungenersee bleibt Aufgabe des Kantons. Neben der Mitwirkung an den gesetzlichen Anpassungen hat die Abteilung Umwelt 2010 insbesondere den ersten Bewirtschaftungsplan genehmigt und für die Ausbildung der Fischereiaufsicht gesorgt.

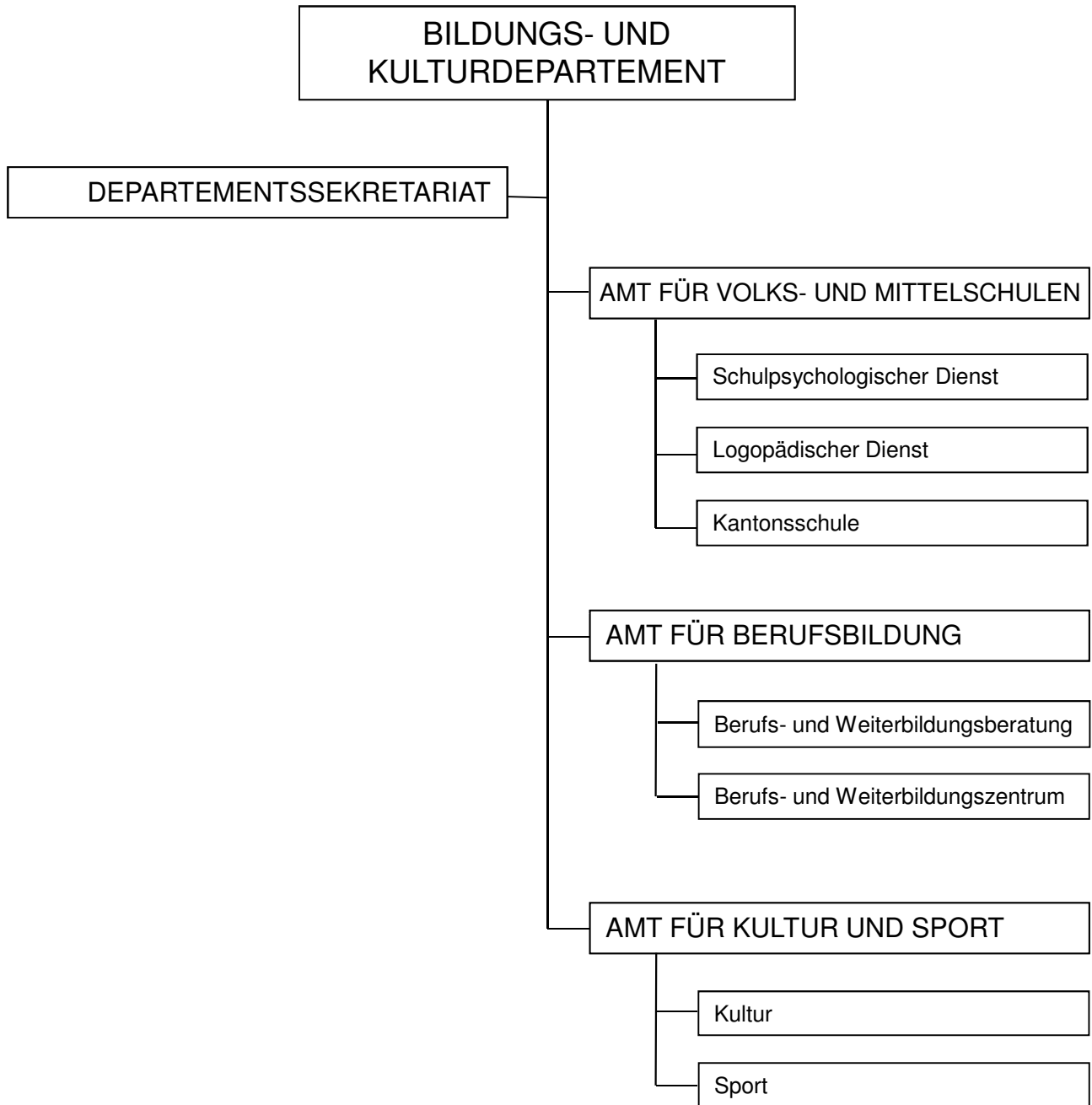
Fischtreppe am Wichelsee funktioniert

Im Herbst 2010 wurden bei der Fischtreppe am Wichelsee mit einer Reuse erstmals die aufsteigenden Fische gezählt. Wegen technischer Probleme konnten keine quantitativen Aussagen gemacht werden. Es zeigte sich jedoch, dass verschiedene Fischarten und Grössenklassen aufgestiegen sind und die Fischtreppe ihre Funktion somit erfüllt. Die Aufstiegszählungen werden im Frühjahr 2011 wiederholt.

4.5 Bildungs- und Kulturdepartement



Kanton
Obwalden



Das Bildungs- und Kulturdepartement (BKD) umfasst

	Vollzeitstellen Ende			
	2009		2010	
	mit Schul- verwaltung	LP ¹⁾	mit Schul- verwaltung	LP ¹⁾
Departementssekretariat	2.80		2.80	
Amt für Volks- und Mittelschulen	16.70	42.23	16.83	38.92
Amt für Berufsbildung	12.55	30.02	12.55	28.11
Amt für Kultur und Sport	6.94		6.94	
Insgesamt	38.99	72.25	39.12	67.03

¹⁾ Lehrpersonen Kantonsschule sowie Berufs- und Weiterbildungszentrum

Die umgesetzten Departementsziele im Überblick (Controlling)

	Massnahmen der Amtsdauerplanung 2006 – 2010	Bemerkungen
4.1	Kantonales Sonderpädagogisches Konzept und Umsetzung im Kontext mit NFA ist erarbeitet. <i>Der sonderpädagogische Bereich ist gesetzgeberisch integriert.</i>	Erfüllt
12	Der Kanton Obwalden bietet seiner Bevölkerung ein optimales Umfeld für Sport und Kultur <i>Die Arbeiten für eine neue Sportgesetzgebung sind abgeschlossen.</i>	Erfüllt
12. 3	Das Kulturfest OBWALD wird als national ausstrahlender Anlass unterstützt. <i>Fortsetzung der Unterstützung auch bei der fünften Austragung.</i>	Erfüllt

Umgesetzte Gesetzgebungsvorhaben

Gesetzgebungsprogramm 2010	Stand der Erfüllung
Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HARMOS)	Sistiert
Zentralschweizer Fachhochschulvereinbarung	Verzögert
Nachtrag zum Bildungsgesetz (sonderpädagogischer Bereich, Auswirkung der interkantonalen Vereinbarung)	Erfüllt
Nachtrag zur Volksschulverordnung (sonderpädagogischer Bereich, Auswirkung der interkantonalen Vereinbarung)	Erfüllt
Nachtrag zur Kulturverordnung (Auswirkungen Kulturleitbild)	Verzögert
Sportverordnung (Überarbeitung), neu: Sportförderungsgesetz	Erfüllt
Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen	Sistiert
Vereinbarung über die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz	Hinfällig, da Auflösung
Interkantonale Vereinbarung über Beiträge an die höhere Berufsbildung	Verzögert

Departementsaussagen zu Querschnittfragen

Neue Departementsorganisation: Stärkung der Bedeutung von Kultur und Sport

Per Juli 2010 wurden die bisher direkt dem Departementvorsteher unterstellten Abteilungen Kultur und Sport zu einem eigenständigen Amt zusammengefasst. Durch diese Reorganisation konnten die Sichtbarkeit und die Bedeutung der Kultur und des Sportes gestärkt und gleichzeitig die departementsinternen Abläufe optimiert werden. Zum Leiter des neugeschaffenen Amtes wählte der Regierungsrat Christian Sidler, der bisher die Abteilung Kultur leitete.

Gleichzeitig mit der Schaffung des neuen Amtes für Kultur und Sport konnte im Amt für Volks- und Mittelschulen mit der Schaffung der Abteilung Schuldienste und der Abteilung Schulaufsicht/Evaluation eine zeitgemässe und kohärente Amtsstruktur umgesetzt werden.

Im Amt für Berufsbildung gab es an der Spitze einen Wechsel: Alois Schnellmann ging nach 20 Jahren als Amtsleiter in Pension. Sein Nachfolger ist Urs Burch.

Bildungskommission: Beginn der zweiten Legislatur

Im vierten Jahr ihres Bestehens schloss die Bildungskommission ihre erste Legislatur ab und startete in die zweite Legislatur. In den drei Sitzungen der ersten Jahreshälfte widmete die Bildungskommission der Kantonsschule einen Schwerpunkt, evaluierte die erste Legislatur und besuchte die Integrierte Orientierungsstufe Sarnen. Darüber hinaus beschäftigte sie sich mit weiteren aktuellen Themen.

Nach der Erneuerungswahl der Bildungskommission im Sommer, bei welcher Heidi Wernli das Präsidium von Urs Zumstein übernahm, traf sich die Kommission zu zwei weiteren Sitzungen. Inhaltlich widmete sie sich ausführlich dem Thema Sonderpädagogik mit Informationen zur neuen Gesetzgebung, konkreten Beispielen aus der Schulpraxis und einem Besuch des betreuten Wohnheims „Turm-Mattli“ der Stiftung Juvenat.

Zusammenarbeit mit den Gemeinden: Schaffung der Kulturpräsidentenkonferenz

Im Volksschulbereich findet ein regelmässiger Austausch zwischen dem Departement und den Gemeinden im Rahmen der Schulpräsidien- und Schulleiterkonferenz statt. Neu trafen sich die Kulturverantwortlichen der Gemeinden mit dem Departementvorsteher und dem Leiter des Amtes für Kultur und Sport zu einer Konferenz und einigten sich auf eine engere Zusammenarbeit. Im Frühjahr 2010 trafen sich die wichtigsten Kulturveranstalter und Kulturorganisatoren der Kantone Obwalden und Nidwalden sowie die jeweiligen Gemeindevertreterinnen und -vertreter zu einer Koordinationssitzung. Im Herbst beschloss diese Gruppe eine neue, mehr netzwerkartige Struktur. Unter dem Namen „Treffpunkt Kultur“ wird weiterhin zweimal jährlich ein Treffen stattfinden.

Interkantonale Zusammenarbeit: Obwalden als verlässlicher Partner

In der Antwort auf eine Motion betreffend Bildungsraum Zentralschweiz nahm der Regierungsrat in Bezug auf HarmoS-Konkordat und den Lehrplan 21 eine Standortbestimmung vor. Darin hielt er fest, dass der Kanton Obwalden das HarmoS-Konkordat nicht am Volkswillen vorbei einführen wird, dem in der Bundesverfassung festgehaltenen Auftrag nach Harmonisierung aber Folge leisten will. Mit dem Lehrplan 21 setzt der Kanton Obwalden die erfolgreiche und über zwanzigjährige Tradition der zentralschweizer Zusammenarbeit in der Lehrplangestaltung neu auf deutschschweizer Ebene fort.

Ein Beitritt zur Vereinbarung über die Interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen wurde vom Stimmvolk am 9. Februar 2009 abgelehnt. Alle Parteien äusserten in der Folge ihren Willen, mit einem freiwilligen Beitrag an den

Kulturlastenausgleich beizutragen. Diese Anliegen setzte das Bildungs- und Kulturdepartement um und der Kantonsrat verabschiedete Ende 2010 einen Rahmenkredit für die Jahre 2011 bis 2013 von insgesamt 1.215 Millionen Franken für die interkantonale Zusammenarbeit im Kulturbereich.

Die Sekretärenkonferenz der schweizerischen Bildungsdepartemente traf sich am 14. und 15. Oktober 2010 in Engelberg zu ihrer Jahresversammlung. Neben den Konferenzgeschäften konnte mit dem gesellschaftlichen Rahmenprogramm den Teilnehmern das Kloster und die Talschaft Engelberg sowie der Kanton Obwalden auf sympathische Art näher gebracht werden.

Ausgelöst durch die Erarbeitung des sprachregionalen Lehrplans (Lehrplan 21) schufen die Deutschschweizer Erziehungsdirektoren (EDK) die deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz (D-EDK). Für die Bildungsdirektorenkonferenz Zentralschweiz (BKZ) hatte die Gründung auf inhaltlicher und organisatorischer Ebene Konsequenzen. Die Erarbeitung der gemeinsamen Lehrpläne war eines der zentralen inhaltlichen Anliegen der BKZ. Durch die Bearbeitung dieses Themas in der D-EDK werden die Strukturen in der Zentralschweiz überprüft werden müssen. Der bisherige Regionalsekretär der BKZ wurde auf organisatorischer Ebene zum Geschäftsleiter der D-EDK gewählt und die zentralschweizer Bildungsdirektoren sprachen sich dafür aus, diese Stelle nur noch im Nebenamt zu vergeben. Im Sommer 2010 wählte die BKZ Peter Gähwiler, Departementssekretär des Bildungs- und Kulturdepartement Obwalden, zu ihrem neuen Regionalsekretär. Peter Gähwiler wird dieses mit 20 Stellenprozent dotierte Amt am 1. Januar 2011 beginnen.

Durch die Kündigung des Konkordats der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz durch den Kanton Luzern auf den Sommer 2013, kamen gemeinsame Entwicklungsprojekte zum Stillstand und umfangreiche Arbeiten zur Konkordatsauflösung mussten in Angriff genommen werden. Bei dieser Auflösung müssen verschiedene Probleme gelöst werden und durch die Parlamente aller Konkordatskantone verabschiedet werden. Nach einem mehrjährigen Prozess lag im Frühling 2010 im Konkordatsrat der Fachhochschule Zentralschweiz (FHZ) der Vorschlag für eine neue Rechtsgrundlage der Zusammenarbeit vor. Aufgrund von Differenzen in Detailfragen fanden die Konkordatskantone aber keine Einigung. Im Frühling 2011 wird auf Betreiben der Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK) und anderer Organisationen ein neuer Versuch zur Einigung gestartet. Mit einer intensivierten Zusammenarbeit versuchen die Nichtstandort-Kantone Uri, Obwalden und Nidwalden ihre Haltungen und Anliegen gut vertreten zu können.

Beschwerdestatistik

Beschwerdeentscheide des Regierungsrats

(Vorbereitung und Antragstellung durch das Bildungs- und Kulturdepartement)

	2009	2010
Anzahl Beschwerden		
(einschliesslich der Fälle als stellvertretendes Departement)		
Übertrag vom Vorjahr	2	9
Neueingänge	15	22
Erledigt durch Entscheid des Regierungsrats:		
– gutgeheissen	1	1
– teilweise gutgeheissen	0	0
– abgewiesen	1	4
– nicht eingetreten	0	3
Ohne Entscheid des Regierungsrats:		
(Abschreibungsbeschluss des Departements)		
Vergleich, Rückzug und dgl.	6	21
Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr	9	2

Beschwerdeentscheide des Bildungs- und Kulturdepartements

	2009	2010
Anzahl Beschwerden		
Übertrag vom Vorjahr	0	0
Neueingänge	5	8
Erledigt durch Entscheid des Departements		
– gutgeheissen	1	0
– teilweise gutgeheissen	0	1
– abgewiesen	4	1
– nicht eingetreten	0	0
Ohne materiellen Entscheid des Departements:		
Vergleich, Rückzug und dgl.	0	5
Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr	0	1

50 Departementssekretariat

Das Departementssekretariat nimmt folgende Aufgabenbereiche wahr: Höhere Schulen, Fachhochschulen, Hochschulen, Lehrerinnen- und Lehrerbildung, Ausbildungsbeiträge (Stipendien/Darlehen), kirchliche Angelegenheiten. Es unterstützt den Departementsvorsteher bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departementes, die Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrates, des Kantonsrates und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departementes, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung (Controlling).

Zielerreichung

APL	Amtsziele 2010	Stand der Erfüllung
APL 4 WZ 1	Die Bildungsstrategien, -strukturen und –angebote werden in Richtung Familienfreundlichkeit, Arbeitsmarkttauglichkeit und Sprachkompetenz weiterentwickelt. Der Zugang zur Tertiärstufe wird gefördert.	
	<i>Ausbildungsbeiträge:</i> Aufgrund der Situationsanalyse sind Massnahmen benannt und teilweise umgesetzt.	Erfüllt
APL 4 WZ 2	Bildungsqualität wird auf allen Stufen und im Rahmen der interkantonalen Zusammenarbeit gesichert und entwickelt.	
	Bildungs-, Kultur- und Sportstrategie 2009+ sind in der Jahresplanung 2011 und in der Legislaturplanung 2010 – 2014 berücksichtigt. Bildungsmonitoring ist optimiert.	Erfüllt Teilweise erfüllt: Konzept Bildungsmonitoring erstellt, Strategische Kennzahlen teilweise überarbeitet.
APL 12	Der Kanton Obwalden bietet seiner Bevölkerung ein optimales Umfeld für Sport, Kultur und Erholung.	
	Sportgesetzgebung: Projektleitung bei der Erarbeitung des Sportgesetzes und der Ausführungsgesetzgebung.	Erfüllt: Sportgesetz vom Kantonsrat in erster Lesung verabschiedet.
APL 13 WZ 2	Die Verwaltung wird wirkungsorientiert und kundenfreundlich geführt.	
	Information + Kommunikation (I+K) ist weiter optimiert.	Erfüllt

Projekte

Schulen Engelberg: Kooperationen

Das Bildungs- und Kulturdepartement vereinbarte im November 2009 mit der Einwohnergemeinde und dem Kloster Engelberg, hängige Fragen im Schulbereich im Rahmen eines Projektes gemeinsam anzugehen. In Projektgruppen wurden folgende Themen bearbeitet:

- Orientierungsschulform (1): Überführung der Orientierungsschulangebote an der Dorfschule und an der Stiftsschule in eine mit dem Bildungsgesetz konforme Organisationsform;
- Vertrag zwischen Einwohnergemeinde und Kloster betreffend Sekundarschule (2): mit dem Bildungsgesetz konforme Neuformulierung;
- Übertritt Primarschule – Stiftsschule (3): Koordination des Übertrittsverfahrens mit jenem des Kantons;
- Kantonsbeiträge an Stiftsschule (4): Erhöhung der Beiträge;
- Schulferien (5): Koordination bzw. Harmonisierung der Schulferienpläne des Samnathals und Engelberg;
- Schulfreier Halbttag (6): Koordination bzw. Harmonisierung des schulfreien Halbtags Samnath und Engelberg;
- Winschule (7): Einführung und Anwendung der Schulverwaltungssoftware Winschule.

Die Projektbilanz sieht Ende 2010 wie folgt aus: die Teilprojekte (4) und (6) sind erfüllt, die Teilprojekte (1) und (7) sind weit fortgeschritten, die Teilprojekte (2), (3) und (5) sollen im 2011 angegangen werden.

Mensa Kantonsschule: Ausschreibungsverfahren

Der Regierungsrat beauftragte das Bildungs- und Kulturdepartement am 10. Mai 2010, ein Betriebskonzept für die Mensa in der neuen Kantonsschule zu erarbeiten, welches als Grundlage für ein Ausschreibungsverfahren dienen soll. Das Bildungs- und Kulturdepartement beauftragte in der Folge eine externe Beratungsfirma mit der Ausarbeitung eines Betriebskonzepts, das der Regierungsrat am 26. Oktober 2010 genehmigte. Das Bildungs- und Kulturdepartement schrieb im Auftrag des Regierungsrats sieben Betriebe direkt an, zudem wurde die Führung der Mensa im Amtsblatt ausgeschrieben. Es gingen vier Bewerbungen ein, unter anderem auch jene des Vereins „ZämäZmittag“, der zurzeit die Mittagsverpflegung führt. Das Auswahlverfahren findet anfangs 2011 statt.

Bildungsmonitoring: Strak's

Mit dem kantonalen Bildungsmonitoring analysiert das Bildungs- und Kulturdepartement das Bildungssystem und schafft damit eine auf Fakten basierte Grundlage für die Bildungsplanung und bildungspolitischen Entscheide. Ein wichtiger Bestandteil des Monitorings sind strategische Kennzahlen (Strak's). Die Geschäftsleitung überarbeitete und verfeinerte die Liste der departementalen Kennzahlen so, dass sie bei der Entscheidungsfindung im Departement eine bessere Grundlage bieten.

Jugend-Kulturraum Obwalden: Betriebskonzept und neuer Standort

Das Departementssekretariat übernahm im Auftrag des Sicherheits- und Justizdepartements die Projektleitung. Zusammen mit Vertretern des JUKO-Pavillons wurde ein Betriebskonzept erarbeitet und mögliche Standorte evaluiert.

Archivierung, Records Management

Mit der Reorganisation der digitalen Ablage im Departementssekretariat vor ein paar Jahren entstand der erste Schritt zu einer optimalen Archivierung. Im 2009 entschied sich das Departementssekretariat, das Geschäftsverwaltungsprogramm Konsul effektiver zu nutzen und die Aktenablage im Sinne des Records Management als Jahresziel 2010 zu definieren. Aus diesem Grund wurde das Departementssekretariat der Bildungsdirektion des Kantons Zug

besucht, um sich einen Einblick über eine vollständige Geschäftsabwicklung via Konsul zu verschaffen. Mit dem Neustart der Projektgruppe „Records Management“ kann das Departementssekretariat sein aufgelegtes Vorhaben vorantreiben, indem es sich als Pileiteinheit bei der Stellungnahme Ende 2010 bereit erklärt hat.

Ausbildungsbeiträge: neues Berechnungsmodell

Am 16. März 2010 beauftragte der Regierungsrat das Bildungs- und Kulturdepartement, die Stipendienberechnung auf das Fehlbetragssystem umzustellen sowie die dafür notwendigen gesetzlichen Anpassungen vorzubereiten. In der Folge berechnete die Fachstelle Ausbildungsbeiträge während mehreren Monaten parallel 175 Stipendiengesuche nach der geltenden Obwaldner Stipendiengesetzgebung und gleichzeitig, in Anlehnung an die Urner Gesetzgebung, nach dem neuen Fehlbetragssystem. Diese Daten sollen Aufschluss auf die finanziellen Auswirkungen bei der Systemumstellung geben. Die Entwürfe für die Stipendienverordnung sowie für die Ausführungsbestimmungen sind in Arbeit und die Umstellung auf das neue System ist auf Anfang Schuljahr 2011/12 geplant.

Gesetzgebungsvorhaben

Bildungsgesetz: Sonderpädagogik

Die Umsetzung der NFA im Bereich der Sonderpädagogik erforderte eine Änderung des Bildungsgesetzes (Art. 76, 77, 79 und 125 Abs.3 Bst. i). Die Ausführungserlasse (Verordnung und Ausführungsbestimmungen) wurden federführend vom Amt für Volks- und Mittelschulen erarbeitet (siehe unter 5300 Amtsleitung „Abschluss Sonderpädagogik“).

Sportförderung: Von der Verordnung zum Gesetz

Der Regierungsrat erteilte dem Bildungs- und Kulturdepartement am 3. November 2009 den Auftrag, einen Entwurf für ein Sportförderungsgesetz auszuarbeiten. Somit war der Grundsatz gefallen, dass die bestehende Sportverordnung durch ein Gesetz abgelöst werden soll. Die beabsichtigten Neuerungen (Begabtenförderung, Schulsportcoaches und J+S-Kids) erfordern gemäss Kantonsverfassung zwingend eine Gesetzesgrundlage. Am 30. März 2010 verabschiedete der Regierungsrat den Gesetzesentwurf in erster Lesung.

Das Bildungs- und Kulturdepartement führte in der Folge ein Vernehmlassungsverfahren bei den Einwohnergemeinden, politischen Parteien und bei der Sportkommission durch. Insgesamt wurden 14 Stellungnahmen eingereicht. Das Bildungs- und Kulturdepartement verfasste dazu einen Vernehmlassungsbericht. Das Sportförderungsgesetz stiess grundsätzlich auf viel Akzeptanz. Der Regierungsrat verabschiedete in Kenntnis der Vernehmlassungsergebnisse den Gesetzesentwurf in zweiter Lesung am 7. September 2010 zuhanden des Kantonsrates. Dieser beriet die Vorlage am 1./2. Dezember 2010 in erster Lesung. In Abweichung zum Regierungsrat beschloss der Kantonsrat, dass die Entschädigung der Schulsportcoaches vollumfänglich vom Kanton zu tragen sind.

Lehrpersonenverordnung: Anpassung der Pflichtstundenzahlen der Kantonsschule und der Berufsfachschule

Bei der damaligen Beratung der Lehrpersonenverordnung wurden Stimmen laut, die die aktuellen Pflichtstundenzahlen der Lehrpersonen als unstimmg erachteten. Es war insbesondere nicht nachvollziehbar, warum die drei Lehrpersonenkategorien der Volksschule, der Kantonsschule und der Berufsfachschule so unterschiedliche Pflichtstundenzahlen haben, obwohl sie die gleiche Altersgruppe unterrichten (Orientierungsschule – Untergymnasium, Obergymnasium – Berufsfachschule). Zudem wurde die Konkurrenzfähigkeit insbesondere im Bereich der Berufsfachschule ins Feld geführt. Dies veranlasste den Regierungsrat, dem Kantonsrat einen Nachtrag für die Lehrpersonenverordnung zu beantragen, der eine Anpassung der Pflichtstundenzahl der Lehrpersonen der Kantonsschule und der

Berufsfachschule beinhaltet. Dieser Nachtrag wurde im Kantonsrat am Oktober 2010 verabschiedet.

Externe Schulevaluation: Ausführungsbestimmungen

Aufgrund der Erfahrungen aus dem ersten Durchgang externer Evaluation wurden Ausführungsbestimmungen über die externe Schulevaluation der Volksschule erarbeitet, die der Regierungsrat am 29. Juni 2010 erliess (siehe unter 5300 „Externe Schulevaluation: Berichte und Ergebnisse“).

Weiterbildung: BKD-Tag unter dem Zeichen der Berufsbildung

Der alljährlich stattfindende halbtägige Weiterbildungsanlass hat sich im Departement als eine wichtige Institution etabliert. Dieses Jahr stand er unter dem Zeichen der Berufsbildung. Mit einem Informations- und Podiumsblock im Berufs- und Weiterbildungszentrum erhielten die Mitarbeitenden einen Einblick in den Schulalltag der Lernenden. Dank Betriebsführungen in der Druckerei von Ah und der COOP Sarnen wurde auch der Betriebsalltag der Lernenden erlebbar.

53 Amt für Volks- und Mittelschulen

Das Amt für Volks- und Mittelschulen nimmt Beratungs-, Entwicklungs-, Steuerungs- und Sachbearbeitungsaufgaben im Bereich des Kindergartens, der Volksschule und der Mittelschulen wahr. Die Abteilungen Schulaufsicht und Schulevaluation, Lehrpersonenweiterbildung und Schulentwicklung sowie die schulischen Dienste (Schulpsychologischer Dienst, Psychomotorik und Logopädischer Dienst) stehen vor allem Lehrpersonen und Schulbehörden zur Verfügung, die schulischen Dienste zusätzlich auch Kindern, Jugendlichen und deren Bezugspersonen. Die Abteilung Kantonsschule stellt die gymnasiale Bildung sicher.

Zielerreichung

APL	Amtsziele 2010	Stand der Erfüllung
APL 4 WZ 1	Die Bildungsstrategien, -strukturen und -angebote werden in Richtung Familienfreundlichkeit und Integrationsfähigkeit, Arbeitsmarktauglichkeit und Sprachkompetenz weiterentwickelt. Der Zugang zur Tertiärstufe wird gefördert.	
	<i>Sonderpädagogisches Konzept:</i> Gesetzgebungsarbeit ist abgeschlossen, Umsetzungshilfen sind erarbeitet. Das Konzept für interkulturelle Integrationsmassnahmen in der Volksschule ist erstellt; erste Umsetzungsschritte sind in die Wege geleitet. Neue Unterrichtsformen an der Orientierungsschule sind in Zusammenarbeit mit der Bildungsregion Zentralschweiz (BKZ) diskutiert und zur bedarfsgerechten Umsetzung vorbereitet. Die Umsetzung der Schulaufsicht in den Volksschulen ist in einem Grundlagenpapier veröffentlicht und gestartet. <i>Qualitätssicherung und -entwicklung QSE:</i> Der zweite Zyklus der externen Schulevaluation ist in Zusammenarbeit mit Nidwalden und Uri geplant. Erste Evaluationen sind durchgeführt. <i>Lernziel- und förderorientierte Beurteilungskultur an der Volksschule:</i> Vorschläge zur Anpassung der Lernziel- und förderorientierten Beurteilungskultur an der Volksschule sind erarbeitet.	Erfüllt Teilweise erfüllt: Konzeptentwurf steht, Ergebnisse der Vernehmlassung bei den Schulpartnern stehen noch aus. Nicht erfüllt: Die BKZ-Region hat sich noch nicht auf ein gemeinsames, koordiniertes Vorgehen einigen können. Erfüllt Erfüllt Erfüllt
	Alle Elemente aus dem Projekt „8plus“ (Optimierung neuntes Schuljahr) sind definitiv eingeführt.	Erfüllt

APL	Amtsziele 2010	Stand der Erfüllung
APL 4 WZ 2	Bildungsqualität wird auf allen Stufen und im Rahmen der interkantonalen Zusammenarbeit gesichert und entwickelt.	
	<i>Schulpsychologischer Dienst SPD:</i> Die organisatorischen Anpassungen für die Umsetzung der NFA sind abgeschlossen. <i>Logopädischer Dienst:</i> Der Logopädische Dienst ist methodisch weitergebildet. <i>Kantonsschule:</i> Die Bestimmungen der Lehrpersonenverordnung sowie die zugehörigen Vollzugsrichtlinien zum beruflichen Auftrag der Lehrpersonen (BAL) und zur Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung sind umgesetzt. Die interdisziplinäre Zusammenarbeit ist mit der MAR-Teilrevision definiert und gegenüber der schweizerischen Maturitätskommission (SMK) kommuniziert.	Erfüllt Erfüllt Teilweise erfüllt: Zuerst müssen die rechtlichen Grundlagen über die Kantonsschule überarbeitet werden. Erfüllt

5300 Amtsleitung

Abschluss Sonderpädagogik

2010 konnte in Zusammenarbeit mit dem Sozialamt des Sicherheits- und Justizdepartement der Gesetzgebungsprozess für Sonderschulmassnahmen abgeschlossen werden. Gestützt auf die Verordnung über Leistungsangebote in den Bereichen Sozialpädagogik, Sonderschulung und Förderung von Menschen mit einer Behinderung (GDB 410.13) erliess der Regierungsrat Ausführungsbestimmungen über die Sonderpädagogik in den Bereichen Sonderschulung und Förderangebote (GDB 410.132). Damit besteht nun Rechtssicherheit in Bezug auf Sonderschulmassnahmen, Zuständigkeiten, Finanzierung, Anspruchsberechtigung und Verfahrensabläufe, wenn Kinder und Jugendliche in der Volksschule besonderen Förderbedarf oder Sonderschulbedürftigkeit aufweisen.

Externe Schulevaluation: Berichte und Ergebnisse

Alle Obwaldner Volksschulen wurden im Zeitraum Dezember 2003 bis Mai 2009 durch Teams der Abteilung Schulaufsicht/Evaluation des Amtes für Volks- und Mittelschulen AVM systematisch evaluiert. Diese Aussensicht erlaubt es, der einzelnen Schule in Ergänzung zur eigenen Überprüfung ihre Qualität zu sichern und ihre Weiterentwicklung anzugehen. Mit dem ersten kantonalen Bericht vom 15. Januar 2010 wurden dem Regierungsrat Erkenntnisse zum Stand der Volksschulen im Kanton vorgelegt bzw. der Öffentlichkeit kommuniziert. Die Volksschulen im Kanton Obwalden erreichten in den meisten Qualitätsbereichen den als „Standard“ definierten Anspruch. Den Schulen konnten vorwiegend positive Rückmeldungen („gut“) gegeben werden, einzelne Aspekte wurden auch im Bereich „sehr gut“ beurteilt. In Anbetracht der durchwegs guten Rückmeldungen an die Schulen und unter Würdigung der grossen Anstrengungen, die Volksschule in den einzelnen Schuleinheiten weiterzuentwickeln, wurden keine generellen Massnahmen festgelegt.

Aufsicht an der Volksschule: Konzept

Auf der Grundlage des kantonalen Rahmenkonzepts „Qualitätsmanagement der Volksschule“ wurde eine Handreichung zur Schulaufsicht verfasst. Sie dient den in der Schulaufsicht tätigen Personen als Grundlage und informiert Schulleitungen und Schulbehörden über Zielsetzungen, Themen und Instrumente der Schulaufsicht.

Als wichtigste Aufgaben gelten jährliche Aufsichtsgespräche mit den Schulleitungen, in denen die Beobachtung und Begleitung von Schulentwicklungsprojekten, Analyse von Dokumenten (z.B. Konzepteingaben, Stundenpläne, Schulratsprotokolle usw.), Erhebungen zu spezifischen Themen (z.B. Nachqualifikation Fremdsprachen, Einsatz von Orientierungsarbeiten, Umgang mit schulischen Dispensationen usw.) sowie das Controlling über die Massnahmenplanung und deren Umsetzung nach externen Schulevaluationen zur Sprache kommen.

Die Handreichung wurde am 25. August 2010 vom Bildungs- und Kulturdepartement verabschiedet. Seither läuft die Umsetzung. Erste Aufsichtsgespräche mit Schulleitungen fanden bereits statt.

Projekt „8plus“: Projektabschluss und Überführung in den Alltag

Die Geschäftsleitung des Bildungs- und Kulturdepartementes lancierte am 19. Dezember 2005 ein Projekt zur Verbesserung des Abschlusses der obligatorischen Schulzeit. Konkret wurden im Projekt vier Bereiche entwickelt: obligatorisches Standortgespräch mit Schülerinnen und Schülern und den Erziehungsberechtigten im Frühjahr des 8. Schuljahres, obligatorischer Einbezug von „Stellwerk 8“ (Testsystem des Lehrmittelverlages St. Gallen) in den Fächern Deutsch und Mathematik, Einführung eines Zeitgefässes «Projektunterricht und Abschlussarbeit» in der Stundentafel des 9. Schuljahres und Stärkung individualisierter, selbstgesteuerter Lernanteile im 9. Schuljahr.

Das Projekt wurde auf Sommer 2010 erfolgreich beendet. Aus diesem Projekt resultierenden Massnahmen und Prozesse werden ab diesem Zeitpunkt als verbindlich eingeführt. Als Folge des Projekts sind ab Schuljahr 2011/12 für alle Schülerinnen und Schüler im A-Niveau zusätzlich zum Stellwerk-Check in Mathematik und Deutsch auch die Tests in Französisch und Englisch vorgesehen.

Stand Nachqualifikation Fremdsprachen

Bei der Nachqualifikation der Fremdsprachenlehrpersonen für Französisch auf der Primarstufe sowie Französisch und Englisch auf der Sekundarstufe I zeichnen sich keine markanten Veränderungen zum Vorjahr ab. Die Mehrheit der Französisch- und Englischlehrpersonen der Sekundarstufe I wird das Ziel erreichen, bis Ende Schuljahr 2011/12 die didaktische Weiterbildung abzuschliessen. Bei den Primarlehrpersonen erfüllen auf Ende 2010 ungefähr drei Viertel die didaktischen Anforderungen. Bei der sprachlichen Nachqualifikation ist es nach wie vor so, dass wesentlich mehr Lehrpersonen der Sekundarstufe I die Anforderungen der Nachqualifikation erfüllen als dies auf der Primarstufe der Fall ist. Ungefähr ein Drittel der Primarlehrpersonen sind noch nicht in die sprachliche Weiterbildung eingestiegen.

54 Amt für Berufsbildung

Das Amt für Berufsbildung sorgt in Zusammenarbeit mit Betrieben, Organisationen der Arbeitswelt und Berufsfachschulen dafür, dass in den verschiedenen Wirtschaftszweigen genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen und das Bildungsangebot laufend den Anforderungen des Arbeitsmarktes und der Nachfrage der Jugendlichen und Erwachsenen angepasst wird. Es informiert und berät die Berufsbildnerinnen und Berufsbildner in den Lehrbetrieben, die Lehrpersonen, die Lernenden sowie deren Eltern in allen Fragen rund um Grund- und Weiterbildung, Lehrverhältnis und Lehrvertrag und überprüft die Qualität der beruflichen Grundbildung gemäss den gesetzlichen Vorschriften des Bundes und des Kantons. Es plant und steuert die Weiterentwicklung der Berufsbildung im Kanton in Zusammenarbeit mit den Berufsbildungspartnern im Interesse der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung des Kantons (Standortattraktivität). Es arbeitet im Rahmen der zentralschweizerischen Kooperation in der Berufsbildung mit den andern Kantonen zusammen und vollzieht die daraus resultierenden Verpflichtungen. Das Amt für Berufsbildung sorgt für die Durchführung der Qualifikationsverfahren (z.B. Teil- und Abschlussprüfungen) und stellt die entsprechenden Prüfungsdokumente aus.

Zielerreichung

APL	Amtsziele 2010	Stand der Erfüllung
APL 4 WZ 1	Die Bildungsstrategien, -strukturen und -angebote werden in Richtung Familienfreundlichkeit und Integrationsfähigkeit, Arbeitsmarktauglichkeit und Sprachkompetenz weiterentwickelt. Der Zugang zur Tertiärstufe wird gefördert.	
	<i>Neue Berufe:</i> Umsetzung bzw. Einführung der neuen Berufe gemäss Ticketvergabe Bundesamt für Berufsbildung und Technologie BBT im Dienste des Lehrstellenmarketings sind erfolgt. <i>Beobachten des Lehrstellenmarktes:</i> Lehrstellenmarkt- und Arbeitsmarktchancen der Schul- und Lehrabgänger/innen sind analysiert und allfällige Massnahmen sind rechtzeitig eingeleitet. <i>Selektionshilfsmittel:</i> Der Massnahmenplan gemäss Wirkungsprüfung „Berufswahl Obwalden“ ist umgesetzt.	Erfüllt: Insgesamt wurden 15 Berufe eingeführt. Die Einführungskonzepte erfolgten in der Region koordiniert und teilweise gemeinsam. Erfüllt Erfüllt

APL	Amtsziele 2010	Stand der Erfüllung
APL 4 WZ 2	Bildungsqualität wird auf allen Stufen und im Rahmen der interkantonalen Zusammenarbeit gesichert und entwickelt.	
	<i>Bildungsqualität:</i> Die Betriebsbesuche stehen im Dienste der Qualitätssicherung und –entwicklung QSE und des Lehrstellen-Marketings. <i>Statistik:</i> Die Strategischen Kennzahlen im Berufsbildungsbereich sind auf die neuen Bildungs- und Kulturdepartement-Standards abgestimmt. <i>Kantonale Verbundpartnerschaft:</i> Die Kampagne des BBT (Berufsbildung plus) ist kantonal verstärkt und wird von den lokalen Verbundpartnern (Wirtschaft /OdA) mitgetragen. <i>Schulentwicklung:</i> Projekt für die Schulentwicklung und das Qualitätsmanagementsystem QMS am Berufs- und Weiterbildungszentrum BWZ sind weitergeführt. <i>Qualitätsmanagementsystem (QMS):</i> Totalüberarbeitung Schulhandbuch 2010 <i>Berufsmaturität:</i> Die Anerkennung der gewerblichen Berufsmaturität BM ist erfolgt.	Teilweise erfüllt: Einsatz und Handhabung der QualiCarte in den Lehrbetrieben wurden nur teilweise ermittelt. Erfüllt Erfüllt Erfüllt: Kompetenzenportfolio und Lernbegleitung sind im BWZ eingeführt. Erfüllt Erfüllt: Die Berufsmaturitäts-Klasse 2010/11 startete mit vier Fachrichtungen und insgesamt 62 Studierenden, davon vier in der gewerblichen Richtung.
APL 4 WZ 3	Für die Aus- und Weiterbildung werden die Rahmenbedingungen mit einem Beratungs- und Unterstützungsnetz optimiert.	
	<i>Nahtstelle:</i> Angebots- und Strukturoptimierung am Übergang Sek I – Berufslehre ist in Zusammenarbeit mit Partnern erfolgt. <i>Nachholbildung/Validierung:</i> Verfahren zur Validierung von Bildungsleistungen ist optimiert, insbesondere betreffend Information und Aufgabenteilung. <i>Öffentlichkeitsarbeit:</i> Erwachsene und Lehrabgänger/innen kennen die Angebote des Bildungsinformationszentrum BIZ	Erfüllt: Die Aufbauphase von Case Management Berufsbildung Obwalden ist abgeschlossen. Erfüllt Teilweise erfüllt: Weitere Umsetzung bis 2012, gemäss Massnahmenplanung.

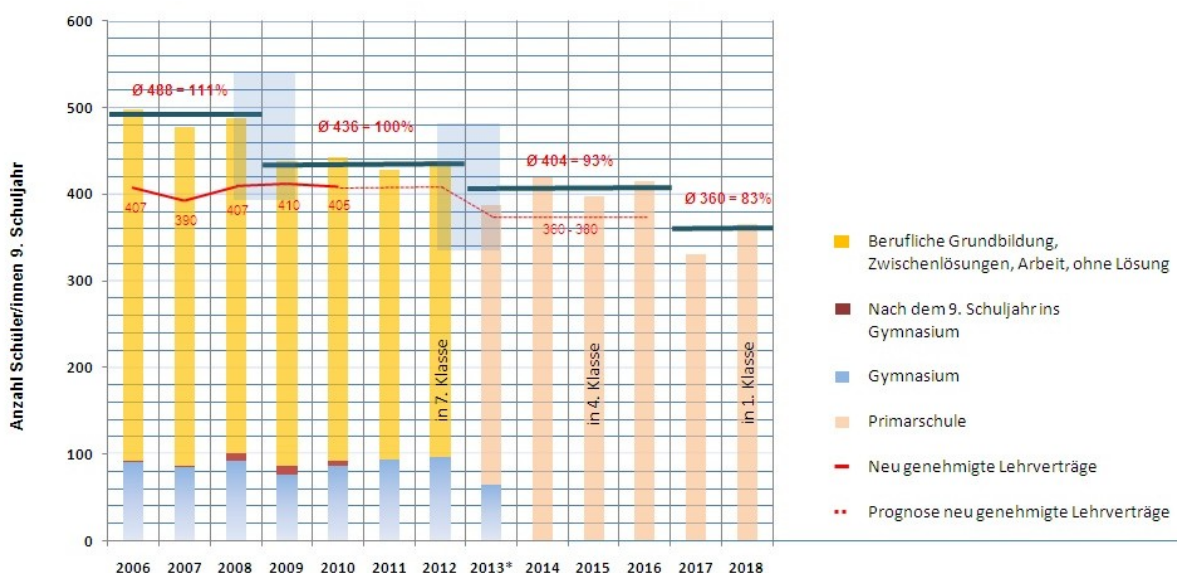
5400 Amtsleitung

Kantonale Verbundpartnerschaft

Was auf eidgenössischer Ebene bereits gut funktioniert, wird nun auch in den Kantonen aufgebaut – die Verbundpartnerschaft zwischen den Ausbildungspartnern und der ortsansässigen Wirtschaft. Das Bildungs- und Kulturdepartement und der Gewerbeverband Obwalden treffen sich einmal jährlich zum Austausch. Die beiden Partner haben es sich zur Aufgabe gemacht, die Partnerschaft nach aussen zu zeigen. Aufgrund dieser Absicht ist das erste gemeinsame Projekt entstanden. An der Gewerbeausstellung in Alpnach organisierten die beiden Partner zusammen drei Veranstaltungen zur Thematik Berufskarriere (zwei Wege – ein Ziel). Rund 300 interessierten Personen konnten die vielfältigen Wege einer Berufslaufbahn aufgezeigt werden. Ergänzt wurde die transparente Darstellung des Schweizerischen Bildungssystems mit Interviews prominenter Obwaldnerinnen und Obwaldner. Eindrücklich zeigten die erfolgreichen Berufsleute ihre Karrierewege auf und diskutierten mit Interessierten über Vor- und Nachteile ihres Werdeganges.

Demografische Entwicklung und ihre möglichen Folgen

Eine negative demografische Entwicklung ist Realität, auch in Obwalden. Die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger (9. Schuljahr) ist seit 2008 rückläufig. Aufgrund des zurzeit vorhandenen statistischen Zahlenmaterials kann tendenziell festgestellt werden, dass der Rückgang der Schulabgängerinnen und Schulabgänger bis ins Jahr 2017 nochmals zirka 17 Prozent beträgt. Erfreulich ist jedoch, dass trotz dieser Tatsache die Zahl der neu genehmigten Lehrverhältnisse auf hohem Niveau stabil gehalten werden kann. Dies vor allem auch darum, weil einerseits weniger Schülerinnen und Schüler nach dem 9. Schuljahr in eine Zwischenlösung wählen und andererseits vermehrt ausserkantonale Schulabgängerinnen und Schulabgänger in Obwalden eine Lehrstelle finden. Die demografische Entwicklung ist weiterhin zu beobachten und allfällige Massnahmen sind frühzeitig einzuleiten.



Legende: Demografische Entwicklung: Schüler/innen 9. Schuljahr

Quelle: Amt für Volks- und Mittelschulen AVM und Berufs- und Weiterbildungsberatung BWB

5402 Auswärtige Schulen, Kurse, Qualifikationsverfahren und Projekte

QualÜk – Instrument zur Beurteilung der Ausbildungsqualität in den überbetrieblichen Kursen

Das Berufsbildungsgesetz verlangt von den Anbietern von Berufsbildung die Sicherstellung der Qualitätsentwicklung. Im Kanton Obwalden ist die Forderung umgesetzt. Das Berufs- und

Weiterbildungszentrum BWZ ist seit einigen Jahren ISO zertifiziert. Für die Lehrbetriebe ist die QualiCarte vor einem Jahr eingeführt worden. Dieses Jahr ist mit QualÜK das Qualitätssicherungsinstrument für die Anbieter der überbetrieblichen Kurse geschaffen worden. Damit verfügen alle drei Lernorte im Kanton über die entsprechenden Instrumente für die Sicherung und Entwicklung der Qualität in der beruflichen Grundbildung.

5430 Berufs- und Weiterbildungsberatung

Weiterbildungsangebot für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner

Nebst den obligatorischen Grundkursen für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner erhalten die in Obwalden ausbildenden Personen eine Einführung in das Konzept „Berufswahl Obwalden“. Geschätzt wird an dieser Schulung auch der Erfahrungsaustausch mit anderen Berufsbildenden. Die Lehraufsicht und die Berufs- und Weiterbildungsberatung boten im 2010 den zweistündigen Kurs „Selektionsprozess von B bis Z“ fünfmal an.

Kernthemen der Schulung waren die Nutzung des Stellwerktests bei der Selektion von Lernenden, die Obwaldner Orientierungsschule und ihre Zeugnisse sowie das Konzept „Berufswahl Obwalden“ mit dem Berufswahl-Fahrplan und dem Berufswahl-Pass. Die Teilnehmenden erhielten Impulse und Hilfsmittel zum Beurteilen der Berufsmotivation und zum Optimieren der Selektion. Sie verglichen berufsübergreifend, worauf sie bei der Selektion Wert legen und wie sie dies im eigenen Betrieb umsetzen.

Veränderungen in der Beratungs- und Informationsarbeit

Internet und Medien sowie der ständige wirtschaftliche Wandel haben die Ansprüche der Bevölkerung an die Berufs- und Weiterbildungsberatung markant angehoben.

Beratung – zunehmend komplex:

Die Nachfrage nach individuellen, prozessorientierten Beratungen bleibt auf hohem Niveau. Der Gesamtaufwand in Arbeitsstunden pro ratsuchende Person liegt gegenwärtig bei dreieinhalb Stunden und ist somit in den letzten Jahren gestiegen. Diese Entwicklung ist schweizweit zu beobachten. Ursachen dafür sind die komplexer gewordene Bildungslandschaft, wenig bekannte Berufstätigkeiten, gestiegene Anforderungen im Betrieb, höhere Ansprüche der Klientinnen und Klienten an ihre Arbeit, unterschiedliche Motivationen, Vorbildungen und soziale Hintergründe und vor allem Mehrfachproblematiken. Die Ratsuchenden sind oft verunsichert wegen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt wie zum Beispiel Nachwuchsmangel oder Arbeitslosigkeit. Daher gestalten sich Laufbahngespräche zunehmend anspruchsvoll.

Verändertes Informationsverhalten:

Als spezialisierte Bibliothek stellt das Bildungsinformationszentrum (BIZ) Unterlagen zu Bildung und Beruf zur Verfügung und erteilt Auskünfte. Seit 2001 hat sich die Zahl der Telefon- und Mail-Anfragen verdoppelt. Die Anzahl Besuche von Erwachsenen im BIZ hat zugenommen, jene von Jugendlichen abgenommen. Bei Erwachsenen geht es meist um die Weiterbildung, bei Jungen um die Grundbildung. Besuchende haben oft bereits Online-Angebote und andere Medien und Anlässe genutzt, sind aber verunsichert und mit der Informationsflut überfordert. Im BIZ werden ihre individuellen Fragen beantwortet, und es wird geklärt, ob vertiefter und prozessorientierter Beratungsbedarf besteht. Das Betreuen von Besuchenden ist dadurch stark individualisiert und zeitintensiver geworden.

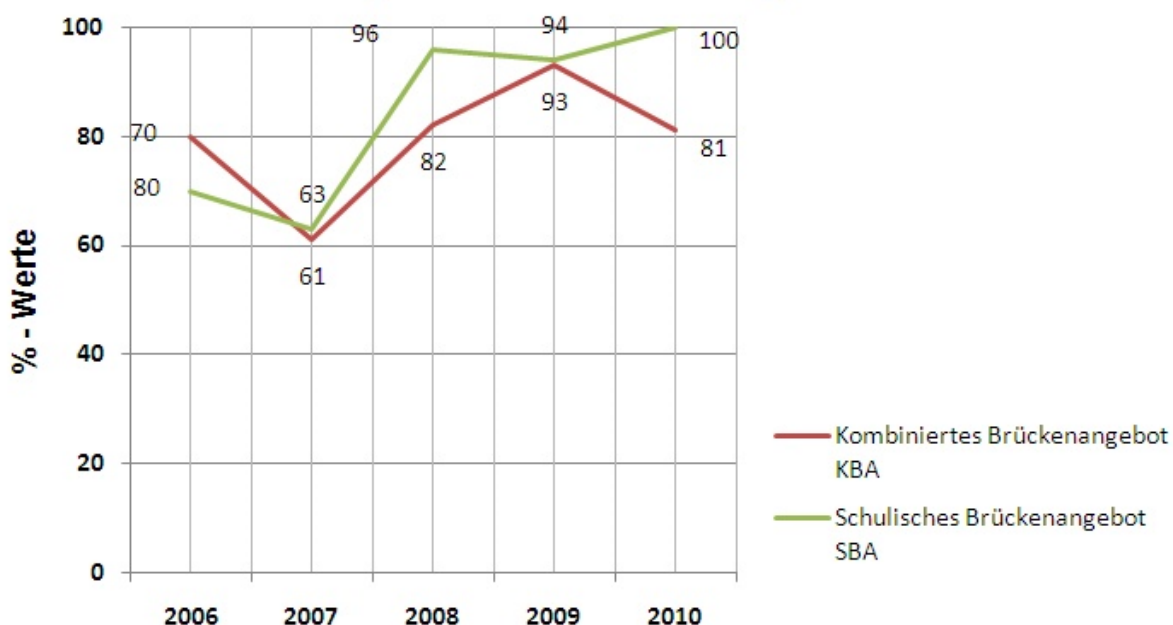
5440 Berufs- und Weiterbildungszentrum

Evaluation der Brückenangebote

Nach sechs Jahren Brückenangebote hat das Berufs- und Weiterbildungszentrum BWZ Obwalden eine Evaluation des Konzepts dieser kantonalen, nachobligatorischen Angebote (ohne integratives Brückenangebot IBA; Unterricht am BWZ Nidwalden) durchgeführt. Die Evaluation erfolgte einerseits als Selbstevaluation durch die Lehrpersonen des Brückenangebots und andererseits als Aussenbeurteilung durch die Schulleitung. Diese umfassende Evaluation zeigt klar und unmissverständlich auf, dass es richtig gewesen ist,

- das Schulische Brückenangebot (ursprünglich „freiwilliges 10. Schuljahr“) mit dem neuen Bildungsgesetz zu kantonalisieren und dem BWZ anzugliedern.
- das kombinierte und das integrative Brückenangebot mit dem neuen Berufsbildungsgesetz dem Bund zu unterstellen mit kantonalem Vollzug.

Die aktuelle Quote von über 90 Prozent der Jugendlichen, die zu einer angemessenen weiterführenden Ausbildung mit Sekundarstufe II-Abschluss kommen, beweist die Richtigkeit der bisherigen Arbeit. Das Brückenangebotskonzept des BWZ Obwalden hat sich grundsätzlich bewährt. Einzelne Bereiche sollen gemäss dem ausgewiesenen Handlungsbedarf optimiert werden.



Legende: Anschlusslösungen nach dem Brückenangebot

Quelle: Berufs- und Weiterbildungszentrum BWZ

55 Amt für Kultur und Sport

Das Amt für Kultur und Sport nimmt Planungs- und Sachbearbeitungsaufgaben in den Bereichen Kulturförderung, Kultur- und Denkmalpflege, Kulturgüterschutz, Kantonsbibliothek, Medienfragen, Jugend+Sport, Schulsport und Vereinssport wahr. Es unterstützt und berät Organisationen und Personen, die in den Bereichen Kultur und Sport tätig sind, entrichtet im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben ordentliche Mittel und Swisslos-Gelder, bildet J+S-Leiterinnen und –Leiter aus und beaufsichtigt den Schulsport.

Zielerreichung

APL	Amtsziele 2011	Stand der Erfüllung
APL 12	Der Kanton Obwalden bietet seiner Bevölkerung ein optimales Umfeld für Sport und Kultur.	
	Eine tragfähige Lösung für die Abgeltung von kulturellen Zentrumsleistungen ist erarbeitet und politisch diskutiert. Der Bezug der Turnhallen für die Schulen und Vereine ist gewährleistet. Die Koordination mit der regionalen Sportanlage der Gemeinde ist abgestimmt. Sportgesetzgebung: Mitarbeit ist sichergestellt (vgl. Ziele DS BKD).	Erfüllt: Kantonsratsbeschluss ist rechtskräftig: freiwilliger Beitrag an die Kantone Luzern und Zürich in der Höhe von jährlich Fr. 405 000 für die Jahre 2011 – 2013. Erfüllt: Die Hallen konnten am 11. Oktober 2010 bezogen werden. Die Abstimmung mit der Gemeinde zur Koordination erfolgt laufend. Erfüllt: Sportgesetz wurde in enger Zusammenarbeit zwischen Abteilung Sport und Departementssekretariat vorbereitet. Verabschiedung Sportgesetz durch Kantonsrat im Januar 2011.
APL 12 WZ 1	Projekte und Zentren im Bewegung-, Sport- und Kulturbereich mit regionaler Ausrichtung werden durch Koordination und/oder Beiträge unterstützt.	
	Erste Massnahmen des Konzepts Talent- und Jugendförderung sind umgesetzt. <i>Kunst am Bau Kantonsschule KSO:</i> Das Projekt in Zusammenarbeit mit dem Bau- und Raumentwicklungsdepartement BRD ist erfolgreich abgeschlossen. <i>Kantonsbibliothek:</i> Der Entscheid über die künftige Nutzung der ehemaligen Wohnung ist getroffen.	Nicht erfüllt: Koordination mit Konzept Begabtenförderung Bildung und Sport. Auf 2011 zurückgestellt. Erfüllt: Projekt „Duftnoten“ juriert und vom Regierungsrat zur Umsetzung beschlossen. Erfüllt: Die Räume der ehemaligen Wohnung werden der Kantonsbibliothek zugeschlagen. Bauliche Umsetzung im 2011.

APL	Amtsziele 2011	Stand der Erfüllung
	Die Weiterführung des Mittelstufensporttages für den Turnus 2011-2017 ist sichergestellt.	Erfüllt: Die schriftliche Zusage für die Unterstützung von Kanton und Gemeinden liegt vor. Die Weisungen sind angepasst.
APL 12 WZ 2	Ereignisse und Projekte mit überregionaler Ausstrahlung im Kultur- und Sportbereich werden durch Koordination und/oder Beiträge mitgetragen.	
	Das Projekt OBWALD ist begleitet und unterstützt (Verantwortung bei Trägerverein).	Erfüllt: Erfolgreiche Austragung im Juni 2010 mit grosser nationaler Medienpräsenz.
APL 12 WZ 3	Der nachhaltige Schutz von bedeutenden Kulturgütern wird sichergestellt.	
	<i>Kulturgüterschutz:</i> Die Reorganisation ist abgeschlossen, die Strukturen sind festgelegt und weitere Massnahmen sind umgesetzt. Schutzplan Sachseln von 1993 ist überarbeitet und als Schutzplan 2010 genehmigt. Das Jahresheft 6 ist in enger Zusammenarbeit mit Kantonsbibliothek, Kulturgüterschutz und Staatsarchiv publiziert.	Erfüllt: Ausführungsbestimmungen Kulturgüterschutz seit 1.7.2010 in Kraft. Weitere Massnahmen (z.B. Einsatzplanungen) laufend umgesetzt. Teilweise erfüllt: Gemeinde Sachseln startete die mit dem Schutzplan gekoppelte Ortsplanungsrevision ein halbes Jahr später als geplant. Teilweise erfüllt: Texte vorhanden. Verzögerung bei der Redaktion. Vernissage im 2011.

5500 Kulturförderung

Obwaldner Kulturpreis

Am 21. Mai 2010 wurde dem 83jährigen Künstler und Kunstvermittler Alois Spichtig aus Sachseln der Obwaldner Kulturpreis verliehen. Regierungsrat Franz Enderli übergab Alois Spichtig den mit 5'000 Franken dotierten Kulturpreis und verlas die Urkunde: „Der Regierungsrat des Kantons Obwalden verleiht Alois Spichtig den Obwaldner Kulturpreis 2010 als Anerkennung für sein reiches und beeindruckendes künstlerisches Schaffen. In vielen liturgischen Räumen im Kanton Obwalden und der Deutschschweiz wird das Werk des Preisträgers sichtbar. Es ist geprägt von spiritueller Tiefe und nachhaltiger Präsenz. Der Preisträger hat das Obwaldner Kulturleben – insbesondere das Museum Bruder Klaus – während mehrerer Jahrzehnte geprägt und inspiriert.“ In einer bewegenden Feier im Theater Altes Gymnasium in Sarnen lobte der Laudator Urs Sibler, Leiter des Museums Bruder Klaus, den Preisträger für dessen „Gespür für die Räume und für die Bedürfnisse der Nutzer mit einer eigenständigen Sprache auszudrücken.“

Besserer Schutz für das Obwaldner Kulturgut

In den letzten fünf Jahren hat sich der Kulturgüterschutz Obwalden strukturell und organisatorisch grundsätzlich verändert. Der kantonale Kulturgüterschutz informierte im September 2010 rund 40 Kulturgut-Verantwortliche im Kanton Obwalden über die neuen

Strukturen, die umgesetzten Projekte und die Perspektiven im Bereich des Kulturgüterschutzes. Zentrale Aussage des Abends: die Katastrophe im August 2005, bei welchem auch wichtige Kulturgüter zerstört oder beschädigt wurden, wurde als Chance für wesentliche Verbesserungen genutzt. So bestehen seit 2010 Notfallplanungen für das Rathaus und die Sammlung Burch-Korrodi im Alten Kollegium in Sarnen, während für das Staatsarchiv (Hexenturm und Verwaltungsgebäude Hostett) und die Kantonsbibliothek Einsatzplanungen gestartet wurden.

Heute darf man feststellen, dass der Kanton Obwalden im Kulturgüterschutz schweizweit Pionierarbeit geleistet hat. Seit Juli 2010 gelten Ausführungsbestimmungen, die den Aufgabenbereich des Kulturgüterschutzes erweiterte: bisher konzentrierte sich der Kulturgüterschutz offiziell nur auf Ereignisse bei bewaffneten Konflikten, obwohl selbstverständlich der Kulturgüterschutz auch vorher bei Naturkatastrophen zum Einsatz gekommen war. Die neuen Ausführungsbestimmungen geben nun Rechtssicherheit. Sie fassen bestehende Rechtsgrundlagen auf Stufe Bund und Kanton zusammen und definieren die Aufgaben des kantonalen Kulturgüterschutzes und dessen Partner im Bereich Sicherheit und Kultur.

5510 Kultur- und Denkmalpflege

Denkmalpflege

Den Schwerpunkt der Tätigkeit bildete die Restaurierungsbegleitung des Kursaals Engelberg (erbaut 1902) und des Hotels Pilatus-Kulm (erbaut 1890). Die beiden prächtigen Säle der Belle Epoque wurden von späteren Einbauten befreit und in ihren ursprünglichen Zustand zurückversetzt.

5520 Kantonsbibliothek

2010 war für die Kantonsbibliothek erneut ein bewegtes Jahr. Die Ausleihen stiegen auf rund 117'000 Ausleihen (2009: 112'000), das sind ungefähr 450 Ausleihen und ebenso viele Rückgaben an einem Öffnungstag. Die Ausleihrenner sind erneut Filme und Hörbücher (sowohl der Kinder- wie auch der Erwachsenenbestand). Die Audio-Video-Medien werden im Durchschnitt 11 Mal im Jahr ausgeliehen. Diese Zahlen zeugen von der grossen Nachfrage und Beliebtheit der Bibliothek.

Für 428 Personen stellte die Kantonsbibliothek letztes Jahr einen Ausweis aus. Das Buchstart-Projekt trug sicher zu diesem Zuwachs bei. Jedes neugeborene Kind in Obwalden erhält ein Buchgeschenk und einen Gutschein für einen Ausweis in einer Obwaldner Bibliothek. Auch die vier Reim- und Geschichten-Veranstaltungen für Kleinkinder bis drei Jahren wurden rege besucht, so dass diese Buchstart-Anlässe jetzt doppelt geführt werden müssen. 2011 wird das Angebot auf drei- bis sechsjährige Kinder erweitert.

Ein weiterer Schwerpunkt in der Leseförderung sind Führungen von Schulklassen und die Ausleihe von „Klassenkoffern“. 2010 wurden 21 Schulklassen mit der Benutzung der Kantonsbibliothek vertraut gemacht. Die Kantonsbibliothek öffnete 61mal morgens die Türen, um Schülerinnen und Schülern die Gelegenheit zu geben, eigene Bücher auszusuchen, die sie dann in der Schule lesen können. Auch von den Lehrpersonen wird diese Dienstleistung geschätzt.

5600 Sportabteilung

Sportpreis

Der Sportpreis 2009, der am 4. Mai 2010 übergeben wurde, ging an Funktionäre und Sportlerinnen der Sportmittelschule Engelberg. Mit Pater Robert Bürcher, Peter Urs Naef und Eskil Läubli wurden drei Personen ausgezeichnet, die sich durch grosses persönliches und berufliches Engagement für den Erfolg der Sportmittelschule verdient gemacht hatten. Pater Robert, der leider nur wenige Monate nach der Preisübergabe am 18. September 2010 verstarb, war Rektor der Stiftsschule und Mitgründer der Sportmittelschule Engelberg, Peter Urs Naef ist Präsident des Trägervereins und Eskil Läubli ist verantwortlich für die sportlichen Belange. Die beiden Sportlerinnen Denise Feierabend und Priska Nufer erzielten sportliche Spitzenleistungen und sind Aushängeschilder der Sportmittelschule Engelberg. Denise Feierabend durfte sich als Juniorenweltmeisterin im Slalom auszeichnen lassen, und Priska Nufer ist die weltbeste Juniorin ihres Jahrgangs in den Disziplinen Abfahrt und Super-G.

Bezug Sporthallen und neue Büroräume Abteilung Sport

Nachdem seit August 2005 die Dreifachturnhalle durch die Schäden des Hochwassers nicht mehr benutzbar war, konnten am 11. Oktober 2010 die neu renovierten und erweiterten Sporthallen (Dreifachturnhalle und Vereinshalle) durch die Schulen und die Sportvereine bezogen werden. Der Wochenendbetrieb der Vereine für die Meisterschaften startete am 23./24. Oktober 2010. Zwar herrschte rund um die Turnhallen noch reger Baubetrieb, und einige Räumlichkeiten konnten erst im Verlaufe der nächsten Wochen für den Betrieb freigegeben werden. Trotzdem war man froh, endlich wieder richtige Turnhallen zur Verfügung zu haben. Die Benutzer beurteilen die neuen Hallen nach den ersten Erfahrungen durchwegs sehr positiv, und bei den Besucherinnen und Besuchern vermögen Aussehen und Farbgebung sowohl innen wie aussen zu gefallen.

Die neuen Büros der Abteilung Sport, welche im 1. OG im Bereich der Vereinshalle liegen, waren per Ende Oktober fertig erstellt.

Schulsport: viele Aktivitäten

Der kantonale Mittelstufensporttag für die Schülerinnen und Schüler der MS I und II erfreut sich sehr grosser Beliebtheit. Praktisch lückenlos nehmen die Klassen jeweils daran teil. In Zusammenarbeit mit dem Obwaldner Verband Sport in der Schule (OVSS) und der Abteilung Sport organisiert jedes Jahr gemäss Turnus eine Gemeinde diesen Sporttag. Im Jahr 2010 waren es die Lehrpersonen von Lungern, die den Schülerinnen und Schülern mit einer ausgezeichneten Organisation ein unvergessliches Erlebnis boten.

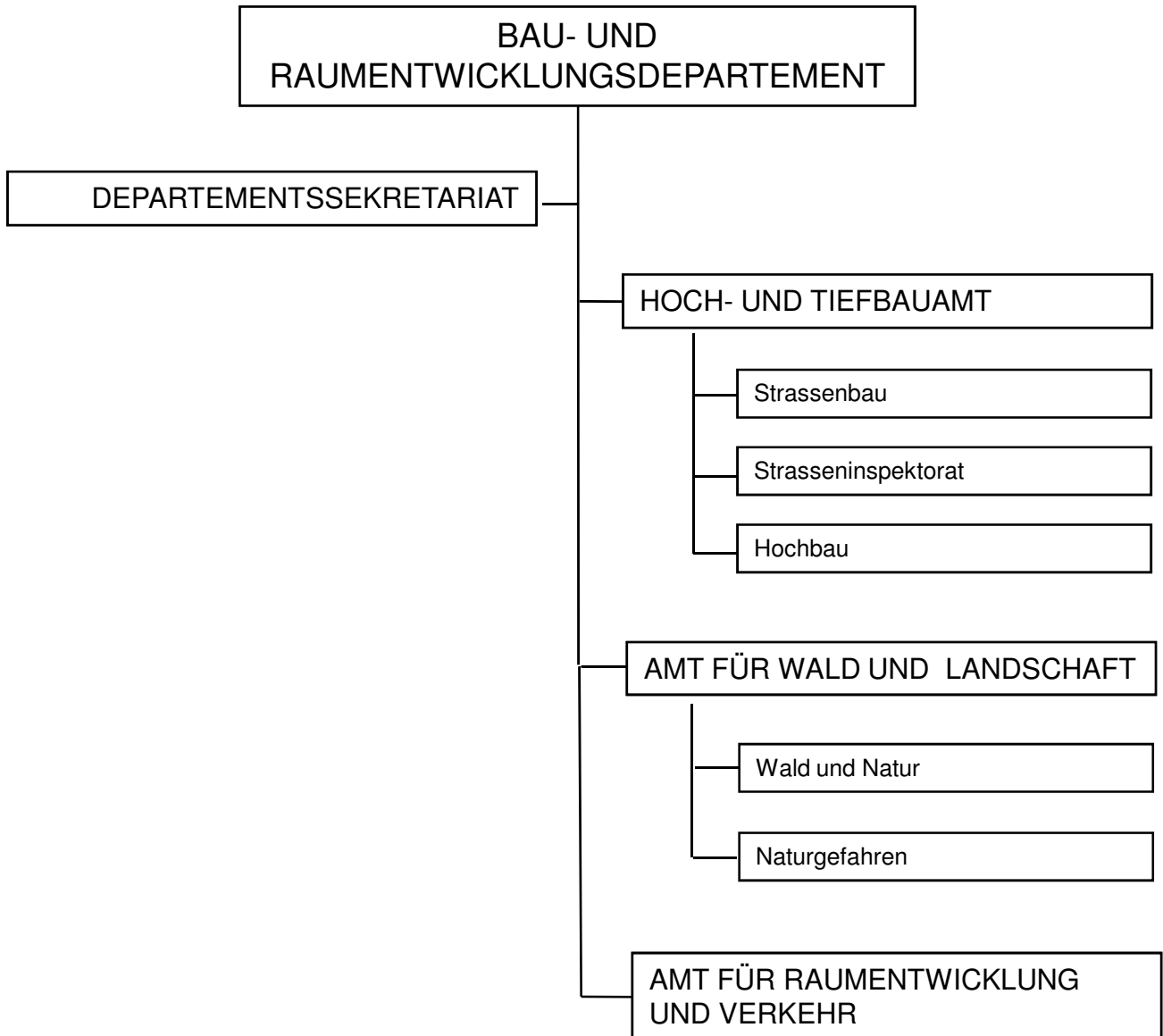
Fünf Obwaldner Mannschaften nahmen im 2010 am Schweizerischen Schulsporttag im Kanton Glarus teil. Auch dieses Jahr zeigte sich, dass unsere Obwaldner Schülerinnen und Schüler den Vergleich mit den Teilnehmenden aus der übrigen Schweiz nicht fürchten müssen. Neben guten Klassierungen im Mittelfeld erspielten sich die Unihockeyspieler aus Sarnen gar die Silbermedaille!

Wie schon ein Jahr zuvor konnte Obwalden beim Bundesprojekt „schule bewegt“ mit der höchsten Beteiligungsquote aller Kantone den Spitzenplatz belegen. Mit der Teilnahme verpflichteten sich die Lehrpersonen der angemeldeten Schulklassen zu einer zusätzlichen Bewegungszeit für ihre Schülerinnen und Schüler von 20 Minuten pro Tag.

4.6 Bau- und Raumentwicklungs- departement



Kanton
Obwalden



Das Bau- und Raumentwicklungsdepartement umfasst

	Vollzeitstellen Ende	
	2009	2010
Departementssekretariat*	5.3	2.8
Hoch- und Tiefbauamt	29.8	32.6
Amt für Wald und Landschaft*	14.6	11.2
Amt für Raumentwicklung und Verkehr*	-	6.6
Insgesamt	49.7	53.2

* Per 1. Dezember 2009 wurden die Baukoordination (bis dahin im Departementssekretariat integriert) sowie die Bereiche Raumentwicklung und Verkehr (bis dahin im Amt für Wald und Landschaft integriert) im neu geschaffenen Amt für Raumentwicklung und Verkehr zusammengefasst.

Departementsziele im Überblick (Controlling)

	Jahresziele 2010	Stand der Erfüllung
7.6	Massnahmen für die Hochwassersicherheit in den bezeichneten Überflutungsräumen werden durch ein kantonales Gesetz unterstützt und schrittweise umgesetzt.	
	Die neue Schutzwaldausscheidung liegt vor.	Erfüllt: Der Entwurf der neuesten Schutzwaldausscheidung über das ganze Kantonsgebiet liegt vor.
	Es ist festgelegt, welche Projekte nach „Masterplan Langfristmassnahmen Hochwassersicherheit“ projektiert und bis zur Ausführung begleitet und welche zurückgestellt werden.	Teilweise erfüllt: Im Entwurf liegt die Projektpriorisierung vor. Der Regierungsrat befindet über die Priorisierung der Schutzbautenprojekte im ersten Quartal 2011.
9.2	Die priorisierten Massnahmen der Richtplanung sind umgesetzt.	
	Die inhaltlichen Vorgaben für die Projektarbeiten aus Sicht Kanton zur Raumentwicklung sowie zum Verkehr liegen vor.	Erfüllt: Die prioritären Richtplanprojekte sind inhaltlich soweit ausgearbeitet worden, dass der Folgeschritt der Koordination mit den Gemeinden eingeleitet werden kann.
	Die Grundlagen für die Ansprüche an die Landschaft (Nutzung und Schutz) sind für künftige Entscheide erstellt.	Teilweise erfüllt: Im Rahmen des Richtplanprojekts Landschaftsentwicklung sind verschiedene Teilräume definiert worden mit den jeweils relevanten grundsätzlichen Nutzungs- und Schutzansprüchen.
	Es ist festgelegt, welche Nutzungsplanänderungen der Gemeinden mit den vorhandenen Ressourcen noch begleitet werden können und welche zurückgestellt werden (Beratung, Vorprüfung und Genehmigung).	Teilweise erfüllt: Es hat sich gezeigt, dass Vorprüfung und Genehmigung kommunaler Zonenplanänderungen zeitlich nicht zurückgestellt werden können. Beratungen im Vorfeld einer Vorprüfung erfolgen auf Ersuchen hin.

	Jahresziele 2010	Stand der Erfüllung
9.4	Energie wird sparsam und nachhaltig genutzt.	
	Das Energiegesetz ist umgesetzt. Die Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich sind umgesetzt. Das Förderprogramm Energieeffizienz in Gebäuden ist eingeführt.	Erfüllt: Die Fortführung des Förderprogramms Energieeffizienz und erneuerbare Energien ist erfolgt. Dazu hat der Kantonsrat im Juni 2010 einen Bruttokredit von 1.8 Millionen Franken für vier Jahre bewilligt. Teilweise erfüllt: In Bearbeitung sind die gesetzlichen Grundlagen für das Förderprogramm, sowie weiteren Gesetzesanpassungen im Rahmen der Umsetzung des Energiekonzepts 2009. Der Behandlung im Kantonsrat ist für März 2011 vorgesehen. Erfüllt: Das nationale Gebäudeprogramm (Beiträge für Sanierung Gebäudehülle) ist eingeführt.
10.1	Die öffentliche Verkehrserschliessung ist schrittweise verbessert.	
	Der Kantonsbeitrag an das Park+Ride-Parkhaus der OKB ist durch den Kantonsrat verabschiedet.	Erfüllt: Der Kantonsrat verabschiedete am 22. April 2010 den Kantonsbeitrag. Das Volkswirtschaftsdepartement bearbeitete die Vorlage.
	Eröffnung zb-Tunnel Engelberg: Die Erschliessung von Engelberg durch den öffentlichen Verkehr ist entscheidend verbessert worden.	Erfüllt: Die Inbetriebnahme des zb-Tunnels ist im Dezember 2010 erfolgt.
10.3	Die Infrastruktur des Individualverkehrs ist programmgemäss ausgebaut.	
	Der Nationalstrassenabschnitt A8 Giswil Nord-Ewil Süd mit dem Tagbautunnel Zollhaus ist dem Verkehr übergeben.	Erfüllt: Die Übergabe an den Verkehr ist im September 2010 programmgemäss erfolgt.
13.3	Funktionale und zweckmässige Bauten und Anlagen unterstützen die optimale Aufgabenerfüllung.	
	Die Ausführung des Projekts Ausbau/Sanierung Kantonsschule und Sportanlage wird fortgesetzt. Die Sporthallen sind in Betrieb genommen.	Erfüllt: Die Bauausführung verlief nach Programm. Die Sporthallen sind seit Oktober 2010 in Betrieb.
	Der Wettbewerb des neuen Bettentrakts für das Kantonsspital ist entschieden.	Erfüllt: Der Wettbewerb ist durchgeführt und abgeschlossen. Die Bearbeitung des Bauprojekts startet anfangs 2011.

Departementsaussagen zu Querschnittfragen

Hochwasserschutz

Im Berichtsjahr sind im Masterplan „Sicherheit vor Naturgefahren“ rund 50 grössere und kleinere Wasserbauprojekte enthalten, welche in Planung oder in Ausführung sind. Viele grosse Wasserbauprojekte stehen kurz vor oder kurz nach der öffentlichen Planaufgabe. Der Kanton begleitet die Projekte in technischer Hinsicht intensiv, stellt die Koordination der verschiedenen Verfahren sicher und führt mit dem Bund die nötigen Verhandlungen. Um die zur Verfügung stehenden Ressourcen optimal einsetzen zu können, werden diese Wasserbauprojekte und die übrigen Schutzbautenprojekte (Sturzgefahren und Lawinengefahren) aufgrund der vorhandenen Risiken und der Wirtschaftlichkeit priorisiert. Einsprachen bzw. langwierige, aufwendige Einigungsverfahren führen zu zeitlichen Verzögerungen.

Auf der Homepage www.hochwasserschutz-ow.ch sind aktuelle Informationen zur Gefahrenprävention und -abwehr in allen Gemeinden aufgeschaltet.

Schutz- und Nutzungsplanungen

Schutz- und Nutzungsplanung Moorlandschaft Glaubenberg

Die Schutz- und Nutzungsplanung Moorlandschaft Glaubenberg war bei den betroffenen Grundeigentümern, Bewirtschaftern, Einwohnergemeinden, politischen Parteien, ausgewählten Verbänden und beim Bundesamt für Umwelt zur Anhörung. Die Planung wird anhand der eingegangenen Stellungnahmen überarbeitet.

Schutz- und Nutzungsplanung Naturschutzzone Hanenried

Die Schutz- und Nutzungsplanung Naturschutzzone Hanenried inkl. Gewässerraumzone Kleine Melchaa wurde im koordinierten Verfahren öffentlich aufgelegt. Sie ist Voraussetzung für die Realisierung des wichtigen Hochwasserschutzprojektes Umlegung Kleine Melchaa. Im Rahmen der öffentlichen Auflage gingen Einsprachen von Bewirtschaftern, Jagdverbänden, den Obwaldner Wanderwegen und zahlreichen Fischern ein.

Schutz- und Nutzungsplanung der Wildruhegebiete im Kanton Obwalden

Im Rahmen der öffentlichen Auflage der Schutz- und Nutzungsplanung der Wildruhegebiete im Kanton Obwalden gingen zahlreiche Einsprachen ein. Die Würdigung der Einsprachen hat ergeben, dass Anpassungen des Reglements vorzunehmen sind. Anpassungen des Reglements führen zwangsläufig zu einer zweiten öffentlichen Auflage der Schutz- und Nutzungsplanung Wildruhegebiete im Kanton Obwalden. Durch die erneute öffentliche Auflage werden die hängigen Einsprachen gegenstandslos. Im Hinblick auf die zweite Auflage wurden die Anliegen und Forderungen aller Einsprechenden überprüft und - soweit angezeigt - in die überarbeitete Schutz- und Nutzungsplanung Wildruhegebiete im Kanton Obwalden aufgenommen.

Nationalstrassenbau

Im Berichtsjahr wurden in verschiedenen Abschnitten der A8 Meilensteine erreicht. Am 2. Juli 2010 erfolgte der Durchschlag des Haupttunnels der Umfahrung Lungern. Am 23. September 2010 konnte der Nationalstrassenabschnitt Giswil Nord – Ewil nach vier Jahren Bauzeit eröffnet werden. Das 1400 Meter lange Teilstück der A8 besteht aus dem 450 Meter langen Anschluss Giswil Nord, welcher zwischen den Tunnelportalen Giswil Nord und Zollhaus Süd liegt, dem 420 Meter langen Tunnel Zollhaus und dem 530 Meter langen Strassenabschnitt zwischen dem Nordportal des Tunnels Zollhaus und dem Südportal des Tunnels Sachseln. Mit der Inbetriebnahme erfolgte die Übergabe des 56 Mio. Franken teuren Bauwerks an den Bund.

Ende 2010 hat das Bundesamt für Strassen ASTRA dem Kanton mitgeteilt, dass ein generelles Projekt für den Ausbau des Anschlusses Alpnach Süd zu einem Vollanschluss erstellt werden

kann. Es ist vorgesehen, den Kanton mit der Bearbeitung des generellen Projekts zu betrauen. Die Vorgaben des ASTRA für das generelle Projekt sind umfangreich und komplex.

Schliesslich wurde im vergangenen Jahr das Variantenstudium für die Umfahrung Kaiserstuhl (Lungern Nord – Giswil Süd) durchgeführt.

Beschwerdestatistik

Beschwerdeentscheide des Regierungsrats

(Vorbereitung und Antragstellung durch Bau- und Raumentwicklungsdepartement)

	2008	2009	2010
Anzahl Beschwerden	45	24	36
Übertrag vom Vorjahr	29	7	9
Neueingänge	16	17	27
Erledigt durch Entscheid des Regierungsrats	38	8	21
– gutgeheissen	8	4	6
– teilweise gutgeheissen	12	1	0
– abgewiesen	7	2	9
– nicht eingetreten	4	1	6
Erledigt ohne Entscheid des Regierungsrats			
Abschreibungsbeschluss Departement (Vergleich, Rückzug und dgl.)	7	7	2
Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr	7	9	13

Beschwerde- und Einspracheentscheide des Bau- und Raumentwicklungsdepartements

	2008	2009	2010
Anzahl Beschwerden / Einsprachen			
Übertrag vom Vorjahr	0	1	3
Neueingänge	2	3	121
Erledigt durch Entscheid des Departements			
– gutgeheissen	0	0	0
– teilweise gutgeheissen	0	0	0
– abgewiesen	1	0	2
– nicht eingetreten	0	0	1
Ohne materiellen Entscheid des Departements			
Vergleich, Rückzug und dgl.	1	1	0
Übertrag auf das folgende Geschäftsjahr	0	3	121*

* Das Gros davon beim Hochwasserschutz und bei der Schutz- und Nutzungsplanung

60 Departementssekretariat

Das Departementssekretariat unterstützt den Departementsvorsteher bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departements, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrats, des Kantonsrats und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departements, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung (Controlling). Ihm ist der departementale Rechtsdienst angegliedert.

Organisationsentwicklung im Departement

Die per Dezember 2009 in Kraft getretene Organisation des Bau- und Raumentwicklungsdepartements mit neu drei Ämtern, Amt für Wald und Landschaft, Amt für Raumentwicklung und Verkehr und Hoch- und Tiefbauamt, ist umgesetzt.

Neu organisiert und ausgerichtet wurde im Berichtsjahr das Departementssekretariat. Seit April 2010 steht es unter neuer Leitung. Zuzug Personalwechsel konnte das Departementssekretariat zudem per Mitte 2010 mit einem Kommunikationsfachmann ergänzt werden.

Behandlung von Einsprachen und Beschwerden (vgl. auch obige Beschwerdestatistik)

Das Departement instruierte im Geschäftsjahr 21 Beschwerden in Bau- und Raumplanungsangelegenheiten zuhanden des Regierungsrats. Die durchschnittliche Verfahrensdauer von Eingang der Beschwerde bis zum Entscheid durch den Regierungsrat betrug 5.8 Monate (ohne Fälle mit Beweisverfahren sowie Fälle, welche auf Antrag der Parteien oder von Amtes wegen sistiert wurden).

Auf Stufe Departement wurden drei, teilweise aufwendige und komplexe Einsprachen betreffend Deponievorhaben entschieden. Gegen die Grossprojekte Hanenried (Naturschutzzone und Gewässerraumzone Kleine Melchaa) sowie gegen das Hochwasserschutzprojekt Sarneraa (Geschiebesammler Schlierenrüti bis Alpnachersee) sind im Oktober insgesamt 79 Einsprachen eingegangen. Die Schutz- und Nutzungsplanung Wildruhegebiete wird überarbeitet und erneut öffentlich aufgelegt. Die dagegen erhobenen rund 42 Einsprachen werden damit gegenstandslos.

Rechtsetzung

Die Teilrevision des Baugesetzes für die Schaffung von Rechtsgrundlagen betreffende Umsetzung des Energiekonzepts ist weit vorangeschritten. Das Vernehmlassungsergebnis liegt vor. Der Regierungsrat hat das Geschäft am 21. Dezember 2010 zuhanden des Kantonsrats verabschiedet.

Die im gleichen Kontext anberaumte Anpassung im Baugesetz zur Schaffung von Arbeitsgebieten von kantonalem Interesse wurde fallen gelassen. Im Rahmen der zweiten Vernehmlassungsrunde äusserten sich verschiedene Einwohnergemeinden ihre Bedenken betreffend eine solche Lösung.

61 Hoch- und Tiefbauamt (HTA)

Das Hoch- und Tiefbauamt bearbeitet sämtliche Fragen im Zusammenhang mit Hoch- und Tiefbauten des Kantons. Dazu gehören die Bauten der öffentlichen Verwaltung, die Nationalstrasse und die Kantonsstrassen.

Die Abteilung Strassenbau ist verantwortlich für die Planung und den Bau der Kantonsstrassen (Projektleitung und Oberbauleitung). Dazu gehören alle Kunstbauten, die Radverkehrsanlagen, bauliche Verbesserungsmassnahmen aus Verkehrssicherheitsfragen und der Vollzug der Lärmschutzverordnung entlang dieser Strassen. Bei der Nationalstrasse ist sie verantwortlich für die Projekte der Netzzollendung. Es sind dies die Abschnitte A8 Umfahrung Lungern, A8 Giswil Nord – Ewil, A2/A8 Kirchenwaldtunnel und A8 Lungern Nord – Giswil Süd; www.a8-ow.ch.

Das Strasseninspektorat sorgt für den betrieblichen und baulichen Unterhalt der Kantonsstrassen. Zum betrieblichen Unterhalt gehören: der Winterdienst, die Reinigung und der Unterhalt der Fahrbahn, die Grünpflege, die Wartung und der Unterhalt der technischen Einrichtungen sowie die Behebung von Unfall- und Unwetterschäden. Zum baulichen Unterhalt gehören die Planung und die Realisierung von Massnahmen zur Substanzerhaltung.

Die Abteilung Hochbau und Energie ist verantwortlich für die Projektierung und die Realisierung der kantonalen Hochbauprojekte. Als Bauherrenvertreterin obliegt ihr das Projektmanagement und die Gewährleistung von Qualität, Kosten und Terminen. Durch die Bewirtschaftung der Gebäude wird die langfristige Werterhaltung und Funktionstüchtigkeit der vom Staat genutzten Bauten gesichert. Die Abteilung Hochbau und Energie ist auch zuständig für die Verwaltung der kantonalen Liegenschaften sowie die Fachbereiche Energie, Wärmeverbund und Wasserrecht. Zum Fachbereich Energie finden sich weitere Informationen unter: www.energie-zentralschweiz.ch.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2010	Stand der Erfüllung
9	Energie Fortsetzung der Umsetzung des Energiekonzepts 2009	Erfüllt: Die Fortführung des Förderprogramms Energieeffizienz und erneuerbare Energien ist erfolgt. Dazu hat der Kantonsrat im Juni 2010 einen Bruttokredit für vier Jahre (1.8 Millionen Franken) bewilligt. Teilweise erfüllt: In Bearbeitung sind die gesetzlichen Grundlagen für das Förderprogramm, sowie weitere Gesetzesanpassungen im Rahmen der Umsetzung des Energiekonzepts 2009. Erfüllt: Ein Nationales Gebäudeprogramm (Beiträge für Sanierung Gebäudehülle) ist eingeführt.

	Amtsprojekte 2010	Stand der Erfüllung
10.3	Baulicher Unterhalt Kantonsstrassen	Erfüllt: Die Sicherstellung des Standards des Netzes ist gemäss Mehrjahresprogramm erfolgt: - Belagsarbeiten Panoramastrasse, Giswil; - Belagsarbeiten Brünigstrasse, Sachseln und Alpnach; - Engelbergerstrasse Engelberg: Entwässerung und Deckbeläge
10.3	Bau Kantonsstrassen Brünigstrasse / Bahnhofstrasse Kägiswil: Sanierung Kreuzung Engelbergerstrasse: Brückenersatzbau Boden (Unwetter 2005) Strassenlärmsanierung: Fortsetzung Sanierungsprogramm	Erfüllt: Bauprojekt abgeschlossen; Baubewilligung erteilt; Bauausführung Frühling 2011. Erfüllt: Landerwerb und Vermarchung abgeschlossen. Erfüllt: Planmässiger Programmstand, zirka 51 % der Fenstersanierungen umgesetzt.
10.3	Radrouten Abschnitt Sarnen - Alpnach Abschnitt Sarnen – Kerns – Kantonsgrenze NW	Erfüllt: Projektstudie abgeschlossen; Vorprojektierung gestartet. Erfüllt: Projektstudie abgeschlossen; Vorprojektierung gestartet.
10.3	Bau Nationalstrasse A8 (Netzfertigstellung) Umfahrung Lungern: Fortsetzung Bauarbeiten Giswil Nord – Ewil: Eröffnung/Inbetriebnahme Lungern Nord – Giswil Süd (Umfahrung Kaiserstuhl): Erarbeitung Projektstudie A2/A8 Kirchenwaldtunnel: Schlussabrechnungen und Sanierung Lopperstrasse	Erfüllt: Die Bauarbeiten verlaufen grundsätzlich nach dem 7. Langfristigen Bauprogramm (Überarbeitung 2009) des Bundes. Alle Projekte laufen planmässig. Tunnelausbruch fertig, Innengewölbe 3000 m betoniert (85 %), Start mit Tunnel-Innenausbau. Inbetriebnahme am 23.09.2010 erfolgt, Start Instandsetzung Brünigstrasse. Variantenuntersuchung (Zweckmässigkeitsstudie) abgeschlossen inklusive Umweltverträglichkeitsbericht. Instandsetzung Lopperstrasse gestartet; Abrechnungen Kirchenwaldtunnel in Arbeit.
13.3	Hochbau Polizeigebäude: Sanierung Polizeigebäude: Aufstockung Kantonsschule und Sportanlagen: Fortsetzung Bau und Eröffnung Sporthallen Kantonsspital: Projektierung Bettentrakt	Erfüllt: Sanierung des Gefängnis und der Tore des Verkehrs- und Sicherheitszentrums abgeschlossen. Erfüllt: Vorprojekt erstellt; Objektkredit vom Kantonsrat im Oktober 2010 bewilligt; Baubeginn voraussichtlich im Sommer 2011. Erfüllt: Vorgesehene Bautermine konnten erfüllt und die Sporthallen im Oktober 2010 in Betrieb genommen werden. Inbetriebnahme der Schule Ende März 2011 vorgesehen. Erfüllt: Projektwettbewerb durchgeführt und abgeschlossen; Start Bearbeitung des Bauprojekts unter Leitung eines externen Projektleiters erfolgt anfangs 2011.

610 Tiefbau**6102 Strassenbau****Finanzierung (Bundesbeiträge)**

Die Bundesbeitragssätze für die Fertigstellung der Nationalstrasse blieben im Berichtsjahr unverändert, das heisst 97 Prozent. Der Bundesbeitragssatz für Lärmschutz entlang der Kantonsstrassen beträgt 60 Prozent. Für die Hauptstrassen (Engelbergerstrasse) zahlt der Bund Globalbeiträge aus. Zusammen mit einem Zusatzbeitrag aus dem Infrastrukturfond (Beiträge für Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen) beträgt diese Globale im 2010 rund 750 000 Franken.

Bau Kantonsstrassen*Strassenlärmsanierung*

Es wurden im Jahr 2010 Beträge von insgesamt 175 000 Franken für ausgeführte Fenstersanierungen an Gebäudeeigentümer ausbezahlt. In den Gemeinden Sarnen, Alpnach, Kerns, Sachseln, Giswil und Engelberg sind bis Ende 2010 an 320 Gebäuden die Fenstersanierungen ausgeführt und rückvergütet worden. Dies entspricht ungefähr 67 Prozent aller Massnahmen aus den bewilligten Teilsanierungsprogrammen (TSP).

Gemeinde	Anzahl Gebäude mit Grenzüberschreitungen		Anzahl lärmsanierte Gebäude (Fenstersa- nierung)		% lärmsanier- te Gebäude
Sarnen	134	(33)*	78	(23)*	58
Kerns	58	(6)*	40	(5)*	69
Sachseln	107	(22)*	66	(16)*	62
Alpnach	53	(11)*	35	(0)*	66
Giswil (Panoramastrasse)	28	(0)*	22	(9)*	79
Giswil (Brünigstrasse)**	35	(13)*	27	(9)	77
Lungern (Brünigstrasse)**	61	(22)*	52	(21)	85
Engelberg	1	(0)*	0	(0)*	0
Total	477	(107)*	320	(83)*	67

* davon Gebäude mit Alarmwertüberschreitung

** Brünigstrasse Giswil und Lungern ist Nationalstrasse 3. Klasse d.h. Kosten Fenstersanierung

100 % Bund (NFA)

Neue Radwegverbindungen

Für die beiden Radwegverbindungen Sarnen – Alpnach und Sarnen – Kerns – Sand – Kantonsgrenze NW wurden Projektstudien ausgearbeitet und an zwei Workshops amtsintern besprochen. Es ist nun vorgesehen, für beide Radwegverbindungen ein Vorprojekt auszuarbeiten.

Engelbergerstrasse, Engelberg

Die Instandsetzung des Lehnenviadukts Boden nach dem Unwetter 2005 ist abgeschlossen, inklusive Landerwerb und Vermarchung. Es folgt nun noch die Objektkreditabrechnung. 2010 wurde eine Hauptuntersuchung (Zustandsaufnahme etc.) der verschiedenen Brücken- und Lehenkonstruktionen der Engelbergerstrasse durchgeführt. Diese zeigte auf, dass nur die Überführung Trasse Zentralbahn in einem schlechten Zustand ist. Mit der Eröffnung des Steilrampentunnels der Zentralbahn Ende 2010 kann diese Überführung abgebrochen werden. Die Strasse wird dann auf einen Dammkörper zu liegen kommen. Der Projektstart folgt im 2011.

Umgestaltung Knoten Brünigstrasse / Bahnhofstrasse Kägiswil

Mit einer sanften Umgestaltung wird die Verkehrssicherheit verbessert. Das Bauprojekt ist erstellt. Die Baubewilligung wurde erteilt. Die Ausführung erfolgt im Frühling 2011.

Bau Nationalstrasse A8 (Fertigstellung)

(vollständige Projektbeschreibungen siehe auch www.a8-ow.ch)

Umfahrung Lungern: Erfolgreicher Durchschlag Tunnel

Die Hauptarbeiten im Tunnel laufen gemäss Bauprogramm und haben per Ende 2010 folgenden Stand:

Vortrieb (abgeschlossen)	3 444 m
Sohlgewölbe betoniert (abgeschlossen)	1 260 m
Tunnelabdichtung	2 830 m
Gewölbebeton	2 996 m
Zwischendecken	2 496 m
Ablagerung Ausbruchmaterial Deponie Hinti (fest)	450 000 m ³

Am 2. Juli 2010 konnten die Vortriebsarbeiten mit den letzten Sprengungen (Durchschlag) erfolgreich abgeschlossen werden. Beim Nordportal wurden die Innenausbauarbeiten (Kabelrohrblöcke, Versetzen Randsteine / Schlitzrinne) gestartet. Beim Sicherheitsstollen wurde das Förderband demontiert. Die definitive Sicherung des Stollens mit Spritzbeton ist in Arbeit. In den Portalzentralen wurde mit den ersten Montagen für die Betriebs- und Sicherheitsausrüstung begonnen.

Lungern Nord – Giswil Süd (Umfahrung Kaiserstuhl): Projektstudie

Die Projektstudie in Form einer Machbarkeits- und Zweckmässigkeitsstudie wurde anfangs Jahr gestartet. Anlässlich von zwei Workshops mit Vertretern der beiden Standortgemeinden Lungern und Giswil sowie Vertretern der kantonalen Ämter wurde die Vorgehensweise der Projektstudie mit mehreren Varianten der Linienführung und den Anschlüssen vorgestellt und besprochen. Schlussendlich wurde aus den vielen Varianten drei zur vertieften Untersuchung ausgewählt. Es ist vorgesehen, dass der Regierungsrat anfangs 2011 beim Bund den Antrag für die Erstellung eines Generellen Projekts auf der Basis dieser Projektstudie einreicht.

Giswil Nord – Ewil: Eröffnung Tunnel Zollhaus

Nach vierjähriger Bauzeit konnte der Nationalstrassenabschnitt Giswil Nord – Ewil mit dem Tunnel Zollhaus am 23. September 2010 feierlich eröffnet werden. Im Jahr 2010 wurden hauptsächlich Trasse- und Belagsarbeiten sowie die Montage und Inbetriebnahme der Betriebs- und Sicherheitsausrüstung ausgeführt. Nach der Eröffnung starteten die Instandsetzungsarbeiten bei der Kantonsstrasse zwischen Ewil und Zollhaus. Diese Arbeiten werden im Mai 2011 abgeschlossen. Die Gesamtkosten können innerhalb des bewilligten Kostenvoranschlags von 56.0 Millionen Franken abgerechnet werden.

A2/A8 Kirchenwaldtunnel / Verbindungstunnel: Instandsetzung Lopperstrasse

Unter der Leitung des Kantons Nidwalden sind die Instandsetzungsarbeiten an der Lopperstrasse gestartet worden. Die Gesamtkosten betragen ca. 10 Millionen Franken. Der Kostenanteil des Kantons Obwalden beträgt ca. 2 Millionen Franken. Da die Instandsetzung der Lopperstrasse über den Kredit der Netzzuwendung läuft, beträgt der Bundesbeitrag 97 Prozent. Im Weiteren sind die Schlussabrechnungsarbeiten für das gesamte Projekt A2/A8 Kirchenwaldtunnel das zwischen 1999 und 2010 gebaut wurde, gestartet worden.

Ausbau Nationalstrasse A8

Erweiterung Anschluss Alpnach Süd zu einem Vollanschluss: Projektierungsstart

Ende 2010 hat das Bundesamt für Strassen ASTRA dem Kanton mitgeteilt, dass ein generelles Projekt für den Ausbau des Anschlusses Alpnach Süd zu einem Vollanschluss erstellt werden kann. Es ist vorgesehen, dass die für den Ausbau der Nationalstrasse im Kanton Obwalden zuständige ASTRA-Filiale Zofingen den Kanton beauftragt, dieses generelle Projekt zu bearbeiten. Die Vorgaben des ASTRA für das generelle Projekt sind umfangreich und komplex.

Strassenlärmsanierung Alpnachstad – Alpnach Süd: Genehmigung Ausführungsprojekt

Das Ausführungsprojekt Lärmsanierung Alpnachstad – Alpnach Süd wurde im April / Mai 2010 öffentlich aufgelegt. Dieses Projekt beinhaltet im Wesentlichen den Einbau eines lärmarmen Belages im Bereich von Alpnachstad sowie den Einbau von Lärmschutzfenstern an neun Gebäuden entlang der Nationalstrasse. Die ASTRA-Filiale Zofingen hat den Kanton beauftragt, die Projektleitung für die Lärmsanierungsmassnahmen zu betreuen. Die Kosten dieser Lärmsanierungsmassnahmen übernimmt der Bund.

612 Strasseninspektorat

6120 Betrieblicher Strassenunterhalt

Erneut hoher Aufwand für Winterdienst

Das Betriebsjahr 2010 führte beim Winterdienst zu einem ausserordentlich hohen Aufwand. Eine Folge davon war die Verknappung des Auftausalzes, welche zu Lieferungsengpässen führte. Für den Bereich des Kantonsstrassennetzes stand immer Streusalz zur Verfügung, für die Gemeinden wurden Liefereinschränkungen gemacht.

Der Winter zeigte seine Auswirkungen auch an den Strassenbelägen. Mit vermehrten Reparatüreinsätzen wurden die aufgetretenen Schäden, vor allem Rissbildungen, repariert.

Mit der Eröffnung des Nationalstrassenabschnittes A8 Giswil Nord - Ewil ist die Brünigstrasse zwischen Ewil und dem Anschluss Giswil Nord in das Kantonsstrassennetz übergegangen. Damit wird dieser Abschnitt nun durch das Strasseninspektorat Obwalden unterhalten.

Der ausserbetriebliche Unfalltod des Werkhofleiters führte dazu, dass Anpassungen in der Organisation des Strasseninspektorats vorgenommen werden mussten.

6122 Baulicher Unterhalt

Grundlage der baulichen Unterhaltsmassnahmen bildete die Mehrjahresplanung. Für das Jahr 2010 standen 1.2 Millionen Franken zur Verfügung.

Hauptsächliche Arbeiten waren Belagsarbeiten an der Panoramastrasse in Giswil, Abschnitt Buechenegg bis Sandboden, an der Brünigstrasse in Sachseln, Bereich Steinibach bis Ewil und an der Brünigstrasse in Alpnach zwischen Grosse Schlieren und Hofmätteli. An der Engelbergerstrasse erfolgte mit dem Einbau des Deckbelags der Abschluss der Sanierung von Fahrbahn, Trottoir und Entwässerungsanlage. Bei den Arbeiten in Sachseln, Alpnach und Engelberg waren auch die jeweiligen Gemeinden in die Projekte involviert.

Wegen starken Setzungen im talseitigen Fahrbahnbereich mussten Sofortmassnahmen an der Melchtalerstrasse und an zwei Stellen an der Panoramastrasse eingeleitet werden. Die Böschungen wurden mittels Holzkastenverbau wieder stabilisiert.

Die Zentralbahn hat im vergangenen Jahr die Bahnübergänge in Alpnachstad und in Kägiswil / Kernmatt saniert. Für diese Arbeiten musste eine Kostenbeteiligung zu Lasten der Kantonsstrasse geleistet werden.

614 Hochbau

6140 Hochbauten

Gebäudeunterhalt (Auswahl von Einzelmassnahmen)

- Rathaus: Wasserschaden im Foyer UG behoben.
- Verwaltungsgebäude: Brandmeldeanlage erneuert und Brandmelder ersetzt; Steuerung Sonnenstoren ersetzt; Abklärungen für den Ersatz des Sonnenschutzes; in einzelnen Büros Teppiche ersetzt und Wände gestrichen.
- Polizeigebäude und Verkehrssicherheitszentrum: Ersatz der Sicherheits- und Türüberwachungsanlage; verschiedene Unterhaltsarbeiten wie Parkettboden neu versiegeln; Behebung Wasserschaden im UG; Fensterersatz im UG; Gefängnishof neu teeren.
- Gerichtsgebäude: Zwei Büros vollständig saniert; Wasserschaden an Gipsdecke und Wänden saniert (Ursache undichter Ablauf).
- Altes Gymnasium: Neuversiegelung des Parkettbodens auf einer Schulzimmeretage; Wände Korridor gestrichen; WC-Kittfugen erneuert.
- BWZ-Sarnen: Sitzungsbereich im Lehrerzimmer mit neuer Trennwand abgetrennt; Sturmschäden an Fassade behoben. Mitarbeitende des BWZ haben eine allgemeine Mängelliste aus Nutzersicht erstellt und zur Bearbeitung übergeben.
- BWZ-Giswil: Küche Oberbauten ersetzt.
- Kantonsbibliothek: Projekt für die Umnutzung der Hauswartwohnung wurde geplant.
- Landenberg: Blitzschlag im Elektrotabelleau repariert.
- Museum: neue Beleuchtung installiert.
- Wärmeverbund Sarnen: grosse Revision; Ventilplattenrevision; Neuplanung Notstromversorgung; Zustandsanalyse erstellt.
- Bei allen Gebäuden wurde die Dachkontrolle sowie die periodischen Service- und Kontrollarbeiten ausgeführt.

Kantonsschule und Sportanlagen

Die Bauausführung erfolgt planmässig, obschon das Bauprogramm von nur einem Jahr (Schule) bzw. eineinhalb Jahren (Sporthalle) aus heutiger Sicht zu ehrgeizig festgelegt wurde. Termingerech konnten die vier Sporthallen am 11. Oktober 2010 in Betrieb genommen werden. Ende Jahr konnten die Trainingsräume den Benutzern übergeben werden. Im Schulhaus erfolgt nach der Vollendung der Rohbauarbeiten der Innenausbau. Der Förderbeitrag aus der Stiftung Klimarappen konnte nach Prüfung der Ausführungspläne abgeholt werden.

Weiter erfolgte die Ausführungsplanung für die Umgebungsarbeiten, die Ende Jahr in Angriff genommen werden konnten. Mit der Umgebungsplanung wurde der Rückbau der Provisorien geplant.

Juko-Pavillon

Für den Juko-Pavillon wurde in Zusammenarbeit mit dem Sicherheits- und Justizdepartement eine Ersatzlösung gesucht. Gemeinsam mit der Gemeinde Sarnen konnte der neue Standort festgelegt werden. Es ist vorgesehen, einen doppelstöckigen Pavillon, der gegenwärtig als Schulprovisorium genutzt wird, an den neuen Standort zu verschieben. Der Kantonsrat hat am 2. Dezember 2010 den notwendigen Kredit bewilligt. Die Baubewilligung wurde Ende Dezember 2010 eingeholt.

Kantonsspital Obwalden: Bettentrakt

Der Wettbewerb für den Ersatz und Umbau Bettentrakt wurde durchgeführt und Ende Jahr abgeschlossen. Das Siegerprojekt wurde vom Generalplanerteam unter der Leitung des Architekturbüros Fugazza Steinmann & Partner AG, Wettingen, entworfen und soll nun weiterbearbeitet werden. Die externe Projektleitung wurde ausgeschrieben, die Vergabe ist erfolgt.

Polizeigebäude

Die Tore des Verkehr- und Sicherheitszentrums wurden ersetzt.

Das Gefängnis wurde sanft saniert. Die Arbeiten umfassten die Sanierung der Heizungs- und Lüftungsanlage wie auch eine Verbesserung der Videoüberwachung.

Die Planung der Aufstockung des Polizeigebäudes wurde gestartet. Der Kantonsrat hat Ende 2010 den Objektkredit für die Aufstockung von 2.65 Millionen Franken genehmigt.

Mit der Aufstockung kann der akute Bedarf an neuen Büroräumlichkeiten sowohl für das Sicherheits- und Justizdepartement als auch für das Bau- und Raumentwicklungsdepartement (Swisscom-Gebäude) gedeckt werden.

6145 Energie

Das im Vorjahr eingeführte Förderprogramm wurde fortgeführt und mit der Bewilligung eines Rahmenkredits durch den Kantonsrat für die nächsten Jahre legitimiert. Bis Ende Jahr wurden 191 Fördergesuche behandelt. Die weiteren gesetzlichen Anpassungen, die sich aus der Umsetzung des Energiekonzepts ergeben, wurden vorbereitet und das Vernehmlassungsverfahren durchgeführt.

Das nationale Gebäudeprogramm wurde planmässig eingeführt. 166 Beitragsgesuche für die Sanierung der Gebäudehülle wurden abgewickelt. Die Abteilung Hochbau wirkte bei der Energiefachstellenkonferenz-Zentralschweiz und Schweiz mit.

Im Bereich Wasserrechtsverleihungen wurden zwei Konzessionen für Kleinkraftwerke erteilt (Auslauf der ARA Engelberg und Ausnützung der Wasserkraft Gerisbach).

62 Amt für Wald und Landschaft (AWL)

Das Amt für Wald und Landschaft ist die kantonale Anlaufstelle für Fragen um Wald, Natur- und Landschaftsschutz, Jagd sowie Abwehr von Naturgefahren.

Die Abteilung Wald und Natur befasst sich mit der nachhaltigen Waldentwicklung, der Sicherung des Waldareals, den forstlichen Förderungsmaßnahmen (Schutzwaldpflege, Jungwaldpflege, Biodiversität im Wald, Infrastrukturanlagen), dem Forstschutz, der Erhaltung und Förderung wertvoller Landschaften und Naturobjekte, mit dem Schutz der Wildtiere und der Erhaltung ihrer Lebensräume sowie der Jagdplanung.

Die Abteilung Naturgefahren befasst sich mit der Erkennung und Verminderung von Risiken bei Naturgefahren. Sie übt die Oberaufsicht über die Gewässer und die Aufsicht über Stauanlagen aus.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2010	Stand der Erfüllung
7.6	Gefahrenabwehr (Schutzbauten nach Waldgesetz WaG) - Übergangsprojekte (altrechtliche Projekte, welche nach dem 1. Januar 2005 verfügt wurden): - Westliche Sarnersee Wildbäche (WSSW) Sarnen - Integralprojekt Giswiler Laui Giswil - Integralprojekt Güpfi Lungern - Verbauung Müliwald-Mittelgrüss Engelberg - Einzelprojekte nach Masterplan - NFA-Programmvereinbarung Schutzbauten WaG: - Projekte gemäss Grundangebot - Gefahrengrundlage	<i>Folgende Projekte wurden abgeschlossen:</i> - Integralprojekt WSSW Sarnen: - Schwandbach Rufi - Integralprojekt Laui Giswil: - Sanierung Rotmoosgraben Feldmoos - Sicherung Zufahrt Laui mit Holzkasten - Verbauung Ninzenacher - Alarmierung / Notfallkonzept Rutschung Talribi - Sanierung Sperrenüberfall Laui - Integralprojekt Güpfi Lungern: - Schlussdokumentation - Verbauung Müliwald-Mittelgrüss Engelberg: - Runsenholzerei - Bachöffnung Eggeligraben, Sarnen - Verbau Gerengräbli Gwand, Sarnen - Ausbau Foribach Sideren, Kerns - Dammverstärkung Wichelsgraben, Lungern - Lawinenumlenkdamm Pfaffengraben, Engelberg <i>Folgende Projekte stehen in Ausführung:</i> - Integralprojekt WSSW Sarnen: - Schlussdokumentation - Integralprojekt Laui Giswil: - Schlussdokumentation - Sanierung Eibachsperrern, Lungern <i>Folgende Projekte befinden sich in der Planungsphase:</i> - Verbauung Mittellauf Zimmertalgraben, Sarnen - Verbauung Juch, Sachseln

		- Sanierung Schildrübi, Lungern - Hochwasserschutzprojekt Fangtobel, Engelberg - Schneerutschverbau Rehplätz, Lungern
	Amtsprojekte 2010	Stand der Erfüllung
7.6	Wasserbau (Schutzbauten nach Wasserbaugesetz WBG) - Übergangsprojekte (altrechtliche Projekte, welche nach dem 1. Januar 2005 verfügt wurden): - Einzelprojekte nach Masterplan - NFA-Programmvereinbarung Schutzbauten WBG: HWS = Hochwasserschutzprojekt	<i>Folgende Projekte wurden abgeschlossen:</i> Integrales Sanierungskonzept (ISK) Grosse Schliere: - Sanierung Geretschwandsperren Grosse Schliere, Alpnach Sarneraa / Grosse Schliere Alpnach: - Neubau Eichibücke (vorgezogener Projektteil) Grossteilerbäche: - Verbauung Rütibach Holzrückhalt Geschiebesammler Spisbach, Sachseln <i>Folgende Projekte stehen in Ausführung:</i> - Sanierung Dorfbach- (Steinibach)sperren, Sachseln - Reusswehr, Luzern <i>Folgende Wasserbauprojekte befinden sich in der Planungsphase:</i> - HWS Mehl- und Rübibach, Kerns - Gesamtkonzept Foribach, Kerns/Sarnen - HWS Sarneraa Alpnach, Grosse Schliere Alpnachersee, Alpnach (terminlich zurück) - HWS Kegelgebiet Kleine Schliere, Alpnach - Sanierung Schwellen Kleine Schliere (Brücke Kantonsstrasse bis Sammler Chilcherli, B6) - HWS Holzbrücke Giswiler Laui, Giswil - Erhöhung Laidamm Zimmerplatz, Giswil - Sperrensanierung Dorfbach Lungern, Lungern - Holzrückhalt Geschiebesammler Sigetsbach, Sachseln - Verbauung Schwandbach unterhalb Wilerbrücke, Sarnen

	Amtsprojekte 2010	Stand der Erfüllung
7.6	Unwetter OW (Gefahrenabwehr Schutzbauten nach Wasserbaugesetz) - Hochwassersicherheit	<i>Folgende Wasserbauprojekte befinden sich in der Planungsphase:</i> - HWS Sarneraatal, Sarnen (2010 neu terminiert) - HWS Grosse Melchaa, Sarnen - HWS Kleine Melchaa, Sachseln und Giswil - HWS Engelbergeraai, Engelberg HWS Mehlbach, Engelberg - HWS Engelbergeraai NW/OW, 6. Etappe (Federführung liegt beim Kanton NW)
7.7	Schutzwaldpflege Schutzwaldpflege Forstschutz Infrastruktur Schutzwald	Weiterführung der Massnahmen in den genehmigten altrechtlichen Projekten gemäss verfügbaren Krediten (Alpnach, Giswil, Kerns, Lungern, Sarnen). Schutzwaldpflege gemäss Programmvereinbarung in den Gemeinden Engelberg und Sachseln. Verhütung und Bekämpfung Käferbefall gemäss kantonaler Strategie. Geretschwandstrasse, Alpnach: Fortsetzung Sanierung der 2. Etappe.
9.3	Rechtliche Sicherung von Schutz- und Nutzungsplanungen in Objekten von nationaler Bedeutung Hochmoorregeneration Langis Kontrolle NHG-Verträge (3. Etappe) Massnahmen zur ökologischen Aufwertung (inkl. Vernetzungsprojekte) Rechtliche Sicherung Waldreservate	Moorlandschaft Glaubenberg: Die Schutz- und Nutzungsplanung Moorlandschaft Glaubenberg wurde im Nachgang zur Anhörung bei ausgewählten Adressaten umfassend überarbeitet. Wildruhegebiete Kanton Obwalden: Die Schutz- und Nutzungsplanung Wildruhegebiete Kanton Obwalden wurde nach erfolgter Auflage umfassend überarbeitet. Das Regenerationsprojekt Fröschenseeli ist umgesetzt. Über alle Gemeinden verteilt wurden insgesamt 50 NHG-Verträge überarbeitet und aktualisiert. Das Vernetzungsprojekt Wisserlen-Kerns wurde genehmigt. Das Gebiet Schattenberg, Sarnen (150 Hektaren), konnte zwischen dem Kanton und der Korporation Schwendi als Sonderwaldreservat vertraglich gesichert werden.

621 Wald und Natur

NFA – Programmvereinbarungen sind in Umsetzung

Über die Programmvereinbarungen Schutzwald, Waldwirtschaft sowie Wild- und Wasservogelschutzgebiete führte das Bundesamt für Umwelt Stichprobenkontrollen durch. Die Zielvereinbarungen Schutzwald und Wild- und Wasservogelschutzgebiete können aus heutiger Sicht erfüllt werden. Bei der Zielvereinbarung Waldwirtschaft, Programmziel Jungwaldpflege ausserhalb Schutzwald, kann die vereinbarte Pflegefläche bis Ende der 1. Programmperiode nicht erreicht werden. Es ist eine Anpassung der Programmvereinbarung erforderlich.

6212 Walderhaltung

Schadholzmenge weiterhin rückläufig

Die im Jahr 2010 angefallene Schadholzmenge beläuft sich über den gesamten Kanton auf rund 2 385 m³. Dies entspricht im Vergleich zum letzten Jahr (3 875 m³) einem weiteren Rückgang von rund 40 Prozent. Diverse Gewitterstürme haben im Kanton Obwalden insgesamt Windwurfholz von rund 1 550 m³ verursacht, diese Waldteile mussten aufgeforstet werden. Der Stehendbefall durch den Borkenkäfer ist weiter zurückgegangen und lag nur noch bei rund 835 m³ (2009: 865 m³). Dies entspricht dem tiefen Käferholzniveau vor dem Orkan Lothar. Die Lage hat sich somit normalisiert.

Walderhaltung

Gesamthaft wurden 23 Rodungsbewilligungen für eine Gesamtfläche von 74 789 m² Wald erteilt, davon 51 178 m² temporär, 23 611 m² definitiv. Diesen Rodungsflächen stehen Ersatzleistungen in Form von Realersatz und in Form von Massnahmen zugunsten des Natur- und Landschaftsschutzes gegenüber. Zu Gunsten des Fonds für ökologische Ersatzleistungen bei Rodungen wurden Entschädigungen von rund 53 500 Franken einbezahlt (Erweiterung Werkareal Schlieren). Aus dem Fonds wurden Pflanzungen im Rahmen des Rüfenverbauprojekts 2005 in der Gemeinde Sachseln sowie Aufwertungsmassnahmen entlang des Wichelsees finanziert.

Im Weiteren wurden fünf nachteilige Nutzungen von Waldareal, fünf forstliche Bauten / Anlagen und vier nichtforstliche Kleinbauten innerhalb von Waldareal bewilligt.

6214 Waldentwicklung

Lehraufsicht für Forstwarte

In allen Lehrbetrieben für Forstwarte wurde ein Sicherheitsaudit, gestützt auf das SUVA Projekt SIFAB, durchgeführt. Die überbetrieblichen Kurse wurden durch unter Federführung der Organisationen der Arbeitswelt (OdA) Wald Zentralschweiz abgehalten.

Weitere Waldreservate vertraglich gesichert

In Sarnen konnte das Sonderwaldreservat „Schattenberg“ (150 Hektaren) für die nächsten 50 Jahre vertraglich gesichert werden. Damit sind 18 von 23 in den Waldentwicklungsplänen vorgesehene Waldreservate umgesetzt. Dies entspricht einer Fläche von 1 035 Hektaren.

167. Jahresversammlung des Schweizerischen Forstvereins vom 26./27. August 2010

Nach 1981 war der Kanton Obwalden im 2010 wieder Austragungsort der Jahresversammlung des Schweizerischen Forstvereins. Über 150 Forstfachleuten aus der ganzen Schweiz durfte im Rahmen eines zweitägigen Programmes die Vielfalt des Obwaldner Waldes und der Landschaft gezeigt werden.

6218 Natur und Landschaft

Bearbeitung von kantonalen Schutz- und Nutzungsplanungen

Die im Rahmen der Auflage eingegangenen Stellungnahmen zur Naturschutzzone Hanenried und der Gewässerraumzone Kleine Melchaa wurden ausgewertet.

Die im Rahmen der Anhörung eingegangenen Stellungnahmen zur Schutz- und Nutzungsplanung Moorlandschaft Glaubenberg wurden ausgewertet. Entsprechend wurde die Planung im Hinblick auf die zweite Lesung im Regierungsrat im Frühjahr 2011 überarbeitet.

Vernetzungsprojekte

Das Vernetzungsprojekt Wisserlen-Kerns wurde vom Amt für Wald und Landschaft genehmigt. Die entsprechenden Bewirtschaftungsverträge wurden ausgearbeitet. In der Gemeinde Alpnach wurde die Erarbeitung eines weiteren Vernetzungsprojekts gestartet. Das Bundesamt für Landwirtschaft genehmigte die zweite Projektphase des Vernetzungsprojekts Engelberg.

Bewirtschaftungsverträge Natur- und Heimatschutzgesetz (NHG)

In diesem Jahr wurden 50 NHG-Verträge überarbeitet. Alle überarbeiteten Verträge sind in das Geographische Informationssystem aufgenommen worden. Zudem wurde eine Datenbank mit allen laufenden NHG-Verträgen aufgebaut.

Hochmoorregeneration

Die geplante Hochmoorregeneration im Gebiet Fröschenseeli konnte erfolgreich ausgeführt werden. Die Verlegung der Langlaufloipe in diesem Bereich wurde mit dem Verein Langlauf-freunde Langis in einer Vereinbarung geregelt.

6219 Jagd

Erste Auflage der Schutz- und Nutzungsplanung Wildruhegebiete

Der Kanton Obwalden beabsichtigt, Störungen der einheimischen Wildtiere durch den Menschen einzudämmen. Er hat hierzu eine Schutz- und Nutzungsplanung (SNP) erarbeitet. Im Rahmen der öffentlichen Auflage der Schutz- und Nutzungsplanung der Wildruhegebiete im Kanton Obwalden vom 7. Mai 2010 bis 7. Juni 2010 sind zahlreiche Einsprachen eingegangen. Eine eingehende inhaltliche Würdigung sämtlicher Einsprachen hat ergeben, dass auch Anpassungen des Reglements notwendig sind. Anpassungen des Reglements führen zwangsläufig zur Wiederholung der öffentlichen Auflage. Durch die erneute öffentliche Auflage werden die eingereichten Einsprachen gegenstandslos. Im Hinblick auf die zweite Auflage wurden die Inhalte und Forderungen aller Einsprechenden überprüft und soweit angezeigt, in die überarbeitete SNP Wildruhegebiete im Kanton Obwalden eingebaut.

6226 Naturgefahren

Im Jahr 2010 von grösseren Unwettern verschont

Im Jahr 2010 blieb der Kanton Obwalden glücklicherweise von grösseren Naturereignissen verschont. Einige erwähnenswerte Ereignisse sind:

Rutschung/Hangmuren

- Talribirutschung Giswiler Laui, Giswil
- Rutschung Schlimbach, Sarnen

Sturz

- Oberhus-Dossen, Lungern
- Tschorrenflue Unghüri, Lungern

Sämtliche bedeutende Naturgefahrenereignisse werden in einer Datenbank festgehalten und laufend aktualisiert. Auch die Gefahrenkarten werden periodisch angepasst. Die letzte Überarbeitung wurde Ende August 2010 veröffentlicht.

Masterplan Naturgefahren – Planung von Grossprojekten in der Abschlussphase

Aufgrund der gemäss Gefahrenkarte festgestellten Risiken und der Erkenntnisse aus dem Unwetter 2005 wurde bereits 2005 ein Masterplan zur Sicherheit vor Naturgefahren erstellt. Er wird im Halbjahresrhythmus nachgeführt. In verschiedenen Projektgebieten wurde die Planung und Ausführung von Massnahmen vorangetrieben. Der Stand der bedeutendsten Projekte kann folgendermassen zusammengefasst werden (Auszug aus Masterplan):

Gemeinde/Gebiet	Stand der Planung/des Projektes
Sarnen	
HWS Sarneraatal Variante Sarneraa tiefer gelegt und verbreitert	Bau- und Auflageprojekt im Entwurf vorliegend
HWS Sarneraatal mit Hochwasserentlastungstollen Ost	Planersubmission durchgeführt, Planungsarbeiten Ende Oktober 2010 gestartet (Phase Grundlagen Konzepte)
HWS Grosse Melchaa	Gesamtprojekt und Kantonsbeitrag genehmigt 1. Etappe gebaut 2.+3. Etappe Bau- und Auflageprojekt kurz vor Abschluss
Verbauung Schwandbach-Rufi WSSW	Bauabschluss
Bachöffnung Eggeligraben	Bauabschluss
Sanierung Gwandgräbli	Bauabschluss
Verbauung Zimmertalgraben	Variantenstudie abgeschlossen, Bauprojekt in Ausarbeitung
Kerns	
Ausbau Foribach Abschnitt Sidern	Bauabschluss
Gesamtkonzept Foribach	Vorstudie abgeschlossen
HWS Mehl- und Rübibach bis Sammler St. Jakob	Vorprojekt abgeschlossen Kostenanteiler OW/NW ausgehandelt
Sachselt	
Holzrückhalt Geschiebesammler Spisbach	Bauabschluss
Sperrensanierung Steinibach	In Ausführung

Gemeinde/Gebiet	Stand der Planung/des Projektes
Alpnach Sanierung Geretschwandsperrren, Grosse Schliere HWS Sarneraa Alpnach, Grosse Schliere bis Alpachersee Sanierung Schwellen Kleine Schliere (Brücke Kantonsstrasse bis Sammler Chilcherli, B6) Gesamtkonzept Kegelgebiet Kleine Schliere (Holzrückhalt, Ausleitung Überlastfall, Überlastkorridor)	Bauabschluss und Schlussabrechnung Projektauflage im August / September erfolgt, Einspracheverhandlungen in Angriff genommen Bauprojekt liegt vor, Vernehmlassung abgeschlossen, Projektauflage in Vorbereitung Variantenstudium mit Variantenentscheid ist erfolgt, Vorprojekt vor Abschluss und Vernehmlassung
Giswil/Sachseln HWS Kleine Melchaa Sanierung Rotmoosgraben, Feldmoos Sicherung Zufahrt Laui mit Holzkasten Verbauung Ninzenacher Alarmierung / Notfallkonzept Rutschung Talribi Sanierung Sperrenüberfall Laui	Projektauflage im September / Oktober erfolgt Einspracheverhandlungen in Angriff genommen (koordiniert mit Schutz- und Nutzungsplanung Naturschutzzone Hanenried) Bauabschluss Bauabschluss Bauabschluss Konzeptabschluss Bauabschluss
Lungern Dammverstärkung Wichelsgraben Entwässerung Schildrübi Sperrensanierung Eibach Schneerutschverbau Rehplätz	Bauabschluss Projektierung abgeschlossen In Ausführung Projektierung im Gang

Gemeinde/Gebiet	Stand der Planung/des Projektes
Engelberg	
HWS Mehlbach	Bau- und Auflageprojekt kurz vor Abschluss
HWS Engelbergeraas	Planung Bau- und Auflageprojekt kurz vor Abschluss, Landerwerbsverhandlungen sehr weit fortgeschritten
HWS Engelbergeraas NW/OW, 6. Etappe	Planung Vorprojekt in Angriff genommen, Federführung Tiefbauamt Nidwalden
HWS Fangtobel	Planung Bau- und Auflageprojekt kurz vor Abschluss
Pfaffenbach (Horbis)	Bauabschluss
Müliwald-Mittelgrüss	Bauabschluss
Kanton	
Anteil Reusswehr	In Ausführung

Hochwasserschutzprojekte unter Trägerschaft der Gemeinden, begleitet durch den Kanton

Das vergangene Jahr stand in den meisten grossen Wasserbauprojekten im Zeichen der Ausarbeitung des Bau- und Auflageprojekts und der Vorbereitung der Auflage. Im Rahmen der Ausarbeitung der Auflageprojekte wurde in diesen Projekten u. a. viel in die Landerwerbsverhandlungen investiert. Der Landerwerb stellt neben der Ausarbeitung der Hochwasserschutzmassnahmen und – wo notwendig – dem Erstellen des Umweltverträglichkeitsberichts, eine weitere schwierige und zeitintensive Aufgabe dar. Die eingesetzte Landerwerbskommission geht dieser Aufgabe nach. Im Weiteren stellt in diesen grossen Hochwasserschutzprojekten die Koordination der Verfahren von Wasserbau, der Umweltverträglichkeitsprüfung von Spezialbewilligungen (z.B. Rodungsbewilligung, Fischereibewilligung) sowie das rechtzeitige Einholen der Erteilung des Enteignungsrechts und bei Bedarf dem Festlegen von kantonalen überlagernden Zonen eine wichtige, komplexe und zeitintensive Aufgabe dar.

Schliesslich konnten die beiden Hochwasserschutzprojekte und die Planung der Projekte Kleine Melchaa, Giswil und Sarneraa, Alpnach im Jahr 2010 aufgelegt werden. An der Grossen Melchaa, Sarnen, konnte im Jahr 2010 die erste Etappe (Massnahmen im Deltabereich) umgesetzt werden. Die Massnahmen der zweiten und dritten Etappe sind auf Stufe Bauprojekt ausgearbeitet worden, so dass das Projekt im Jahr 2011 aufgelegt werden kann. Kurz vor der öffentlichen Auflage stehen auch die Projekte Engelbergeraas, Engelberg und Mehlbach, Engelberg.

Seit der Einführung des NFA ist die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit bei Projekten zur Verminderung von Naturgefahren ein wichtiger Bestandteil des Subventionsprojekts. Der Bund verlangt den Wirtschaftlichkeitsnachweis mit dem Nutzen-Kosten-Berechnungsprogramm EconoMe. Es war und wird weiterhin ein vordringliches Anliegen sein, dass auch die lokalen Bedürfnisse sowie der indirekte und langfristige Nutzen der Projekte in die Überlegungen einfließen. Die Diskussion mit dem Bund um die Wirtschaftlichkeit von Projekten ist ein ständiger Prozess und ist bei jedem Projekt aufgrund seiner Eigenheiten erneut zu führen.

Über das dicht besiedelte und intensiv genutzte Gebiet des Kantons wurde eine Risikoanalyse erstellt, welche das Personen- und Sachrisiko pro Gefahrenquelle ausweist. Der Bericht Risikoanalyse OW wurde abgeschlossen. Die Risikoanalyse OW wird bei der Priorisierung der Projekte zur Naturgefahrenabwehr eingesetzt.

Das Jahr 2010 zeigte erneut auf, dass im Kanton Obwalden sehr viele Naturgefahrenabwehrprojekte laufen. Damit die Ressourcen (manpower und Finanzen) vernünftig eingesetzt werden können, müssen die Projekte im Jahr 2011 priorisiert werden.

Hochwassersicherheit Sarneraatal (Trägerschaft Kanton)

Im Jahr 2010 wurden im Projekt Hochwassersicherheit Sarneraatal die politischen Weichen so gestellt, dass im Spätherbst mit der Ausarbeitung der Variante Sarneraa mit Hochwasserentlastungsstollen Ost begonnen werden konnte:

Am 4. Dezember 2009 beauftragte der Kantonsrat das Bau- und Raumentwicklungsdepartement, bis zum 20. Mai 2010 einen Planungskredit für die Varianten Sarneraa mit Hochwasserentlastungsstollen Ost bzw. Sarneraa mit Hochwasserentlastungsstollen West auszuarbeiten. Diesem Planungskredit stimmte der Kantonsrat am 20. Mai 2010 einstimmig bei einer Enthaltung zu. Die IG Hochwasserschutz ergriff das Referendum gegen diesen Entscheid. Am 26. September 2010 stimmte das Volk über die Bergvariante Ost (1.8 Millionen Franken) und als Gegenvorschlag über den vom Kantonsrat genehmigten Planungskredit von 4.3 Millionen Franken ab. Das Volk entschied sich deutlich für die Initiative. Um die Höhe des notwendigen Planungskredits angeben zu können, führte das Bau- und Raumentwicklungsdepartement für die wichtigsten Posten/Arbeiten Submissionen durch. Durch die Gliederung der öffentlichen Ausschreibung musste diese nach dem Volksentscheid nicht wiederholt werden. Ende Oktober 2010 konnten die Planungsarbeiten an der Variante Sarneraa mit Hochwasserentlastungsstollen Ost begonnen werden. Der Antrag für einen Nachtragskredit über 1.1 Mio. Franken wurde zu Händen des Kantonsrats verabschiedet.

Stauanlagen

Gemäss Verordnung über die Sicherheit von Stauanlagen (Stauanlagenverordnung) vom 1. Januar 1999 sind die Kantone ab dem 1. Januar 2006 für sämtliche Stauanlagen, welche nicht unter Bundesaufsicht stehen, verantwortlich. Darunter fallen auch sämtliche Druckleitungen, d.h. auch jene Druckleitungen von Stauanlagen, welche unter Bundesaufsicht stehen. Die Aufsichtspflicht konnte aufgrund des Ressourcenmangels der Abteilung Naturgefahren nicht vollumfänglich wahrgenommen werden.

Kiesabbau aus Gewässern

Im Mittel der letzten 10 Jahre wurden durch konzessionierte Unternehmungen aus Obwaldner Gewässern pro Jahr 75 000 m³ Geschiebe entnommen. Damit wurde ein wesentlicher Beitrag an die regionale Rohstoffversorgung und den Gewässerunterhalt geleistet.

63 Amt für Raumentwicklung und Verkehr (ARV)

Das Amt für Raumentwicklung und Verkehr ist die kantonale Anlaufstelle für Fragen um Raumplanung, Verkehrsplanung und Baukoordination. Die wichtigsten Aufgaben des Amts für Raumentwicklung und Verkehr sind die kantonale Richtplanung, die Unterstützung der kommunalen Behörden bei der Ortsplanung sowie die Gesamtverkehrsplanung. Weiter ist das Amt zuständig für die Verfahrenskoordination bei Bauvorhaben, die einer oder mehrerer kantonalen Bewilligungen bedürfen.

Zielerreichung

	Amtsprojekte 2010	Stand der Erfüllung
10.1	Verkehrsplanung	
	Darlehen zb 480 (Hergiswil-Engelberg)	Erfüllt: Der Kantonsanteil an den Darlehen für Infrastrukturerneuerungen gemäss Leistungsvereinbarung 2007 – 2010 ist im Rahmen der Kantonsratsbeschlüsse im Umfang von insgesamt 3 064 626 Franken ausbezahlt worden.
	Infrastrukturausbauten zb 480 (Tunnel Engelberg)	Erfüllt: Die Bauarbeiten für den Tunnel Engelberg sind erfolgreich abgeschlossen und die Bahnstrecke ist am 11. Dezember 2010 eröffnet worden.
	Sanierung Bahnübergänge zb 470 + 480	Erfüllt: Die Sanierung von 17 Bahnübergängen im Kanton Obwalden in den Jahren 2010 und 2011 verläuft planmässig.
	Tieflegung und Doppelspurausbau zb 470 + 480	Die Bauarbeiten beim Doppelspurausbau und der Tieflegung in Luzern verlaufen planmässig. Die Projektierung des Doppelspurausbaus bis Hergiswil Matt ist vorläufig sistiert.

631 Raumentwicklung und Verkehr

6311 Raumplanung

Richtplanprojekte

Entsprechend dem Beschluss des Regierungsrats vom 15. Dezember 2009 (RRB Nr. 317/2009) wurden die prioritären Richtplanprojekte zu den Themenbereichen Landschaftsentwicklung, Tourismus, Baukultur, Bauzonengrenzen und Bauzonenerweiterungen sowie Gesamtverkehr durch die Fachbereiche soweit ausgearbeitet, dass sie nun sowohl innerhalb der Richtplanung als auch mit den Ortsplanungen der Gemeinden koordiniert werden können. Als Grundlage für die anstehenden Koordinationsaufgaben wurde ein Übersichtsplan erstellt, der die raumrelevante Ausgangslage wiedergibt, sowie ein Koordinationsplan, der die vordringlichen Koordinationsaufgaben auf Kantons- und Gemeindeebene aufzeigt.

Bei zentralen Richtplanprojekten wurde im Berichtsjahr folgender Bearbeitungsstand erreicht:

Projekt Landschaftsentwicklung

Der Obwaldner Landschaftsraum wurde, seinen unterschiedlichen Eignungen, Charakteristiken und Empfindlichkeiten entsprechend, in verschiedene Teilräume eingeteilt. Für diese gilt es nun, gemeinsam mit den Gemeinden und weiteren Betroffenen spezifische Entwicklungs- und Schutzziele festzulegen, bei welchen den Ansprüchen von Landschaftsschutz, Tourismus, Erholung, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Besiedlung und Verkehr Rechnung getragen wird. Die Teilräume wurden priorisiert und in einer ersten Phase ist vorgesehen, die Teilräume Glau- benberg/Mörlialp, Melchsee-Frutt, Flüeli-Ranft, Pilatus, Lungern/Schönbüel sowie Engel- berg/Titlis anzugehen und entsprechende Massnahmen vorzuschlagen.

Projekt Tourismus

Die Tourismusstrategie für den Kanton Obwalden teilt den Kanton in vier Raumtypen (Sied- lungskerne, Touristische Intensivräume, Ländliche Räume und Naturräume) ein. Für jeden die- ser Raumtypen wird eine Strategie mit spezifischen Planungszielen und flankierenden Mass- nahmen vorgeschlagen. Ergänzend sind erwünschte und unerwünschte Aspekte und Entwick- lungen dargestellt. Die Strategien für die Raumtypen sind weiter zu konkretisieren, damit sie insbesondere mit der Richtplanung und den Ortsplanungen abgestimmt werden können.

Projekt Baukultur

Es wurde ein Vorschlag für eine gemeinsame Vorgehensweise mit den Gemeinden ausgearbei- tet, um dem Aspekt der Baukultur im Rahmen der Baubewilligungsverfahren angemessen Ge- wicht einräumen zu können. Entsprechende Vereinbarungsvorschläge werden den Gemeinden zur Vernehmlassung unterbreitet.

Projekt Bauzonengrenzen und Bauzonenerweiterungen

Im Rahmen dieses Richtplanprojekts wurden die Randzonen der bestehenden Siedlungsgebie- te nach Kriterien wie Vereinbarkeit mit Landschaft und Natur, Grad der Erschliessung mit priva- tem und öffentlichem Verkehr, Versorgungsgrad mit Gütern des täglichen Bedarfs, Länge der Schulwege oder Vernetzung mit dem Wirtschaftsraum Luzern untersucht. Das Ergebnis ist im Übersichtsplan dargestellt worden; es wird hierzu in einem nächsten Schritt bei den Gemeinden eine Vernehmlassung durchgeführt.

Projekt Gesamtverkehr

Verkehrsnetze des motorisierten Individualverkehrs (MIV), des öffentlichen Verkehrs (öV) und des Langsamverkehrs (LV) von überörtlicher Bedeutung sind umschrieben und beurteilt. Män- gel sowie neue Bedürfnisse sind ermittelt worden. Mögliche Massnahmen sind gemeindeweise aufgelistet worden, die es im Rahmen der folgenden Koordination mit den Gemeinden zu priori- sieren und zu konkretisieren gilt. Als Basis für künftige Entscheide wird sodann ein Verkehrs- monitoring aufgebaut, das sämtliche Verkehrsarten umfasst.

Fortsetzung Umsetzung Richtplanung auf kommunaler Ebene

Gestützt auf die erarbeiteten Schwerpunkte für die Gemeindeentwicklung starteten wiederum verschiedene Gemeinden konkrete Umsetzungsarbeiten. Diese wurden weiterhin durch kanto- nale Vertreter begleitet, damit die kantonalen Interessen laufend eingebracht und auftauchende Fragen beantwortet oder Koordinationsaufgaben eingeleitet werden konnten.

Kantonale Nutzungspläne für Deponien

Für die Deponien Underhus (Gemeinde Kerns) und Stuechferich (Gemeinde Sarnen) konnte das kantonale Nutzungsplanungsverfahren koordiniert mit den entsprechenden Bewilligungs- verfahren für die Errichtung der Deponien abgeschlossen werden. Nach der Genehmigung durch den Kantonsrat wurden die jeweiligen Nutzungspläne, bestehend aus Deponiezonenplan und Nutzungsreglement, in Kraft gesetzt.

Anpassungen kommunaler Zonenpläne und kommunaler Baureglemente

Im Berichtsjahr betreut und bearbeitet wurden verschiedene Zonenplanänderungen, welche die Gemeinden zur Vorprüfung vorbereiteten und einreichten, damit diese Einzelmassnahmen in den Entwicklungsrahmen von gemeindlicher Masterplanung und kantonaler Richtplanung eingepasst werden konnten.

Die Vorprüfung der Ortsplanung Sarnen verzögerte sich zeitlich. Neben knappen personellen Ressourcen war insbesondere die noch ausstehende Weichenstellung betreffend Siedlungspolitik durch den Regierungsrat im Rahmen des Richtplanprojekts „Bauzonengrenzen und Bauzonenerweiterungen“ dafür verantwortlich.

Dem Regierungsrat wurden im Berichtsjahr folgende Zonenplananpassungen zur Genehmigung unterbreitet:

- Zonenplanänderung Feld mit Änderung Baureglement (Gemeinde Sarnen),
- Zonenpländerung Oberried mit Änderung Baureglement (Gemeinde Giswil),
- Zonenplanänderung Chälrütirank mit Änderung Baureglement (Gemeinde Lungern),
- Zonenplanänderung Ror mit Änderung Baureglement (Gemeinde Engelberg).

Quartierpläne

Von den im Berichtsjahr durch die Gemeinden bewilligten Quartierplänen wurden – gemäss der geltenden Zuständigkeitsordnung – folgende fachlich geprüft und dem Regierungsrat zur Genehmigung vorgelegt:

- Quartierplanänderungen Areal Häfeli und Hostatt Sonnenhof, Sarnen
- Quartierplan Hotel Melchsee, Melchsee Frutt

Koordinationsaufgaben

Im Zusammenhang mit dem Projekt Erneuerung Kraftwerk Kaiserstuhl des Elektrizitätswerks Obwalden wie auch dem Gondelbahnprojekt Stöckalp – Melchsee-Frutt hat das Amt für Raumentwicklung und Verkehr die verschiedenen Planungs- und Bewilligungsverfahren koordiniert. Der kantonale Gesamtentscheid für die Erneuerung des Kraftwerks Kaiserstuhl wurde am 7. Mai 2010 gefällt.

Im Zusammenhang mit dem Tourismusprojekt Schneeparadies wurden die notwendigen Arbeiten zur Anpassung des kantonalen Richtplans gestartet.

6312 Baukoordination

Bei der kantonalen Baukoordination gingen im Jahr 2010 insgesamt 684 Baugesuche (Vorjahr 597) ein. Von den Baugesuchen benötigten 311 Vorhaben wegen ihres Standorts ausserhalb der Bauzonen einen kantonalen Raumplanungsentscheid. Weiter gingen 83 Vorabklärungs-gesuche und 24 Plangenehmigungsgesuche ein und es wurden zu 36 Abparzellierungen Raumplanungsentscheide gefällt.

Seit 2010 besteht die Möglichkeit der Abklärung der Bewilligungsbedürftigkeit eines Vorhabens mittels Bauanzeige. Es gingen 55 entsprechende Gesuche ein.

Eingang Baugesuche bei der kantonalen Baukoordination 2010					
<i>Gemeinden</i>	<i>innerhalb der Bauzone</i>	<i>ausserhalb der Bauzone*</i>	<i>insgesamt</i>	<i>Art. 16a RPG*</i>	<i>Art. 24 - 24d, Art. 37a RPG*</i>
Sarnen	86	63	149	28	35
Kerns	51	70	121	24	46
Sachselt	42	49	91	29	20
Alpnach	67	38	105	13	25
Giswil	18	36	54	11	25
Lungern	63	31	94	12	19
Engelberg	46	24	70	10	14
Total 2010	373	311	684	127	184
Total 2009	309	288	597	92	196

* beinhaltet zonenkonforme (Art. 16a RPG) und nicht zonenkonforme (Art. 24-24d und Art. 37a RPG) Vorhaben

Gesamtübersicht Eingang Gesuche bei der kantonalen Baukoordination 2010		
	2010	2009
Baugesuche	684	597
Plangenehmigungsverfahren	24	15
Vorabklärungen	83	51
Abparzellierungen	36	34
Bauanzeigen	55	-
Total	882	697

Gesuchserledigung / Bearbeitungszeit

Den im Jahr 2010 insgesamt eingegangenen 882 Gesuchen stehen 825 Gesuchserledigungen gegenüber. Bei den nicht erledigten Gesuchen handelt es sich zum Teil um sistierte Verfahren.

Im Jahr 2010 wurden 81 Prozent der Baugesuche innerhalb einer Frist von 30 Tagen ab Meldung des Bauamts, dass keine Einsprache zum betreffenden Baugesuch eingegangen sei, erledigt und an das Bauamt retourniert. Längere Bearbeitungszeiten gab es zum Teil bei komplexen Fällen, welche weiter gehender Abklärungen bedurften, bei Negativentscheiden sowie bei Baugesuchen, gegen die Einsprachen erhoben wurden.

Grundlagenarbeiten

Für die Anwendung der Softwarelösung GemDat Pegasus in der Verfahrensadministration hat die kantonale Baukoordination in Zusammenarbeit mit den Bauämtern und dem ILZ die Verfahrensabläufe erfasst und abgebildet. Diese Arbeiten werden nun für die relevanten Prozesse mit den kantonalen Fachstellen fortgesetzt.

6313 Verkehrsplanung

Tiefbahnhof Luzern

Im Rahmen ihrer integralen, langfristigen Angebotsplanung des Schienennetzes haben die Kantone Luzern, Obwalden und Nidwalden sowie die Stadt Luzern in einer gemeinsamen Absichtserklärung festgehalten, dass der in einem ersten Schritt als Kopfbahnhof ausgestaltete Tiefbahnhof Luzern die zweckmässigste Variante für die Lösung der Kapazitätsprobleme in der Bahnhofzufahrt und im Bahnhof Luzern darstellt. Auf Grund der gemeinsamen Absichtserklärung ist der Kanton Obwalden auf allen Ebenen in die Erarbeitung des Vorprojektes für den Tiefbahnhof Luzern eingebunden.

Planung und Bau der S-Bahn Luzern

Die Projektierungen und Bauarbeiten für die dritte Etappe der S-Bahn Luzern werden weiterhin vorangetrieben.

Die Eröffnung der Steilrampe Tunnel Engelberg fand am 11. Dezember 2010 statt.

Die Bauarbeiten beim Projekt Doppelspurausbau und Tieflegung der Zentralbahn in Luzern schreiten planmässig voran.

Die Projektierung und das Bewilligungsverfahren für den Doppelspurausbau zwischen Hergiswil Schlüssel (Südende des Haltiwaldtunnels) und der Haltestelle Hergiswil Matt sind vorläufig sistiert. Der Nidwaldner Regierungsrat will mit einem Vorprojekt prüfen, ob ein durchgehender doppelspuriger Tunnel von Hergiswil Schlüssel bis Hergiswil Bahnhof technisch realisierbar und finanziell tragbar ist. Für die Finanz- und Projektpartner Kanton Luzern, Kanton Obwalden, Stadt Luzern sowie die zb Zentralbahn AG sind die Einhaltung des Fahrplanangebots 2014 sowie die Fahrplanstabilität von zentraler Bedeutung. Das Fahrplanangebot 2014 kann nur gefahren werden, wenn die Haltestelle Hergiswil Matt nicht mehr bedient wird.

Gemäss Richtplantext 75 fördert der Kanton den öffentlichen Verkehr mit einer Optimierung des Angebots. Zu dieser Förderung gehört auch die Errichtung von neuen Haltestellen. Dazu nennt die Richtplankarte die Massnahme Nr. 78 „Neue Bahnhofhaltestelle Sarnen Industrie“. Auf Grund des Antrags der Gemeinde Sarnen, die Zentralbahn-Haltestelle Sarnen Industrie möglichst bald zu realisieren, hat der Kanton als zuständige Instanz im zweiten Halbjahr 2010 die Bereitstellung der erforderlichen Planungsgrundlagen in Auftrag gegeben. Hierzu liegen erste Resultate vor.

Um jene einspurigen Streckenabschnitte der Zentralbahn auf den Talstrecken, welche die zukünftigen Fahrplanverdichtungen bis hin zum Viertelstundentakt behindern, auf Doppelspur ausbauen zu können, trifft der Kanton die erforderlichen Raumsicherungsmassnahmen. Der einspurige Streckenabschnitt der Zentralbahn beim Zollhaus vor Giswil gehört zu den für die Fahrplanverdichtungen notwendigen Doppelspurbereichen. Diesbezüglich ist der Bau einer doppelspurigen Brücke der Zentralbahn über die zu verlegende Kleine Melchaa in das entsprechende Hochwasserschutzprojekt aufgenommen worden.

Auch der einspurige Streckenabschnitt südlich des bestehenden Doppelspurabschnitts bei der ehemaligen Haltestelle Kerns Kägiswil bis zur geplanten Haltestelle Sarnen Industrie gehört zu den für Fahrplanverbesserungen und -verdichtungen notwendigen Doppelspurbereichen. Hier wird eine gemeinsame Realisierung zusammen mit der geplanten Haltestelle Sarnen Industrie angestrebt.

Beschaffung von neuem Rollmaterial bei der Zentralbahn

Mit Zustimmung der Besteller (Bund und Kantone Bern, Luzern, Obwalden und Nidwalden) hat die Zentralbahn am 17. September 2009 vier siebenteilige Interregio-Triebwagenzüge für die Strecke Luzern – Interlaken Ost sowie sechs dreiteilige Triebwagenzüge als Verstärkung für den Bahnverkehr über den Brünig und im Talbereich bestellt. Das Projekt ist terminlich und kommerziell auf Kurs. Das erste Fahrzeug dieser neuen Flotte soll der Zentralbahn im ersten Halbjahr 2012 ausgeliefert werden. Die gesamte Flotte von zehn Zügen kommt dann ab Dezember 2013 mit dem stark veränderten Fahrplan 2014 zum Einsatz. Weil dieses neue Rollmaterial Gesamtkosten von rund 160 Millionen Franken auslöst, werden die jährlichen Abgeltungen der vier Bestellerkantone für den regionalen Personenverkehrs stark ansteigen.

Einführung des integralen Tarifverbundes

Nach der erfolgreichen Einführung des integralen Tarifverbundes am 13. Dezember 2009 im gesamten Verbundgebiet des Tarifverbunds Luzern, Obwalden, Nidwalden sind im Jahr 2010 nach mehrjährigen Vorbereitungsarbeiten und Verhandlungen die entsprechenden Vereinbarungen (Zusammenarbeitsvertrag und Bestellervereinbarung) bereinigt und zur Unterschriftsreife gebracht worden.

Angebotsverbesserungen beim öffentlichen Verkehr

Im Fahrplan 2011 wird das Angebot der Zentralbahn nach Engelberg dank der Inbetriebnahme des neuen Tunnels Engelberg stark verbessert. Neben den wesentlich kürzeren Fahrzeiten (48 Minuten bergwärts und 53 Minuten talwärts) auf der Strecke Luzern – Engelberg trägt auch das neue, komfortablere und umfangreichere Rollmaterial mit behindertengerechten Niederflurbereichen zur grossen Qualitätssteigerung bei. Auch die Wintersicherheit und der Schutz vor Naturgefahren im neuen Tunnel erhöht die Erschliessungsqualität von Engelberg wesentlich. Zudem ermöglicht der Einsatz von langen Zusatzzügen in den touristischen Spitzenverkehrszeiten stark erweiterte Transportkapazitäten auf der Schiene.

Entwicklung des Angebots im öffentlichen Verkehr mit Beteiligung des Kantons (Kurskilometer)			
Fahrplanjahr	Bahnkilometer	Buskilometer	Kurskilometer
2001/2002	1 356 622	524 209	1 880 831
2008	1 763 625	592 087	2 355 712
2009	1 875 785	683 911	2 559 696
2010	1 906 564	693 588	2 600 152
2011	2 010 721	723 562	2 734 283

Entwicklung der Nachfrage im öffentlichen Verkehr mit Beteiligung des Kantons (Passagiere und Personenkilometer)								
Jahr	Passagiere (Pax) in tausend				Personenkilometer (Pkm) in tausend			
	SBB/zb	LSE/zb	PAG	Total	SBB/zb	LSE/zb	PAG	Total
2001	3 139	2 272	647	6 058	71 159	24 905	2 451	98 516
2007	3 682	2 248	731	6 661	84 465	36 151	3 567	124 183
2008	3 695	2 509	732	6 936	84 781	35 970	3 530	124 281
2009	4 066	2 321	745	7 132	86 197	37 601	3 478	127 276
2010	4 324	2 598	811	7 733	88 949	40 373	4 447	133 769

Bericht zur Staatsrechnung 2010



Kanton
Obwalden

Wirtschaftsaufschwung ermöglicht erfreulichen Rechnungsabschluss 2010

Bei der Budgetierung für das Jahr 2010 war die Unsicherheit in einem damals eher unfreundlichen Wirtschaftsumfeld recht hoch. Nachdem nun der Rechnungsabschluss 2010 vorliegt, sind von den damaligen wirtschaftlichen Unsicherheiten keine Spuren mehr vorhanden. Die Obwaldner Wirtschaft hat sich grösstenteils sehr schnell erholt. Die meisten Obwaldner Unternehmen konnten sich gut am Markt behaupten. Insbesondere die Baubranche im Kanton profitierte von einer für Obwalden ausgeprägten Investitionstätigkeit. Diese Investitionstätigkeit wird stark durch die vom Kanton mit der Strategie 2012+ geförderten Rahmenbedingungen (u.a. Steuerstrategie) positiv beeinflusst.

Der Kanton und die Gemeinden profitierten von der ausgelösten Bautätigkeit und Zuwanderung im vergangenen Jahr wiederum durch rekordhohe Erträge sowohl bei der Handänderungs- als auch der Grundstückgewinnsteuer. Auch die Erträge der direkten Bundessteuern konnten in einem für unseren Kanton hohen Niveau gesteigert werden.

Die Staatsrechnung 2010 reiht sich nahtlos ein in die sehr guten Ergebnisse der Vorjahre – auch wenn die Spitzenwerte der letzten Jahre nicht mehr ganz erreicht werden. So ist das ordentliche Ergebnis von 18,2 Millionen Franken gegenüber dem Vorjahr um fast vier Millionen Franken tiefer ausgefallen. Dieser Rückgang ist aber in Anbetracht der um elf Millionen Franken tieferen Finanzausgleichsbeiträge des Bundes (38,5 versus 49,5 Mio. Franken) als sehr gut zu bezeichnen. Gegenüber dem Voranschlag ist das Ergebnis um 18 Millionen Franken besser ausgefallen. Dazu beigetragen hat nicht nur die Konjunkturentwicklung, sondern auch das Kostenbewusstsein und die Ausgabendisziplin der Verwaltung. Das Ergebnis erlaubt dem Kanton Obwalden, die Schwankungsreserve aus der Laufenden Rechnung um 18 Millionen Franken zu öffnen und gleichzeitig die Rechnung mit einem Ertragsüberschuss von 0,2 Millionen Franken abzuschliessen. Die Schwankungsreserve dient dazu, die infolge der gestiegenen Ressourcenstärke weiter rückläufigen ausfallenden Finanzausgleichsbeträge des Bundes teilweise auszugleichen.

Die Investitionsrechnung zeigt Gesamtausgaben von 90,2 Millionen Franken und Nettoinvestitionen von 27,5 Millionen Franken. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei 100 Prozent.

Der positive Trend zeigt sich auch bei den volkswirtschaftlichen Kennzahlen. Augenscheinlich wird dies beim Wachstum der Bevölkerung und den eingetragenen Unternehmen im Handelsregister sowie auch bei den Arbeitslosenzahlen des Kantons. Die Arbeitslosenquote im Kanton betrug Ende 2010 1,2 Prozent und lag damit im Schweizerischen Vergleich bei den tiefsten (CH=3,8%). Die Gesamtbevölkerung stieg per Ende Jahr um 474 auf 35 779 Personen an. Ebenso augenfällig ist die Entwicklung der im Handelsregister eingetragenen Firmen. Mit einer erneuten Zunahme um 6,4 Prozent oder 224 Firmen auf 3 726 Eintragungen konnte wiederum ein Spitzenwert erzielt werden. Das gesetzte Wachstumsziel wurde im letzten Jahr somit erneut übertroffen.

Die Staatsrechnung ist im heutigen Umfeld grundsätzlich als sehr positiv zu werten. Diese gute Ausgangslage ermöglicht es dem Kanton, die Mindererträge aus der NFA wegen des ab 2010 eingetretenen und erwarteten Anstiegs des Ressourcenindex abzufedern. Dementsprechend wird dem Kantonsrat der Antrag gestellt, aus dem Ergebnis der Staatsrechnung 2010 die Schwankungsreserve für wegfallende Finanzausgleichszahlungen um 18 Millionen Franken zu öffnen.

Überblick über die wichtigsten Kennzahlen der Staatsrechnung:

Kennzahlen (in 1'000 Fr.)	Jahr		
	R 2010	VA 2010	R 2009
Gesamtaufwand LR	295'953	275'799	290'997
Cashflow	23'502	4'738	27'295
Abschreibungen	9'410	8'325	11'706
Ertragsüberschuss Laufende Rechnung	192	513	946
Eigenkapital	155'367	155'688	155'175
Verwaltungsvermögen	151'283	159'128	133'136
Bruttoinvestitionen IR	90'179	118'588	90'065
Nettoinvestitionen	27'536	34'317	21'404
Selbstfinanzierungsgrad	100%	26%	157%
Gesamtvermögen	140'461	122'807	148'286
Anzahl Einwohner	35'779	34'900	35'305
Vermögen in Fr./Einwohner	3'926	3'519	4'200
Passivzinsen	740	820	1'491
Vermögenserträge	15'803	14'643	13'872
Personalaufwand	51'559	52'419	52'222

Gesamtergebnis

Mit Beschluss vom 3. Dezember 2009 verabschiedete der Kantonsrat den vom Regierungsrat vorgelegten Voranschlagsentwurf für das Jahr 2010. Dieser sah für die Laufende Rechnung einen Gesamtaufwand von 275,8 Millionen Franken und einen Ertragsüberschuss von 0,5 Millionen Franken vor.

Nebst der bereits eingangs erwähnten positiven Entwicklung des Kantons ergaben sich weitere erfreuliche Ertragssteigerungen bzw. Aufwandunterschreitungen, auf die nachfolgend eingegangen wird.

In der Investitionsrechnung sah der Voranschlag Gesamtinvestitionen von 118,6 Millionen Franken und eine Zunahme der Nettoinvestitionen von 34,3 Millionen Franken vor. Die effektiven Nettoinvestitionen lagen mit 27,5 Millionen Franken deutlich unter den veranschlagten Werten.

in 1'000 Fr.:	Rechnung 2010	Voranschlag 2010	Rechnung 2009
<i>Laufende Rechnung (LR):</i>			
Aufwand	277'953	275'799	269'997
Ertrag	296'145	276'312	291'943
Ordentliches Ergebnis	18'192 ⁽¹⁾	513 ⁽¹⁾	21'946 ⁽⁵⁾
ausserordentlicher Ertrag			
ausserordentlicher Aufwand	18'000 ⁽²⁾		21'000 ⁽⁶⁾
Ertragsüberschuss	192	513	946
<i>Investitionsrechnung (IR):</i>			
Ausgaben	90'179	118'588	90'065
Einnahmen	62'643	84'271	68'661
Nettoinvestitionen (samt Darlehen)	27'536 ⁽³⁾	34'317 ⁽⁴⁾	21'404 ⁽⁷⁾
<i>Finanzierung:</i>			
Nettoinvestitionen	27'536	34'317	21'404
Abzüglich Abschreibungen	9'410	8'325	11'706
Veränderung Schwankungsreserve	18'000		21'000
Ertragsüberschuss LR	192	513	946
Finanzierungsüberschuss	66	-25'479	12'248
Selbstfinanzierungsgrad	100.2%	25.8%	157.2%

1) Samt Auflösung Rücklagen 2010 Steuerstrategieausgleich Gemeinden/Kanton 4,10 Mio. Fr.

2) Einlage Schwankungsreserve Bundes-Finanzausgleich 18,0 Mio. Fr.

3) samt Veränderung Vorfinanzierung Investitionsrechnung - 2,1 Mio. Fr.

4) samt Veränderung Vorfinanzierung Investitionsrechnung - 16,1 Mio. Fr.

5) samt Auflösung Rücklagen 2009 Steuerstrategieausgleich Gemeinden/Kanton 5,15 Mio. Fr.

6) Neubildung Schwankungsreserve Bundes-Finanzausgleich 21,0 Mio. Fr.

7) samt Veränderung Vorfinanzierung Investitionsrechnung - 3,8 Mio. Fr.

Gestuftter Erfolgsausweis

in 1'000 Franken:

	Rechnung 2010	Voranschlag 2010	Rechnung 2009
<i>Betrieblicher Aufwand</i>	250'400	250'340	242'527
30 Personalaufwand	51'559	52'419	52'222
31 Sachaufwand	20'088	22'811	20'619
331 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	9'410	8'325	11'706
34 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	9'936	9'993	10'842
35 Entschädigungen an Gemeinwesen	20'340	20'260	18'238
36 Eigene Beiträge	100'391	98'455	91'707
37 Durchlaufende Beiträge	37'569	37'712	36'994
38 Einlagen in Spezialfinanzierungen und Stiftungen (mit Fremdkapitalcharakter)	1'107	365	199
<i>Betrieblicher Ertrag</i>	251'419	232'930	245'734
40 Steuern	79'529	70'230	71'025
41 Regalien und Konzessionen	11'378	11'336	11'353
43 Entgelte	20'880	19'889	21'094
44 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	65'661	62'465	75'158
45 Rückerstattungen Gemeinwesen	2'480	2'224	2'853
46 Beiträge	32'043	27'382	26'561
47 Durchlaufende Beiträge	37'569	37'712	36'994
48 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Stiftungen (mit Fremdkapitalcharakter)	1'879	1'692	696
<i>Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit</i>	1'019	-17'410	3'207
32 Passivzinsen	740	820	1'491
330 Wertberichtigungen Finanzvermögen	1'990		
42 Vermögenserträge	15'803	14'643	13'872
<i>Ergebnis aus Finanzierung</i>	13'073	13'823	12'381
Operatives Ergebnis	14'092	-3'587	15'588
38 Einlagen in Spezialfinanzierungen und Stiftungen (mit Eigenkapitalcharakter)	18'000		22'500
48 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Stiftungen (mit Eigenkapitalcharakter)	4'100	4'100	7'858
Ausserordentliches Ergebnis	-13'900	4'100	-14'642
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	192	513	946

Bestandesrechnung

Dieser Rechnungsteil umfasst Aktiven und Passiven. Die Aktiven gliedern sich in das Finanzvermögen (Vermögenswerte, die nicht zur öffentlichen Aufgabenerfüllung benötigt werden) und das Verwaltungsvermögen (Werte, die unmittelbar der öffentlichen Aufgabenerfüllung dienen). Die Passiven werden unterteilt nach Fremdkapital, Spezialfinanzierungen sowie Eigenkapital.

Bestandesrechnung per 31.12.2010

in 1'000 Fr.	Bilanz 2010	Bilanz 2009	Veränderung + Zuwachs/-Abnahme		Bilanz 2008
Aktiven					
<i>Finanzvermögen</i>	179'917	215'453	-35'536	-16.5%	214'885
Flüssige Mittel	930 ⁽⁸⁾	10'435	-9'505	-91.1%	11'069
Guthaben	55'688 ⁽⁹⁾	73'621	-17'933	-24.4%	79'771
Anlagen	118'680 ⁽¹⁰⁾	122'828	-4'148	-3.4%	118'802
Transitorische Aktiven	4'619	8'569	-3'950	-46.1%	5'243
<i>Verwaltungsvermögen</i>	151'283	133'136	18'147	13.6%	123'409
Sachgüter	38'717 ⁽¹¹⁾	25'923	12'794	49.4%	22'099
Darlehen und Beteiligungen	62'052 ⁽¹²⁾	63'281	-1'229	-1.9%	62'550
Investitionsbeiträge	17'634 ⁽¹³⁾	8'972	8'662	96.5%	0
Spezialfinanzierungen	32'880 ⁽¹⁴⁾	34'960	-2'080	-5.9%	38'760
Total Aktiven	331'200	348'589	-17'389	-5.0%	338'294
Passiven					
<i>Fremdkapital</i>	91'989 ⁽¹⁵⁾	120'795	-28'806	-23.8%	124'399
Laufende Verpflichtungen	32'710	53'801	-21'091	-39.2%	37'866
Kurzfristige Schulden	7'637 ⁽¹⁶⁾	4'910	2'727	55.5%	9'660
Mittel- und langfristige Schulden	8'000 ⁽¹⁷⁾	13'000	-5'000	-38.5%	28'910
Verpflichtungen Sonderrechnungen	33'854 ⁽¹⁸⁾	33'834	20	0.1%	33'805
Transitorische Passiven	8'284	13'589	-5'305	-39.0%	12'442
Delkredere	1'504	1'661	-157	-9.5%	1'716
<i>Spezialfinanzierungen</i>	83'844 ⁽¹⁹⁾	72'619	11'225	15.5%	59'667
<i>Eigenkapital</i>	155'367 ⁽²⁰⁾	155'175	192	0.1%	154'228
Total Passiven	331'200	348'589	-17'389	-5.0%	338'294

⁸⁾ Die relativ hohen Bestände an flüssigen Mitteln in den beiden Vorjahren waren auf die nach wie vor ungewöhnliche Situation am Kapitalmarkt zurückzuführen. Die Zinsen auf Depositen- und Postcheckkonten waren höher als auf Festgeldern, weshalb die Ende Jahr vorhandene Liquidität entsprechend disponiert wurde.

⁹⁾ Die Guthaben umfassen folgende Hauptpositionen:

in Mio. Fr.

	31.12.2010	31.12.2009
Kontokorrentguthaben mit dem Bund	26,2	41,0
<i>davon Eidgenössischer Finanzausgleich</i>	26,2	31,8
Vorfinanzierung Bund für Tieflegung zb Zentralbahn	0,0	2,3
Steuerguthaben aus ausstehenden Kantonssteuern	6,6	6,3
Festgeldanlagen bei Banken	1,0	5,0
Reingewinn-Anteile Obwaldner Kantonalbank	9,0	9,2
Kantonsanteil Verrechnungssteuer	2,1	1,9
Abrechnung Wasserzinsen	3,1	1,7
Übrige Guthaben	7,7	6,2

¹⁰⁾ Die Anlagen werden nach internen Richtlinien, die unter anderem die Fälligkeitsstruktur und die Kreditlimite je Schuldner umfasst, angelegt. Per Ende Jahr teilen sich die Anlagen wie folgt auf:

in Mio. Fr.

	31.12.2010	31.12.2009
Bankanlagen bei Obwaldner Kantonalbank	45,0	55,0
Bankanlagen bei Raiffeisenbanken	5,0	10,0
Bankanlagen bei UBS AG	10,5	5,5
Bankanlagen bei Credit-Suisse	7,5	7,5
Bankanlagen bei Bank Sarasin	5,0	0,0
Darlehen an Beteiligungen (Zentralbahn, KWS)	11,4	11,5
Unverzinsliche Steuerstrategieausgleich-Darlehen Gemeinden	0,0	3,1
Verzinsliche Darlehen an Gemeinden	33,0	29,5
Übrige Anlagen	1,3	0,6

- 11) Bei den Sachgütern waren die Investitionen höher als die Abschreibungen. Insbesondere wirken sich die Aktivierung des Neu- und Umbaus der Kantonsschule und Mehrfachturnhalle aus. Die Sachgüter teilen sich dabei auf die nachfolgenden Kategorien auf:

in Mio. Fr.

	31.12.2010	31.12.2009
Grundstücke	1,4	1,5
Tiefbauten (Kantons- und Nationalstrassen)	0,8	0,2
Hochbauten	31,5	17,5
Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	5,0	6,7

- 12) Die Darlehen und Beteiligungen erfuhren praktisch keine Veränderung und unterteilen sich wie folgt:

in Mio. Fr.

	31.12.2010	31.12.2009
Dotationskapitalien (OKB, EWO, ILZ)	21,9	21,9
Investitionshilfe-Darlehen	5,0	6,2
Investitionskredite an die Landwirtschaft	27,7	27,7
Betriebshilfedarlehen an die Landwirtschaft	2,8	2,8
Investitionskredite an die Forstwirtschaft	3,8	3,8
Übrige	0,9	0,9

- 13) Die Investitionsbeiträge werden auf dem Buchwert Anfang Jahr mit 25 Prozent abgeschrieben und erhöhen sich um die im laufenden Jahr ausbezahlten Investitionsbeiträge.

in Mio. Fr.

	31.12.2010	31.12.2009
Übrige Investitionsbeiträge	2,3	0,7
Investitionsbeiträge Neue Regionalpolitik (NRP)	1,6	0,5
Investitionsbeiträge Strukturverbesserungen	3,2	1,4
Investitionsbeiträge Nationalstrassen	2,2	1,2
Investitionsbeiträge an öffentlichen Verkehr	8,3	5,2

- 14) Die Spezialfinanzierungen umfassen hauptsächlich Vorfinanzierungen für vom Kantonsrat bereits beschlossene Investitionsprojekte:

in Mio. Fr.

	31.12.2010	31.12.2009
Vorfinanzierung für Wasserbauprojekte	13,0	13,8
Vorfinanzierung für Kantonsschule	10,0	10,0
Vorfinanzierung Infrastrukturausbau öffentlicher Verkehr	9,9	11,2

- 15) Der Anteil des Fremdkapitals an der Bilanzsumme konnte im Berichtsjahr weiter gesenkt werden und betrug noch 28 Prozent gegenüber 35 Prozent im Vorjahr bzw. 91 Prozent per Ende 2004.

- 16) Die kurzfristigen Schulden umfassen vor allem die Verbindlichkeiten des Kantons gegenüber den geführten Sonderrechnungen:

	in Mio. Fr.	
	31.12.2010	31.12.2009
Investitionskredite Forst	2,1	1,4
Investitionskredite Landwirtschaft	4,4	2,3
Betriebshilfe in der Landwirtschaft	1,1	1,0
Informatikleistungszentrum OW/NW (ILZ)	0,0	0,2

- 17) Im 2010 fanden keine Mittelaufnahmen statt. Bei Fälligkeit konnten die Schuldscheine jeweils zurückbezahlt werden. Die Mittel und langfristigen Schulden von nun noch acht Millionen Franken weisen noch folgende Fälligkeitsstruktur auf:

Schuldscheine nach Gläubiger, Fälligkeit und Zinssatz					
Bilanzwert 8'000	Gläubiger	Zinssatz in %	Fälligkeitsjahr		
			2011	2012	2013
5'000	Post Finance, Bern	2.490%	5'000		
2'000	SUVA, Luzern	2.800%	2'000		
1'000	Entsorgungszweckverband Obwalden, Sarnen	3.600%		1'000	
Total per 31.12.2010			7'000	1'000	

- 18) Die Verpflichtungen für Sonderrechnungen umfassen ausschliesslich die Ausstände gegenüber dem Bund aus den Investitionskrediten:

	in Mio. Fr.	
	31.12.2010	31.12.2009
Bundsmittel an Investitionskrediten Landwirtschaft	27,7	27,7
Bundsmittel an Betriebshilfe in der Landwirtschaft	2,3	2,3
Bundsmittel an Investitionskrediten im Forstbereich	3,8	3,8

- 19) Die Spezialfinanzierungen umfassen sowohl den Bereich der Laufenden Rechnung als auch den Bereich der Investitionsrechnung und werden aus freien sowie zweckgebundenen Mitteln geäußert. Sie gliedern sich wie folgt:

	in Mio. Fr.	
Kategorie Spezialfinanzierungen	31.12.2010	31.12.2009
Äufnung aus zweckfreien Mitteln – Laufende Rechnung:		
- Steuerstrategieausgleich für Gemeinden	3,0	7,1
- Schwankungsreserve Finanzausgleich	39,0	21,0
Äufnung aus zweckfreien Mitteln – Investitionsrechnung:		
- Vorfinanzierung Wasserbauprojekte	13,0	13,8
- Vorfinanzierung Kantonsschule	10,0	10,0
- Vorfinanzierung öffentlicher Verkehr	9,9	11,2
Äufnung aus zweckgebundenen Mitteln (Laufende Rechnung)		
- Spenden Hochwasserkatastrophe 2005	0,0	1,6
- Zivilschutzbauten – Ersatzbeiträge	2,7	2,2
- Fonds Feuerwehrkasse	2,6	2,4
- Swisslos-Fonds	1,5	1,8
- Legate und Stiftungen	0,8	0,8
- Fonds Wohnraumbeschaffung Asylsuchende	0,4	0,0
- Übrige	0,9	0,7

- 20) Mit dem Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung konnte das Eigenkapital um 0,2 Millionen Franken aufgestockt werden.

Mittelflussrechnung

Über die Liquiditätsentwicklung, die Investierungsvorgänge sowie die Finanzierungsmassnahmen gibt die nachfolgende Mittelflussrechnung Aufschluss:

Mittelflussrechnung			
in 1'000 Fr.	2010	2009	2008
Reingewinn Laufende Rechnung	192	947	6'415
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	9'410	11'706	32'342
Veränderung Rückstellungen			
Auflösung Steuerstrategie-Ausgleich Gemeinden	-4'100	-5'150	-4'700
Bildung Steuerstrategie-Ausgleich Gemeinden	0	0	5'000
Vorfinanzierung Steuerstrategie Kanton		-908	-1'000
Auflösung Finanzausgleichsreserve Gemeinden		-300	
Bildung Schwankungsreserve Finanzausgleich	18'000	21'000	
Cashflow	23'502	27'295	38'057
Veränderung Guthaben (Kontokorrent, Steuern, Debitoren)	22'048	6'265	-5'306
Veränderung Vorräte	-2	-13	31
Veränderung Transitorische Aktiven	3'950	-3'326	254
Veränderung Verpflichtungen Sonderrechnungen	20	29	-1'365
Veränderung Laufende Verpflichtungen	-21'091	15'935	-1'275
Veränderung Transitorische Passiven	-5'305	1'147	-9'744
Veränderung Delkredere	-157	-55	-195
Veränderung Verpflichtungen Spezialfinanzierungen	-572	2'110	191
Veränderung Nettoumlaufvermögen	-1'109	22'092	-17'409
Total Mittelfluss aus betrieblicher Tätigkeit	22'393	49'387	20'648
Investitionen in Verwaltungsvermögen	-88'737	-88'682	-63'655
Desinvestitionen von Verwaltungsvermögen	142	0	237
Abz. Beiträge an Investitionen	57'591	64'065	52'093
Total Mittelfluss aus Investitionstätigkeit	-31'004	-24'617	-11'325
Veränderung Mittel- und Langfristige Schulden	-5'000	-15'910	-29'670
Veränderung Kurzfristige Schulden (Banken/Post)	2'727	-4'750	1'320
Veränderung Guthaben (u.a. Festgeldanlagen)	-4'000	0	10'135
Veränderung Finanzanlagen	4'150	-4'013	18'268
Veränderung Darlehen aus Investitionsrechnung	1'229	-731	1'500
Total Mittelfluss aus Finanzierungstätigkeit	-894	-25'404	1'553
Veränderung Flüssige Mittel	-9'505	-634	10'876
Liquiditätsnachweis:			
Bestand Flüssige Mittel Anfang Periode	10'435	11'069	193
Bestand Flüssige Mittel Ende Periode	930	10'435	11'069
Veränderung Flüssige Mittel	-9'505	-634	10'876

Laufende Rechnung**Einnahmen und Ausgaben nach Artengliederung**

in 1'000 Fr.	Rechnung 2010	Voran- schlag 2010	Veränderung gegenüber VA 2010		Rechnung 2009
			Fr.	%	
Laufende Rechnung					
<i>Aufwand</i>					
30 Personalaufwand	51'559 (21)	52'419	-860	-1.6%	52'222
31 Sachaufwand	20'088 (22)	22'811	-2'723	-11.9%	20'619
32 Passivzinsen	740 (23)	820	-80	-9.8%	1'491
33 Abschreibungen	11'400 (24)	8'325	3'075	36.9%	11'706
34 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	9'936 (25)	9'993	-57	-0.6%	10'842
35 Entschädigung an Gemeinwesen	20'340 (26)	20'260	80	0.4%	18'238
36 Eigene Beiträge	100'391 (27)	98'455	1'936	2.0%	91'707
37 Durchlaufende Beiträge	37'569 (28)	37'712	-143	-0.4%	36'994
38 Einlagen in Spezialfinanzie- rungen und Stiftungen	19'107 (29)	365	18'742	5134.8%	22'699
39 Interne Verrechnungen	24'823	24'638	185	0.8%	24'478
	295'953	275'798	20'155	7.3%	290'996
Total ohne Interne Verrechnungen	271'130	251'160	19'970	8.0%	266'518
<i>Ertrag</i>					
40 Steuern	79'529 (30)	70'230	9'299	13.2%	71'025
41 Regalien und Konzessionen	11'378 (31)	11'336	42	0.4%	11'353
42 Vermögenserträge	15'803 (32)	14'643	1'160	7.9%	13'872
43 Entgelte	20'880 (33)	19'889	991	5.0%	21'094
44 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	65'661 (34)	62'465	3'196	5.1%	75'158
45 Rückerstattung von Gemeinwesen	2'480	2'224	256	11.5%	2'853
46 Beiträge für eigene Rechnung	32'043 (35)	27'382	4'661	17.0%	26'561
47 Durchlaufende Beiträge	37'569 (28)	37'712	-143	-0.4%	36'994
48 Entnahmen aus Spezialfinan- zierungen und Stiftungen	5'979 (36)	5'792	187	3.2%	8'554
49 Interne Verrechnungen	24'823	24'638	185	0.8%	24'478
	296'145	276'311	19'834	7.2%	291'942
Total ohne Interne Verrechnungen	271'322	251'673	19'649	7.8%	267'464
Ergebnis	192	513	321	62.6%	946

- 21) Der budgetierte Personalaufwand von 52,4 Millionen Franken wurde um 1,6 Prozent oder 0,9 Millionen Franken unterschritten, dies vor allem bei den Besoldungen des Verwaltungspersonals. Die Ursachen in der Unterschreitung liegen zum Einen in Fluktuationsgewinnen und andererseits, dass vakante Stellen nicht wie geplant besetzt bzw. wieder besetzt werden konnten.
- 22) Der Sachaufwand fiel um 2,7 Millionen Franken tiefer aus als budgetiert. Die Unterschreitung ist grösstenteils auf Verzögerungen im Projektablauf bei der Behebung von Unwetterschäden der Hochwasserkatastrophe 2005 zurückzuführen.
- 23) Wie geplant konnten 2010 alle fälligen mittel- und langfristigen Schulden (siehe ¹⁷⁾) von fünf Millionen Franken zurückbezahlt werden. Die Zinsen am Kapitalmarkt entwickelten sich im Rahmen der Erwartungen.
- 24) Die Abschreibungen des Verwaltungsvermögens bewegen sich mit 9,4 Millionen Franken um 1,1 Millionen Franken über den budgetierten Werten. 2009 fielen die Nettoinvestitionen tiefer aus als budgetiert. Deshalb waren die ordentlichen Abschreibungen auf der einen Seite um 1,1 Millionen Franken unter den veranschlagten Werten. Auf der andern Seite sind die Linearen Abschreibungen um 2,1 Millionen Franken über Budget. Dies, weil neu die Investitionen des Kantonsspital durch das Kantonsspital aktiviert werden. In der Rechnung des Kantons sind die Investitionspauschalen entsprechend neu linear zu 100 Prozent abzuschreiben. Die Abschreibung des Finanzvermögens betrifft die Wertberichtigung auf dem Land Bachmattli, Alpnach.
- 25) Die Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung beinhalten den Finanzausgleich des Kantons an die Gemeinden.

	in Mio. Fr.	
<i>Finanzausgleich an Gemeinden</i>	31.12.2010	31.12.2009
Einwohnergemeinde Sarnen	1,0	1,2
Einwohnergemeinde Kerns	2,4	2,4
Einwohnergemeinde Sachseln	0,6	0,7
Einwohnergemeinde Alpnach	0,8	0,9
Einwohnergemeinde Giswil	2,4	2,3
Einwohnergemeinde Lungern	1,3	1,7
Einwohnergemeinde Engelberg	0,5	0,6
Kirchgemeinden	0,4	0,5
Härteausgleich an Kantone	0,5	0,5

- 26) Entschädigungen an Gemeinwesen

	in Mio. Fr.	
	31.12.2010	31.12.2009
Ausserkantonale Schulgelder	18,9	17,2
Strafvollzug	0,3	0,2
Zivilschutzausbildung	0,2	0,2
Beiträge an Gemeinden aus Feuerwehrrasse	0,6	0,4
Übrige	0,3	0,2

- 27) Eigene Beiträge

	in Mio. Fr.	
	31.12.2010	31.12.2009
Kantonsbeiträge an AHV/IV- sowie Kinderzulagenbeiträge an die Landwirtschaft	0,5	0,6
Gemeindeanteil am Kantonsanteil der Mineralölsteuer	1,7	1,8
Globalbeitrag ans Kantonsspital Obwalden	14,6	14,7

Informatikaufwand	3,0	3,0
Ausserkantonale Hospitalisationen	9,2	8,8
Kantonsbeiträge an Prämienverbilligung	17,7	14,7
Beiträge an Heime und Sonderschulen	15,2	15,1
Beiträge für Asylanten und Flüchtlinge	3,1	2,8
Übrige Beiträge an Private Institutionen	6,8	6,5
Beiträge an Ergänzungsleistungen AHV/IV	11,8	11,4
Weiterleitung Spenden Hochwasserkatastrophe 2005	4,1	0,0
Stipendien	1,5	1,2
Beiträge an öffentlichen Verkehr	4,7	4,5
Übrige	6,5	6,6

28) Die durchlaufenden Beiträge beinhalten die folgenden Hauptbereiche:

	in Mio. Fr.	
	31.12.2010	31.12.2009
Landwirtschaftliche Direktzahlungen und Beiträge	30,1	29,3
Wasserzinsen	2,0	2,0
Bundesbeiträge an Denkmalpflege	0,7	1,1
Übrige	4,8	4,6

29) Einlagen in Spezialfinanzierungen

Wie eingangs erwähnt, schlägt der Regierungsrat dem Kantonsrat vor, das über alles gesehene, sehr positive Resultat der Staatsrechnung im konstruktiven Sinne zu nutzen. Die 2009 gebildete Schwankungsreserve für wegfallende Finanzausgleichszahlungen des Bundes soll um achtzehn Millionen Franken aufgestockt werden.

	in Mio. Fr.	
	31.12.2010	31.12.2009
Vorfinanzierung Steuerausfälle Kanton	0,0	1,5
Schwankungsreserve Finanzausgleich	18,0	21,0
Übrige	1,1	0,2

30) Wie eingangs erwähnt, hat die sich die 2008 abzeichnende Verschlechterung der allgemeine Wirtschaftslage im letzten Jahr sehr stark erholt. Nach einem leichten Rückgang der Steuererträge 2009 trat ein starker Zuwachs auf. Auch bei den Grundstück- und Handänderungssteuern konnten dank der 2005 eingeleiteten Steuerstrategie einmal mehr sehr hohe Einnahmen erzielt werden. Details (u.a. auch über die Verteilung nach Gemeinden) sind aus dem Vergleich der Staatssteuern 2005 bis 2010 im Anhang (Tabelle IV) ersichtlich.

	in Mio. Fr.	
<i>Steuererträge</i>	31.12.2010	31.12.2009
Einkommens- und Vermögenssteuern natürliche Personen	58,1	52,6
Kapital- und Gewinnsteuern juristische Personen	7,1	4,5
Grundstückgewinnsteuer	1,6	1,4
Handänderungssteuer	2,8	2,6
Erbschafts- und Schenkungssteuer	0,4	0,6
Besitz- und Aufwandsteuern (Motorfahrzeugsteuern)	9,5	9,3

31) Regalien und Konzessionen

	in Mio. Fr.	
	31.12.2010	31.12.2009
Kantonsanteil am Reingewinn der SNB	7,4	7,4
Wasserrechtskonzessionen	1,6	1,6

Erträge des Lotterie- und Sport-Toto-Fonds	1,8	1,8
Übrige Regalien	0,6	0,6

32) Vermögenserträge

	in Mio. Fr.	
	31.12.2010	31.12.2009
Obwaldner Kantonalbank, Reingewinn, Abgeltung Staatsgarantie	9,0	9,2
Elektrizitätswerk Obwalden, Reingewinn	2,0	0,0
Liegenschaftserträge	0,6	0,6
Anlagen des Finanzvermögens, Bankzinsen	3,6	3,5
Übrige Vermögenserträge	0,6	0,6

33) Einnahmen aus Entgelten

	in Mio. Fr.	
	31.12.2010	31.12.2009
Gebühren für Amtshandlungen	5,1	5,0
Schulgelder	4,8	3,9
Benützungsgebühren	1,9	1,9
Verkäufe (samt Energieverkäufe Wärmeverbund)	2,0	2,1
Rückerstattungen (Versicherung, Betriebskosten)	1,4	2,5
Bussen	2,6	2,7
Eigenleistungen für Investitionen	1,2	1,1
Übrige	1,9	1,9

34) Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung

	in Mio. Fr.	
	31.12.2010	31.12.2009
Kantonsanteil an vereinnahmten direkten Bundessteuern	9,8	8,2
Eidg. Finanzausgleich, Anteil Bund	34,2	40,8
Eidg. Finanzausgleich, Anteil Kantone	19,2	23,6
Kantonsanteil an Verrechnungssteuern	2,2	2,0
Übrige	0,3	0,6

35) Beiträge für eigene Rechnung

	in Mio. Fr.	
	31.12.2010	31.12.2009
Kantonsanteil an Mineralölsteuer	1,9	2,0
Kantonsanteil an LSVA	2,7	2,3
Bundesbeitrag an Prämienverbilligung	8,7	8,0
Bundesbeitrag an Asylsuchende/Flüchtlinge	3,2	2,9
Bundesbeitrag an Ergänzungsleistungen AHV/IV	3,9	4,0
Spendeneingänge Hochwasserkatastrophe 2005	2,5	0,0
Bundesbeitrag an Betrieb und Unterhalt Hauptstrassen	0,8	0,8
Bundesbeitrag an Berufsschulen	2,8	2,7
Übrige	5,5	3,9

36) Entnahme aus Spezialfinanzierungen und Stiftungen

	in Mio. Fr.	
	31.12.2010	31.12.2009
Steuerstrategieausgleich Gemeinden (gebildet 2005)	3,1	4,5
Steuerstrategieausgleich Gemeinden (gebildet 2009)	1,0	1,0
Steuerstrategieausgleich Kanton (gebildet 2005)	--	2,4

Ausgleich Spendenrechnung Hochwasserkatastrophe 2005	1,6	0,4
Übrige, Ausgleich diverse Fondsrechnungen	0,3	0,3

Nettoergebnis nach Departementen

Einnahmen (-) bzw. Ausgaben (+) in 1'000 Fr.	Nettoaufwand		Veränderung gegenüber VA 2010 (minus = Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen)		Rechnung 2009
	Rechnung 2010	VA 2010			
Laufende Rechnung	-192	-513	321	62.6%	-946
1 Räte / Staatskanzlei	4'934	4'997	63	1.3%	5'253
2 Finanzdepartement	-83'439	-91'506	-8'067 (37)	-8.8%	-83'543
3 Sicherheits- und Justizdepartement	9'396	11'543	2'147 (38)	18.6%	11'015
4 Volkswirtschaftsdepartement	14'595	16'266	1'671 (39)	10.3%	13'767
5 Bildungs- und Kulturdepartement	42'260	44'012	1'752 (40)	4.0%	39'490
6 Bau- und Raumentwicklungsdepartement	9'977	12'186	2'209 (41)	18.1%	11'086
9 Gerichte	2'085	1'989	-96	-4.8%	1'986

³⁷⁾ Beim Finanzdepartement wirken sich einerseits die Abweichungen der Steuererträge³⁰⁾, der Regalien und Konzessionen³¹⁾, der Vermögenserträge³²⁾, der Anteile und Beiträge ohne Zweckbindungen³³⁾ und andererseits auch die vorgesehene Einlage in die Schwankungsreserve²⁹⁾ aus.

³⁸⁾ Der tiefere Nettoaufwand des Sicherheits- und Justizdepartements ergibt sich vor allem durch Mehrerträge bei der Kantonspolizei (Anteil an Verkehrsabgaben).

³⁹⁾ Der tiefere Nettoaufwand des Volkswirtschaftsdepartements ergibt sich vor allem durch tiefere Nettoausgaben bei den Sozialversicherungen (Ergänzungsleistungen AHV/IV, Familienzulagen) und beim Grundbuch und bei der amtlichen Vermessung.

⁴⁰⁾ Der tiefere Nettoaufwand des Bildungs- und Kulturdepartements ergibt sich durch tiefere Ausgaben bei der Sonderschulung und durch die Auswirkungen des 2010 noch nicht zu leistenden Kulturlastenausgleichs.

⁴¹⁾ Der tiefere Nettoaufwand des Bau- und Raumentwicklungsdepartementes ergibt sich aus verschiedenen grösseren Verzögerungen in der Bauausführung (u.a. Naturgefahrenabwehr), den höheren Eigenleistungen für Investitionsprojekte aber auch durch höhere Finanzierungsanteile beim Strassenbau.

Investitionsrechnung

in 1'000 Fr.	Rechnung 2010	Voran- schlag 2010	Veränderung gegenüber VA 2010		Rechnung 2009
			Fr.	%	
Ausgaben					
50 Sachgüter	69'522 (42)	85'816	-16'294	-19.0%	64'848
52 Darlehen und Beteiligungen	-558 (43)	2'166	-2'724	-125.8%	1'383
56 Eigene Beiträge	10'469 (44)	13'461	-2'992	-22.2%	10'207
57 Durchlaufende Beiträge	8'746 (45)	17'145	-8'399	-49.0%	13'627
58 Vorfinanzierungen	2'000 (46)		2'000		0
	90'179	118'588	-28'409	-24.0%	90'065
Einnahmen					
62 Rückzahlung Darlehen und Beteiligungen	831	854	-23	-2.7%	796
63 Rückerstattungen für Sachgüter	370	7	363	5185.7%	37
65 Rückerstattungen Gemeinwesen	160	365	-205	-56.2%	591
66 Beiträge für eigene Rechnung	48'456 (47)	49'820	-1'364	-2.7%	49'811
67 Durchlaufende Beiträge	8'746 (45)	17'145	-8'399	-49.0%	13'627
68 Vorfinanzierungen	4'080 (46)	16'080	-12'000	-74.6%	3'800
	62'643	84'271	-21'628	-25.7%	68'662
Nettoinvestitionen	27'536	34'317	-6'781	-19.8%	21'403

Die Investitionsrechnung als zweiter Teil der Verwaltungsrechnung schliesst bei Gesamtausgaben von 90,2 Millionen Franken mit einem Nettoaufwand von 27,5 Millionen Franken ab.

⁴²⁾ Investitionen in Sachgüter

	in Mio. Fr.	
	31.12.2010	31.12.2009
Grundstück	0,0	9,1
Tiefbauten - Nationalstrasse	41,9	41,6
Tiefbauten - Kantonsstrassen (u.a. Lärmschutz, Radrouten)	0,7	1,6
Hochbauten	22,5	5,5
Möbilen, Maschinen, Fahrzeuge	2,9	4,0
Investitionspauschale Kantonsspital	1,5	3,0

⁴³⁾ Darlehen und Beteiligungen

	in Mio. Fr.	
	31.12.2010	31.12.2009
Investitionshilfe-Darlehen	-0,6	1,3
Studiendarlehen	0,1	0,1

⁴⁴⁾ Investitionen Eigene Beiträge

	in Mio. Fr.	
	31.12.2010	31.12.2009
Strukturverbesserungen Land- und Forstwirtschaft (inkl. Wohnbausanierung, Schutzwaldpflege und Gefahrenabwehr)	3,0	2,6
Kantonsbeiträge an Wasserverbauungen	1,0	0,9
Kantonsbeiträge öffentlicher Verkehr	4,7	5,9
Beiträge nach neuer Regionalpolitik (NRP)	1,1	0,5
Übrige	0,7	0,3

45) Durchlaufende Beiträge

	in Mio. Fr.	
	31.12.2010	31.12.2009
Gefahrenabwehr (Hochwasserkatastrophe 2005)	0,7	4,6
Bundesbeiträge an Wasserverbauungen	1,6	2,9
Bundesbeiträge an öffentlichen Verkehr	0,4	0,4
Strukturverbesserungen Land- und Forstwirtschaft / Gefahrenabwehr Wald	5,6	4,9
Übrige	0,4	0,8

- 46) Mit der Einführung der Ausgabenbremse hat der Kantonsrat dem Regierungsrat die Kompetenz erteilt, für bereits vom Kantonsrat genehmigte Ausgabenbeschlüsse Vorfinanzierungen zu tätigen. Bei der Staatsrechnung 2010 hat der Regierungsrat eine neue Vorfinanzierung für den Investitionsbeitrag an das "Park-Ride Parkhaus" der Kantonalbank beschlossen. Auf Grund der Projektfortschritte bei der Tieflegung der Zentralbahn bzw. beim Tunnel Engelberg sowie bei den Wasserverbauungen konnten früher getätigte Rückstellungen im Umfang von 4,1 Millionen Franken aufgelöst werden.

Bereich in Mio. Fr.	Stand 01.01.10	Auflösung (68)	Bildungen (58)	Stand 31.12.2010
Wasserbauprojekte	13,8	0,8		13,0
Hochbauten/Kantonsschule	10,0			10,0
Öffentlicher Verkehr	11,2	3,3	2,0	9,9
Total	35,0	4,1	2,0	32,9

47) Beiträge für eigene Rechnung

	in Mio. Fr.	
	31.12.2010	31.12.2009
Diverse Beiträge	0,7	0,4
Bundesbeitrag an Nationalstrasse	40,6	40,6
Bundesbeiträge an Hochwasserkatastrophe	0,0	5,2
Bundesbeitrag Polycom	0,7	1,1
Beiträge an Hochbauten	6,5	2,5

Haushalts-Kennziffern

Gemäss Artikel 35 des neuen Finanzhaushaltsgesetzes vom 11. März 2010 (FHG) ist die Finanzlage in erster Priorität anhand der folgenden Finanzkennzahlen aufzuzeigen: Nettoverschuldungsquotient, Selbstfinanzierungsrad und Zinsbelastungsanteil.

Diese Kennzahlen richten sich nach dem Handbuch "Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden HRM2" und sollten inskünftig einen besseren Vergleich über die einzelnen Gemeinwesen erlauben. Als Finanzkennzahlen zweiter Priorität gelten: Die Nettoschuld in Franken/Einwohner, der Selbstfinanzierungsanteil, der Kapitaldienstanteil, der Bruttoverschuldungsanteil sowie der Investitionsanteil.

Nettoverschuldungsquotient

Der Nettoverschuldungsquotient ist die Differenz zwischen Fremdkapital und Finanzvermögen in Prozenten des Fiskalertrags.

	Jahr							
in 1'000 Fr.	R 2003	R 2004	R 2005	R 2006	R 2007	R 2008	R 2009	R 2010
Nettoverschuldungsquotient								
Fremdkapital	203'239	180'063	183'592	169'564	165'328	124'399	120'796	91'989
abz. Finanzvermögen	75'569	68'635	221'981	213'897	227'256	214'885	215'453	179'916
Nettoverschuldung	127'670	111'428	-38'389	-44'333	-61'928	-90'486	-94'657	-87'927
Fiskalertrag	69'458	71'397	74'112	67'945	70'711	71'759	71'025	79'529
Nettoverschuldungsquotient	184%	156%	-52%	-65%	-88%	-126%	-133%	-111%

Diese Kennzahl zeigt, welcher Anteil der Fiskalerträge erforderlich wäre, um die Nettoschuld abzutragen. Gemäss HRM2 ist eine Kennzahl unter 100% als gut zu bezeichnen. Der Kanton Obwalden hat seit 2005 keine Verschuldung mehr sondern ein Nettovermögen.

Nettoschuld in Franken je Einwohnerin und Einwohner:

Die Nettoschuld ist das Fremdkapital abzüglich des Finanzvermögens. Sie wird durch die Anzahl Einwohnerinnen und Einwohner geteilt.

in 1'000 Fr.	R 2003	R 2004	R 2005	R 2006	R 2007	R 2008	R 2009	R 2010
Nettoverschuld je Einwohner								
Fremdkapital in 1'000 Fr.	203'239	180'063	183'592	169'564	165'328	124'399	120'796	91'989
abz. Finanzvermögen in 1'000 Fr.	75'569	68'635	221'981	213'897	227'256	214'885	215'453	179'916
Nettoverschuldung	127'670	111'428	-38'389	-44'333	-61'928	-90'486	-94'657	-87'927
Kantonseinwohner	33'540	33'505	33'535	34'042	34'317	34'693	35'305	35'779
Nettoverschuldung je Einwohner in Fr.	3'806	3'326						
Nettovermögen je Einwohner in Fr.			1'145	1'302	1'805	2'608	2'681	2'458

Selbstfinanzierungsgrad

Der Selbstfinanzierungsgrad ist die Selbstfinanzierung in Prozenten der Nettoinvestition.

in 1'000 Fr.

	R 2003	R 2004	R 2005	R 2006	R 2007	R 2008	R 2009	R 2010
Selbstfinanzierung								
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	12'776	17'535	15'811	22'350	35'056	32'342	11'706	9'410
Ergebnis Laufende Rechnung	4'088	8'227	120'529	11'620	1'944	6'415	946	192
- Schwankungsreserve Finanzausgleich Bund							21'000	18'000
Selbstfinanzierung bisher	6'831	25'762	136'340	33'970	37'000	38'757	33'652	27'602
Zunahme der Nettoinvestitionen	10'033	10'098	16'354	28'748	31'664	24'625	21'404	27'536
Selbstfinanzierungsgrad bisher	168%	255%	834%	118%	117%	157%	157%	100%

in 1'000 Fr.

	R 2003	R 2004	Jahr R 2005	R 2006	R 2007	R 2008	R 2009	R 2010
Selbstfinanzierungsgrad								
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	12'776	17'535	15'811	22'350	35'056	32'342	11'706	9'410
Veränderung Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen (mit Eigenkapitalcharakter)								
- Steuerstrategieausgleich Kanton	0	0	4'908	-2'000	-1'000	-1'000	-908	0
- Steuerstrategieausgleich an Gemeinden	0	0	23'500	-6'300	-5'250	300	-5'150	-4'100
- Schwankungsreserve Finanzausgleich Bund	0	0	0	0	0	0	21'000	18'000
- übrige	0	0	0	0	0	0	-300	0
Einlagen in Eigenkapital/Erfolg	4'088	8'227	120'529	11'620	1'944	6'415	946	192
Selbstfinanzierung nach HRM2	16'864	25'762	164'748	25'670	30'750	38'057	27'294	23'502
Zunahme der Nettoinvestitionen	10'033	10'098	16'354	28'748	31'664	24'625	21'404	27'536
Selbstfinanzierungsgrad nach HRM2	168%	255%	1007%	89%	97%	155%	128%	85%

Mittelfristig hat der Selbstfinanzierungsgrad 100 Prozent zu betragen. Für die Berechnung des Ausgabenbremse hält sich der Regierungsrat bei der Rechnung 2010 an die Berechnung nach HRM1.

Zinsbelastungsanteil

Der Zinsbelastungsanteil ist die Differenz zwischen Zinsaufwand und Zinsertrag in Prozenten des Laufenden Ertrags (Betrieblicher Ertrag ohne durchlaufende Beiträge, Finanzertrag, Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen, ausserordentlicher Ertrag sowie interne Verrechnungen).

Diese Kennzahl kann auf Grund unterschiedlicher Klassifizierungen des Zinsertrages zwischen HRM1 und HRM2 noch nicht dargestellt werden.

Selbstfinanzierungsanteil:

Der Selbstfinanzierungsanteil ist die Selbstfinanzierung in Prozenten des Laufenden Ertrags.

in 1'000 Fr.

	R 2003	R 2004	R 2005	R 2006	R 2007	R 2008	R 2009	R 2010
Selbstfinanzierungsanteil								
Selbstfinanzierung	16'864	25'762	164'748	25'670	30'750	38'057	27'294	23'502
Laufender Ertrag	152'301	159'646	310'814	178'777	180'880	208'867	208'044	211'971
Selbstfinanzierungsanteil	11%	16%	53%	14%	17%	18%	13%	11%

Als Richtwert wird von HRM2 ein Prozentsatz zwischen 10 und 20 Prozent als Mittel betrachtet, darüber als gut bewertet.

Kapitaldienstanteil:

Der Kapitaldienstanteil sind der Nettozinsaufwand und die ordentlichen Abschreibungen in Prozenten des Laufenden Ertrags (Betrieblicher Ertrag ohne durchlaufende Beiträge, Finanzertrag, Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen, ausserordentlicher Ertrag sowie interne Verrechnungen).

Diese Kennzahl kann auf Grund unterschiedlicher Klassifizierungen des Zinsertrages zwischen HRM1 und HRM2 noch nicht dargestellt werden.

Bruttoverschuldungsanteil:

Der Bruttoverschuldungsanteil entspricht den Bruttoschulden in Prozenten des Laufenden Ertrags.

Diese Kennzahl kann auf Grund unterschiedlicher Klassifizierungen der Bruttoschulden zwischen HRM1 und HRM2 noch nicht dargestellt werden.

Investitionsanteil:

Der Investitionsanteil entspricht den Bruttoinvestitionen (ohne ausserordentliche Investitionen und durchlaufende Beiträge) in Prozenten des konsolidierten.

	Jahr							
in 1'000 Fr.	R 2003	R 2004	R 2005	R 2006	R 2007	R 2008	R 2009	R 2010
Investitionsanteil								
Total Aufwand	67'417	67'565	61'036	86'098	97'184	80'723	90'065	90'179
Investitionsrechnung								
abz. Durchlaufende	13'223	10'840	11'894	24'671	18'083	10'048	13'627	8'746
Investitionsbeiträge								
abz. Vorfinanzierungen	0	0	0	6'615	21'050	15'000	0	2'000
Bruttoinvestitionen	54'194	56'725	49'142	54'812	58'051	55'675	76'438	79'433
Investitionsrechnung								
Total Aufwand Laufende	237'324	241'906	283'676	272'866	285'433	286'814	290'997	295'953
Rechnung								
abz. Abschreibungen	12'776	17'535	15'811	22'350	35'056	32'342	11'706	9'410
Verwaltungsvermögen								
abz. Einlagen in Fonds und	191	68	31'208	1'607	1'817	6'808	22'699	19'107
Spezialfinanzierungen								
abz. Durchlaufende	50'289	50'150	49'491	50'140	52'165	34'192	36'994	37'569
abz. Ausserordentlicher	897	5'212	0	10'742	21'600	24'796	0	0
Aufwand								
abz. Interne	29'974	32'220	33'364	31'847	30'297	24'749	24'478	24'823
zzgl. Bruttoinvestitionen	54'194	56'725	49'142	54'812	58'051	55'675	76'438	79'433
Konsolidierter	197'391	193'446	202'944	210'992	202'549	219'602	271'558	284'477
Gesamtaufwand								
Investitionsanteil	27%	29%	24%	26%	29%	25%	28%	28%

Als Richtwert gemäss HRM2 gilt ein Wert von 10 bis 20 Prozent als mittlere Investitionstätigkeit, ein Wert von 20 bis 30 Prozent als starke Investitionstätigkeit.

Bericht des Obergerichts zur Rechnung der Gerichte des Kantons Obwalden für das Jahr 2010

Frau Präsidentin
 Sehr geehrte Damen und Herren

In Vollzug von Art. 41 der Kantonsverfassung vom 19. Mai 1968 sowie Art. 43 Abs. 1 Bst. a der Verordnung über den Finanzhaushalt des Kantons (FHV) vom 25. März 1988 unterbreiten wir Ihnen in der Beilage die Rechnungsablage der Gerichte 2010.

I. Rechnung

Der nachfolgende Vergleich zwischen der Rechnung 2010 und dem Voranschlag 2010 sowie der Rechnung 2009 weist folgende Ergebnisse auf:

Ergebnis	Rechnung 2010 Fr.	Voranschlag 2010 Fr.	Rechnung 2009 Fr.
Laufende Rechnung			
<i>Artengliederung</i>			
Personalaufwand	1'955'246.60	1'900'200.00	1'893'516.50
Sachaufwand	486'002.51	480'300.00	408'081.85
Eigene Beiträge	71'175.55	66'000.00	70'456.85
Interne Verrechnungen	107'600.00	107'600.00	107'600.00
<i>Total Aufwand</i>	<u>2'620'024.66</u>	<u>2'554'100.00</u>	<u>2'479'655.20</u>
Entgelte	514'445.40	564'700.00	492'420.05
Interne Verrechnungen	20'268.00	0.00	1'716.00
<i>Total Ertrag</i>	<u>534'713.40</u>	<u>564'700.00</u>	<u>494'136.05</u>
Netto-Aufwand Laufende Rechnung	<u>2'085'311.26</u>	<u>1'989'400.00</u>	<u>1'985'519.15</u>

Mit Beschluss vom 03. Dezember 2009 genehmigte der Kantonsrat den vom Obergericht vorgelegten Voranschlagsentwurf für das Jahr 2010. Die Laufende Rechnung sah bei einem Gesamtaufwand von 2 554 100 Franken einen Netto-Aufwand von 1 989 400 Franken vor. Der veranschlagte Aufwandüberschuss wurde insgesamt um 95 911.26 Franken überschritten, sodass ein Netto-Aufwand von 2 085 311.26 resultierte. Der Grund für die Überschreitung des Netto-Aufwandes ergibt sich grösstenteils aus den nachfolgenden Abweichungs-Begründungen.

Investitionen waren 2010 weder vorgesehen noch getätigt.

II. Abweichungen

Folgende Abweichungen der Rechnung 2010 gegenüber dem Voranschlag 2010 werden speziell begründet:

			+ Verbesserung – Verschlechterung
Gerichte			
9100	<u>Obergericht</u>		
431.00	Gebühreneinnahmen	+	27 689.85
	Die Einnahmen sind insbesondere von Art und Anzahl der Fälle sowie der Höhe der Streitwerte abhängig. Das Gericht ist bei der Budgetierung auf Schätzungen angewiesen.		
9300	<u>Kantonsgericht</u>		
318.70	Unentgeltliche Rechtspflege	–	57 050.20
	Die Auslagen für die unentgeltliche Rechtspflege sind abhängig von Art und Umfang der Prozesse und der Anzahl prozessbedürftiger Personen. Bei der Budgetierung ist das Gericht auf Schätzungen angewiesen.		
318.71	Expertisen, Zeugengelder, Parteientschädigungen	+	27 658.05
	Bei der Budgetierung dieser Auslagen ist das Gericht auf Schätzungen angewiesen.		

III. Antrag der Gerichte

Wir beantragen Ihnen, Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte, auf die vorliegende Rechnung 2010 der Gerichte einzutreten und diese zu genehmigen.

Sarnen, 9. März 2011

Im Namen des Obergerichts:

Der Obergerichtspräsident:

Dr. Andreas Jenny

Die Gerichtsschreiberin:

lic. iur. Manuela Gugger-Kaeslin

Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Geschäftsberichts des Regierungsrats und der Staatsrechnung 2010

vom ...

Der Kantonsrat des Kantons Obwalden,

gestützt auf Artikel 70 Ziffer 3 und 4 der Kantonsverfassung vom 19. Mai 1968¹, Artikel 24 Absatz 5 der Finanzhaushaltsverordnung vom 25. März 1988² sowie Artikel 26 Absatz 2 des Einführungsgesetzes zum Tierseuchengesetz vom 25. Juni 1999³,

auf Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 15. März 2011 sowie des Obergerichts vom 1. März 2011,

beschliesst:

1. Der Geschäftsbericht des Regierungsrats 2010 wird genehmigt.
2. Die Staatsrechnung 2010 wird wie folgt genehmigt:
 - a. Vornahme der ordentlichen Abschreibungen von Fr. 11 400 040.60;
 - b. Die Öffnung der Ausgleichsreserve für zukünftig tiefer ausfallende Finanzausgleichsbeiträge um Fr. 18 000 000.00;
 - c. Abbuchung des Saldos der Laufenden Rechnung mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 192 116.06 zum „Eigenkapital“;
 - d. Aktivierung der Nettoinvestitionen als Saldo der Ausgaben und Einnahmen der Investitionsrechnung von Fr. 27 536 453.49.
3. Abbuchung des Saldos der Laufenden Rechnung der Tierseuchenkasse mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 183 581.55 zum Fondsbestand.

Sarnen, ...

Im Namen des Kantonsrats

Die Ratspräsidentin:

Die Ratssekretärin:

¹ GDB 101

² GDB 610.11

³ GDB 818.1

Anhänge zur Staatsrechnung



Kanton
Obwalden

Erläuterungen, Abschreibungen, Abgrenzung IR/LR

Die Rechnungsdarstellung des Kantons Obwalden ist grundsätzlich in der Verordnung über den Finanzhaushalt des Kantons (FHV) vom 25. März 1988, Fassung vom 25. November 1999, geregelt und richtet sich in den Grundzügen nach dem Harmonisierten Rechnungsmodell der Kantone (HRM). Die wichtigsten Artikel sind dabei:

Artikel 21 Bewertungsgrundsätze

Die Aktiven werden zu ihrem Beschaffungs- oder Herstellungswert unter Berücksichtigung der den Umständen angemessenen Wertberichtigungen bilanziert.

Darlehen und Beteiligungen sind in der Regel nach kaufmännischen Grundsätzen bewertet. Die wichtigsten Angaben dazu sind aus dem Beteiligungsspiegel (Tabelle III) ersichtlich.

Artikel 24 Abschreibungen

Das Verwaltungsvermögen wird nach dem Grundsatz einer finanz- und volkswirtschaftlich angemessenen Selbstfinanzierung der Investitionsausgaben auf dem jeweiligen Restbuchwert zu Beginn des laufenden Jahres abgeschrieben. Die Abschreibungssätze auf dem Restbuchwert betragen:

Grundstücke	10%
Tiefbauten	10%
Hochbauten	10%
Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	25%
Investitionsbeiträge	25%

Es kann in besonderen Fällen auch objektweise linear oder nach der Annuitätenmethode abgeschrieben werden. Dies trifft in der vorliegenden Jahresrechnung auf folgende Aktiven zu:

Lineare Abschreibung:

In der Leistungsvereinbarung mit dem Kantonsspital Obwalden ist festgehalten, dass die Investitionen des Kantonsspitals zukünftig nach der Verordnung über die Kostenermittlung und die Leistungserfassung durch Spitäler, Geburtshäuser und Pflegeheime in der Krankenversicherung (VKL) vom 3. Juli 2002 (SR 831.104) aktiviert und abgeschrieben werden.

In der Rechnung des Kantons werden die Investitionspauschalen entsprechend neu linear zu 100 Prozent abgeschrieben.

Soweit es die Finanz- und Konjunkturlage erlauben, können im Voranschlag zusätzliche Abschreibungen vorgesehen werden. Bei Ertragsüberschüssen kann der Kantonsrat zusätzliche Abschreibungen genehmigen. Der Regierungsrat beantragt keine ausserordentlichen Abschreibungen.

Übersicht über Abschreibungen

in Fr. 1'000.--	Erstellungs- kosten (brutto)	Anlage- wert (netto)	Bestand am 01.01.2010	Rechnung 2010				Bestand am 31.12.2010
				Zuwachs	Abgang	Abschreibung		
						ordentlich	zusätzlich	
1 Grundstücke			1'506	23		151		1'379
2 Tiefbauten			208	600		21		787
3 Hochbauten	204'494	151'245	17'494	22'462	6'605	1'825		31'525
4 Mobilien, Informatik, Maschinen, Fahrzeuge			6'716	4'446	4'457	1'679		5'026
5 Münzensammlung			0					0
6 Darlehen und Beteiligungen			63'281	-538	691			62'052
7 Investitionsbeiträge			8'972	11'448	801	1'986		17'634
8 Spezialfinanzierungen			34'960	2'000	4'080			32'880

Artikel 27 Investitionsrechnung / Laufende Rechnung

Die Investitionsrechnung enthält jene Finanzvorfälle, die bedeutende eigene oder subventionierte Vermögenswerte mit mehrjähriger Nutzungsdauer schaffen. Investitionen unter Fr. 100'000.– werden dabei in der Regel direkt über die Laufende Rechnung abgeschrieben.

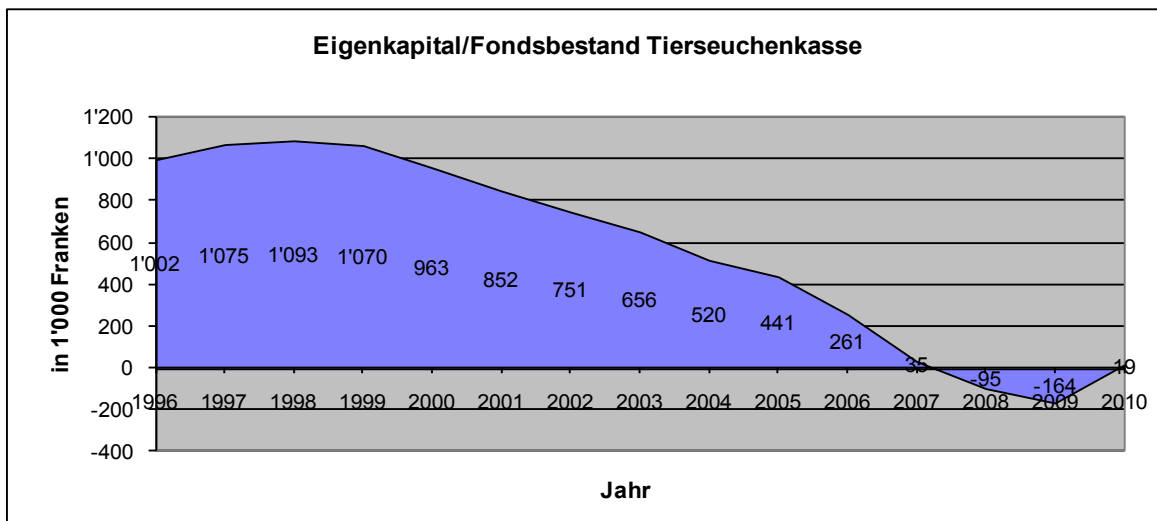
Pensionskassenverpflichtungen

Der Vorsorgeplan der Vorsorgeeinrichtung des Kantons ist als **Beitragsprimatplan** bzw. als Spar- und Risikosystem aufgebaut. Risikoträger ist die **privatrechtlich** organisierte Personalversicherungskasse Obwalden. Der Deckungsgrad liegt per Ende 2010 über 101 Prozent.

Tierseuchenkasse

Gemäss Artikel 26 Absatz 2 des Einführungsgesetzes zum Tierseuchengesetz (GDB 818.1) führt der Kanton eine Tierseuchenkasse. Der Ertragsüberschuss 2010 kam infolge budgetierter, höheren Kantons- und Gemeindebeiträge zustande. Dank diesem budgetierten Ertragsüberschuss kann wieder ein positiver Fondsbestand ausgewiesen werden.

Entwicklung Fondsbestand Tierseuchenkasse



RECHNUNG 2010

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
1422.435.30	Inserate und amtliche Publikationen	Rückgang des Inseratevolumens infolge starker Konkurrenz der Gratisanzeiger.	-70'169.35	-20.05
1423.431.00	Gebühreneinnahmen (Ausweise)	Grosse Nachfrage nach den biometrischen Pässen.	94'837.22	48.63
2200.301.80	Lohnsummenentwicklung (Verwaltung)	Auf diesem Konto wird die Lohnsummenentwicklung der gesamten Verwaltung budgetiert. Effektive Belastung erfolgt auf den einzelnen Kostenstellen. Die Abweichung beträgt somit immer 100 Prozent.	320'600.00	100.00
2200.302.80	Lohnsummenentwicklung (Lehrpersonen)	Auf diesem Konto wird die Lohnsummenentwicklung der Lehrpersonen budgetiert. Effektive Belastung erfolgt auf den einzelnen Kostenstellen. Die Abweichung beträgt somit immer 100 Prozent.	97'000.00	100.00
2400.363.00	Informatikaufwand ILZ	Ablösung der Buchhaltungssoftware und tieferer Wartungsaufwand.	59'433.00	26.41
2402.363.00	Informatikaufwand ILZ	Projekt der Registerharmonisierung hat sich zeitlich verzögert.	52'386.75	20.87
2402.436.00	Rückerstattungen aus Versicherungsleistungen	Die Versicherungsleistungen für Unfälle und Krankheiten gingen zum budgetierten 5-jährigen Mittel zurück.	-256'239.15	-58.64
2402.439.00	Verschiedene Einnahmen	Rückvergütungen des Informatikleistungszentrum ILZ aus Umsatz-Leistungen 2009 (PC-Pauschale); der CO2-Abgabe sowie Überschussanteil der Haftpflichtversicherung.	114'210.85	312.91
2420.318.30	Inkasso- und Betreuungskosten	Zusätzliche externe Inkassomassnahmen fielen im letzten Jahr tiefer aus als erwartet.	65'434.05	23.37
2440.342.00	Finanzausgleichsbeiträge	Der Beitrag beträgt 5,4% der Steuereinnahmen des Vorjahres. Dieser Ertrag ist zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht bekannt, Abweichungen sind deshalb die Norm.	57'727.50	1.08
2462.330.00	Abschreibung auf Finanzvermögen	Wertberichtigung Land Bachmattli in Alpnach.	-1'990'000.00	-100.00
2462.331.00	Ordentliche Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	Die massgebenden Restbuchwerte des Anlagevermögens waren per 01.01.2010 tiefer als bei der Budgetierung angenommen.	1'054'959.40	15.71

RECHNUNG 2010

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
2462.331.04	Lineare Abschreibung	Die lineare Abschreibung erfolgt auf den Globalbeiträgen an das Kantonsspital. Infolge Umstellung der Rechnungslegung ist die Abschreibung 2010 höher als budgetiert.	-2'140'000.00	-132.92
2464.321.00	Konto-Korrentschulden: Zinsen und Kommissionen	Die Bankzinsen sind tiefer als budgetiert/erwartet.	68'561.79	48.97
2466.420.00	Zinsen auf Konto-Korrentguthaben	Die Zinssätze waren 2010 viel tiefer als bei der Budgetierung angenommen (Kto. 2464.321.00).	-75'692.42	-37.85
2466.422.00	Anlagen des Finanzvermögens	Durch die guten Rechnungsabschlüsse stand eine höhere Liquidität zur Verfügung, welche entsprechend angelegt werden konnte.	507'483.81	19.52
2466.426.00	Anlagen Verwaltungsvermögens	Gewinnausschüttung und Rückvergütungen Informationsleistungszentrum ILZ sowie der Schweiz. Rheinsalinen nicht erwartet.	433'248.00	173.30
2480.400.00	Staatssteuer natürliche Personen	Die Entwicklung der Staatssteuern bzw. die Wirtschaftsentwicklung war bei der Budgetierung nicht in diesem Ausmass vorhersehbar und lag weit über den Erwartungen.	4'840'869.50	9.08
2480.401.00	Ertrags- und Kapitalsteuer jur. Personen	Bei der Budgetierung war die schnelle und unerwartet starke Erholung nach der Wirtschaftskrise nicht voraussehbar. Der Steuerertrag erreichte einen neuen Höchstwert.	2'991'509.20	72.96
2480.403.00	Grundstückgewinnsteuer	Der Ertrag der Grundstückgewinnsteuer 2010 lag über dem budgetierten 5-jährigen Mittel und erreichte einen neuen Rekordwert.	373'703.15	29.90
2480.404.00	Handänderungssteuer	Der Ertrag der Handänderungssteuer übertraf das budgetierte 5-jährige Mittel bei weitem und erreichte einen neuen Rekordwert.	930'752.25	49.25
2482.362.00	Anteile der Gemeinden MinÖl	Die Gemeinden erhalten den Hauptanteil am Ertrag der Mineralölsteuer (Konto 2482.460.10).	79'385.00	4.41

RECHNUNG 2010

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
2482.406.00	Motorfahrzeugsteuer	Nach einer Zunahme von drei Prozent im Vorjahr nahm der Ertrag der Motorfahrzeugsteuer um weitere 2,5 Prozent zu und lag damit über den Erwartungen.	205'992.10	2.29
2482.460.10	Anteil an Mineralölsteuerertrag	Der Anteil der Kantone ist 2010 gegenüber dem Vorjahr wieder leicht zurückgegangen, lag aber höher als bei der Budgetierung vom Bund kommuniziert.	54'105.00	3.01
2482.460.20	Kantonsanteil an LSVA	Nicht budgetiert waren die vom Bund ausgerichteten Ausgleichszahlungen aus dem Infrastrukturfonds.	948'943.00	54.73
2484.351.00	Repartitionen an Kantone	Die Repartitionen übertrafen die veranschlagten Werte (5-Jahres-Durchschnitt).	-223'482.35	-744.94
2484.380.00	Einlage Schwankungsreserve Finanzausgleich	Die gute Ausgangslage beim Rechnungsabschluss 2010 wird genutzt, um die ab 2011 tiefer ausfallenden Finanzausgleichsbeträge des Bundes kompensieren zu können.	-18'000'000.00	-100.00
2484.440.00	Anteil an Bundessteuern (17%)	Der Ertrag an den im Kanton bezogenen direkten Bundessteuern erreicht mit insgesamt 57,6 Mio. Fr. das bisher beste Ergebnis.	2'747'469.00	38.97
2484.440.11	Ressourcenausgleich Bund	Die definitiven Ergebnisse der Ausgleichszahlungen liegen erst nach der Budgetierung vor und können im Vergleich zum Voranschlag noch Korrekturen aufweisen.	-196'898.33	-0.87
2484.440.40	Anteil an eidg. Verrechnungs- steuern/Sicherungssteuer/ EU-Zinsbesteuerung	Der Rückbehalt der eidg. VST lag 2010 über den vom Bund für die Budgetierung kommunizierten Werten.	855'983.00	65.84
2484.441.11	Ressourcenausgleich Kantone	Die definitiven Ergebnisse der Ausgleichszahlungen liegen erst nach der Budgetierung vor und können im Vergleich zum Voranschlag noch Korrekturen aufweisen.	-218'243.67	-1.34
2486.426.00	Reingewinn OKB	Die Dividende der OKB wurde infolge des guten Jahresabschlusses auf 31 Prozent festgesetzt. Veranschlagt waren 30 Prozent.	220'000.00	3.33

RECHNUNG 2010

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
2486.426.01	Abgeltung Staatsgarantie OKB	Mit Inkrafttreten des neuen Kantonalbankgesetzes wird die gewährte Staatsgarantie seit 2006 abgegolten. Infolge der höheren Dividende fällt auch die Abgeltung entsprechend höher aus.	68'529.41	3.32
2490.365.20	Beiträge an Investitionen im Sportbereich	Der Beitrag an die regionale Sportanlage in Sarnen wurde vom Regierungsrat auf max. 1,5 Millionen Franken festgelegt. Die Auszahlung erfolgt in den Jahren 2010 bis 2012. Bei der Budgetierung war der Betrag noch nicht definitiv bekannt.	-50'000.00	-11.11
2490.365.27	Beitrag an Sprungschanze Engelberg	Der Beitrag an die Sprungschanze Engelberg konnte bereits 2009 ausgelöst werden.	70'000.00	100.00
2490.414.00	Anteil der Landeslotterie und des Zahlenlotos	Die Kantonsanteile an den Erträgen des Lotteriefonds übertrafen die erwarteten Gewinnausschüttungen.	71'736.75	3.99
2490.480.00	Entnahme aus Fonds und Spezialfinanzierungen	Konto für Ausgleich der Fondsrechnung. Bei der Budgetierung wurde von höheren Mehrausgaben ausgegangen.	-150'981.86	-33.70
2620.301.00	Personal: Besoldungen	Eine Person war zu 60 % angestellt und der Nachfolger zu 100 % (ab 11.10.2010). Der Anstieg ist einerseits begründet, dass die Pensenreduktion eines Mitarbeitenden von 100 % auf 80 % bisher nicht ersetzt wurde, andererseits hat das Arbeitsvolumen zugenommen. Weiter besucht eine Person eine Weiterbildung und fehlt einen halben Tag pro Woche (wurde so bewilligt). Weiter wurden im 2010 drei neue Mitarbeiter angestellt und bisherige Mitarbeiter sind mit Einarbeiten absorbiert.	-56'030.70	-6.63
2680.460.00	Bundesbeitrag	Die Differenz ergibt sich aus der Hochrechnung 2010 zu den effektiv ausbezahlten Prämienverbilligungen 2010.	225'829.00	2.66
2800.301.00	Personal: Besoldungen	Vakante Stelle für Controller wurde noch nicht besetzt.	82'090.15	23.52

RECHNUNG 2010

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
2800.362.00	Laboratorium der Urkantone	Lebensmittelkontrollen nicht in LdU integriert, Revision VO Lebensmittelgesetz im Kanton SZ gescheitert.	52'700.00	11.72
2800.364.00	Beiträge an Projekte Alters- und Betagtenbetreuung	Abrechnungen Spitex blieben unter Budget-Erwartung. Beiträge an Gemeindeprojekte mussten nicht ausgerichtet werden.	133'748.70	16.11
2800.365.10	Auslagen/Vorfinanzierung HPV	Gegenkonto 2800.465.00 beachten. Die Nachfrage für HPV-Impfungen war gering.	93'078.75	103.42
2800.465.00	Rückerstattung HPV	Gegenkonto 2800.365.10 beachten. Die Nachfrage für HPV-Impfungen war gering.	-64'648.65	-71.83
2810.364.00	Projekt "Gesundes Körpergewicht"	Ausstehende Projekte.	-73'441.00	-66.95
2810.439.00	Verschiedene Einnahmen	Lohnumbuchung Sachbearbeiter "Gesundes Körpergewicht" aufgrund Beteiligung Dritter.	165'218.75	2'065.23
2810.461.00	Beitrag des Kantons Nidwalden an die Fachstelle	Schlussabrechnung 2010 ist ausstehend und erfolgt sodann nach Rechnungsabschluss im 2011.	-148'240.00	-80.35
2810.465.00	Beiträge "Gesundes Körpergewicht"	Ausstehende Projektgelder der Gesundheitsförderung Schweiz.	80'435.00	59.41
2820.363.10	Beiträge an eigene Anstalten: Kantonsspital	Globalkredit nicht ausgeschöpft.	584'365.96	3.85
2824.364.00	Stationäre/ambulante Spitalbehandlungen	Ausserkantonale Hospitalisation schwierig zu budgetieren (teure Einzelfälle und Tarifanpassungen). Schwierig zu budgetieren, da einzelne Behandlungen bis zu Fr. 200'000 ausmachen können.	-692'215.55	-8.14
2824.436.00	Div. Rückerstattungen/Regresse	Regresse auf bereits bezahlten Rechnungen sind nicht budgetierbar.	75'272.40	75.27
3120.431.00	Betreibungsgebühren	Mehreinnahmen durch gestiegene Anzahl Verfahren.	64'817.90	10.80

RECHNUNG 2010

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
3200.434.10	Arbeiten für Dritte	Einnahmen aus Strafverfahren und Hilfeleistungen zu tief budgetiert. Personalentschädigung aus Projekt POLYCOM erst durch Projektaufsicht entschieden. Entschädigung ASTRA für Transportbegleitungen in Folge Felssturz Lopper.	177'183.20	173.71
3201.301.00	Personal: Besoldungen	Kaum budgetrelevante Personalveränderungen, lediglich Verschiebungen unter den einzelnen Abteilungen.	86'882.85	3.63
3201.311.40	Fahrzeuge, Geräte, Apparate	Mehraufwand (Totalschaden Patrouillenfahrzeug) wurde durch die Versicherung vollständig gedeckt, siehe Kto 3201.439.00.	-90'556.05	-147.01
3201.434.10	Arbeiten für Dritte	Einnahmen aus Strafverfahren und Hilfeleistungen zu tief budgetiert. Personalentschädigung aus Projekt POLYCOM erst durch Projektaufsicht entschieden. Entschädigung ASTRA für Transportbegleitungen in Folge Felssturz Lopper.	101'777.30	42.94
3201.437.00	Bussenertrag	Kontrollpraxis insgesamt praktisch unverändert. Übertretungsquoten um 1.6 % auf 5.9 % gesunken.	-51'273.05	-2.85
3201.439.00	Verschiedene Einnahmen	Versicherungsentschädigung für beschädigtes Patrouillenfahrzeug nach Unfall/Totalschaden, siehe auch Kto 3201.311.40.	90'985.86	1'137.32
3202.301.00	Personal: Besoldungen	Kaum budgetrelevante Personalveränderungen, lediglich Verschiebungen unter den einzelnen Abteilungen.	-90'655.00	-6.22
3250.366.02	Renovationen über Ersatzbeiträge	Realisierung Projekt Polyalert (Sirenenersatz) durch BABS auf 2010 (nicht budgetiert) vorgezogen. Vollumfänglich vom Bund bezahlt, siehe Kto 3250.460.02.	-328'087.10	-100.00
3250.380.00	Einlage in Fonds (2283.60)	Ausgleich für tiefere Einlagen 2009 und voraussichtlich auch in Folgejahren.	-250'000.00	-125.00

RECHNUNG 2010

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
3250.439.00	Einnahmen Ersatzbeiträge	Aufgrund der grossen Bautätigkeit in Obwalden waren die Einnahmen erheblich grösser.	205'205.00	68.40
3250.460.02	Bundesbeiträge an Renovationen (Ersatzbeiträge)	Realisierung Projekt Polyalert (Sirenenersatz) durch BABS auf 2010 (nicht budgetiert) vorgezogen. Vollumfänglich vom Bund bezahlt, siehe Kto. 3250.366.02. Zusätzlich Restzahlung Sanierung Zivilschutzanlage Engelberg.	342'318.75	510.92
3252.352.01	Ausserordentliche Beiträge	Mehr Hydranten in den Gemeinden Sarnen und Alpnach neu erstellt oder ersetzt. Subvention an TLF Alpnach, war beim Budgetprozess noch nicht bekannt.	-211'756.40	-151.25
3500.365.10	Objektfinanzierung Tagesstätten/Familienplätze	Da ungewiss ist, wie viele Kinder die Betreuungseinrichtungen beanspruchen, und welcher Sozialtarif angewendet wird, ist es schwierig genauer zu budgetieren. Im Jahr 2010 hat das Chinderhüs Obwalden in Sachseln eine Kindertagesstätte mit 12 Plätzen und die Kindertagesstätte Starnähjimu in Kerns mit 6 Plätzen eröffnet. Die Entschädigung für Kinder bis 18 Monate wurde pro Tag auf 1,5 Einheiten erhöht (RR Beschluss).	-75'587.90	-37.79
3504.365.21	Gesundheits- und Unterstützungskosten	Der Aufwand sowie der Ertrag sind abhängig von den Anwesenheitstagen von Asylsuchenden und Flüchtlingen. Die Zahlungen des Bundes werden bis auf Fr. 60'000 für die Aufwendungen im Sozialamt an den Leistungserbringer weitergeleitet.	-1'221'664.05	-64.30
3504.380.00	Einlage in Fonds (2283.68)	Zweckgebundene Rückstellung Wohnraumbeschaffung gemäss RRB vom 23. Februar 2010 (Nr. 411). Gegenkonto 3504.465.00.	-435'111.55	-100.00
3504.460.01	Bundesbeiträge an Gesundheits- und Unterstützungskosten	Der Ertrag ist abhängig von der Anzahl Asylsuchenden und Flüchtlingen. Gegenkonto von 365.21.	1'221'664.05	62.33
3504.465.00	Rückvergütungen	Zweckgebundene Rückstellung Wohnraumbeschaffung Gegenkonto 3504.380.00.	435'111.55	100.00

RECHNUNG 2010

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
3506.365.23	Rütimattli: Wohnheim Erwachsene	Eine detaillierte Begründung erfolgt durch den Regierungsrat bei der Genehmigung der Rechnung 2010 des Rütimattli.	62'560.40	2.50
3506.365.24	Rütimattli: Arbeitsplätze Hüetli	Eine detaillierte Begründung erfolgt durch den Regierungsrat bei der Genehmigung der Rechnung 2010 des Rütimattli.	105'280.75	4.35
3506.365.25	Juvenat: sozialpädagogisches Wohnen	Es war ein Jugendlicher im Juvenat (Lehrlingswohngruppe) platziert. Da ungewiss ist, wie viele Jugendliche die Betreuungseinrichtungen beanspruchen, ist es sehr schwierig, genauer zu budgetieren.	73'877.50	73.88
3506.365.26	Rütimattli: Arbeitsplätze Bünthenpark	Eine detaillierte Begründung erfolgt durch den Regierungsrat bei der Genehmigung der Rechnung 2010 des Rütimattli.	63'049.65	14.17
3506.365.30	Ausserkantonal: sozialpäd. Wohnen Kinder/Jugendliche	Da ungewiss ist, wie viele Jugendliche eine Betreuungseinrichtung beanspruchen werden, ist es sehr schwierig, genauer zu budgetieren. Im Jahr 2010 waren 12 platziert. 2009: 14 SJD, 17 BKD. Beim Budgetieren für das Jahr 2010 waren die Aufwändungen aus dem Jahr 2009 noch unbekannt. Bei den ausserkantonal Platzierten können die Kosten von uns nicht beeinflusst werden.	-180'898.25	-12.92
3506.365.31	Ausserkantonal: Wohnheim/Arbeit Erwachsene (bis 2008 in 365.20)	Da ungewiss ist, wie viele Erwachsene eine Betreuungseinrichtung beanspruchen werden, ist es sehr schwierig, genauer zu budgetieren. Im Jahr 2010 mussten 10 Personen neu platziert werden. Es erfolgen 11 Austritte (Total 2010: 59 Pers., 2009: 60 Pers.). Beim Budgetieren für das Jahr 2010 waren die Aufwändungen aus dem Jahr 2009 noch unbekannt. Bei den ausserkantonal Platzierten können die Kosten von uns nicht beeinflusst werden.	-552'292.20	-29.07

RECHNUNG 2010

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
3506.452.00	Gemeindebeiträge ausserkant. Heime	Infolge des Mehraufwands bei den Konti 365.30 und 365.31 (Verbundsaufgabe Kanton-Gemeinden) für auswärtige Platzierungen erfolgt z.G. des Kantons eine höhere Rückerstattung der Gemeinden.	235'148.35	18.09
3600.301.00	Personal: Besoldungen	Temporäre Pensenerhöhungen im Zusammenhang mit Umsetzung neue StPO.	-65'157.25	-11.11
3600.318.75	Untersuchungskosten	Mehrere sehr grosse und kostenintensive Strafuntersuchungen.	-193'262.55	-55.22
3600.366.00	Entschädigungen Genugtuung Opferhilfe (ab 2011 unter 3100.366.00)	Höhe der OHG-Entschädigungen ist nicht voraussehbar.	51'021.70	85.04
3600.436.60	Untersuchungskosten	Korrespondiert mit erhöhtem Untersuchungsaufwand.	-74'260.91	-22.17
4000.318.60	Arbeiten durch Dritte	Aufgrund der Ablehnung der Änderung des Bausetzes in der Volksabstimmung im November 2009 wurden Vorarbeiten für eine kantonale Arbeitsplatzzone nicht an die Hand genommen.	96'079.70	86.56
4002.364.00	Kantonsbeiträge an allgemeine Wirtschaftsförderung	Das Projekt Besuchersteg Alpnachstad (Fr. 50'000) ist weiterhin nicht verwirklicht.	56'399.10	79.77
4009.366.00	Verwendung Spenden	Die Behandlung der Gesuche ist abgeschlossen. Der verbleibende Restbetrag wurde an die Gemeinden weitergeleitet.	-3'051'180.50	-299.14
4009.465.00	Spenden-Eingänge	Die Glückskette hat für die abgeschlossenen Projekte der Gemeinden und öffentlich-rechtlichen Körperschaften noch Beiträge ausgerichtet.	2'503'100.00	100.00
4009.480.00	Entnahme Spendengelder	Entnahme der restlichen Mittel aus dem kantonalen Konto.	563'727.50	56.37
4101.364.00	Beiträge an gemischtwirtschaftliche Unternehmungen	Die Projektabwicklung hat sich zum Teil verzögert. Zudem wurde unter diesem Konto (wie früher) ein Teil von Konto 4101.365.01 budgetiert.	89'305.40	38.83

RECHNUNG 2010

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
4110.431.00	Handelsregistergebühren	Die Geschäfte und damit die Einnahmen sind im Vergleich zum ausserordentlichen Vorjahr zurückgegangen.	-87'574.05	-14.60
4121.301.00	Personal: Besoldungen	Der ausgeschiedene Abteilungsleiter wurde nicht ersetzt. 50 % wurden eingespart. 50 % ins VWA übertragen (4100.301.00).	126'794.75	9.51
4121.431.00	Gebühreneinnahmen: Grundbuch	Die Geschäfte sind zurückgegangen. Dennoch lagen die Einnahmen klar über Budget.	266'719.65	19.05
4122.350.00	Bundesanteil an Gebühren: Vermessungsaufsicht, Verifikation	Der Aufwand des Bundes ist geringer ausgefallen als in früheren Jahren.	55'993.75	62.22
4123.318.60	Arbeiten durch Dritte (inkl. Lizenzen)	Der Aufwand ist aufgrund früherer Geschäftszahlen grösser ausgefallen, allerdings auch der Ertrag (siehe Konto 4123.439.00 und 4123.439.10).	-132'390.81	-28.11
4123.439.00	Verschiedene Einnahmen	Die Nutzung der Dienste und damit die Beratungs- und Dienstleistungsgebühren lagen über dem Budget.	151'555.16	210.49
4292.366.00	Beiträge an AHV-Ergänzungsleistungen	Weniger kostenintensive Fälle, schwer budgetierbar.	317'731.00	4.00
4292.366.01	Beiträge an IV-Ergänzungsleistungen	Die Budgetierung erfolgt auf den Vorlagen der zentralen Ausgleichskasse (ZAS).	428'643.00	9.42
4292.460.00	Bundesbeiträge an AHV-Ergänzungsleistungen	Bundesbeiträge richten sich nach AHV-Ergänzungsleistungsausgaben.	-328'757.00	-13.70
4292.460.01	Bundesbeiträge an IV-Ergänzungsleistungen	Bundesbeiträge richten sich nach IV-Ergänzungsleistungsausgaben.	-137'494.00	-7.64
4292.460.60	Bundesbeiträge an Verwaltungskosten EL AHV und IV	Verwaltungskosten wurden erstmals separat ausgewiesen.	172'200.00	100.00
4294.360.00	Kinderzulagen für Kleinbauern und landwirtsch. Arbeitnehmer	Die Budgetierung erfolgt auf den Vorlagen der zentralen Ausgleichsstelle (ZAS).	124'745.00	20.12
4311.366.01	Beiträge an Private (Pflanzenschutz)	Im Jahr 2010 weniger Feuerbrandbefall als in den Vorjahren.	96'579.25	96.58

RECHNUNG 2010

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
4321.366.01	Kantonsbeiträge (nachhaltige Bew.formen)	Beteiligung an Ammoniakprojekt (Ressourcen- projekt) tiefer als erwartet.	66'031.10	60.03
4330.439.00	Verschiedene Einnahmen	Entschädigung des Bundesamts für Energie für die Mitarbeit am Sachplan geologisches Tiefenlager.	60'000.00	100.00
5002.366.10	Stipendien	Mehr Gesuche und höhere Stipendien als budgetiert	-276'470.00	-22.12
5011.351.10	Schulen: Entschädigungen an ausserkantonale Institutionen	Weniger Schüler als budgetiert.	106'681.00	18.65
5011.364.00	Beiträge an private Institutionen	Mehr Schüler als budgetiert.	-63'546.60	-3.79
5013.351.10	Schulen: Entschädigungen an Kantone	Weniger Studierende als budgetiert.	237'727.00	2.50
5013.351.11	Schulen: Entschädigungen an Kantone (Höhere Fachschulen)	Mehr Studierende als budgetiert.	-153'567.40	-10.22
5302.318.62	LWB Fachkurse ohne Diplom- abschluss	Bildungstag verschoben auf 2011: Minus Fr. 50'000. Nur eine statt fünf Intensivweiterbildungen beansprucht. Minus Fr. 110'000. Restliche Abweichung: Weniger Kurse wurden besucht.	188'194.15	59.27
5302.318.64	LWB Fachkurse mit Diplom- abschluss	NQ Fremdsprachen Kurse werden erst in Folgejahren beansprucht (Verpflichtungskredit). Tranche 2010 zu hoch budgetiert.	128'146.00	71.19
5320.365.21	Heilpädagogische Früherziehung Rütimattli	Restdefizitabrechnung Rütimattli zum Zeitpunkt des Rechnungsabschlusses noch ausstehend.	89'085.30	31.82
5320.365.22	Sonderschulung Rütimattli	Restdefizitabrechnung Rütimattli zum Zeitpunkt des Rechnungsabschlusses noch aus- stehend. Zudem weniger Schüler als budgetiert.	549'731.25	17.15
5320.365.28	Sonderschulung Juvenat	Weniger Sonderschüler aus OW im Juvenat als zum Zeitpunkt der Budgetierung (Sommer 2009) angenom- men.	279'523.95	39.93

RECHNUNG 2010

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
5320.365.30	Sonderschulung ausserkantonale	Weniger ausserkantonale Platzierungen in Sonderschulheimen als zum Zeitpunkt der Budgetierung (Sommer 2009) angenommen.	135'438.99	5.47
5320.365.35	Beratung und Unterstützung ausserkantonale	Weniger Seh-, Hör- und Körperbehinderte mussten von den entsprechenden ausserkantonalen Institutionen (Seh- und Hörschule Baar, audiopädagogischer Dienst Hohenrain, Sonderschule Rodtegg) betreut werden, als zum Zeitpunkt der Budgetierung (Sommer 2009) angenommen.	87'777.30	38.16
5320.365.37	Beiträge an Privatschulen	Eine unvorhersehbare Platzierung im Therapieheim Sonnenblick in Kastanienbaum, welche noch als Privatschule gilt (Fr. 107'000 p.a.). Angebot entspricht aber jenem einer Sonderschule, per 2011 neue Klassifizierung als Sonderschule. Restliche Abweichung nicht genau budgetierbar.	-123'198.00	-123.20
5320.366.00	Transportkostenvergütung an Erziehungsberechtigte	Zu hohe Budgetierung aufgrund fehlender Erfahrungswerte der Vorjahre, irrtümlich steigende Tendenz angenommen.	68'735.80	34.37
5320.462.00	Gemeindebeiträge	Aufgrund des geringeren Aufwandes sind auch die Erträge durch die Gemeindebeiträge geringer.	-153'970.15	-12.83
5350.302.00	Lehrpersonal: Besoldungen	Unbezahlter Urlaub einer Lehrperson von Aug. - Dez.. Stellvertretungskosten sind durch einen unbezahlten Urlaub, durch einen bezahlten Urlaub sowie durch einen krankheitsbedingten Ausfall entstanden.	59'454.75	1.17
5350.302.03	Stellvertreter: Löhne	Stellvertretungskosten sind für einen unbezahlten Urlaub, für einen bezahlten Urlaub sowie für einen krankheitsbedingten Ausfall entstanden.	-50'987.05	-254.94
5402.301.08	Honorare: CM, FIB, Beratungen	Rückbuchung/Rückstellung 2009: Abgrenzung Projekt Case Management (Fr. 53'000), weniger FiB- und CM-Fälle (Fr. 60'000), kein Lehrstellenförderer/Lehrstellenmarketing (Fr. 8'000).	87'932.30	97.70

RECHNUNG 2010

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
5402.351.10	Entschädigungen an Kantone: Schulgelder BFS	Weniger Lernende in der Grundbildung (Fr. 1'16'000 = ~16 Lernende), keine Lernenden an der AZG Luzern DNII, Pflegeassistent (Fr. 7'400). Die Schulgelder wurden aufgrund der Lernendenzahl per Stichtag 03.06.2009 budgetiert. Diese Zahl kann sich im Verlaufe des Jahres ändern (Lehrvertragsauflösungen, Lehrbetriebswechsel usw.).	114'892.60	1.60
5442.302.00	Lehrpersonal: Besoldungen	Zum Zeitpunkt der Pensenplanung für den Voranschlag des nächsten Rechnungsjahres (April/Mai) und dem Beginn des neuen Schuljahres (August) ergeben sich Pensenveränderungen, die nicht vorausplanbar sind (Klassenzahlen, Schülerzahlen, etc.). Ab 1. August auf KST 5445.	-147'243.55	-5.85
5442.310.30	Fachbücher, Lehrmittel, Schulmaterial	Ab 1. August auf KST 5445.	149'839.45	74.92
5442.432.00	Kostgelder	Ab 1. August auf KST 5445.	-55'711.10	-46.43
5442.433.00	Schulgelder	2010: Schulgelder Fr. 3'860'900. Die Lernendenzahlen werden im Mai aufgrund des Trends geschätzt, die definitive Zahl ist erst nach Budgeteingabe bekannt (2009: Schulgelder Fr. 3'156'000). Bis Stichtag 15.11.: Ca. 20 Lernende weniger angemeldet und Weggang von ca. 10 Lernenden. Ab 1. August auf KST 5445.	-239'100.00	-5.83
5442.435.10	Lehrmittelverkäufe	Ab 1. August auf KST 5445.	-89'441.60	-63.89
5445.310.20	Grundbildung Fachbücher Lehrmittel, Schulmaterial	Ab 1. August auf KST 5445.	-159'147.45	-100.00
5445.313.30	Lebensmittel, Materialien	Ab 1. August auf KST 5445.	-54'884.70	-100.00
5445.435.20	Grundbildung Lehrmittelverkäufe Bücher	Ab 1. August auf KST 5445.	98'988.85	100.00

RECHNUNG 2010

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
5445.435.21	Grundbildung Lehrmittelverkäufe div. Material	Ab 1. August auf KST 5445. Budget: Fr. 140'000 / Ertrag: Fr. 199'749 / Mehreinnahmen Fr. 59'749, mehr Lernende, erhöhte Pauschale pro Lernende, mehr Lehrmittel pro Lernende ergibt Weiterverrechnung in dieser Position.	50'202.10	100.00
5446.313.60	Material für landwirtschaftliche Produktion	Verpachtung des Gutsbetriebes ab 01.04.2010.	60'000.00	100.00
5446.435.70	Verkauf aus Viehhaltung	Verpachtung des Gutsbetriebes ab 01.04.2010.	-130'000.00	-100.00
5500.365.01	Periodische Beitragsleistungen: Gemeinnützige Verbände und Organisationen	Der Kulturlastenausgleich tritt erst 2011 in Kraft (je Fr. 405'000 für 2011 - 2013)	430'718.80	72.27
5610.365.22	Beiträge an verschiedene Institutionen für Sportanlagen	Dieses Konto ist abhängig von den grösseren Anschaffungen der Vereine und untersteht grossen Schwankungen. Die Abrechnungen für den Sportplatz Wyden sowie das Schwimmbecken Lido lagen nicht vor. Auch wird der Beitrag an die Regionale Sportanlage nun vollumfänglich über die Kostenstelle 2490 abgewickelt.	220'674.00	81.13
5610.380.00	Einlage kant. Sport-Toto-Fonds	Da insgesamt weniger Beiträge ausbezahlt wurde, konnte zum Fondsausgleich eine Einlage getätigt werden.	-64'226.00	-100.00
5610.480.00	Entnahme aus kantonalem Sport-Toto-Fonds	Da insgesamt weniger Beiträge ausbezahlt wurden, war eine Entnahme zum Fondsausgleich nicht notwendig, bzw. es erfolgt eine Einlage (5610.380.00).	-137'200.00	-100.00
6100.301.00	Personal: Besoldungen	Ingenieurstelle in Abt. Strassenbau konnte nur zu 50 % besetzt werden.	75'206.85	10.05
6102.438.00	Eigenleistungen	Weniger Eigenleistungen für Investitionsrechnung; Ingenieurstelle nur zu 50 % besetzt; Aufgaben z.T. von Mitarbeitenden Strasseninspektorat übernommen, vgl. Konto 6120.438.00.	-60'939.10	-7.17
6102.460.09	Globalbeiträge Hauptstrasse	Beiträge aus Infrastrukturfond im VA nicht berücksichtigt, Abrechnung durch Bund.	254'289.00	50.86

RECHNUNG 2010

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
6120.313.25	Materialien für Winterdienst	Ausserordentlich langer und aufwandintensiver Winter (siehe auch Konto 6120.314.20).	-64'904.14	-201.57
6120.314.20	Leistungen durch Dritte: Winterdienst	Ausserordentlich langer und aufwandintensiver Winter (siehe auch Konto 6120.313.25).	-176'917.25	-82.29
6120.314.23	Leistungen durch Dritte: Beheben von Unwetterschäden	Unvorhergesehene Ereignisse (Steinschlag Guberwald, Baumschlag Radweg Giswil - Lungern, verschiedene Böschungssetzungen).	-60'803.20	-81.07
6120.434.00	Rückvergütung Dritter für Dienstleistungen und Materialien	Höhere Einnahmen von Winterdienstleistungen, ausserordentliche Vermietung von Abspermaterial, höhere Einnahmen für Dienstleistungen Wärmeverbund.	55'669.95	86.98
6122.314.00	Baulicher Unterhalt: Kantonsstrassen	Kosten bei Projekten des Jahresprogrammes 2010 sind eingehalten. Überschreitung infolge unvorhergesehenen Arbeiten und Kostenbeteiligungen, die nicht budgetiert werden konnten (Kostenbeteiligung Sanierung Bahnübergänge; Sofortmassnahme Schächte Dorf Alpnach, Instandstellung Parkplatz Dorfzentrum Samen, etc.).	-228'781.30	-19.07
6122.314.08	Baulicher Unterhalt: Nationalstrasse A8	Projektänderungen ASTRA, kostenneutral, siehe Konto 6122.460.08.	-193'046.65	-643.49
6122.460.08	Bundesbeiträge: Baulicher Unterhalt A8/Kantonsstrasse	Siehe Gegenkonto 6122.314.08.	193'046.65	643.49
6140.312.00	Heizung, Strom, Wasser, Kehrricht	Energiekosten/Abfallgebühren witterungs- und verbrauchsabhängig.	54'837.45	7.83
6140.316.00	Büro- und Raummieten	Umbuchung Miete Provisorien auf Bauabrechnung Kantonsschule (rückwirkend seit August 2009).	113'913.40	34.11
6140.438.00	Eigenleistungen für Investitionsrechnung	Eigenleistungen für Projekte Polizeigebäude, Gefängnis, Juko-Pavillon, Kantonsschule und Spital, abhängig vom Projektfortschritt.	176'525.55	176.53

RECHNUNG 2010

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
6145.318.70	Konzept, Projekte, Gutachten	Externer Aufwand Umsetzung Energiekonzept geringer, interner höher (6145.390.00) Konzepte zurückgestellt.	89'160.70	99.07
6145.366.00	Energieberatung und Förderbeiträge	Förderprogramm, grosse Anzahl Gesuche, siehe Konto. 6145.460.00.	-115'292.00	-26.20
6145.366.01	Nationales Gebäudeprogramm	Siehe Konto 6145.460.01.	-93'495.00	-100.00
6145.460.01	Bundesbeitrag Nat. Gebäudepr.	Einführung nationales Gebäudesanierungsprogramm (Modalitäten nicht bekannt von Ende Januar 2010).	93'495.00	100.00
6145.460.60	Bundesbeitrag Verwaltungskosten	Abgeltung administrativer Aufwand nationales Gebäudeprogramm, vgl. 6145.460.01. Einführung 2010.	52'485.00	100.00
6148.312.00	Energiekosten (Propan, Oel, Strom)	Preisentwicklung nicht vorsehbar.	90'041.25	10.00
6148.314.00	Betrieb und Unterhalt	Infolge Konkurs des Wartungsbeauftragten im 2009 mussten verschiedene Wartungsarbeiten sowie eine grosse Revision nachgeholt werden.	-126'661.90	-105.55
6212.364.01	Einsatz Ersatzleistungen für Rodungen	Weniger zur (Mit)finanzierung geeignete Projekte.	53'158.85	70.88
6212.480.00	Entnahme aus Fonds für ökol. Ersatzleistungen	Weniger zur Mitfinanzierung geeignete Projekte.	-75'000.00	-100.00
6218.460.00	Bundesbeiträge	Umbuchung aus Alternativverfüllung.	91'030.85	151.72
6226.318.61	Massnahmen an Ufern und Seen	Grössere Aufwändungen blieben aus, wenig Schwemmholtz. Bereitstellungspauschale Fr. 47'000.	142'414.25	71.21
6226.318.62	Arbeiten durch Dritte (Gefahrengrundlage)	Grösserer Aufwand für die Überarbeitung der Gefahrengrundlage. Vorfinanzierung durch Kanton. Bund bezahlt 50% von Fr. 132'890.30 über Konto 6216.574.09.	-90'073.65	-187.65
6290.318.63	Arbeiten durch Dritte: Naturgefahren	Politischer Prozess führte zu Verzögerungen beim HWS-Projekt Sameraatal.	2'330'507.55	77.68

RECHNUNG 2010

Laufende Rechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
6290.434.10	Rückerstattungen	Keine Rückerstattung möglich, da aufgrund Verzögerung HWS Sameraatal keine definitive Subventionsverfügung vom Bund vorliegt. Siehe 6290.434.10. Die Gebühren der Baukoordination wurden 2010 massvoll erhöht.	-443'377.80	-88.68
6290.460.00	Bundesbeiträge		-1'300'000.00	-100.00
6312.431.00	Gebühreneinnahmen		55'789.00	55.79

RECHNUNG 2010

Investitionsrechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
2402.506.01	Informatik-Investitionen	Der Projektfortschritt bei einzelnen Projekten ist hinter dem ursprünglichen Zeitplan. Einzelne Projekte konnten günstiger realisiert werden.	79'882.15	10.85
3200.506.02	Sicherheitsfunknetz Polycom	Finanzfluss über drei Rechnungsjahre im Rahmen des bewilligten Projektkredits. Schlussabrechnung wird voraussichtlich deutlich tiefer ausfallen.	500'213.43	17.93
3200.660.00	Bundesbeitrag Polycom	Finanzfluss über drei Rechnungsjahre im Rahmen des bewilligten Projektkredits. Schlussabrechnung wird voraussichtlich deutlich tiefer ausfallen.	700'000.00	100.00
3500.562.00	Beitrag an Aufbau Kulturraum für ältere Jugendl./jugendl. Erw.	Der Kulturraum wurde im 2010 noch nicht realisiert.	237'188.00	94.88
4101.522.00	Darlehen Investitionshilfe (IHG)	Bei der Budgetierung und Rückstellung zulasten der Rechnung 2009 wurde nicht beachtet, dass ein grosser Teil der Darlehen bereits zulasten der Vorjahre ausbezahlt worden war. Sämtliche Darlehen sind ausgerichtet.	2'688'400.00	131.40
4101.580.00	Bildung Vorfinanzierung Park+Ride-Anlage	Beschluss des RR gemäss Art. 27 Abs. 3 und Art. 38 Bst. n der Finanzhaushaltverordnung zulasten der Jahresrechnung 2010.	-2'000'000.00	-100.00
4101.626.00	Rückzahlungsraten IHG-Darlehen	Rückzahlungsrate Umbau Kursaal Engelberg wurde noch unter diesem Konto budgetiert. Zudem wurde die vollständige Auszahlung und damit die Amortisation in einem Projekt um ein Jahr verschoben.	-86'400.00	-13.21
4312.566.01	Kantonsbeiträge Wohnbausanierung im Berggebiet	Weniger Gesuche für Kantonale Beiträge an Wohnbausanierungen.	120'610.00	34.46
6141.660.00	Bundesbeitrag	Verspätet eingegangener Bundesbeitrag für den Rathausumbau (Denkmalschutz).	73'836.00	100.00
6144.503.00	Projektierung, Baukosten	Abhängig von Projektfortschritt.	-58'772.50	-13.99
6145.503.00	Umgestaltung, Projektierung	Abhängig von Projektfortschritt.	3'870'544.55	15.18

RECHNUNG 2010

Investitionsrechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
6145.662.00	Beitrag Gemeinde Sarnen	Vertragsverhandlung mit Gemeinde, Zahlungsplan des Gemeindebeitrages war zum Zeitpunkt der Budgetierung noch offen.	1'000'000.00	100.00
6145.669.00	Verschiedene Rückerstattungen	Versicherungsleistungen, Klimarappen.	631'415.60	12.89
6145.680.00	Entnahme Vorfinanzierung Umbau	Die Entnahme der Vorfinanzierung erfolgt erst 2011	-10'000'000.00	-100.00
6149.503.00	Projektiertung, Baukosten	Massnahme Dachsanierung konnte bereits 2009 ausgeführt werden.	100'000.00	100.00
6150.503.00	Projektiertung, Baukosten	Projekt zurückgestellt.	100'000.00	100.00
6151.503.00	Projektiertung, Baukosten	Projekt zurückgestellt.	500'000.00	100.00
6156.503.00	Werkhof Foribach	Kauf Werkhof auf 2011 verschoben.	5'000'000.00	100.00
6172.503.00	Projektiertung, Baukosten	Abhängig von Projektfortschritt.	181'488.85	36.30
6175.503.00	Projektiertung, Baukosten	Projekt zurückgestellt.	991'390.00	99.14
6214.564.00	Kantonsbeiträge	Weniger altrechtliche Projekte ausgeführt als geplant.	71'759.45	25.63
6214.564.09	NFA-Programmvereinbarung Schutzwald	Weniger Waldschäden und Verzögerung Sanierung Geretschwandstrasse infolge Einsparungen.	154'224.35	14.16
6216.564.00	Kantonsbeiträge	Durch Verzögerung Bauprojekt Schwandbach konnte Teilabrechnung 2009 erst im Jahr 2010 ausbezahlt werden. Der altrechtlich genehmigte Teil der forstlichen Übergangsprojekte Wichelsgraben, Schynberggraben wurden auf Konto 6216.564.00 umgebucht.	-51'934.90	-30.02
6216.564.09	NFA-Programmvereinbarung Schutzbauten WaG	Gemäss Budgeteingabe wurde mit einem Betrag in der Höhe von Fr. 1'052'000 budgetiert und nicht Fr. 0. Nachträglich wurde gemäss Auskunft FV Fr. 1'052'000 auf das Konto 6216.574.09 umgebucht. Abschluss unter KV, Verzögerung in der Projektierung. Nichtrealisierung von forstlichen Projekten.	-535'962.45	-100.00

RECHNUNG 2010

Investitionsrechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
6218.564.09	NFA-Programmvereinbarung Biodiversität im Wald	Weniger Waldrandpflege als geplant. Verzögerung bei der Einrichtung der Waldreservate (Verhandlungen mit Waldeigentümer).	67'017.35	40.37
6226.564.00	Kantonsbeitrag an Seeregulierung Vierwaldstättersee	Gemäss Budgetangaben Kanton Luzern, nicht vorhersehbar.	100'668.35	18.75
6226.564.09	NFA-Programmvereinbarung Schutzbauten WBG	Nichtrealisierung von WBG Projekt Sigetsbach aufgrund neuer Priorisierung.	129'294.45	52.77
6226.564.41	Grosse Schliere, Alpnach	Mehraufwendungen.	-87'540.00	-44.89
6226.564.42	Kleine Schliere Alpnach	Projektverzögerung.	300'000.00	100.00
6226.564.43	Sarneraa, Alpnach (Renaturierung)	Projektverzögerung.	600'000.00	100.00
6226.564.51	Lau und Zufüsse, Giswil	Projektverzögerung.	330'000.00	100.00
6226.564.53	Rütibach SoMa, Giswil	Subventionierung der Mehrkosten durch Bund erst im 2010 zugestanden. Deshalb auch Mehrkosten für Kanton. Budgetierung ist jedoch nicht erfolgt.	-177'809.80	-100.00
6226.680.00	Entnahme Vorfinanzierung	Auflösung der früher gebildeten Rückstellung entsprechend dem Baufortschritt.	-1'767'000.00	-100.00
6290.564.02	Wasserbau	Verzögerung in der Planung und Ausführung, u. a. aufgrund aufwändiger Verfahren für Enteignung: Engelbergeraa und Kleine Melchaa, Grosse Melchaa.	1'735'000.00	100.00
6290.680.00	Entnahme Vorfinanzierung	Auflösung der in Vorjahren gebildeten Rückstellung entsprechend dem Baufortschritt.	-65'000.00	-7.69
6313.564.02	Investitionsbeiträge zb Zentralbahn	Auf Grund des guten Baufortschrittes erhöhten sich die Investitionsbeiträge für den Tunnel Engelberg der Zentralbahn. Die Endkostenprognose wird aber eingehalten.	-318'250.00	-22.68
6313.564.12	Sanierung Bahnübergänge	Auf Grund des guten Baufortschrittes und der Sanierung weiterer Bahnübergänge wurden mehr Kantonsbeiträge ausbezahlt. Die Endkostenprognose wird aber eingehalten.	-70'000.00	-11.11

RECHNUNG 2010

Investitionsrechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
6313.564.15	Beiträge: Tieflegung und Doppelspurausbau zb Zentralb.	Der Kanton Luzern hat erst die Kosten für drei Quartale des Jahres 2010 in Rechnung gestellt.	772'775.30	31.80
6313.652.00	Gemeindebeiträge an Tieflegung	Begründung siehe 6313.564.15.	-204'518.80	-56.03
6313.680.00	Vorfinanzierung Tieflegung	Die Entnahme der Vorfinanzierung entspricht dem effektiven Baufortschritt bzw. den noch ausstehenden Verpflichtungen.	-168'000.00	-4.84
6745.501.70	Engelbergerstrasse	Schlussrechnung Ingenieurhonorar.	-100'343.30	-100.00
6745.501.72	Engelbergerstrasse, Fangtobel	Neubau Brücke verschoben, abhängig von Projekt Bachverbau.	350'000.00	100.00
6745.501.80	Lärmschutzmassnahmen	Anhängig von ausgeführten Fenstersanierungen, d.h. abhängig von Dritten.	384'637.85	76.93
6745.501.90	Ersatzbauten	Verzögerung Ausbau Melchtalerstrasse.	138'710.85	26.68
6745.660.00	Bundesbeiträge	Nachzahlung Zahlungsrückstände voriger Jahre.	200'957.00	66.99
6758.501.01	Projektiertung	Start Projekt Sarnen - Kerns - Kt. Grenze NW und Sarnen - Alpnach.	-57'153.45	-119.07
6758.501.03	Baukosten	Projektverzögerung.	237'309.85	98.88
6849.501.51	Projektiertung, Bauleitung	Guter Baufortschritt.	-132'098.65	-11.49
6849.501.53	Baukosten	Guter Baufortschritt.	-920'038.70	-9.34
6849.560.50	Bundesanteil an Land- und Materialverkäufen, Miet- und Pachtzinseinnahmen	Verrechnung Materialannahme für Geländeschüttung.	-52'263.94	-100.00
6849.660.50	Bundesbeitrag	Abhängig von Konto 6840.501.	1'030'440.24	9.66
6852.501.21	Projektiertung, Bauleitung	Verzögerung Bauarbeiten.	235'090.35	7.23
6852.501.22	Landerwerb	Entschädigung Ersatzbau Hinti.	-65'132.95	-65.13
6852.501.23	Baukosten	Verzögerung Bauarbeiten.	3'197'349.15	11.04

RECHNUNG 2010

Investitionsrechnung - Abweichungsbegründung		Begründung	Abweichung	in %
Kto.-Nr.	Bezeichnung			
6852.560.20	Bundesanteil an Land- und Materialverkäufen, Miet- und Pachtzinseinnahmen	Kostenanteil Reservoir Röhrl, Delta-Räumung Steinlaui; Rückerstattung Hauptunternehmung für EDV-Rechnungstellung.	-343'192.60	-4'902.75
6852.631.20	Miet- und Pachtzinseinnahmen	Abhängig von Konto 6852.560.20.	212'018.40	3'028.83
6852.631.22	Land- und Materialverkäufe	Kostenbeteiligung EWO an Delta-Räumung (siehe Konto 6852.560.20).	142'004.90	100.00
6852.660.20	Bundesbeitrag	Abhängig von Konto 6852.501.	-3'289'927.89	-10.50
6854.501.81	Projektierung, Bauleitung	Verzögerung Bauarbeiten Lopperstrasse.	356'107.50	71.22
6854.501.83	Baukosten	Verzögerung Bauarbeiten Lopperstrasse.	1'431'544.05	75.34
6854.660.80	Bundesbeitrag	Abhängig von Konto 6854.501.	-1'733'262.75	-74.45

Eventualverpflichtungen per Ende 2010		Eventual- Verpflichtung Kanton Fr.
Investitionshilfe (IHG) Vom Bund bewilligte Darlehen, gemäss Bundesgesetz vom 28.6.1974 über die Investitionshilfe für Berggebiete; Der Kanton übernimmt 50% allfälliger Verluste Vom Kanton bewilligte Darlehen Neue Regionalpolitik (NRP) Darlehen des Bundes gemäss Bundesgesetz vom 06.10.2006 über die Regionalpolitik; der Kanton übernimmt 50% allfälliger Verluste Obwaldner Kantonalbank Der Kanton haftet für die Verbindlichkeiten der Kantonalbank aufgrund des Gesetzes vom 27. Januar 2006 über die Obwaldner Kantonalbank (GDB 661.1) Besoldungsnachgenuss Regierungsräte Der Kanton bezahlt Regierungsräten die vor dem Inkrafttreten des Gesetz über die Entlohnung und Entschädigung von Behörden und Kommissionen vom 3. September 1999 im Amt waren, einen Besoldungsnachgenuss gemäss Verordnung über die Entschädigungen der nebenamtlichen Behörden und Beamten vom 27. Oktober 1971. Berechnung erfolgte aufgrund eines Kapitalisierungszinsfuss von 3 Prozent sowie theoretischer Lebenserwartung gemäss VZ2000	Bundes- darlehen in Mio. Fr. 10.635 1,160 Bilanzsumme per 31.12.10 in Mio. Fr. 3'252.86 Verpflichtung 31.12.09 Zugang 2010 Auszahlungen 2010 übrige Veränderung Verpflichtung 31.12.10	5'317'727.50 580'000.00 p.m. 4'402'000.00 0.00 -348'664.00 -7'807.00 4'045'529.00

Stand der zugesicherten, ausbezahlten und noch zu leistenden Kantonsbeiträge an Werkbauten und Dritte per Ende 2010					
Projekt	Subventionierte Summe	in %	Kantonsbeiträge		
			zugesicherte höchstens Fr.	bis Ende 2010 ausbezahlt Fr.	Vorfinanzierung
Regionalpolitik	26'609'000.00		1'776'726.00	878'400.00	898'326.00
Darlehen aus IHG	14'929'000.00		1'036'000.00	414'400.00	621'600.00
Darlehen aus NRP	10'500'000.00		500'000.00	320'000.00	180'000.00
A fonds perdu Beiträge NRP	1'180'000.00		240'726.00	144'000.00	96'726.00
Micro-Center Central Switzerland	1'624'800.00	max.	1'700'000.00	850'000.00	850'000.00
Kredit (KRB vom 28.01.2010)					
Kantonsmarketing	2'799'000.00		2'650'000.00	1'150'000.00	1'500'000.00
Rahmenkredit (KRB vom 01.12.2005/25.04.08)	2'799'000.00		1'150'000.00	1'150'000.00	0.00
Rahmenkredit 2011-2015 (KRB vom 25.06.2010)			1'500'000.00	0.00	1'500'000.00
Kantonsbeiträge an Tourismus	46'425'000.00		940'000.00	732'000.00	208'000.00
Rahmenkredit (KRB vom 27.10.2005, 10.09.2009; 2006 bis 2010)					
Klosterkirche Engelberg	11'422'000.00	14.00	1'600'000.00	1'187'981.00	412'019.00
(KRB vom 22.10.2004; 2005-2012)					
Verkehrshaus der Schweiz	50'000'000.00		606'000.00	606'000.00	0.00
(KRB vom 27.04.2007; 2008-2010)					
Rahmenkredit interkantonale Zusammenarbeit (Kulturlastenausgleich) (KRB vom 29.10.2010; 2011-2013)			1'215'000.00	0.00	1'215'000.00
Rahmenkredit Förderprogramm Energieeffizienz (KRB vom 29.06.2010; 2011-2014)			1'800'000.00	175'292.00	1'624'708.00
Jugend-Kulturraum (KRB vom 2.12.2010)	350'000.00		350'000.00	12'812.00	337'188.00
Beiträge an öV-Investitionen	491'334'115.00		38'563'459.00	25'558'693.00	2'973'731.00
6. Vereinbarung LSE (Ausbauten) (Landsgemeindebeschluss 28.04.94)	10'520'000.00	17.49	1'839'948.00		
- Anteil Gemeinde Engelberg		15.00	-275'992.00	1'563'956.00	0.00
7. Vereinbarung LSE (Steilrampe) (Kantonale Abstimmung 25.06.95)	68'100'000.00	7.50	5'107'500.00		
- Anteil Gemeinde Engelberg		20.87	-1'066'125.00	4'041'375.00	0.00
Zusatzkredit (Kantonsratsb. 22.09.04)	25'786'000.00	7.50	1'934'000.00		
- Anteil Gemeinde Engelberg		15.00	-290'100.00	1'643'900.00	0.00
Zusatzkredit (Kantonsratsb. 26.10.06)	34'114'000.00	7.50	2'558'500.00		
- Anteil Gemeinde Engelberg		15.00	-383'775.00	2'174'725.00	0.00
Zusatzkredit (Kantonsratsb. 25.10.07)	48'500'000.00	7.50	3'637'500.00		
- Anteil Gemeinde Engelberg		15.00	-545'625.00	2'358'750.00	700'000.00
8. Vereinbarung LSE (Zugsicherung) (Kantonsratsbeschluss 26.01.01)	6'140'000.00	17.49	1'073'900.00		
- Anteil Gemeinde Engelberg		15.00	-161'085.00	912'815.00	0.00
Infrastrukturweiterungen Brünig (Kantonsratsbeschluss 23.10.03)	11'265'200.00	26.50	2'985'300.00		
- Anteil Gemeinden		15.00	-447'795.00	2'406'470.00	0.00
Sanierung Bahnübergänge Brünig (Kantonsratsbeschluss 23.10.03)	2'505'000.00	46.00	1'152'300.00		
- Anteil pauschale Bundesbeiträge			-237'894.00		
(Regierungsratsbeschluss vom 12.08.08)			203'721.00	1'047'021.00	71'106.00
Sanierung Bahnübergänge Zentralbahn 2010-2011 (Kantonsratsbeschluss 29.10.09)	3'902'000.00	div	1'377'000.00	700'000.00	677'000.00
Haltestelle Ewil Maxon (Kantonsratsbeschluss 18.12.03)	1'127'500.00	85.14	960'000.00		
- Anteil Gemeinde Sachseln		15.00	-144'000.00		
- Anteil maxon motor ag			-300'000.00	516'000.00	0.00
Tieflegung und Doppelspur Zentralbahn (Kantonsratsbeschluss 25.10.07)	250'000'000.00	6.05	15'125'000.00		
- Anteil Gemeinden		15.00	-2'268'750.00	5'588'750.00	7'200'000.00
Leistungsvereinbarung 2007 - 2010 (Kantonsratsbeschluss 29.06.07)	19'888'193.00		2'840'521.00		
- Anteil Gemeinde Engelberg		15.00	-426'078.00	2'414'443.00	0.00
Zusatzdarlehen (Kantonsratsb. 29.10.09)	1'236'222.00		224'103.00		
- Anteil Gemeinde Engelberg		15.00	-33'615.00	190'488.00	0.00

Stand der zugesicherten, ausbezahlten und noch zu leistenden Kantonsbeiträge an Werkbauten und Dritte per Ende 2010						
Projekt	Subventionierte Summe	in %	Kantonsbeiträge			verpflichteter restlicher Kantonsbeitrag
			zugesicherte höchstens Fr.	bis Ende 2010 ausbezahlt Fr.	Vorfinanzierung	
Park+Ride Bahnhof Sarnen (KRB vom 22.04.2010; 2011-2013)	8'250'000.00	50.00	4'125'000.00		2'000'000.00	2'125'000.00
Forstliche Projekte	46'616'039.00		7'088'018.00	5'545'743.00		1'542'275.00
Strukturverbesserungen	4'144'000.00	diverse	1'207'200.00	994'711.00		212'489.00
Waldbauprojekte	34'323'500.00	diverse	3'548'210.00	2'664'739.00		883'471.00
Verbauungen und Anlagen zur Sicherung der Naturgefahren	8'148'539.00	diverse	2'332'608.00	1'886'293.00		446'315.00
Fliessgewässer (Wildbachverbauungen)	131'727'176.00	diverse	36'749'988.00	6'670'737.00	13'760'000.00	16'319'251.00
Strukturverbesserungen	19'345'262.00	diverse	2'804'781.00	1'818'694.00		557'761.00
Wohnbausanierungen / WEG	5'517'322.00		1'105'714.00	809'714.00		296'000.00
Wohnbausan. im Berggebiet nach Bundesrecht	0.00	diverse	60'000.00	60'000.00		0.00
Wohnbausan. Nach kant. LWG Art. 17 Abs. 3	3'997'322.00		465'390.00	229'390.00		236'000.00
Wohnbau- und Eigentumsförderung (WEG)	1'520'000.00	diverse	580'324.00	520'324.00		60'000.00
Kantonseigene Verpflichtungskredite	56'500'000.00		48'825'885.25	31'885'357.84	10'000'000.00	16'940'527.41
GESAMT-TOTAL 2010	889'919'714.00		144'410'571.25	77'693'319.84	23'760'000.00	42'497'890.41
GESAMT-TOTAL 2009	884'868'513.00		148'975'932.25	61'504'095.56	23'760'000.00	59'934'487.69

Stand der kantonseigenen Objektkredite per Ende 2010 (Art. 37 Ziff. e FHV vom 25.03.1988)						
Projekt und Beschluss	Kredit brutto	Beiträge Dritter	Netto-Kredit für Kanton	Angefallene Netto-Aufwände Aufwand - Ertrag	Restkredit netto gegen- über Beschlüssen per 31.12.2010 + = Restkredit - = Mehrkosten (5 minus 6)	
2	3	4	5	6		
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	
Nachqualifikation für Lehrpersonen	1'350'000.00		1'350'000.00	658'328.50	+ 691'671.50	
Rahmenkredit 2003-2009 (KRB vom 28.6.2002)	750'000.00		750'000.00	591'534.50	+	158'465.50
Rahmenkredit 2009-2014 (KRB vom 11.9.2008)	600'000.00		600'000.00	66'794.00	+	533'206.00
"ZämäZmittag"	300'000.00		300'000.00	307'736.03		-7'736.03
Rahmenkredit (KRB vom 11.9.2008) 2008/09 und 2009/10						
Kantonsstrassen	6'000'000.00	3'970'000.00	2'030'000.00	1'730'343.00		299'657.00
Grafenort-Engelberg	6'000'000.00	3'970'000.00	2'030'000.00	1'730'343.00		299'657.00
Objektkredit (KRB vom 26.10.06)						
Aufstockung Polizeigebäude	2'650'000.00		2'650'000.00	0.00		2'650'000.00
Objektkredit (KRB vom 29.10.10)						
Bettentrakt Kantonsspital	2'500'000.00		2'500'000.00	318'511.15		2'181'488.85
Planungskredit (KRB vom 3.12.10)						
Umbau Rathaus	4'700'000.00	1'204'114.75	3'495'885.25	3'460'426.71		35'458.54
Objektkredit (KRB vom 16.3.06)						
Ausbau Kantonsschule/Sportanlagen	39'000'000.00		39'000'000.00	25'728'523.60	10'000'000.00	13'271'476.40
Objektkredit Ausbau Kantonsschule und Sportanlagen (KRB 12.5.09)						
Total Kantonseigene Verpflichtungskredite	56'500'000.00	5'174'114.75	48'825'885.25	31'885'357.84	10'000'000.00	16'940'527.41

Tabelle III zum Geschäftsbericht 2010

Beteiligungsspiegel (nicht konsolidierte Gesellschaften)		Kapital der Firma	Ausweis per	Anteil Kanton OW	Anteil OW in %	Buchwert 2010 in Fr.	Vergütungen 2010 in Fr.	Bemerkungen
Obwaldner Kantonalbank, Sarnen Einbezahltes Dotationskapital Zweck: Förderung der volkswirtschaftlichen Entwicklung in OW und Verschaffung von Einnahmen für den Staat, insbesondere durch Tätigkeit aller anerkannten Bankgeschäfte nicht spekulativen Charakters. wesentliche Miteigentümer: Partizipanten	Dot.K.	25'000'000		22'000'000	100.00	17'428'000	6'820'000	Kantonsanteil Reingewinn 2010
	Dot.K.	22'000'000					2'133'529	Abgeltung Staatsgarantie 2010
	PS	6'000'000	31.12.10					
	EK	353'360'000						
Bürgerschaftsfonds Obwalden, Sarnen Zweck: Übernahme von zeitlich beschränkten Bürgschaften für kantonale Unternehmen und Einwohner	AK	1'000'000	31.12.09	1'000'000	100%	0	0	
	EK	3'106'361	31.12.10					
Elektrizitätswerk Obwalden, Kerns Zweck: sichere, wirtschaftliche und umweltschonende Versorgung im Kanton mit elektrischer Energie wesentliche Miteigentümer: Obwaldner Gemeinden 46.67%	Dot.K.	7'500'000	31.12.09	4'000'000	53.33	4'000'000	2'000'000	Kantonsanteil Reingewinn 2009
	EK	131'925'244					147'448 12'000	Verzinsung Dot.Kapital 2010 Verwaltungsratsmandat 2010
Kantonsspital Obwalden, Sarnen Zweck: Erbringung von stationären und ambulanten Spitalleistungen, insbesondere der Grundversorgung	EK	2'988'820	31.12.09	2'988'820	100.00	0	-15'189'996 -1'500'000	Teilzahlungen Leistungsauftrag 2010 Investitionspauschale 2010
							584'362	Rückvergütung Gewinnanteil 2009
Informatikleistungszentrum OW/NW (ILZ), Sarnen Zweck: Informatikdienstleistungen für die Verwaltungen der Vereinbarungskantone. wesentliche Miteigentümer: Kanton Nidwalden 50%	Dot.K.	1'000'000	31.12.09	500'000	50.00	500'000	27'500	Verzinsung Dot.Kapital 2010
	EK	2'641'187					210'000	Rückvergütung Eigentümer 2009
							150'000	Kantonsanteil Reingewinn 2009
							-3'028'900	Bezug von Informatik-Dienstleistungen
Verkehrssicherheitszentrum OW/NW (nicht einbezahlt) Zweck: Aufgaben, die ihm durch die Gesetzgebung über den Strassenverkehr und die Schifffahrt durch die Vereinbarungskantone übertragen werden. wesentliche Miteigentümer: Kanton Nidwalden 50%	Dot.K.	1'000'000	31.12.09	(500'000)	50.00	0	68'160	Rückvergütung Bezug Informatik-Leistungen 2009
	EK	1'326'579					6'198	Verwaltungsratsmandat 2010
							-164'365	Abgeltung Bezug Verkehrssteuern 2010
Kraftwerk Sameraa AG, Sarnen Zweck: Ausnützung der Wasserkraft der Sameraa und Betrieb eines Kraftwerks in Alpnach wesentliche Miteigentümer: Gemeinde Sarnen 26%, Alpnach 26%, CKW 18%	AK	2'000'000	30.09.10	600'000	30.00	200'000	6'000	Verwaltungsratsmandate 2010
	EK	2'615'300					30'000	5% Dividenden 2009/10
							20'833	Konzessionsertrag aus Bewilligung 2001-2061; Anteil 2010
ewl Kraftwerke AG, Luzern Zweck: Produktion sowie Beschaffung von elektrischer Energie. wesentliche Miteigentümer: ewl Holding AG 90%	AK	3'000'000	31.12.09	300'000	10.00	300'000	79'512	Kantonsanteil Wasserzinsen 2010
	EK	5'181'800					5'000 18'000	Verwaltungsratsmandat 2010 6% Dividenden 2009

Tabelle III zum Geschäftsbericht 2010

Beteiligungsspiegel (nicht konsolidierte Gesellschaften)		Kapital der Firma	Ausweis per	Anteil Kanton OW	Anteil OW in %	Buchwert 2010 in Fr.	Vergütungen 2010 in Fr.	Bemerkungen
zb Zentralbahn AG, Siansstad Zweck: Bau und Betrieb der Eisenbahn von Luzern nach Engelberg und von Luzern nach Interlaken. wesentliche Miteigentümer: Kanton Nidwalden 11.8%, Gemeinde Engelberg 1%, Bund 16.1%, SBB 66.0%	AK	120'000'000	31.12.09	5'990'000	4.99	1	12'500	Verwaltungsratsmandat 2010
	EK	124'795'156	31.12.09				-3'023'395	Diverse Investitionsbeiträge 2010
	Darl.	139'014'070	31.12.09	8'500'084			-4'191'129	Abgeltung Bestellung öV 2010
Vereinigte Schweizerische Rheinsalinen, Pratteln Zweck: Produktion, Einfuhr, Verwertung und Verkauf von Salz, Salzgemischen und Sole wesentliche Miteigentümer: Kantone (ohne VD), Fürst. Lichtenstein	AK	11'164'000		48'000	0.43	1	6'000	Verwaltungsratsmandat 2010
	EK	166'659'000	31.12.09				96'000	Dividende 2009 (200%)
							-15'256	Bezug von Aufsalz
SWISSLOS Interkantonale Landeslotterie, Basel (Genossenschaft) Zweck: Durchführung von und Beteiligung an gemeinnützigen oder wohltätigen Lotterien. wesentliche Miteigentümer: Deutschweizer Kantone, Kanton Tessin und Fürstentum Lichtenstein	EK	368'059'088	31.12.09			0	2'500	Verwaltungsratsmandat 2010
							1'859'964	Gewinnanteil 2009 für Kant. Lotteriefonds
							11'773	Spilsuchtabgabe 2009
Zentralschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht, Luzern (öffentlich rechtliche Anstalt) Zweck: Erfüllung der den Kantonen nach dem BVG obliegenden Aufgaben sowie die Aufsicht über die nach Art. 84 des ZGB unter kantonaler Aufsicht stehenden Stiftungen wesentliche Miteigentümer: Kantone Luzern, Zug, Schwyz, Nidwalden und Uri	Dot.K.	500'000	31.12.09	10'500	2.10%	1	211	Verzinsung Dotationskapital 2010
InNET Monitoring AG, Altdorf Zweck: Umweltdienstleistungen, insbesondere Monitoring wesentliche Miteigentümer: Kantone Zug, Schwyz, Nidwalden und Uri	AK	1'200'000	31.12.09	200'000	16.67%	1	-150'390	Abgeltung Grundleistungsauftrag 2008
	EK	1'149'176					103	Rückerstattung Steuerauscheidung Kt. UR
Laboratorium der Urkantone, Brunnen Zweck: Vollzug der eidg. und kantonalen Lebensmittel-, Gift-, Tierseuchen-, Tierschutz- und Heilmittelgesetzgebung wesentliche Miteigentümer: Kantone Uri, Schwyz und Nidwalden	Dot.K.	-				0	-722'000	Abgeltung Kantonstierarzt 2010
	EK	1'734'865	31.12.09				-397'000	Abgeltung Kantonschemiker 2010
							-39'657	Übrige Leistungen

Vergleich STAATssteuern 2005 bis 2010

Tabelle IV zum Geschäftsbericht 2010

Gemeinde	Jahr	Natürliche Personen				Abschr., Erlasse, Skonto	Juristische Personen	Grundstück- gewinn-Ste	Handände- rungsste.	Erbschafts- schenk. Ste	Bussen	Netto Steuer- soll	Zuwachs in %
		ordentliche Steuern	Nach- steuern	Quellen- Steuer	Kapital- Abfindungen								
3,15 Einh.	2005	18'703'237.25	597.15	392'872.35	729'912.15	-138'910.30	1'676'064.30	234'068.80	299'270.25	104'005.00	35'900.00	22'045'726.35	+ 2.90 %
2,95 Einh.	2006	15'852'918.45	89'554.85	432'623.10	478'493.65	-159'526.35	1'100'820.40	281'899.95	517'600.50	207'935.00	32'575.00	18'834'894.55	+ 0.48 %
Sarnen	2007	17'151'731.60	33'724.45	395'380.20	455'474.65	-114'325.47	1'926'019.20	539'145.70	565'281.75	202'225.00	40'050.00	21'194'707.08	+ 12.53 %
	2008	17'203'184.50	186'879.65	554'059.91	401'557.45	-130'171.73	2'382'036.25	238'985.95	848'985.00	256'674.80	42'329.45	21'983'975.23	+ 3.72 %
	2009	16'033'680.95	11'129.00	432'646.11	429'570.65	-140'335.95	1'259'342.00	391'477.35	589'677.75	437'501.45	41'175.00	19'485'864.31	- 11.36 %
	2010	17'545'134.00	307'494.90	506'249.80	741'962.50	-154'893.55	3'065'404.30	368'304.30	515'425.50	86'695.00	42'450.00	23'024'226.75	+ 18.16 %
3,15 Einh.	2005	7'309'218.20	7'729.30	176'188.55	133'936.90	-78'322.35	432'559.90	136'077.25	148'989.75	20'595.00	19'530.20	8'313'426.70	+ 5.50 %
2,95 Einh.	2006	6'606'219.15	43'824.30	177'214.10	144'985.45	-63'485.10	172'044.35	94'036.10	84'621.00	27'378.00	15'815.25	7'302'652.60	+ 2.44 %
2,95 Einh.	2007	6'390'602.00	20'711.50	237'793.50	139'545.85	-54'465.82	390'528.30	152'627.35	99'940.50	35'595.00	17'275.00	7'430'153.18	+ 1.75 %
Kerns	2008	6'189'298.65	0.00	255'953.62	142'527.50	-51'684.15	392'591.15	140'685.05	178'724.25	32'930.00	21'775.00	7'302'801.07	- 1.71 %
	2009	6'194'156.35	6'640.25	266'784.65	174'983.65	-39'693.90	453'422.65	227'463.40	360'719.25	13'520.00	25'675.85	7'683'572.15	+ 5.21 %
	2010	6'775'873.60	29'662.05	199'095.90	193'677.55	-33'103.40	511'412.10	269'809.20	277'145.25	36'417.00	25'080.50	8'285'069.75	+ 7.83 %
3,15 Einh.	2005	7'702'655.00	604.70	183'752.15	176'799.35	-71'581.78	896'136.15	103'246.25	245'253.00	47'725.00	15'550.00	9'302'085.82	+ 10.26 %
2,95 Einh.	2006	7'098'578.15	41'711.15	186'658.40	212'634.95	-39'858.40	399'130.00	231'094.50	171'108.00	9'466.50	18'800.00	8'329'323.25	+ 6.15 %
2,95 Einh.	2007	7'729'184.00	23'092.25	187'359.00	167'907.65	-63'200.30	1'027'619.15	161'632.05	150'269.25	29'207.75	16'850.00	9'436'973.90	+ 13.30 %
Sachseln	2008	6'674'480.05	15'185.50	273'713.92	223'499.90	-51'095.75	605'570.50	73'934.35	297'550.50	21'267.20	14'775.00	8'148'881.17	- 13.65 %
	2009	6'819'511.25	10'475.30	99'727.88	256'256.20	-47'412.70	826'837.75	103'037.10	272'511.75	53'743.25	12'050.00	8'406'737.78	+ 3.16 %
	2010	6'677'554.65	213'090.85	271'823.85	182'693.20	-42'540.35	967'113.20	181'544.40	335'352.00	122'483.95	10'875.00	8'919'990.75	+ 6.11 %
3,15 Einh.	2005	7'752'842.20	-11'186.30	264'551.65	132'211.35	-111'137.67	724'655.25	146'434.50	118'917.75	15'570.55	19'900.00	9'062'899.13	+ 1.08 %
2,95 Einh.	2006	7'563'431.50	29'049.00	243'674.40	172'526.15	-226'348.05	449'544.50	244'500.50	256'318.50	0.00	19'600.00	8'752'296.50	+ 13.87 %
2,95 Einh.	2007	6'944'446.90	24'690.10	283'085.45	136'582.15	-84'001.53	583'337.90	82'106.90	185'277.00	60'340.00	23'100.00	8'238'964.87	- 5.87 %
Alpnach	2008	6'958'617.25	12'634.00	258'465.54	134'213.80	-163'198.45	570'151.00	119'663.50	295'705.50	45'417.50	23'975.00	8'255'644.64	+ 0.20 %
	2009	6'938'636.90	20'262.80	311'056.40	170'809.15	-98'717.85	706'276.20	87'797.75	446'315.25	7'135.00	20'425.00	8'609'996.60	+ 4.29 %
	2010	8'428'830.65	13'195.80	355'268.95	193'994.95	-148'737.35	912'012.40	256'287.00	706'492.50	30'688.50	21'650.00	10'769'683.40	+ 25.08 %
3,15 Einh.	2005	4'228'472.50	16'227.40	104'765.70	70'105.05	-145'904.40	348'408.65	101'999.95	87'631.50	34'408.50	14'800.00	4'860'914.85	+ 2.55 %
2,95 Einh.	2006	3'887'637.05	79'255.55	111'001.60	34'334.30	-70'001.70	237'479.60	-16'174.10	50'157.75	0.00	16'775.00	4'330'465.05	+ 4.84 %
2,95 Einh.	2007	3'782'138.55	18'607.90	148'513.45	98'038.80	-75'136.40	283'537.25	35'173.25	122'184.00	3'353.00	19'100.00	4'435'509.80	+ 2.43 %
Giswil	2008	3'671'991.50	38'151.10	139'369.35	94'221.80	-105'361.49	295'279.50	128'392.35	116'250.75	29'070.00	14'375.00	4'421'739.86	- 0.31 %
	2009	3'714'413.20	730.70	152'135.20	94'272.80	-42'956.40	341'950.65	142'864.35	153'400.50	9'772.35	10'175.00	4'576'758.35	+ 3.51 %
	2010	4'059'071.10	6'386.50	132'283.75	100'972.75	-43'485.85	300'092.20	146'188.15	141'711.00	13'070.00	14'375.00	4'870'664.60	+ 6.42 %
3,15 Einh.	2005	2'906'002.80	11'225.95	70'113.25	85'992.90	-3'259.00	91'237.70	42'447.95	38'788.50	18'350.00	1'300.00	3'262'200.05	- 2.22 %
2,95 Einh.	2006	2'615'859.90	0.00	72'321.80	38'757.65	-4'396.30	90'731.70	30'543.65	36'045.00	15'760.00	500.00	2'896'123.40	+ 2.73 %
2,95 Einh.	2007	2'467'743.95	0.00	94'174.80	57'431.60	-10'480.55	83'598.55	25'964.20	43'947.00	19'355.00	950.00	2'782'684.55	- 3.92 %
Lungern	2008	2'474'810.05	0.00	94'572.18	72'612.15	-5'744.10	115'839.85	26'665.05	35'808.00	80'120.00	1'075.00	2'895'758.18	+ 4.06 %
	2009	2'409'035.75	0.00	152'236.20	62'335.50	-4'799.45	142'353.10	54'166.65	43'884.00	112'180.00	1'675.00	2'973'066.75	+ 2.67 %
	2010	2'546'872.85	9'076.80	169'067.40	79'957.90	-6'227.10	226'674.10	19'985.45	51'091.50	0.00	4'675.00	3'101'173.90	+ 4.31 %

Vergleich STAATSSTEUERN 2005 bis 2010

Tabelle IV zum Geschäftsbericht 2010

Gemeinde	Jahr	Natürliche Personen				Abschr., Erlasse, Skonto	Juristische Personen	Grundstück- gewinn-Ste	Handände- rungsste.	Erbschafts- schenk. Ste	Bussen	Netto Steuer- soll	Zuwachs in %	
		ordentliche Steuern	Nach- steuern	Quellen- Steuer	Kapital- Abfindungen									
3,15 Einh. 2,95 Einh. 2,95 Einh. Engelberg	2005	6'933'978.95	21'324.40	592'460.70	146'100.25	-57'091.75	597'338.60	367'752.10	601'303.50	40'096.75	19'850.00	9'263'113.50	+	7.98 %
	2006	6'472'493.15	50'580.75	461'981.20	141'335.20	58'814.05	731'538.30	557'828.60	701'146.50	82'919.20	26'600.00	9'285'236.95	+	15.51 %
	2007	6'372'975.55	75'619.30	400'381.05	78'263.15	-47'546.00	752'425.85	389'603.05	547'968.00	119'750.00	22'500.00	8'711'939.95	-	6.17 %
	2008	7'651'534.80	11'905.45	421'340.12	172'847.20	-51'401.85	675'583.40	346'357.55	718'493.25	23'746.45	24'525.00	9'994'931.37	+	14.73 %
	2009	7'530'993.30	48'523.40	500'078.92	188'793.10	-33'393.27	758'256.95	415'055.60	723'618.00	1'656.15	23'005.00	10'156'587.15	+	1.62 %
	2010	8'206'522.05	16'207.25	428'487.20	252'760.70	-73'412.40	1'108'800.90	381'584.65	793'534.50	65'411.80	23'105.00	11'203'001.65	+	10.30 %
3,15 Einh. 2,95 Einh. Total	2005	55'536'406.90	46'522.60	1'784'704.35	1'475'057.95	-606'207.25	4'766'400.55	1'132'026.80	1'540'154.25	280'750.80	126'830.20	66'110'366.40	+	4.34 %
	2006	50'097'137.35	333'975.60	1'685'474.60	1'223'067.35	-504'801.85	3'181'288.85	1'423'729.20	1'816'997.25	343'458.70	130'665.25	59'730'992.30	+	5.92 %
	2007	50'838'822.55	196'445.50	1'746'687.45	1'133'243.85	-449'156.07	5'047'066.20	1'386'252.50	1'714'867.50	469'825.75	139'825.00	62'230'933.33	+	4.19 %
	2008	50'823'916.80	264'755.70	1'997'474.64	1'241'479.80	-559'203.52	5'037'051.65	1'074'683.80	2'491'517.25	489'225.95	142'829.45	63'003'731.52	+	1.24 %
	2009	49'640'427.70	97'761.45	1'914'665.36	1'376'921.05	-407'309.52	4'488'439.30	1'421'862.20	2'590'126.50	635'508.20	134'180.85	61'892'583.09	-	1.76 %
	2010	54'239'858.90	595'114.15	2'062'276.85	1'746'019.55	-502'400.00	7'091'509.20	1'623'703.15	2'820'752.25	354'766.25	142'210.50	70'173'810.80	+	13.38 %
Verände- rung in %	2005	3.38%	-85.41%	0.62%	29.04%	-23.60%	7.66%	32.22%	16.10%	-36.70%	3.98%	4.34%		
	2006	4.34%	617.77%	-5.56%	-17.08%	-16.73%	23.61%	25.77%	17.98%	22.34%	3.02%	5.92%		
	2007	1.48%	-41.18%	3.63%	-7.34%	-11.02%	58.65%	-2.63%	-5.62%	36.79%	7.01%	4.19%		
	2008	-0.03%	34.77%	14.36%	9.55%	24.50%	-0.20%	-22.48%	45.29%	4.13%	2.15%	1.24%		
	2009	-9.98%	-63.07%	-4.15%	10.91%	-27.16%	-15.50%	32.31%	3.96%	29.90%	-6.06%	-1.76%		
	2010	6.72%	124.78%	3.24%	40.64%	-10.16%	40.79%	51.09%	13.21%	-27.48%	-0.43%	13.38%		
Anteil am Total in %	2005	84.01%	0.07%	2.70%	2.23%	-0.92%	7.21%	1.71%	2.33%	0.42%	0.19%	100.00%		
	2006	83.87%	0.56%	2.82%	2.05%	-0.85%	5.33%	2.38%	3.04%	0.58%	0.22%	100.00%		
	2007	81.69%	0.32%	2.81%	1.82%	-0.72%	8.11%	2.23%	2.76%	0.75%	0.22%	100.00%		
	2008	80.67%	0.42%	3.17%	1.97%	-0.89%	7.99%	1.71%	3.95%	0.78%	0.23%	100.00%		
	2009	80.20%	0.16%	3.09%	2.22%	-0.66%	7.25%	2.30%	4.18%	1.03%	0.22%	100.00%		
	2010	77.29%	0.85%	2.94%	2.49%	-0.72%	10.11%	2.31%	4.02%	0.51%	0.20%	100.00%		